

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz OS.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Porosch, Gleiwitz
Anzeigen-Aufnahme und Verwaltung: Verlagsanstalt Rirsch & Müller, G. m. b. H., Beuthen OS, Industriestraße * Telefon 467 - 469
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“, Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

1. Jahrgang / Dezember 1926 / Heft 12

Inhaltsverzeichnis:

1. Reg.-Rat Dr. Junge, Oppeln: Die Gewerbesteuerbelastung in Oberschlesien in den Jahren 1925 und 1926 . 594
2. Dr. E. Barch, Stettin: Oberschlesien und Stettin. Die Notwendigkeit eines Groß-Schiffahrtsweges vom ober-schlesischen Industriegebiet bis zur Ostsee . 597
3. Dr. Alfred Schaffrath, Gleiwitz: Die eisenbahntarifariische Lage des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues vor und nach dem Weltkriege. (Schluß) . 600
4. Dr. E. Buchmann, Berlin: Das Internationale Eisenkontingentsabkommen . 611
5. Regierungsbaumeister a. D. Schroeter, Bochum: Der Entwurf eines Städtebaugesetzes. Eine Entrechtung des Privateigentums . 613
6. Oberreg.-Rat Dr. Joachim Tiburtius, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates: Wettbewerbsprobleme im Einzelhandel . 617
7. Wirtschaftsberichte: . 619
Belieferung des Inlandsmarktes mit ober-schlesischer Kohle. — Der west-ober-schlesische Steinkohlenmarkt im Oktober-November 1926. — Von der west-ober-schlesischen Eisenindustrie. — Die Lage der ober-schlesischen Zinkindustrie. — Die Verkehrslage im Reichsbahndirektionsbezirk Oppeln im Oktober 1926. — Geschäftsaufsichten und Konkurse im 1. Halbjahr 1926. — Starker Rückgang des ost-ober-schlesischen Steinkohlensports im Oktober. — Fernbleiben Polens vom internationalen Stahlmarkt. — Die Zinkindustrie Polens im ersten Halbjahr 1926. — Das Bielsk-Bialaer Industriegebiet im Zeichen der abflauenden Konjunktur. — Die Frage der Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer. — Der polnische Außenhandel im Monat September. — Günstige Perspektiven des polnischen Holzexports. — Die diesjährige polnische Kartoffelernte. — Besitzwechsel in der polnischen Landmaschinenindustrie. — Interessengemeinschaft der Warschauer Lokomotivwerke mit den Ringhofen-Werken in Prag. — Die Wirtschaftsdpression in der Tschechoslowakei. — Die Lage im Ostau-Karwiner Montanrevier. — Ueber die Brennstoffversorgung Rußlands. Von Professor Dr. von Hubnoff-Breslau. — Der russische Außenhandel im Monat August. — Rußlands Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen im Jahre 1925/26. —
8. Mitteilungen: . 635
Ernennung zum Handelsgerichtsrat und Handelsrichter. — Persönliches.
9. Steuerwesen: . 635
Mehreinnahmen aus den Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer. — Neunte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung vom 6. Oktober 1926. — Wegfall der Vergütungszuschläge. Verordnung über Vergütungszuschläge. Verordnung über Vergütungszuschläge und Vergütungszinsen vom 8. November 1926. — Neu-Fassung der Steuerzinsverordnung. — Reichsbewertungsgesetz. Bewertung der Apothekenrechte. — Erweiterung der Zuständigkeit der Landesfinanzämter und Finanzämter für den Erlaß von Besitz- und Verkehrssteuern. — Umsatzsteuerumrechnungssätze auf Reichsmark für Oktober 1926. —
10. Verkehrsweisen: . 639
Eisenbahn: Beschlüsse der ständigen Tarifkommission. — Zugtelefonie. — Frachtförderung. — Mitteilungen. — Ergänzung des polnischen Gütertarifs. — Post: Wohlfahrtsbriefmarken. — Stundung der Postgebühren. — Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen Reichspost. — Fernspreckgebührentarif. — Mitteilungen. —
11. Zölle und Außenhandel: . 642
Die Bestimmungen für die Betätigungsmöglichkeit deutscher Handlungsreisender in Polen. — Berechtigung zur Ausstellung von Trypiks und Sammelheften. — Inkrafttreten des polnisch-tschechischen Handelsvertrags. — Exportkreditversicherung für Geschäfte mit Rußland. — Fakturierung bei Sendungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika. —
12. Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung . 643
Rundgebung gegen die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben. — Die Ueberwachung der Ausverkäufe durch die Industrie- und Handelskammern. — Zulassung des Verkaufs von Butter und Margarine in demselben Raum. — Zur Polizeiverordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Bierdruckvorrichtungen. — Verordnung über die Einschränkung öffentlicher Bekanntmachungen vom 14. Februar 1924. — Geltungsdauer des Gesetzes über Depot- und Depositionsgeschäfte vom 26. Juni 1925. — Höhe der Vergütungszinsen. — Wann liegt vorgängige Bestellung vor? — Aufsuchen von Warenbestellungen durch Ausstellungen. — Befehle auf Wochenmärkten. — Wann liegen Fehlmengen vor? —
13. Sozialpolitik: . 648
Das Reichsarbeitsministerium zur Ueberstundenfrage. — Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. — Beiträge für erkrankte höhere bezahlte Angestellte zur Erwerbslosenfürsorge. —
14. Messen und Ausstellungen: . 650
Termin der Leipziger Frühjahrsmesse. — Die D. L. G. — Wanderausstellungen 1927 und 1928. — Termin der Kölner Frühjahrsmesse. — Internationale Lyoner Mustermesse. —
15. Allgemeines: . 650
Internationale Handelskammer. — Wiederaufbau des Breslauer Zoologischen Gartens Breslau. — Hinweise. —
16. Geschäftsaufsichten und Konkurse: . 651
17. Bücher und Zeitschriften: . 651
18. Statistisches: . 654

Die Gewerbesteuerbelastung in Oberschlesien in den Jahren 1925 und 1926.

Von Regierungsrat a. D. Dr. Innge, Oppeln.

Von allen Steuerarten steht heute neben der Hauszinssteuer die Gewerbesteuer im Vordergrund des Interesses. Wohl keine Steuer hat in den letzten Jahren so starker und auch zum Teil berechtigter Kritik unterlegen wie die Gewerbesteuer. Das Gewerbesteuerproblem ist, wie allseitig anerkannt wird, zum Zentralproblem der Steuerpolitik überhaupt geworden. Durch die Veranlagung zur Gewerbeertragssteuer für die Jahre 1925 und 1926, die in diesem Jahre zum ersten Male nach der Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 23. November 1923 in ihrer letzten Fassung vom 6. Mai 1926 durchgeführt worden oder auch in einem Teil unseres Bezirks noch in der Durchführung begriffen ist, ist erst so recht deutlich die außerordentlich schwere Belastung von Industrie und Handel durch die Gewerbesteuer in die Erscheinung getreten. Die in zahlreichen Fällen erheblichen Nachzahlungen für 1925 und die hohen Steuerbeträge für 1926, die auf Grund der endgültigen Veranlagungsbescheide sich ergaben, haben erst gezeigt, in welchem Maße allein die Gewerbeertragssteuer die Betriebe belastet.

Die Gemeinden selbst hatten mit derartigen Erträgen aus der Ertragssteuer für 1925 nicht gerechnet. Es sind ihnen, wie fast überall so auch in unserem Bezirk, vielfach weit über das Etatsjoll 1925 hinausgehende Einnahmen zugeflossen. Da die Auswirkung einer ordentlichen Veranlagung nach der Gewerbesteuerverordnung nicht klar vorauszusehen war, sind erhebliche Unterschätzungen des Aufkommens an Gewerbeertragssteuer 1925 vorgekommen. Die Vorauszahlungen allein boten keine zuverlässige Grundlage für die Schätzung der endgültigen Höhe der Ertragssteuergrundbeträge. Einige Beispiele aus unserem Bezirk mögen zeigen, in welchem Verhältnis die geschätzten und die tatsächlichen Grundbeträge für 1925 stehen:

in Gemeinde	geschätzter Grund- betrag Mk.	veranlagter Grund- betrag Mk.
A	60 000	über 90 000
B	100 000	rund 150 000
C	3 000	9 054
D	4 800	9 247
E	7 680	9 050
F	6 000	über 9 000
G	2 640	7 227
H	17 200	rund 25 000
I	2 100	5 234

Ähnlich, wenn auch nicht überall so kraß, werden die Verhältnisse in den anderen Gemeinden liegen, bei denen sich noch kein klares Bild ergibt, da die Veranlagung noch nicht abgeschlossen ist. Mögen auch noch schwebende Rechtsmittel- und Beitreibungsverfahren das Endergebnis etwas verschieben, soviel steht fest, daß in zahlreichen Gemeinden unseres Bezirks erheblich mehr an Gewerbeertragssteuer für 1925 aus der Wirtschaft herausgezogen worden ist, als man ihr entsprechend dem etatisierten Aufkommen damals zumuten zu können glaubte.

Gerade diese Tatsache sprach für die Beibehaltung der Bestimmung des § 57 Abs. 3 der Gewerbesteuerverordnung, nach der die Nachzahlungen für 1925 auf Antrag niederzuschlagen sind, soweit sie das Doppelte der geleisteten Vorauszahlungen übersteigen würden. Mag auch diese nur für das Jahr 1925 geltende Ausnahmebestimmung vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit aus schwer gerechtfertigt werden können, so konnte auf sie unter den geschilderten Verhältnissen nicht verzichtet werden, da sie für die Gewerbetreibenden, die annehmen durften und meistens auch angenommen haben, daß mit den ordnungsmäßigen Vorauszahlungen ihrer Gewerbesteuerpflicht Genüge geleistet sei, wenigstens einen beschränkten Schutz gegen allzu hohe Nachzahlungen darstellt. Der Preussische Landtag hat sich daher auch am 8. November 1926 mit großer Mehrheit für die Beibehaltung dieser Schutzvorschrift ausgesprochen und die seinerzeit vom Staatsrat beschlossene Aufhebung des Paragraphen abgelehrt, mit Recht von dem Gedanken ausgehend, daß bei der schon bestehenden Erregung über den hohen Gewerbesteuerdruck jede weitere Beunruhigung der Wirtschaftskreise unbedingt zu vermeiden war.

Der Schutz des § 57 Abs. 3 allein kann aber nicht als ausreichend angesehen werden. Darüber hinaus ist zu fordern, daß die bestehende allgemeine Uebersteuerung, die sich trotz dieser Milderungsbestimmung in den Mehreinnahmen für 1925 deutlich ausdrückt, noch nachträglich auf ein angemessenes Maß zurückgeführt wird. Die Minister haben zwar bereits in einem Erlaß vom 9. 9. 1926 den Gemeinden nahegelegt, die unerwarteten Mehreinnahmen zur Senkung der Gewerbesteuerlast 1926 zu verwenden und ihre Umlagebeschlüsse für 1926 nochmals nachzuprüfen. In unserem Bezirk hat aber dieser Erlaß, wie vorauszusehen war, keinen Erfolg gehabt. Denn einmal schließen eine ganze Reihe von ober-schlesischen Kommunen mit Fehlbeträgen ab und werden diese Mehreinnahmen zum Mindesten zur teilweisen Deckung der Fehlbeträge verwenden. Aber auch die Gemeinden, die aus 1925 keinen Fehlbetrag aufweisen, werden die oft nach langen Kämpfen gefaßten Zuschlagsbeschlüsse für 1926 auf Grund der Mehreingänge für 1925 nicht abzuändern geneigt sein, zumal nicht abzustreiten ist, daß von ihnen in diesem Jahre infolge der Wirtschaftslage vielfach höhere Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge und für sonstige Wohlfahrtszwecke als veranschlagt gemacht werden müssen. Es geht aber nicht an, die erhöhten Ausgaben allein durch die Gewerbesteuer zu decken, anstatt sie gleichmäßig allen Steuerpflichtigen zur Last zu legen. Wenn auch eine gesetzliche Regelung über die Verwendung der Mehreinnahmen, die am wünschenswertesten wäre, nach den bisherigen Erfahrungen schwerlich zu erreichen sein wird, so ist es wenigstens zu begrüßen, daß die Minister in einem neuen Erlaß vom 27. 10. 1926 nochmals ausführlich und in aller Deutlichkeit dargelegt haben, daß die Gemeinden in den Fällen, in denen ihnen über das Etatsjoll hinausgehende Mehreinnahmen

zufließen, diese Beträge soweit irgend möglich zur Entlastung der Gewerbesteuerpflichtigen verwenden sollen. Neben weitgehender Anwendung des Härteparagraphen 50 Abs. 2 durch Stundung, Ermäßigung oder Erlass der Steuerbeträge wird den Gemeinden empfohlen, auch zu prüfen, ob nicht eine gerechtere Verteilung in der Beanspruchung der einzelnen Einnahmequellen durch die Mehreinnahmen erforderlich geworden ist. Es sei gestattet, im einzelnen auf den Wortlaut des Erlasses zu verweisen, der im Steuerteil dieser Nummer abgedruckt ist und die einzelnen Fälle, in denen besonders eine Milderung am Platze ist, auführt.

Besondere Bedeutung kommt diesem Erlass für die Gemeinden zu, in denen auch für 1926 wiederum das Aufkommen an Gewerbeertragssteuer unterschätzt worden ist. Nur in einzelnen Gemeinden, die ihre Haushaltsberatungen sehr spät zu Ende führten, war es bereits möglich, wenigstens einigermaßen zuverlässig auf Grund der schon weit vorgeschrittenen Veranlagung den tatsächlichen Grundbetrag zu ermitteln und ihn bei der Festsetzung der Zuschlagssätze zu Grunde zu legen. Die meisten Gemeinden waren aber noch auf Schätzungen angewiesen. Gerade diese Schätzungsberechnungen, auf deren Richtigkeit der größte Wert zu legen war, erschwerten in diesem Jahre außerordentlich die Verhandlungen der Kammer mit den Gemeinden. Während die Gemeinden fast durchweg wegen der Erhöhung der Freigrenze von 900 auf 1500 Mk. noch einen Abschlag vom Grundbetrag des vergangenen Jahres vornehmen wollten, wurde von der Kammer immer wieder darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren nicht angängig sei, da die endgültige Veranlagung ganz andere höhere Grundbeträge ergeben würde, als sie nach den bisherigen Vorauszahlungen sich berechnen ließen. Die Anwendung des Tarifes der Gewerbesteuerverordnung, insbesondere auch die Hinzurechnung der Miet-, Pacht- und Schuldzinsen, die bei den Vorauszahlungen überhaupt keine Berücksichtigung finden konnte, mußten das Ergebnis erheblich zu Gunsten der Gemeinden verschieben. Viele Kommunen gaben auch dem Drängen der Kammer nach und erhöhten die zunächst geschätzten Grundbeträge. Die Schwierigkeiten möge das Beispiel einer Stadt des Industriebezirkes zeigen, die von 72 000 Mk. Grundbetrag, den sie ihrem ersten Vorschlage zu Grunde legte, selbst auf 120 000 Mk. hinaufging. Erhöhungen von 50 000 Mk. oder 55 000 Mk. auf 60 000 Mk., von 65 000 auf 80 000 Mk. oder auch zum Beispiel von 2640 Mk. auf 6500 Mk. usw. kamen wiederholt vor. Und doch war es bei der bestehenden Unsicherheit nicht möglich, überall die richtigen Grundbeträge zu treffen, die, wie sich inzwischen gezeigt hat, vielfach noch erheblich höher liegen, als sie schließlich angenommen wurden. Wären die richtigen Grundbeträge bei der Fassung der Umlagebeschlüsse bereits bekannt gewesen, so hätte sich sicherlich oft eine weitere Senkung der Sätze erzielen lassen, während jetzt eine nachträgliche Herabsetzung aus den schon oben angeführten Gründen große Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Inmerhin ist es gelungen, in sehr zahlreichen Fällen Milderungen gegenüber den Vorschlägen der Gemeinden und wiederholt auch geringere Zuschlagssätze als im vergangenen Jahre durchzudrücken. Zum Vergleich seien die Zuschlagssätze der Städte und wichtigsten Landgemeinden des Bezirks über 3000 Einwohner für 1925 und 1926 genannt. Dabei ist zu

berücksichtigen, daß infolge der Herabsetzung des Kapitalsteuergrundbetrages um $\frac{2}{3}$ für 1926 der Kapitalsteuerzuschlag für 1925 mit 3 multipliziert oder der für 1926 durch 3 dividiert werden muß, um ein richtiges Bild über die Höhe der steuerlichen Belastung durch die Kapitalsteuer in den beiden Jahren zu erhalten.

Stadt:	1925		1926	
	Ertrag %	Kapital %	Ertrag %	Kapital %
Gleiwitz	700	1000	600	2400*
Hindenburg	800	1100	600	2400*
Beuthen	600	1800 Lohnj.	500	1500
Oppeln	450	600	400	1300
Ratibor	800	800	800	2400
Reiße	400	1000 Lohnj.	400	1000 Lohnj.
Neustadt	350	650	400	1300
Leobschütz	400	450	400	1200
Kreuzburg	420	420	420	1260
Ziegenhals	250	250	325	600
Cosel	400	400	400	1200
Katzecher	600	600	550	1650
Oberglogau	300	450	300	600*
Patschkau	200	400	450	1500
Peiskretscham	500	500	500	900
Gr. Strehlitz	250	250	350	700
Rosenberg	300	300	700	1400
Grottfau	350	350	400	700
Krappitz	350	450	225	450
Ottmachau	250	500	400	1000
Konstadt	350	350	500	1400
Guttentag	300	400	400	800
Bauerwitz	500	500	500	1500
Pitschen	200	200	350	350
Loß	400	400	400	800
Falkenberg	400	300	400	800
Friedland	600	300	400	800
Ujest	400	400	550	550
Schurgast	500	500	400	500
Landsberg	300	300	400	400
Landgemeinden:				
Koßberg	450	900	450	900
Mikultschütz	750	1500	600	2400*
Biskupitz	550	800	500	1500
Miechowitz	500	1000	600	2400*
Bobref	500	750	600	2000
Karf	750	1100	750	2200*
Sosniza	600	800	750	3000
Schomberg	400	800	440	840
Kosittnitz	750	1500	500	2000
Laband	425	412	400	1500
Schönwald	500	500	450	750
Ostrog	300	300	500	500
Modnitz	400	400	350	700
Randzin	450	450	400	450
Branitz	350	350	450	800
Ostroppa	600	600	300	300
Agf. Neudorf	600	1000	600	2400
Groschowitz	200	200	200	200
Gogolin	250	350	400	1200
Mathesdorf	500	500	500	1500

Die mit einem * versehenen Sätze haben noch nicht die endgültige Genehmigung der Beschlußbehörden. Kreisausschuß, Bezirksausschuß, gefunden.

Vorstehende Tabelle zeigt, daß alle Gemeinden Oberschlesiens bis auf Reife, die als einzige noch die Lohnsummensteuer erhebt, zur Gewerbekapitalsteuer für 1926 übergegangen sind. Den höchsten Ertragsteuerezuschlag hat die Stadt Ratibor mit 800 Prozent beschlossen, der auch die Genehmigung des Ministeriums gefunden hat. Beim Kapitalsteuerezuschlag steht die Gemeinde Sosniga mit 3000 Prozent an der Spitze. Während nur wenige gerade kleinere Kommunen die Sätze gegenüber dem Vorjahr noch erhöht haben, da große Fehlbeträge aus 1925 vorhanden waren, eine allzu geringe Anspannung der Steuersätze in den letzten Jahren erfolgt war oder andere ganz besondere Verhältnisse vorlagen, ist in den Gemeinden des Industriebezirks, die im Jahre 1925 durch außergewöhnliche Höhe der Zuschläge hervortraten, eine geringe Milde rung zu verzeichnen. Insbesondere hat die Herabsetzung des Kapitalsteuergrundbetrages um $\frac{2}{3}$ doch erreicht, daß die Kapitalsteuerbelastung etwas geringer geworden ist, wenn auch überall der Senkung der Grundbeträge Rechnung getragen worden ist. Eine völlige Ausgleichung aber durch eine Verdreifachung der Zuschlagsätze, wie es sicherlich nicht im Sinne der Aenderung der Gewerbesteuerverordnung lag, ist nur in wenigen Gemeinden, wie z. B. Ratibor von 800 Prozent auf 2400 Prozent, vorgenommen worden. Trotzdem geht die Abweichung des Kapitalsteuerezuschlags vom Ertragsteuerezuschlag in vielen Gemeinden erheblich zu weit, da sie über das Doppelte hinaus bis zum 3- oder auch 4-fachen reicht, obwohl das nach den Bestimmungen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen geschehen sollte. Von dem Recht der Steuervereinbarung ist im Industriebezirk fast überall von den großindustriellen Werken Gebrauch gemacht worden. Eine Gemeinde hat sogar von der Beschlußfassung der Zuschlagsätze überhaupt abgesehen und sich mit allen Steuerpflichtigen geeinigt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Gewerbesteuerbelastung für 1926 in Oberschlesien unter Berücksichtigung beider Bemessungsgrundlagen, Ertrag wie Kapital, im allgemeinen Durchschnitt etwas geringer als im vergangenen Jahre ist.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß sich die jetzigen Zuschlagsätze irgendwie in tragbaren Grenzen halten. Sie gehen vielfach noch weit über das hinaus, was unter der heutigen Wirtschaftslage den Steuerpflichtigen zugemutet werden kann. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die steuerlichen Erleichterungen, die für die Wirtschaft unbedingt noch erforderlich sind, in erster Linie auf dem Gebiet der Gewerbesteuer liegen müssen.

Eine durchgreifende Milde rung und endgültige Reform der Gewerbesteuer wird sich aber erst durchführen lassen, wenn die künftige Gestaltung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Frage des Zuschlagsrechts der Gemeinden zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und seine Verknüpfung mit den Realsteuerezuschlägen, die wieder eng mit der allgemeinen Verwaltungsreform, dem Lastenausgleich, dem Vorliegen der Finanzstatistik, dem Schicksal der Hauszinssteuer usw. verbunden ist, geklärt sein wird. Da dies nicht vor dem 1. April 1928 zu erwarten ist, muß mit einer Verlängerung der geltenden Verordnung noch um ein Jahr gerechnet werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen es aber erforderlich, daß wenigstens die am stärksten zu Tage getretenen Mängel bereits für 1927 geändert werden, um eine

gerechtere und gleichmäßigere Verteilung der Gewerbesteuerlast zu erzielen. Die Novelle wird daher voraussichtlich folgende Abänderungen bringen:

Die Nichtabzugsfähigkeit der Miet- und Pachtzinsen vom Gewerbeertrage wird erfreulicherweise beseitigt werden. Die Unhaltbarkeit der bisherigen Regelung ist bei der diesjährigen Veranlagung klar zu Tage getreten, bei der Fälle nicht selten waren, in denen sich der steuerpflichtige Ertrag infolge der Hinzurechnung der Miet- und Pachtzinsen um das Doppelte und mehr erhöhte oder sogar ein bilanzmäßiger Verlust sich in einen steuerbaren Gewinn umwandelte. Zu fordern ist allerdings weiter, daß auch die Abzugsfähigkeit der Zinsen von langfristigen Schulden anerkannt wird. Die Hinzurechnung dieser Schuldzinsen wirkt sich unter den heutigen Verhältnissen bei der stärkeren Verschuldung der Gewerbebetriebe und den erheblich höheren Zinssätzen viel härter als früher aus. Wie unbillig diese Bestimmung ist, zeigt sich besonders in unserem Bezirk in den Fällen, in denen infolge der ober schlesischen Grenzziehung in ihrer Existenz gefährdete alte Gesellschaften große Kredite aufnehmen mußten, um ihre Betriebe überhaupt fortführen zu können. Die Uebereinstimmung der Gewerbeertragssteuer mit den entsprechenden Vorschriften des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes muß als letztes Ziel gelten, damit nur der wirkliche kaufmännische Ertrag erfaßt werden kann, zumal der Charakter der Gewerbesteuer als Objektsteuer scharf genug in den Hilfssteuern vom Kapital oder der Lohnsumme betont ist.

Die Bemessungsgrundlagen werden keine Aenderung erfahren. Insbesondere wird voraussichtlich nicht die gleichzeitige Erhebung von Kapital- und Lohnsummensteuer vorgeschrieben werden, da es nicht zweckmäßig erscheint, für das letzte Uebergangsjahr eine solche einschneidende Abänderung vorzunehmen. Das entspricht ganz den Wünschen unseres Bezirks, in dem die Lohnsummensteuer bereits bis auf eine Ausnahme überall abgeschafft worden ist.

Ferner wird die Doppelbesteuerung, die in der Heranziehung der gewerblich genutzten Grundstücke zur Gewerbekapital- und Grundvermögensteuer bestand und zu der Ueberspannung der Kapitalsteuerlast erheblich beitrug, beseitigt werden, da diese Grundstücke nunmehr nur noch der Grundvermögensteuer unterliegen werden. Dementsprechend soll auch die Hinzurechnung des Wertes der dem Unternehmen dienenden Gegenstände, die im Eigentum eines anderen stehen, soweit sie bereits von der Grundvermögensteuer erfaßt werden, also des Miet- und Pachtwertes fremder Grundstücke fallen. Gerade diese letzte Bestimmung hat in unserem Bezirk wiederholt zu den lebhaftesten Klagen Anlaß gegeben. Darüber hinaus wäre auch die Abzugsfähigkeit der nicht zu den laufenden Verbindlichkeiten gehörenden Schulden vom Betriebskapital aus denselben Gründen, die für die Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen vom Ertrage sprechen, dringend zu wünschen.

Die Herausnahme der Grundstücke und des Miet- und Pachtwertes aus dem steuerpflichtigen Gewerbekapital wird eine Herabsetzung der Freigrenze von 4800 Mark auf 3000 Mark erforderlich machen. Außerdem dürfte diese Aenderung unter Umständen eine Neufestsetzung der Tariffätze zur Errechnung der Grundbeträge mit sich bringen. Die weiter-

hin noch in Aussicht genommenen Änderungen beziehen sich u. a. auf die Zerlegung der Steuergrundbeträge auf die einzelnen Gemeinden. Noch eine ganze Reihe von weiteren Wünschen der Wirtschaft, die späterer Behandlung vorbehalten bleiben können, werden aber voraussichtlich zurückgestellt werden, da bei der Novelle von dem Gedanken ausgegangen wird, für das letzte Jahr bis zur endgültigen Reform der Gewerbesteuer möglichst wenig an der bisherigen Gesetzgebung zu ändern. Immerhin enthalten schon die geplanten Abänderungen erhebliche Verbesserungen, deren Annahme durch den Landtag dringend zu wünschen ist.

Einen wirksamen Schutz gegen die Überlastung durch die Gewerbesteuer werden aber auch die neuen

Bestimmungen allein nicht bieten können. Denn so lange die Gewerbesteuer dazu dienen muß, gewissermaßen das letzte Aushilfsmittel zu sein, das die Kommunen zur Deckung ihrer Ausgaben heranziehen müssen, da ihnen mit Ausnahme der Grundvermögensteuer andere bewegliche Steuereinnahmequellen nicht zur Verfügung stehen, wird die Höhe der Steuerlast stets von der Finanzgebarung der Gemeinde und vor allem der von ihr beschlossenen Zuschlägsätze abhängen. Es ist daher erforderlich, daß die Gemeinden unseres Bezirks im hoffentlich letzten Uebergangsjahr 1927 darauf bedacht sein werden, die Gewerbesteuerlast in mäßigeren Grenzen als bisher zum Wohle unserer ober-schlesischen Wirtschaft zu halten.

Oberschlesien und Stettin.

Die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Großschiffahrtsweges vom ober-schlesischen Industriegebiet bis zur Ostsee.

Von Dr. E. Barß-Stettin

Nach der Abtrennung Ostpreußens vom Reich infolge des Versailler Diktates ist die O d e r der ö s t l i c h s t e Strom und der Odermündungshafen Stettin der ö s t l i c h s t e größere deutsche Seehafen im zusammenhängenden Reichsgebiet geworden. Unter diesen Umständen muß gefordert werden, daß das Reich nach der Übernahme der Wasserstraßen gemäß der Reichsverfassung nunmehr zunächst alles daran setzt, um die von jeher arg vernachlässigte Oder zu einer leistungsfähigen Verbindungsstraße für seine schwer um ihre Existenz ringenden östlichen Grenzprovinzen auszubauen, anstatt neue Kanäle in West- und Mitteldeutschland anzulegen. Das Gegenteil ist leider bisher der Fall gewesen. Nichts ist geschehen, um dem unauffälligen Verfall der Oderwasserstraße, der schon während des Krieges und dann in der Nachkriegszeit zu beobachten war, zu begegnen, und im Gegensatz zu den wohlregulierten westlichen Strömen hat sich die Oder immer mehr in einen Steppenfluß verwandelt, der abwechselnd zwischen Hochwasser und Trockenheit schwankt.

Gegen die unverantwortliche Vernachlässigung der Oderschiffahrtsstraße hat nun in neuerer Zeit eine zunehmende Gegenbewegung in den östlichen deutschen Wirtschaftskreisen eingesetzt, die mit Recht hierin eine Rückstellung ihrer lebenswichtigsten Verkehrsinteressen gegenüber dem stets bevorzugten Westen erblickten. Insbesondere hat man erkannt, daß die Verbesserung und Regulierung der Oder und der Ausbau des Odermündungshafens Stettin einschließlich seiner Zufahrtsstraße Teile eines einheitlichen großen Ausbauprogramms der Oder von Oberschlesien bis zur Ostsee bilden.

Gegenwärtig sind nun die Fragen des Ausbaus der Oder und des Stettiner Hafens, die, wie vorstehend angedeutet, in engstem Zusammenhang benannt werden müssen, in ein neues Stadium getreten nach der Aufstellung des bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. Es ist gewiß, daß bei einer gerechten Verteilung der zur Verfügung gestellten Reichsmittel beim Ausbau des deutschen Fluß- und Kanalsystems die Oder und der

Stettiner Hafen mit an erster Stelle berücksichtigt werden müssen. Teilweise ist dies auch schon, wenn auch nur in bescheidenem Maße, geschehen. Sodann mußten sich nach der Wiederauflösung der Groß-Hamburger Frage die Augen der ostdeutschen Verkehrsinteressenten auf Stettin richten, dessen Stellung durch die Bewilligung der Hamburger Forderungen eine weitere wenig erfreuliche Schwächung erfahren würde. Der Standpunkt der Stettiner Wirtschaft kann kurz dahin skizziert werden, daß Stettin an sich nichts gegen eine Erweiterung des Groß-Hamburger Hafengeländes durch Abtretung preussischer Gebietsteile bei Wilhelmshurg einzuwenden hat, dafür muß aber auf das schärfste gefordert werden, daß der Stettiner Hafen und der Oderstrom, die Lebensader der Stettiner Wirtschaft, endlich vom Reich unter Mitwirkung des preussischen Staates so ausgebaut werden, wie es der Bedeutung Stettins als größten deutschen Ostseehafen und Umschlags- und Durchgangsplatz im Handelsverkehr zwischen Mitteleuropa und den Ostseeländern entspricht.

Es dürfte unter diesen Umständen zweckmäßig sein, wie nachstehend ausgeführt, weitest Kreise im Reiche mit dem Programm des weiteren Ausbaus des Odermündungshafens Stettin und des eigentlichen Oderfluß- und Kanalsystems bekannt zu machen, das nach jahrzehntelangem Vorarbeiten der Sachverständigen bis ins Einzelste ausgearbeitet worden ist und dessen sofortige Inangriffnahme, soweit es noch nicht nach den neuesten Maßnahmen der Reichsregierung geschehen ist, als ein dringendes Gebot der Stunde bezeichnet werden muß.

Auf der Oder unterhalb Stettins stand der weiteren Entwicklung der Schifffahrt als ein besonderes Hemmnis bisher die geringe Tiefe (7 m) des Fahrwassers von Swinemünde nach Stettin entgegen. Dieser Mißstand soll nun endlich beseitigt werden, und die Vertiefungsarbeiten sind zur Zeit in vollem Gange. Die Fahrwassertiefe wird zunächst auf 8,7 m gebracht. Krümmungen und Engstellen werden beseitigt und die Befeuerung bei Nacht wesentlich verbessert. Die Arbeiten werden so beschleunigt, daß bereits Ende 1926 Schiffe mit 8,5 m Tiefgang nach Stettin

gelangen können. Die weitere Vertiefung auf 10 m ist in Vorbereitung. Damit erhält Stettin nun endlich, was andere Häfen längst besitzen, denn ganz abgesehen von Hamburg haben Danzig und selbst das kleine Lübeck schon lange solche Wassertiefen.

Soweit die Stettiner Zufahrtsstraße zur Ostsee. Aber auch im eigentlichen **Stettiner Hafen** sind umfassende Bauarbeiten und Erweiterungen nötig, die so schnell als möglich vorgenommen werden müssen, wenn Stettin weiterhin seine führende Rolle als Umschlagshafen der Ostseeschifffahrt und der Oderschifffahrt reibungslos abwickeln und womöglich noch einen bedeutend gesteigerten Binnen- und Seeschiffsverkehr bewältigen soll.

Zu dem Bauprogramm gehört zunächst neben dem Neubau der völlig veralteten Lagerschuppen am **Dunzigkai** der **Variszdurchstich**, der eine brückenfreie, gerade Zufahrt von der Oder bei der Einmündung der Swante zu der Massengut-Umschlaganlage **Reiherwerderhafen** schafft. Der Umbau der letzteren befindet sich bereits in vollem Gange. Gegenwärtig werden drei neue Verladebrücken von 45 m Spannweite mit einer Tragfähigkeit von 15 t je Brücke aufgestellt. Ferner ist im Freibeck an der Ostseite des westlichen Hafenbeckens ein neuer, großer Schuppen im Bau, mit 11 elektrisch betriebenen Kränen, der eines der gewaltigsten öffentlichen Bauwerke in Stettin darstellen wird. Geplant ist ferner die Erweiterung des Freibeckbezirks in Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kais, durch teilweise Zuschüttung des Dunzigs und die Errichtung eines Getreideschuppenspeichers.

Im engsten Zusammenhang mit dem oben erwähnten Ausbau der Oder unterhalb Stettins bis Swinemünde und des Stettiner Umschlaghafens muß die **Verbesserung des eigentlichen Oberlaufes** genannt werden. Während nämlich die Oder von Cosel bis Breslau durch 21 Staustufen kanalisiert ist, sind die Strecken von Breslau bis Fürstenberg und von Fürstenberg bis Hohenjaathen in einem sehr schlechten Zustand und leiden ständig an ungenügender Wassertiefe. Zu den dringendsten Erfordernissen einer weiteren reibungslosen und aufsteigenden Entwicklung der Oderschifffahrt gehört daher in erster Linie der **Bau des Ottmachauer Staubeckens** an der Glazer Neiße. Für den Bau dieses Beckens sind eingehende örtliche Vorarbeiten ausgeführt worden. Seine Ausführung ist durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung nunmehr sichergestellt worden, so daß der Auftrag zum Baubeginn bereits erteilt werden und mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen werden konnte.

Der Bau der genannten Talsperre erfolgt in erster Linie zur Regulierung des Oderwasserstandes. Die mittlere Oder von Breslau bis in die Gegend von Küstrin bietet nämlich der Schifffahrt große Schwierigkeiten, da diese, abgesehen von so nassen Jahren wie dem gegenwärtigen, fast alljährlich längere Zeit aus Mangel an Fahrwassertiefe auflegen muß. Eine gründliche Besserung ist erst von dem planmäßigen Ausbau dieser Strecke zu erwarten, mit dem 1924 begonnen wurde und der sich etwa auf 10 Jahre Bauzeit erstrecken wird. Dieser Ausbau hat eine Fahrwassertiefe von 1,10 m bei NW. zum Ziel. Eine weitere Verbesserung auf 1,40 m Tiefe bei NW. soll durch Zu-

flußwasser erreicht werden, das in einem Sammelbecken von Ottmachau an der Glazer Neiße bereitgestellt werden soll. Das Becken erhält einen Fassungsraum von 135 Millionen cbm, von denen 89,5 Millionen als Nutzraum für die Speisung der Oder und 40,8 Millionen als Hochwasserschutzraum bestimmt sind, während 4,7 Millionen cbm als eiserner Bestand verbleiben. Das aufgespeicherte Wasser soll bei unzureichender Wasserführung der Oder deren Wasserstände aufhohen und im Verein mit der in der Ausführung begriffenen Niedrigwasserregulierung auch unterhalb Breslaus für die Schifffahrt dauernd eine Fahrwassertiefe von 1,40 m schaffen, so daß 400 t Schiffe jederzeit, abgesehen von Jahren mit ausgesprochenen Wasserflüssen, 1,20 m tief eintauchen und mindestens mit $\frac{3}{4}$ Ladung fahren können. Daneben wird das Becken kleinere und mittlere Hochfluten ganz zurückhalten, die gefährlichen größeren Hochfluten an der Glazer Neiße abdämpfen, damit die gefährdeten Deiche an der Neiße und oberen Oder entlastet und Ueberschwehmungen mildern sowie die an die zulässige Grenze angelangte Entnahme von Wasser für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke weiterhin gestatten, ferner die Fischerei in diesen Wasserläufen heben und die Erzeugung von jährlich mehr als 10 Mill. Kilowatt elektrischer Arbeit ermöglichen.

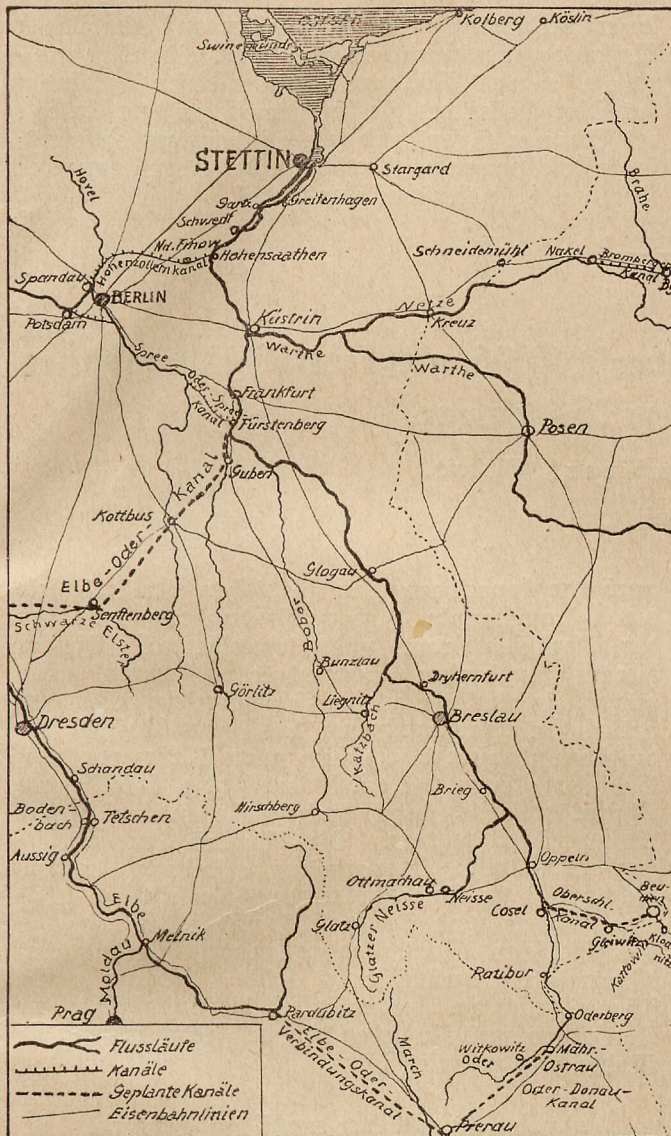
Zu bedenken ist ferner, daß die Fortsetzung des Ausbaues des Mittellandkanals in Angriff genommen ist, der eine direkte Wasserstraße vom Ruhrgebiet bis nach Berlin schafft. Die obereschlesische Kohle, die bisher den Hauptabsatz im Binnenschiffsverkehr mit Berlin hatte, wird dann den Wettbewerb der Ruhrkohle in Berlin in ganz anderem Maße, als es jetzt der Fall ist, zu fühlen bekommen. Im Interesse des Gegengewichts gegenüber dem erstarkenden Wettbewerb der Ruhrkohle ist daher für die Oderschifffahrt eine regelmäßige Wassertiefe zu fordern, damit letztere an Zuverlässigkeit und Sicherheit des Transportes hinter der Verschiffung der Ruhrkohle nicht zurücksteht.

Erfreulicherweise sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1926, abgesehen vom Ottmachauer Staubecken noch Mittel für die Verbesserung der Oder unterhalb Breslaus, für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, für den Hohenzollernkanal und den Oder-Spreekanal vor, was im Interesse der Schifffahrt auf der Oder auf das lebhafteste begrüßt werden kann.

Oberschlesiens Zugang zur Ostsee

Das Schwerkraft des Massenguttransportes auf der Oder liegt im Verkehr mit Oberschlesien. Dies gilt auch in erster Linie für die Stettiner Binnenschifffahrt, die zu Verraateenwärts eingeführte Erze ins obereschlesische Industriegebiet befördert, während talwärts obereschlesische Kohlen ins brandenburgische und pommersche Absatzgebiet bzw. über Stettin zur Ausfuhr gelangen.

Was nützt nun die bestausgebaute Oderwasserstraße, wenn die Eisenbahnvorfracht von den obereschlesischen Gruben nach Cosel, Oppeln und den anderen Binnenumschlagplätzen im Gegenakt zum A. T. Cu, der dem Ruhrbergbau zur Verfügung



steht, so hoch ist, daß die Spanne zwischen reiner Eisenbahnfracht und der kombinierten Eisenbahn- und Wasserfracht und damit der Anreiz des Verladeters für die Wahl des Wasserweges fällt?

Dies hat sich auch gerade während des englischen Kohlenstreiks gezeigt, als die deutsche Reichsbahn weitaus die meisten Kohlentransporte von Oberschlesien an sich riß, die zum größten Teil nicht ihren natürlichen Weg nach dem nächstliegenden Stettin, sondern nach anderen deutschen Häfen, wie insbesondere auch Hamburg, gingen, während die Oderschiffahrt zum Schaden einer reibungslosen Abwicklung des Abtransportes größtenteils das Nachsehen hatte. Nach der Fertigstellung des Mittellandkanals wird die Ruhrkohle ohne teure Eisenbahnvorfrachten infolge ihrer Billigkeit auf der ganzen Linie in das jetzige Absatzgebiet der ober-schlesischen Kohle einfallen und insbesondere auch in Berlin letztere mehr und mehr verdrängen. Oberschlesien ist eines der meeresfernsten Industriegebiete Europas. Es braucht, wenn es in seinem schweren Wettbewerbskampf

gegen Polnisch-Oberschlesien und gegen das Ruhrgebiet bestehen soll, billige Verbindungswege zum Meere und zu den mittel- und ostdeutschen Absatzgebieten. Zu diesem Zweck ist nötig, einen Kanal von der Oder direkt zu den ober-schlesischen Kohlengruben nach Gleiwitz, und wenn irgend möglich, über Sindenburg nach Beuthen, zu schaffen. Industrie und Bergbau müssen dann ihrerseits durch kurze private Zubringerbahnen die letzte Verbindung zu diesem ober-schlesischen Groß-Schiffahrtsweg schaffen.

Der jetzige Kłodnikkanal, seinerzeit von Friedrich dem Großen bewilligt und von seinen Nachfolgern im Jahre 1817 vollendet, der gegenwärtig nur mit 130-t-Schiffen befahren werden kann, ist völlig veraltet.

An dem neuen für 1000-t-Rähne befahrbaren **ober-schlesischen Groß-Schiffahrtsweg**, für dessen Linienführung eine Reihe von beachtungswürdigen Entwürfen vorliegen, hat die ostdeutsche Wirtschaft einschließlich ihres großen Seehafens Stettin das dringendste Interesse, in Sonderheit auch im Hinblick auf den polnischen Plan eines Kohlenkanals von Kattowitz über Lodz und Bromberg nach der Weichsel, durch den die Stellung Stettins gegenüber Danzig eine für Deutschland wenig erfreuliche Schwächung erfahren würde. Der Oderbund hat daher in seiner Sitzung am 27. August 1926 beschlossen, der Regierung nahe zu legen, die Vorarbeiten für den Ausbau des Kłodnik-Kanals zu einer Groß-Schiffahrtstraße unverzüglich in die Hand zu nehmen, damit die ober-schlesische Industrie gleichzeitig mit der Vollendung des Mittellandkanals und des Staubeckens von Ottmachau durch eine durch das Industriegebiet führende Groß-Verkehrs-Wasserstraße den Wettbewerb mit dem Westen besser aufnehmen in der Lage ist. Nun hat aber der Reichsverkehrsminister, soweit uns bekannt ist, in der Angelegenheit des ober-schlesischen Kanals dahin entschieden, daß das Projekt auf die Zeit von zirka 10 Jahren zurückgestellt wird, bis das Ottmachauer Staubecken fertiggestellt ist.

Erklärlicherweise hat diese Stellungnahme, die das geringe Verständnis in den Kreisen der Behörden für die Lebensfragen der ober-schlesischen Industrie und ihres Seehafens Stettin zeigt, den schärfsten Widerspruch hervorgerufen. Mit aller Entschiedenheit muß betont werden, wie dies in einem längeren Aufsatz („Der Ober-schlesische Kanal“ von Fritz Kahle) im Heft 8 dieser Zeitschrift vom August 1926 auf Grund reichhaltigen und genauen Zahlenmaterials geschehen ist, daß der Bau des Ottmachauer Staubeckens allein kein ausreichendes Gegengewicht gegen das Übergewicht der Industrie des Ruhrgebietes nach Fertigstellung des Mittellandkanals darstellt. Einen Ausgleich kann hier nur der ober-schlesische Groß-Schiffahrtsweg bringen, dessen Inanspruchnahme sowohl für die ostdeutsche Wirtschaft im allgemeinen, wie für Oberschlesien und Stettin ein Gebot der Stunde ist.

Die vorstehenden Ausführungen dürften mit aller Deutlichkeit dargelegt haben, daß der Ausbau des Stettiner Hafens, die Oderrekanalisierung und der ober-schlesische Kanal sich organisch eingliedern lassen in das große Aus-

bauprogramm des Oderstromes von Oberschlesien bis zur Ostsee. Für Stettin bedeutet jede Verbesserung der Oderwasserstraße eine Erweiterung seines Hinterlandes, um welches es gegenwärtig im Wettbewerb mit den anderen Häfen der Ostsee und mit Hamburg einen erbitterten Kampf führt; für Oberschlesien eine Erhöhung des Versendungsradius

seiner Produkte, die als Massengüter auf den billigen Wasserweg angewiesen sind und damit eine Steigerung seines Absatzes. Unter diesen Umständen hat Oberschlesien das gleiche Interesse an dem Ausbau des Stettiner Hafens und seiner jeewärtigen Zufahrtsstraße wie umgekehrt Stettin an der Regulierung der Oder und dem oberchlesischen Kanal.

Die eisenbahntarifarisches Lage des oberchlesischen Steinkohlenbergbaues vor und nach dem Weltkriege.

Von Dr. Alfred Schaffrath, Gleiwitz.

(Schluß)

IV. Die Entwicklung der oberchlesischen Kohlentarife nach dem Auslande.

Die Einfuhr ausländischer Kohlen, vor allem der englischen Steinkohle und der böhmischen Braunkohle, machte sich vom zweiten Drittel des vergangenen Jahrhunderts ab in solchen Gebieten Deutschlands bemerkbar, die zu den deutschen Hauptbergbaurevieren ungünstig bezw. zu den ausländischen Kohlenbezirken auf dem reinen Bahn- sowie See- und Binnenschiffahrtswege günstig lagen. Hieran änderte auch der Ausbau der deutschen Bahn- und Wasserstraßen und die damit teilweise erreichte Ueberwindung des Entfernungskoeffizienten nur wenig, weil namentlich die See mit ihren großen Transportgefäßen und ihrer billigen Straße die Frachtkosten der englischen Kohle nach den Küstengebieten niedrig zu halten erlaubte. Die Tarifmaßnahmen der deutschen Bahnen beschränkten sich deshalb, wie wir gesehen haben, zumeist auf die Abwehr einer allzugroßen Einfuhr fremder Kohlen. Das Eindringen der ausländischen Kohle und die von Jahr zu Jahr steigende deutsche Kohlen Gewinnung hatte aber bald einen Kohlenüberfluß zur Folge, der wieder zu einer Ausfuhr der inländischen Kohle nach geeigneten außerdeutschen Ländern drängte. Für die Ausfuhr kamen naturgemäß in erster Linie die nahe an der Grenze liegenden deutschen Reviere in Frage, weil von diesen aus die deutschen Vorfrachten am niedrigsten waren. Für den Verkehr mit den Deutschland westlich und südlich benachbarten Ländern war dies hauptsächlich der Ruhrbezirk, während das wie eine Landzunge in fremde Staaten vorgeschobene Oberschlesien seine überschießende Förderung nach der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie und ihren Hinterländern, nach Rußland und auf dem kombinierten Bahn- und Wasserwege auch nach den nordischen Ländern zu versuchten trachtete. Neben einer weitblickenden Handelspolitik mußte die Fernhaltung des ausländischen Wettbewerbs und die Begünstigung der nationalen Erzeugung unmittelbar durch eine pflegende Frachtenbildung der deutschen und ausländischen Bahnen gewährleistet werden. Ganz besonders galt dieses Ziel für Oberschlesien, weil die oberchlesische Kohle, die sich bereits mit dem geographisch zu Oesterreich günstiger gelegenen niederchlesischen Revier in den österreichischen Absatz teilen mußte, auch auf den Wettbe-

werb der benachbarten ausländischen Kohlenbezirke von Ostrau-Karwin, Jaworzno, Dombrowa und den der böhmischen Braun- und Steinkohle traf. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten waren umso größer, als sämtliche ausländischen Bezirke neben dem natürlichen Frachtvorsprung aus dem Wegfall der deutschen Vorfracht und dem zumeist kürzeren ausländischen Bahnwege noch durch die betreffenden Länder tarifarisch, durch Einfuhrzölle und auf andere Weise gestützt wurden. Die Ungunst der Wettbewerbsverhältnisse Oberschlesiens erforderte deshalb nicht zuletzt im Interesse der deutschen Bahnen selbst eine Handels- und Tarifpolitik, welche die Lage des oberchlesischen Montanreviers zu den ausländischen Absatzmärkten berücksichtigen sollte. Hieraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, die Entwicklung der Tarife getrennt für jedes der in Frage kommenden Länder kurz zu untersuchen.

a) Verkehr mit den nordischen Ländern.

Bis zum 15. Juli 1882 bestanden deutscherseits keinerlei besonders ermäßigte Kohlentarife zur Ausfuhr über See. Angewendet wurde vielmehr die jeweilige Normalklasse. Da diese in Verbindung mit den deutschen Seefrachten ab Stettin im Verhältnis zu den englischen Wasserfrachten zu hoch waren, wurden nennenswerte Mengen auf dem reinen Bahnwege bis Stettin zur Ausfuhr regelmäßig nicht gefahren. Die wenigen Sendungen aus Oberschlesien, die damals über Stettin ausgeführt wurden, wurden bis Stettin auf dem kombinierten Bahn- und Wasserwege gebracht und dort in die nach den nordischen Ländern heimfahrenden Schiffe, also gewissermaßen als Ballast geladen. Mit dem 15. Juli 1882 wurde versuchsweise zunächst auf ein Jahr ein Seehafenausfuhrtarif für Stettin eingeführt, der neben einer Abfertigungsgebühr von 6 Pfg. für 100 kg einen Streckensatz von 1,34 Pfg. für das tkm enthielt. Auch dieser Tarif, der übrigens am 1. März 1896 auf den Locoverkehr von Stettin ausgedehnt¹⁾ und bis zum Jahre 1918 mit geringen Änderungen beibehalten wurde, brachte den erwünschten Verkehrszuwachs ebenso wenig wie der direkte Tarif zwischen

¹⁾ Vergl. S. 541, Ziffer 16 und Seite 543, Ziffer h.

Oberschlesien und den nordischen Ländern, der deutscherseits auf der Grundlage des 45 t-Tarifs für das Stettiner Gebiet erstellt war.²⁾ Nach dem Kriege wurden der deutsch-nordische Tarif und der 45 t-Tarif für das Stettiner Gebiet ohne Ersatz aufgehoben. Bis zum 5. Mai 1925 galt für die Verfrachtung auf den deutschen Strecken der Ausnahmetarif 6, teilweise sogar die um die Verkehrssteuer gekürzte Tarifklasse E. Von da ab wurden die Sätze des Ausnahmetarifs 6 f angewendet, dessen Aufbau auf Seite 545 geschildert wurde. Trotzdem wurden im Jahre 1925 über Saßnitz und Swinemünde nach den nordischen Ländern nur 700 t Kohle und Koks verfrachtet.

Die Bilanz dieser Frachtbildung ist somit durchaus ungünstig. Der Absatz deutsch-oberschlesischer Kohle nach den nordischen Ländern wird sich auf dem reinen Bahnwege nur heben lassen, wenn die Reichsbahn in ihren Tarifen für die deutschen Strecken bis hart an die Selbstkostengrenze herabgeht und außerdem auch auf den fremden Strecken Ermäßigungen zu erreichen versucht. Ein solches Tarifgebaren würde für die Reichsbahn einen Gewinn bedeuten, weil eine derartige Maßnahme den Verkehr befruchten würde, ohne daß die Einnahmen geschmälert würden, weil zur Zeit von einem regelmäßigen Verkehr keine Rede sein kann. Eine weitere Möglichkeit zur Hebung des Verkehrs besteht in der Einführung von Zubringer-tarifen nach den Umschlagsstellen der oberen Oder, die ebenfalls zu Einnahmeausfällen für die Reichsbahn nicht führen würden, wenn die Ermäßigung an den Nachweis der Ausfuhr nach den vorgenannten Ländern gebunden werden würde. Solchen Tarifmaßnahmen wird sich die Reichsbahngesellschaft auf die Dauer nicht verschließen können, weil die polnische Staatsbahn die Ausfuhr polnischer Kohle über Danzig durch den besonderen Ausnahmetarif XIX (die gegenwärtige Fracht beträgt 12,— Zl. = 5,40 Mark für die t bei einem Kurs von 0,45 Mark) unterstützt und dadurch die deutsche Kohle allgemein und die deutsch-oberschlesische Kohle im besonderen von wichtigen ausländischen Märkten abschließt.

b) Verkehr mit Kongreßpolen, dem heutigen Rußland und den Randstaaten einschl. des Memeler Gebiets.

Für das Memeler Gebiet waren in der Zeit der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich die ostpreussischen Tarife in Geltung.³⁾ Seit seiner Abtrennung von Deutschland durch das Versailler Diktat hat es die gleichen Tarife wie das übrige östlich von Deutschland gelegene Ausland.

Der Verkehr mit dem kongreßpolnischen Wirtschaftsgebiet entwickelte sich wegen der unzulänglichen Bahnverbindungen zwischen Deutschland und Rußland und der von der Normalbahn abweichenden Spur der Mehrzahl der russischen Bahnen nur ganz allmählich. Die Entwicklung wurde außerdem noch dadurch behindert, daß Rußland zum Schutze seiner inländischen Bergwerke und mit Rücksicht auf seinen Holzreichtum die Einfuhr deutscher Kohle seit dem Jahre 1868 mit prohibitiven Zöllen belegte. Diese betrugen:

Nach dem Tarif von	Steinkohlen		Steinkohlenkoks	
	Für 1 Pud Rop.	Für 100 kg M	Für 1 Pud Rop.	Für 100 kg M
1868	1/2	0,07	1/2	0,07
1877 ⁴⁾	1/2	0,10	1/2	0,10
1881	1/2 + 10%	0,11	1/2 + 10%	0,11
1882	1	0,20	1	0,20
1884	1 1/2	0,30	1 1/2	0,30
1887	2	0,40	3	0,59
1893	2 + 20%	0,48	3	0,59
während des Zollkrieges				
1893/94	2 + 50%	0,60	4 1/2	0,90
1894 ⁵⁾	1	0,20	1 1/2	0,30
1906 ⁶⁾	1 1/2	0,20	2 1/4	0,30

Wird dabei berücksichtigt, daß die Selbstkosten für Kohle etwa ebenso hoch wie die Zölle waren⁷⁾, so geht hieraus hervor, daß der Kohlenausfuhr nach Rußland zollpolitische Schwierigkeiten entgegenstanden, die durch Preisgestaltungen allein nicht überwunden werden konnten. Auch die deutschen Eisenbahnen konnten, soweit die verkehrswichtigen Uebergänge Sosnowitz W. W. (Warschau-Wiener Bahn) und Sosnowitz W. G. (Weichsel-Eisenbahn) in Frage kamen, den deutschen Bergbau nicht wirksam genug unterstützen, weil die deutschen Entfernungen bis zu den Grenzstationen und damit die anteiligen deutschen Frachten zu gering waren, um durch eine an sich noch mögliche Tarifverbilligung die Ausfuhr fördern zu können. Die einzige Möglichkeit einer eisenbahntarifarischen Hilfe wäre bei den posenschen und ostpreussischen Uebergängen gegeben gewesen, die aber leider trotz unausgesetzter Vorstellungen des ober-schlesischen Bergbaus vernachlässigt wurde.

Die Frachtberechnung für die deutschen Strecken erfolgte hauptsächlich nach Maßgabe der jeweiligen Normaltarife und allgemeinen Ausnahmetarife, die für den innerdeutschen Verkehr galten.⁸⁾ Nur im Verkehr über Eydtkuhnen—Grajewo wurde im Jahre 1886 für Sendungen von 60 t (später von 50 t und zuletzt für Einzelsendungen) ein besonders ermäßigter Satz eingeführt, der für die deutschen Strecken einen Streckensatz von 1,3 Pfg. für die Tonne und eine Abfertigungsgebühr für 100 kg von 6 Pfg. beim russischen Nahgebiet und von 3 Pfg. beim russischen

⁴⁾ Von 1877 ab wurde Zahlung der Zölle in Gold verlangt (1 000 Mark = 308 Rbl.), was einer Erhöhung der Zölle um rund 50 Prozent gleichkam.

⁵⁾ Nach Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages.

⁶⁾ Die Zahlen des Zolltarifs von 1906 sind nicht in Goldrubel, sondern in der regulären Währung (100 Rbl. = 216 Mark) erstellt.

⁷⁾ Die Selbstkosten betrugen in den staatlichen Gruben im Jahre 1888 durchschnittlich 3,30 Mark
 " " 1890 " 4,80 "
 " " 1892 " 5,10 "
 " " 1894 " 4,60 "
 bei den privaten Gruben waren sie etwas höher.

⁸⁾ Vergl. Ausführungen unter II.

²⁾ Vergl. S. 543, Ziffer h.

³⁾ Vergl. Abschnitt II u. III.

Ferngebiet vorſah. Dieſe Ermäßigung erwies ſich aber als durchaus unzulänglich, weil die Kohlenfrachten aus dem Dombrowaer Revier und die Frachten für die engliſche Kohle, welche hauptſächlich über Riga eindrang, weſentlich niedriger waren. Auch auf dem Waſſerwege der Przemsja, die bei Birſental ſüdlich von Myſlowitz ſchiffbar wird und ſo den dort gelegenen Gruben nutzbar gemacht werden konnte, konnte ſich ein nennenswerter Verkehr nicht entwickeln, weil auf ihr nur ſlachgehende Rähne mit geringer Tragfähigkeit, ſog. Galeeren, nach einigen kleinen galiziſch-polniſchen Plätzen verwendet werden konnten. Da ſich überdies die Koſten der Bergfahrt der leeren Galeeren zu hoch ſtellten, konnte dieſer Verkehr für die oberſchleſiſche Kohle größere Bedeutung nicht gewinnen.

Auf der Przemsja wurden im Jahre 1884 rund 90 000 t verfrachtet. Von da ab ging der Verkehr mit wenigen Ausnahmen allmählich immer mehr zurück. Er betrug im Jahre 1890 nur noch 40 000 t und 1897 ſogar nur noch 28 000 t. Seitdem iſt er, abgeſehen von kleineren vorübergehenden Belebungen, ſtätig weiter geſunken.

Bis zur Regelung der deutsch-rußiſchen Handelsbeziehungen wurde unter dieſen Umſtänden oberſchleſiſche Kohle von Rußland nur für ſolche Zwecke bezogen, für die ſich die gasarme und kurzflammige Dombrowaer Kohle und Holz als ungeeignet erwieſen. Erſt die durch den deutsch-rußiſchen Handelsvertrag geſchaffene Ermäßigung der Zölle wirkte belebend auf den Kohlenverbrauch, an dem Oberſchleſien einen erheblichen Anteil nahm. Wie ſich in Polen und Rußland unter dieſen Verhältniſſen der Abſatzmarkt für oberſchleſiſche Kohle geſtaltet hat, geht aus der folgenden Zuſammenſtellung der Verſandziffern deutlich hervor. Der Verſand betrug:

1887 =	191 000 t
1890 =	193 000 t
1891 =	143 000 t
1892 =	138 000 t
1893 =	150 000 t
1894 =	207 000 t
1895 =	226 000 t
1896 =	286 000 t
1897 =	373 000 t
1903 =	651 000 t
1905 =	968 000 t
1908 =	843 000 t
1910 =	1 110 000 t
1911 =	1 365 000 t
1913 =	2 283 000 t (davon 242 000 t Koks).

Die überraschende Verkehrszunahme ſeit Mitte der neunziger Jahre war aber nicht eine Wirkung der deutſchen Tarispolitik, ſondern war auf die Handelspolitik zurückzuführen, die noch durch die minderwertige Qualität der polniſch-rußiſchen Kohle und die unzureichende Förderung des polniſchen Reviers günſtig beeinflusst wurde.

Mit Kriegsbeginn hörte ein geregelter Kohlenverkehr vollkommen auf. Nach dem Kriege wurde für die Verfrachtungen nach dem nunmehr polniſch gewordenen Gebiet der normale Ausnahmetarif 6 angewendet.

Die wider Recht, Vernunft und Moral vorgenommene Zerreiſung des oberſchleſiſchen Industrie- reviers hat den deutsch-oberſchleſiſchen Bergbaubezirk von dem früheren ruſſiſchen Markt völlig abgedrängt. Die polniſch gewordene oberſchleſiſche Kohle erhielt nämlich nach dem übrigen polniſchen Wirtschaftsgebiet dadurch verbilligte Geſamtfrachten, daß der polniſche Ausnahmetarif ab Gewinnungsſtätten durchgerechnet wurde. Die deutsch-oberſchleſiſche Kohle dagegen wurde frachtlid verteuert durch den Ausnahmetarif 6 auf der kurzen deutſchen Strecke bis zur Landesgrenze und durch die Anwendung der polniſchen Normalklaſſe für die polniſche Strecke. Das früher tariſariſch gleichgeſtellte Revier wurde jezt verſchieden behandelt. Bei dieſer Sachlage konnte Deutſch-Oberſchleſien im Jahre 1925 tatſächlich auch nur 3 000 t dahin verfrachten.

Eine teilweise Wiedergewinnung des ehemaligen Abſatzgebietes iſt bei dem Ueberſchuß an Kohlen in Polen nur dann denkbar, wenn die frühere tariſliche Gleichſtellung der beiden Teile Oberſchleſiens ſich wieder herſtellen ließe, indem ab den deutsch-oberſchleſiſchen Gewinnungsſtätten der polniſche Tarif durchgerechnet würde. Eine ſolche Maßnahme wäre an ſich berechtigt, nachdem dem oſtoberſchleſiſchen Bergbau durch das Genfer Diktat der durchgerechnete deutſche Kohlentarif im Verkehr mit Deutſchland zugeſtanden werden mußte und auch im Durchgangsverkehr durch Deutſchland im Wege der freien Vereinbarung gewährt wird.

Der Vollſtändigkeit halber ſei noch erwähnt, daß durch die wiſſerſinnige Zerſtückelung Oberſchleſiens für den deutsch gebliebenen Bergbau auch der Niemeler Abſatzmarkt, der früher überwiegend von Oberſchleſien mit Kohle und Koks verſorgt wurde, völlig in Wegfall gekommen iſt.

Der Verluſt der öſtlichen Abſatzgebiete laſtet beſonders ſchwer auf den Kokereibetrieben, deren Verſand dahin betrug:

im Jahre	1903 rd.	123 000 t
" "	1904 "	131 000 "
" "	1906 "	142 000 "
" "	1908 "	126 000 "
" "	1910 "	128 000 "
" "	1911 "	214 000 "
" "	1913 "	242 000 "

Was der Ausfall dieſer Märkte für die deutſch gebliebenen Kokereien, auf die ein erheblicher Teil der obigen Ausfuhrziffern entfiel, bedeutet, geht deutlich aus ihrer ſtark eingeſchränkten Tätigkeit der letzten Jahre hervor.

c) Verkehr mit Oeſterreich-Ungarn.

Von überragender Bedeutung für die oberſchleſiſche Kohlenausfuhr war von jeher der Verkehr mit Oeſterreich-Ungarn. Er betrug zeitweiſe bis zu 30 Prozent des Geſamthauptbahnverſandes Oberſchleſiens. Erleichtert wurde der Verkehr durch gute Bahnverbindungen und zahlreiche im Laufe der Zeit eröffnete Uebergänge, von denen beſonders wichtig waren die Uebergangſtationen:

- a) Myſlowitz, Oſwiecim und Oſiedlitz für den Verkehr mit Galizien und der Bukowina;
- b) Oſberg für den Verkehr mit Ungarn und Oeſterreich mit Ausnahme des mittleren und

nördlichen Böhmens, sowie mit den an Bayern angrenzenden Gebieten;

- c) Troppau, Jägerndorf, Ziegenhals, Heinersdorf OS. und Mittelwalde für Mähren und Mittel-Böhmen;
- d) Mittelsteine, Halbstadt, Liebau, Grüntal, Heinersdorf (Tafelfichte), Seidenberg, Reichenberg, Tetschen und Bodenbach für die an Schlesien und Sachsen grenzenden Gebiete Böhmens;
- e) Passau, Simbach, Salzburg und Ruffstein für die Bayern benachbarten Gebiete von Oesterreich, einschließlich von Tirol und Boralberg.

Der Verkehr entwickelte sich naturgemäß nur ganz allmählich, zumal bis zum Jahre 1884 von einer Unterstützung der Ausfuhr auf tarifarischem Gebiet bei den hohen Tarifen der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn und der Oberschlesischen Eisenbahn nicht gesprochen werden kann. Er betrug im Jahre 1861 rd. 72 000 t und stieg bis zum Jahre 1884 auf etwa 1 586 000 t, also um etwa das 22fache. Von da ab nahm der Verkehr fast alljährlich mit erheblichen Mengen zu, sodaß von diesem Zeitpunkt ab die Tarifgebarung und ihre Auswirkung getrennt nach den einzelnen Empfangsgebieten betrachtet werden soll.

1. Ausfuhr nach Galizien.

Für diesen Versand kamen neben den Kokereien des Zentralreviers fast ausschließlich die Gruben in Frage, welche dicht an der ehemaligen galizischen Grenze lagen, also die Kohलगewinnungsstätten bei Myslowitz, Schoppinitz, Rattowitz, Emanuelslegen und Laziff. Das Rybniker Revier belieferte Galizien normalerweise gar nicht. Ebenso wurden aus dem Zentralrevier außer Koks und gasreichen Kohlen nur Hausbrandkohlen in mäßigem Umfange dahin verfrachtet. Die Folge hiervon war, daß die Transporte nur auf ganz kurzen deutschen Strecken liefen und eine wirksame Unterstützung der Ausfuhr durch deutsche Tarifermäßigungen kaum einsetzen konnte. Die Förderung der Ausfuhr deutscherseits erfolgte deshalb fast ausschließlich dadurch, daß der jeweilige ungefürzte allgemeine Ausnahmetarif zur Verfügung gestellt wurde. Die Myslowitz-Grube nahm noch eine Sonderstellung dadurch ein, daß in die Verbandstarife deutscherseits nur die Verschiebegebühr eingerechnet wurde.

Die galizischen Bahnen ihrerseits aber hatten zunächst ein Interesse daran, das galizische Kohlenbecken bei Jaworzno tariflich zu stützen. Nur auf weiten Entfernungen, also nach dem östlichen Teil von Galizien, nach der Bukowina und auch nach Rumänien über Jßkany führten sie Verbilligungen des normalen Kohlentarifs ein. Die Interessen des Jaworznoer Reviers wurden dabei dadurch gewahrt, daß dieser Bezirk die gleichen Ermäßigungen erhielt, sodaß die Frachtpannung, die sich aus der jeweiligen Normaltarifklasse des österreichischen Kohlentarifs zwischen dem obererschlesischen und dem Jaworznoer Revier ergab, auch bei den besonderen Ermäßigungen in der Hauptsache beibehalten wurde. Trotzdem vermochte die obererschlesische Kohle sich hier im Wettbewerb gegen die Jaworznoer und auch Ostrauer Kohle durchzusetzen. Abgesehen von der verhältnismäßig geringen Frachtpannung gegenüber den beiden letzterwähnten Revieren war ihr der Wettbewerb hauptsächlich durch die minderwertige Qualität der galizischen Kohle, welche

etwa den obererschlesischen Tertiamarken gleichkommt, und durch die wegen ihrer Rußentwicklung für Hausbrandzwecke wenig geeigneten mährisch-östrauer Fettkohle erleichtert. Somit war für den Verkehr mit Galizien die Tarifgestaltung so gut wie ohne Einfluß.

Die obererschlesische Kohlenausfuhr nahm fast stetig zu und betrug

im Jahre 1884	=	127 000 t
" " 1887	=	182 000 t
" " 1890	=	253 000 t
" " 1893	=	296 000 t
" " 1897	=	497 000 t
" " 1903	=	588 000 t
" " 1907	=	1 295 000 t
" " 1910	=	1 552 000 t
" " 1911	=	1 218 000 t
" " 1913	=	2 063 000 t

Der Rückgang im Jahre 1911 erklärt sich u. a. aus dem Minderbezug von Kohlen durch die österreichischen Staatsbahnen.

Mit Ende des Krieges wurden die Verbandstarife aufgehoben. Seitdem erfolgt die Frachtberechnung zu den Frachtfäßen des Ausnahmetarifs 6 auf den deutschen Strecken. Durch die Zerreißung des obererschlesischen Reviers ist die überwiegende Mehrzahl der Gruben, die vormals Galizien und die Bukowina beliefert haben, an Polen gefallen.

Die tarifliche Gleichstellung der beiden Teile des obererschlesischen Reviers wurde damit aufgehoben. Ab den polnisch gewordenen obererschlesischen Gruben wurde ebenso wie im Verkehr mit dem übrigen Polen der polnische Ausnahmetarif durchgerechnet, wodurch eine Frachtverbilligung eintrat. Für die deutsch gebliebenen Gruben dagegen erlitten die Frachten eine Verteuerung durch die Anwendung des Kohlenausnahmetarifs 6 auf den deutschen Strecken und der polnischen Normalklasse auf den polnischen Strecken. Infolgedessen besteht zur Zeit ein geregelter Verkehr ab Deutsch-Oberschlesien nach Galizien nicht mehr.

Die Wiedergewinnung des Absatzgebietes wenigstens für die deutsch-obererschlesischen Kokereien⁹⁾ wird nur durch eine tarifliche Unterstützung seitens der Eisenbahn in der gleichen Weise möglich sein wie beim Verkehr mit dem übrigen polnischen Wirtschaftsgebiet. Ohne eine solche oder ähnliche Maßnahme ist Galizien für Kohle und Koks Deutsch-Oberschlesiens als Absatzgebiet verloren.

2. Nach Ungarn.

Der Verkehr mit Ungarn wickelte sich mit alleiniger Ausnahme des nördlichen Teiles über Oberberg ab. Bis dahin betrugen die Tarifentfernungen der deutschen Bahnen vor dem Bau der Strecke Niedobschütz—Zoslau—Annaberg und Gleiwitz—Knurow—Egersfeld, sowie der Randziner Umgehungsbahn 39—115 Kilometer. Bei solchen Entfernungen wäre es der preußischen Staatsbahn an sich möglich gewesen, den obererschlesischen Bergbau tariflich zu unterstützen. Diese Tarifgebarung wäre auch notwendig gewesen wegen der verhältnismäßig hohen deutschen Vorfrachten gegenüber dem Ostrauer Revier und wegen der wirksamen tariflichen

⁹⁾ Der Versand von Koks nach Galizien betrug im Jahre 1913 rund 70 000 t.

Unterſtützung, die das Oſtrauer Revier durch die k. k. priv. Kaiſer-Ferdinands-Nordbahn, die noch dazu Eigentümerin einiger Gruben dieſes Reviers war, und ſpäter auch durch die öſterreichiſche Staatsbahn und die Kaſchau-Oderberger Bahn erfuhr. Trotzdem iſt eine pflegliche Frachtenbildung für oberſchleſiſche Kohle in der Hauptſache nicht eingetreten. Die preußiſche Staatsbahn wich vielmehr von dem Grundſatz, die Ausfuhr durch Tarifverbilligungen zu fördern, ab. Sie ſtellte zunächſt lediglich ihre jeweiligen Normaltarife und ſeit dem Jahre 1897 den Rohſtofftarif zur Verfügung und rechnete dieſe Tarife in den Verbandsverkehr mit Ungarn ein. Erſt mit dem Zeitpunkt der Eröffnung der Nebenbahn Niedobſchütz—Loſlau—Annaberg rechnete ſie die Tarifentfernungen im Kohlenverkehr ohne Zuſchlag über die Nebenbahnſtrecke durch, ſobald ſich hierdurch Entfernungsabkürzungen ergaben, obwohl dieſe eingleiſige Strecke dem Durchgangsverkehr von vornherein wegen der ſtarken Steigungen und Krümmungen nur in ganz beſchränktem Umfange nutzbar gemacht werden konnte. Hierdurch traten Entfernungsabkürzungen bis zu 29 Kilometer ein, die nahezu für das ganze oberſchleſiſche Revier mit Ausnahme der bei Gleiwitz gelegenen Gruben wirksam waren.

Für das Zentralrevier ergab ſich eine Entfernungsabkürzung zunächſt durch die Eröffnung der Randziner Umgehungsbahn um etwa 3 km und ſpäter durch den Bau der Bahn von Gleiwitz über Knurów nach Egersfeld in Verbindung mit der Strecke Niedobſchütz—Loſlau—Annaberg. Die dadurch bedingte Tarifverbilligung der deutſchen Vorfrachten befruchtete den Verkehr mit Ungarn nicht unerheblich. Sie bewirkte vor allem, daß auch das Zentralrevier und inſbeſondere die heute deutſch gebliebenen Gruben ſich an der Belieferung Ungarns mit Kohle (vormiegend Hausbrandkohle) und Koks beteiligen konnten. Der Anteil der deutſch gebliebenen Gruben am oberſchleſiſchen Kohlen- und Koksverſand nach Ungarn kann mit etwa 20 Prozent angenommen werden.

Bei der Verſtaatlung der Kaiſer-Ferdinands-Nordbahn ließ die preußiſche Staatsbahn an der Abfertigungsgebühr 1,— Mark für 10 000 kg nach. Alle dieſe Maßnahmen erwieſen ſich aber nicht als durchgreifend genug, weil die öſterreichiſchen Bahnen, die Kaſchau-Oderberger Eiſenbahn und zeitweilig auch die ungarischen Bahnen ſich einer Tarifpolitik beſleißigten, die den Wettbewerb oberſchleſiſcher Kohle gegen das Oſtrau-Karwiner Gebiet außerordentlich erſchwerte. Hinzu kommt noch, daß die Kaſchau-Oderberger Eiſenbahn, über die ſich der Hauptabſaßſtrom bei ihrer natürlichen Lage ergießen mußte, ſich als nicht genügend leistungsfähig erwies und beſtrebt war, bei Verkehrsſchwierigkeiten den Abtransport der Dombrau-Karwiner Kohle gegenüber der oberſchleſiſchen Kohle zu bevorzugen. Hierbei muß anerkannt werden, daß ſich die preußiſche Staatsbahn andauernd und nicht ohne Erfolg bemühte, erträglichere Zuſtände ſowohl in der Tarifgebarung der beteiligten ausländiſchen Bahnen als auch in der Abbeförderung der oberſchleſiſchen Kohle zu ſchaffen. Sie ſtrebte in dieſer Hinſicht inſbeſondere an, daß eine Bevorzugung der Karwiner Kohle vor der oberſchleſiſchen hinſichtlich der Abbeförderung unterblieb, und daß zur Entlaſtung der Kaſchau-Oderberger Bahn ein erheblicher Teil der für Ungarn beſtimmten Kohle dauernd über die Linien der Nordbahn befördert wurde. Um das zu

erreichen, wurden die niedrigeren Sätze, die ſich über die Kaſchau-Oderberger Bahn ergaben, unverändert auf den teuren Weg über die Nordbahn übertragen. Da die Nordbahn die Uebernahme der ſich hieraus ergebenden Einnahmeausfälle ablehnte, entſchädigte die preußiſche Staatsbahn zum Teil die benachteiligten Bahnen. Wo ſich auch dieſe Maßnahme als unzulänglich erwies, ſtellte die preußiſche Staatsbahn zu durchaus annehmbaren Bedingungen Hilfswege zur Verfügung, bei denen ſie von ihren Normalfrachten nennenswerte Teile dadurch nachließ, daß ſie die Mehrmenge zu etwa den reinen Selbſtkoſten fuhr.

Wegen der Tarifpolitik der Kaiſer-Ferdinands-Nordbahn wird auf die folgenden Ausführungen unter 3 „Ausfuhr nach dem übrigen Oeſterreich“ verwieſen.

Die Kaſchau-Oderberger Bahn war ungünſtig finanziert, eingleiſig gebaut und hatte neben verwaltingstechniſchen Schwierigkeiten auch wegen der ſtarken Steigungen mit hohen Selbſtkoſten zu rechnen. Sie war deſhalb gezwungen, ihre bevorzugte Lage als Hauptverbindungsbahn zwiſchen Deutſchland und Ungarn nach Möglichkeit auszunutzen. Begünſtigt wurde ihre Tarifpolitik noch dadurch, daß die ſonſt vorhandenen Bahnwege nach Ungarn, inſbeſondere nach Budapeſt, über große, die Fracht weſentlich verteuernde Umwege führten, ſodaß ſie ſelbſt innerhalb ihrer Leſtungsfähigkeit nahezu konkurrenzlos war. Die Folge hiervon war, daß die Kaſchau-Oderberger Bahn ihre Tarife für oberſchleſiſche Kohle fortgeſetzt hochhalten konnte. Erſt nach langwierigen mühevollen Verhandlungen gelang es der preußiſchen Staatsbahn im Verein mit den ungarischen Staatsbahnen, eine Frachtverbilligung dadurch zu erreichen, daß die Kaſchau-Oderberger Bahn ihre ſich ab Dombrau ergebenden Frachtsätze nach Ungarn mit einem beſtimmten Zuſchlag für die Strecke Oderberg-Dombrau zur Verfügung ſtellte.

Die Frachtsätze auf der ungarischen Staatsbahn waren bis Ende 1899 außerordentlich hoch, obwohl hier einheimiſcher Bergbau nicht zu ſchützen war. Die zunehmende Bedeutung der Steinkohle für das Wirtschaftsleben Ungarns zwang aber die ungarische Staatsbahn zur Einführung eines für die damaligen Verhältnisse beſonders niedrigen Tarifs, der am 4. Januar 1891 in Kraft trat. Des Interesses wegen ſeien einige Durchſchnittſtreckensätze dieſes Tarifs unter Gegenüberſtellung der preußiſchen Sätze des Spezialtarifs III und des damals für Kohle noch nicht gültigen Rohſtofftarifs angeführt. Dieſe Sätze einschließlich Abfertigungsgebühr betragen in Pfennig für das tkm:

bei km	ungariſcher Tarif	preußiſcher Tarif	
		Spezialtarif II	Rohſtofftarif
10	7,08	11,0	9,0
50	2,48	4,4	3,6
100	2,3	3,5	2,9
200	2,12	2,8	2,55
300	2,01	2,6	2,43
400	1,9	2,5	2,27
500	1,73	2,44	2,1

Auch ſpäterhin erleichterte die Tarifgebarung der ungarischen Staatsbahn die Einfuhr oberſchleſiſcher Kohle und blieb im großen und ganzen unverändert bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Als Ergebnis dieſer Unterſuchung kann ſomit gebucht werden, daß die Tariffpolitik der preußiſchen Staatsbahn zwar in Bezug auf die Härten der Tarife der Kaiſer-Nordbahn ausgleichend wirkte, trotzdem aber die Ausfuhr nicht hinreichend förderte. Immerhin wirkten alle Maßnahmen der preußiſchen Staatsbahn zuſammengenommen ſich in etwa dahin aus, daß ſich die oberſchleſiſche Kohle im Wettbewerb mit dem Oſtrauer Revier und der böhmischen Braunkohle durchsetzen konnte. Die Kohlen- und Koksauſfuhr nach Ungarn entwickelte ſich demgemäß relativ günſtig, wie nachfolgende Zahlen zeigen:

1884 =	126 000 t
1887 =	140 000 t
1890 =	302 000 t
1893 =	373 000 t
1897 =	672 000 t
1903 =	590 000 t
1907 =	1 189 000 t
1910 =	1 292 000 t
1911 =	1 849 000 t ¹⁰⁾
1913 =	2 769 000 t ¹¹⁾

Weſentlich anders lag die Tarifgebarung nach dem Kriege, inſbeſondere nach der Zerſtückelung Oberſchleſiens. Die Reichsbahn ſtellte nach 1918 nur noch den ungefürzten Ausnahmestarif 6, zeitweiſe ſogar lediglich die Normalkohlentarifklaffe zur Verfügung. Zu der ſich hieraus bereits ergebenden Frachtverteuerung kam noch die hinzu, die ſich aus dem Wegfall der Durchrechnung der Tarifentfernungen über die Strecken Gleiwitz-Knurow-Egersfeld und Niedbiſchütz-Loſlau-Annaberg ergab. Die Entfernungserhöhung betrug im allgemeinen etwa 25 km; die ſich hieraus ergebende Frachtverteuerung, die neben der Verteuerung des A. E. 6 zu tragen war, belief ſich auf 8,— M für 10 t. Die Verteuerung des A. E. 6 unter Berücksichtigung der Mehrentfernungen gegenüber den Einrechnungsanteilen der preußiſchen Staatsbahn vor dem Kriege betrug bis 1930 M für 10 t.

Auch die tſchechoſlowakiſche Staatsbahn, in deren Betrieb die Kaiſer-Nordbahn inzwischen übergegangen iſt, hat die Tarife nach Ungarn erhöht und zwar für deutſche Kohle in höherem Ausmaß als für Oſtrauer. Auf der anderen Seite hat die polniſche Staatsbahn für Ausfuhrkohle beſonders ermäßigte Frachtsätze eingeführt. Ferner hat ſie an Tarifkraft auch dadurch gewonnen, daß ſie einen großen Teil der Sendungen nach Ungarn ſtatt über den kürzeren Petrowitzer Weg über die weiten polniſchen Wege bis zu den Karpathen-Übergängen beförderte. Dieſes Plus in der Tarifkraft wirkte ſich naturgemäß verbilligend auf die Geſamtfrachten aus. Auch hier iſt alſo unter der Einwirkung der veränderten Grenzerhältnisse eine Differenzierung in der Tarifgebarung zwiſchen den beiden Teilen Oberſchleſiens eingetreten, die ſich zu Ungunſten des deutſch-oberſchleſiſchen Bezirks auswirkt. Die Folge hiervon iſt, daß auf deutſch-oberſchleſiſcher Kohle jetzt eine ſehr erhebliche Mehrfracht gegenüber der Zeit vor dem Kriege laſtet, während polniſche Kohle nur eine unbedeutende Mehrbelastung erfahren hat.

Bei einer ſolchen Frachtlage iſt es dem deutſch-oberſchleſiſchen Bergbau unmöglich, den auf ihn entfallenden früheren Abſatz in Ungarn wiederzugewinnen. Tatſächlich wurden im Jahre 1925 noch nicht einmal 23 000 t, worunter ſich etwa 6000 t Koks befanden, nach dem heutigen Ungarn und den Teilen von Rumänien und Jugoslawien verfrachtet, die zum früheren königlich ungarischen Staatsverbande gehörten. Der Verſand iſt ſomit gegenüber 1913, wenn man von dem Ergebnis dieſes Jahres für die deutſch-oberſchleſiſchen Gruben rund 20 Prozent annimmt, von 55 000 auf 23 000 t geſunken. Die Reichsbahn ſollte alles Intereſſe daran haben, durch Einführung eines beſonderen Ausnahmestarifs für die Verkehrsbezirke 53 und 53 a (Ungarn mit Hinterländern) den Verſand zu fördern. Eine ſolche Unterſtützung würde neben einer Belebung des deutſch-oberſchleſiſchen Bergbaus zu einer Entlaſtung des geſamten deutſchen Kohlenmarktes und letzten Endes zu einer Hebung der Einnahmen der Reichsbahngesellſchaft beitragen. Die dahin zielenden Anſtrengungen des deutſch-oberſchleſiſchen Bergbaus ſind bisher leider erfolglos geblieben. Stichhaltige Gründe für die zurückhaltende Tarifpolitik der Reichsbahngesellſchaft ſind nicht bekannt geworden. Hierin liegt eine offenbare Zurückſetzung des deutſch-oberſchleſiſchen Bergbaus, weil im Gegenſatz hierzu der Ruhrbergbau durch den Ausnahmestarif 6 a nach den Niederlanden und durch den Ausnahmestarif 6 u nach den bayeriſchen-öſterreichiſchen Uebergängen in ſeinem Abſatz einſeitig geſtärkt iſt.

3. Ausfuhr nach dem Verkehrsbezirk 55 (übriges Oeſterreich).

Der Verkehr nach Oeſterreich wurde zum überwiegenden Teil über Oberberg und zum kleineren Teil über Mynslowik, Oſwiecim und Ozieſik, zeitweiſe auch über Mittelwalde ſowie nach den Bayern benachbarten Teilen Oeſterreichs über Paſſau, Simbach, Salzburg, Ruſſtein und Lindau vermittelt. Für die deutſche Tarifgebarung über die Ueberänge Mynslowik, Oſwiecim und Ozieſik treffen die Ausführungen unter 1) (Ausfuhr nach Galizien) und über den Oberberger Uebergang die unter 2) (Ausfuhr nach Ungarn) zu.

Ab den Uebergängen Mynslowik, Oſwiecim, Ozieſik und Oberberg bewegte ſich der Verkehr über die Linien der k. k. priv. Kaiſer-Ferdinands-Nordbahn. Dieſe Bahn hatte, wie bereits erwähnt wurde, eigene Kohlengruben im Oſtrauer Revier und ſtützte dieſe in ihrem eigenen Intereſſe durch verbilligte Tarife, geheime und offene Reſaktien und dergl. Umgekehrt beſtärkte ſie den oberſchleſiſchen Kohlenverkehr mit übermäßig hohen Frachten, die nicht nur den deutſchen Bergbau, ſondern auch das Wirtschaftsleben Oeſterreichs ernſtlich gefährdeten. Bereits im Jahre 1875 hatte ſie ſich auf Drängen der öſterreichiſchen Verbraucher und des öſterreichiſchen Staates hin zu einer kleinen Tarifverbilligung verſtanden. Trotzdem mußte die deutſche Kohle in Oeſterreich neben den deutſchen Vorfrachten noch um 40 Prozent höhere öſterreichiſche Frachten als die Oſtrauer Kohle tragen. Der öſterreichiſche Staat war hieraan machtlos, weil die Konzessionsurkunde der Nordbahn ein excluſives Privilegium gerade nach den Gebieten ſicherte, welche für den Abſatz oberſchleſiſcher Kohle über die Nordbahnſtrecken in Frage kamen. Sämtliche Vorſtellungen der

¹⁰⁾ darunter 24 000 t Koks

¹¹⁾ darunter 62 000 t „

preußischen Staatsbahn blieben deshalb zunächst erfolglos. Später versuchte die preußische Staatsbahn durch Verhandlungen mit der österreichischen Staatsbahn Tarife über Mittelwalde zu schaffen, welche die sich über die Nordbahn ergebenden Tarife unterboten, in der klaren Absicht, auf diese Weise die Nordbahn zu einer angemessenen Verbilligung ihrer Frachtsätze zu zwingen. Das gelang auch vorübergehend im Jahre 1875, als die Verhandlungen mit der österreichischen Staatsbahn zu einem verbilligten Verbundtarif über Mittelwalde—Wildenschwerdt geführt hatten. Die Nordbahn verringerte zunächst ihre Frachten um eine Kleinigkeit, hob aber diese Verbilligung schon im Jahre 1880 wieder auf. Erst auf Grund einer weiteren Ermäßigung der Frachtsätze über Mittelwalde verstand sich die Nordbahn zu einer neuen, aber auch jetzt noch völlig unzulänglichen Herabsetzung ihrer Tarife. Immerhin trat hierdurch eine Erleichterung in der Kohlenausfuhr ein, die noch dadurch unterstützt wurde, daß die Oberschlesische Bahn noch kurz vor ihrer völligen Verstaatlichung mit dem 1. Januar 1884 für Oderberg die Sätze ihres ermäßigten Lokaltarifs bereitstellte. Diese betrugen neben einer Abfertigungsgebühr von 6 Pfg. für 100 kg

bei einer Entfernung

von 1—75 km = 2,95 Pfg. für 1000 kg
von 76—100 km = 2,8 Pfg. für 1000 kg
über 100 km = 2,6 Pfg. für 1000 kg

Aber auch damals noch berechnete die Nordbahn für die Strecke Oderberg—Wien (276 km) etwa 10,60 Mark an Fracht für die Tonne.

Mit Gültigkeit vom 15. September 1884 führte die Nordbahn in der Absicht, sich eine neue Konzession über das Jahr 1886 hinaus zu sichern, einen weiter ermäßigten Lokaltarif ein, der neben einer Abfertigungsgebühr von 5,1 Pfg. für 100 kg folgende Streckensätze gegenüber denen der österreichischen Staatsbahn vorsah:

Nordbahn		österreichische Staatsbahn	
bei 1—50 km	= 4,66 Pfg.	= 3,74 Pfg. ¹²⁾	
" 51—100 km	= 3,91 "	= 2,38 "	
" 101—200 km	= 2,62 "	= 2,04 "	
" 201—300 km	= 1,46 "	= 2,04 "	
" 301—350 km	= 1,94 "	*) —	
über 350 km	= 1,97 "	*) —	

*) Die österreichische Staatsbahn berechnete ab 301 km für jedes tkm 1,36 Pfg. Anstoß.

Die Absicht, eine Verlängerung des Privilegiums auf weitere 80 Jahre zu erreichen, gelang der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn nicht. Vom 1. Oktober 1886 ab übte der österreichische Staat seine Tarifhoheitsrechte uneingeschränkt aus, und die Nordbahn mußte sich der Tarifgebarung der österreichischen Staatsbahn in der Hauptsache anschließen. Schon vorher hatte die Nordbahn einen dem Tarif der österreichischen Staatsbahn nachgebildeten Staffeltarif eingeführt, der aber bereits am 1. Oktober 1886 durch einen Tarif auf völlig gleicher Grundlage wie der oben angeführte Tarif der österreichischen Staatsbahn abgelöst wurde. Dieser Tarif blieb unverändert bestehen bis zum 1. Juni 1891. Der mit diesem Tage in Kraft getretene österreichische

Generalgütertarif sah folgende Sätze für deutsche Kohle vor:

Abfertigungsgebühr 3,5 Pfg. für 100 kg bei 1—30 km
" 5,2 Pfg. für 100 kg bei 31—80 km
" 7,0 Pfg. für 100 kg über 80 km

Der Streckensatz betrug:

bei 1—50 km 2,62 Pfg. für das tkm
bei 51—150 km 2,28 Pfg. für das tkm (Anstoß)
bei 151—300 km 1,70 Pfg. für das tkm "
über 300 km 1,40 Pfg. für das tkm "

Dieser Tarif war niedriger als die Sätze des preußischen Rohstofftarifs, der in Preußen erst vom Jahre 1897 an für Kohle ab Gewinnungsstätte nutzbar gemacht wurde. Die folgende Gegenüberstellung, in der bei dem preußischen Rohstofftarif die Verschiebegebühr von 5 Pfg. für 1000 kg eingerechnet ist, gibt hierüber ein ergänzendes Bild:

km	österreichischer Tarif	preußischer Rohstofftarif
100	29,8	29,5
200	50,8	51,5
300	68,3	73,5
400	82,3	91,5
500	96,3	105,5
600	110,3	119,5
700	124,3	133,5
800	138,3	147,5
900	152,3	161,5
1000	166,3	175,5

Bereits im Jahre 1894 wurde dieser Tarif durch einen neuen Tarif mit folgenden Einheitsätzen abgelöst:

3,15 Pfg. für das tkm bei 1—50 km
2,27 " " " " " 51—150 " (Anstoß)
1,58 " " " " " 151—300 " "
1,4 " " " " " über 300 " "

Die Abfertigungsgebühr betrug etwa 7 Pfg. für 100 kg.

Der Vergleich mit dem preußischen Rohstofftarif, erhöht um die Verschiebegebühr ergibt etwa folgendes Bild:

km	in Pfennig für 100 kg österreichischer Tarif	Rohstofftarif
100	34,1	29,5
200	53,4	51,5
300	69,2	73,5
400	83,2	91,5
500	97,2	105,5
600	111,2	119,5
700	125,2	133,5
800	139,2	147,5
900	153,2	161,5
1000	167,2	175,5

Der Tarif blieb in der Hauptsache unverändert bestehen bis zur Verstaatlichung der wichtigsten österreichischen Privatbahnen. Vorher hatte jedoch die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn gewisse Verbilligungen,

¹²⁾ Der damalige österreichische Kreuzer ist hierbei mit 1,7 Pfg. berechnet.

Refaktien und dergl. eingeführt, weil ihr der österreichische Generalgütertarif zu viel Frachten entzog. Bei der Verstaatlichung wurde der Generalgütertarif auf sämtlichen österreichischen Staatsbahnstrecken durchgerechnet, wodurch sich eine weitere nicht unbedeutliche Frachverbilligung in den Verkehrsbeziehungen ergab, die vordem mehrere österreichische Bahnen berührten. Außerdem führte die österreichische Staatsbahn auf den Strecken der vormaligen Kaiser-Ferdinands-Nordbahn eine Ermäßigung insofern ein, als sie den für deutsche Kohle geltenden Tarif dem für Kohle österreichischer Herkunft gültigen näherte. Dieser Tarif blieb mit geringen Abänderungen (Erhöhungen der Nahentfernungen und dergl.) bis in den Krieg hinein bestehen.

Um den Verkehr mit den an Bayern angrenzenden österreichischen Gebietsteilen zu ermöglichen, stellten die preussische, sächsische und bayrische Staatsbahn die Lokofrachtsätze, die sich auf Grund der Durchrechnung der Tarisentfernungen über die österreichischen Linien bei Anwendung der Sätze des Ausnahmetarifs 6 nach den in Frage kommenden bayrisch-österreichischen Grenzstationen Passau, Simbach, Salzburg, Ruffstein und Lindau-Neutin ergaben, auch für den obererschlesisch-österreichischen Verkehr zur Verfügung.

Seit dem Jahre 1884 konnte sich somit der obererschlesische Kohlenverkehr nach dem übrigen Oesterreich trotz des Wettbewerbs der Ostrauer und Jaworzner Steinkohle sowie der böhmischen Braunkohle erfreulich entwickeln. Englische Kohlen kamen nur in verhältnismäßig geringen Mengen über die adriatischen Seehäfen nach den angrenzenden Gebieten Oesterreichs hinein. Ebenso bereitete die niederschlesische, Ruhr- und Saarkohle Oberschlesien nur in eng begrenzten Gebieten Konkurrenz. Die Ausfuhr Oberschlesiens stieg in den Jahren 1884—1913 mit wenig Ausnahmen alljährlich um beträchtliche Mengen, wie folgende Zusammenstellung beweist:

Es wurden ausgeführt:

im Jahre 1884	997 000 t,
" " 1887	1 267 000 t,
" " 1890	1 705 000 t,
" " 1893	1 881 000 t,
" " 1897	2 489 000 t,
" " 1903	2 766 000 t,
" " 1907	3 965 000 t,
" " 1910	4 204 000 t (davon rd. 36 000 t Koks)
" " 1911	4 524 000 t (" " 33 000 t ")
" " 1913	5 413 000 t (" " 73 000 t ")

Den größten Anteil an diesen Mengen hatten die zu Oesterreich tarifarisch am günstigsten gelegenen Gruben. Immerhin aber kann angenommen werden, daß auf die deutsch gebliebenen Gruben etwa 15 bis 20 Prozent der obigen Mengen entfielen, da vorwiegend Hausbrandkohle, Koks- und Gaskohle aus dem heutigen Deutsch-Oberschlesien bezogen wurden. Bei 15 Prozent ergibt das nach dem Stande des Jahres 1913 etwa 700 000 t und bei 20 Prozent etwa 1 Million t, im Durchschnitt rund 800 000 t.

In der Nachkriegszeit sind die obererschlesischen Kohlentarife aufgehoben worden. Die Fracht wird auf den deutschen Strecken bis Oderberg über den Weg Randzin Umgehungsbahn, also ebenso wie beim Ver-

kehr mit Ungarn, berechnet, so daß hier die gleiche Frachtverteuerung eingesetzt hat. Die österreichischen und tschechoslowakischen Bahnen haben zwar gewisse Frachtermäßigungen gegenüber ihren Lokaltarifen zugestanden. Trotzdem ist auch hier eine erhebliche Verteuerung gegenüber dem Jahre 1913 zu verzeichnen. Ebenso ist der Frachtunterschied zwischen der tschechoslowakischen Stein- und Braunkohle einerseits und der deutsch-obererschlesischen Steinkohle andererseits gegen früher erhöht worden, sodaß die Frachtspannung im Verhältnis zur Ostrauer Steinkohle und der böhmischen Braunkohle eine für Deutsch-Oberschlesien sehr ungünstig geworden ist.

Die frühere Durchrechnung der deutschen Tarisentfernungen nach den bayrisch-österreichischen Grenzstationen bei Anwendung des Ausnahmetarifs 6 ist ebenfalls weggefallen. Die hierdurch eingetretene Frachverteuerung neben der Schaffung von Konkurrenzfrachtsätzen durch die tschechoslowakische Staatsbahn und die österreichische Bundesbahn bewirkte, daß jeder Verkehr über die bayrisch-österreichischen Grenzen in Fortfall kam.

Nun hat sich zwar der deutsch-obererschlesische Bergbau in jeder Hinsicht, u. a. auch durch außerordentliche Preisnachlässe fortgesetzt bemüht, sich die für den Bergbau und die Kokereien besonders wichtigen Absatzgebiete zu erhalten. Der Erfolg dieser Anstrengungen war jedoch ein recht dürftiger. Die Ursache des Mißerfolges liegt ausschließlich darin begründet, daß die deutsche Reichsbahn jede Unterstützung der Ausfuhr durch Frachverbilligungen trotz angebotener Garantie eines die Frachverbilligung ausgleichenden Verkehrszuwachses ablehnte, während die polnische Staatsbahn, welche die Wichtigkeit der Erhaltung des österreichischen Absatzes für die polnisch gewordenen Gruben sehr wohl erkannte, ihre Frachten über den Uebergang Petrowitz außerordentlich ermäßigte. Auch hier finden wir also wieder die schon mehrfach erwähnte, durch die Teilung Oberschlesiens bewirkte Differenzierung zu Ungunsten Deutsch-Oberschlesiens. Die Differenzierung im Verein mit der Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn hat den Verlust des größten Teiles des österreichischen Absatzmarktes für die deutsch-obererschlesischen Gruben im Gefolge gehabt.

Im Jahre 1925 wurden nach dem heutigen Oesterreich nur noch rund 128 000 t, darunter 26 000 t Koks verfrachtet. Das ist kaum der sechste Teil der auf den deutsch-obererschlesischen Bergbau entfallenden Versandmenge des Jahres 1913.

Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß das heutige Oesterreich nicht alle die Gebiete umfaßt, die der frühere Verkehrsbezirk 55 in sich schloß. Das ändert aber an dem Endergebnis nicht allzuviel, weil der Kohlenverfracht nach den an Italien und Südflavien abgetretenen Gebieten verhältnismäßig gering war.

4. Ausfuhr nach Böhmen (Verkehrsbezirk 54) und Mähren.

Bis zur Verstaatlichung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der böhmischen Privatbahnen bildeten sich die Tarife nach Mähren und Böhmen in der Hauptsache über die Uebergänge, die zum Empfangsgebiet geographisch am günstigsten lagen. Das waren für Mähren

die Uebergänge Troppau, Jägerndorf, Ziegenhals und Heinersdorf, für Böhmen Mittelwalde und die westlich davon gelegenen Uebergänge jedoch mit der Ausnahme, daß sich bei Mittel- und Südböhmen, abgesehen von den Randgebieten an der sächsischen Grenze, die niedrigsten Frachten über Mittelwalde ergaben. Nach der Verstaatlichung in den Jahren 1909—1910 fiel der mittlere und südliche Teil von Böhmen ebenso wie Südmähren den Uebergängen Myslowitz, Osmiecim, Dzieditz und vor allem Oderberg zu. Ebenso bildeten sich die Frachtsätze nach den Randgebieten von den dicht an der galizischen Grenze gelegenen Gruben, vielfach über diese Uebergänge, trotzdem sich hierbei Umwege ergaben. Zurückzuführen war diese eigenartige Tarifbildung auf die Auswirkung der österreichischen Staffeltarife im Vergleich zu dem preußischen Tarif, der bei Entfernungen bis zu 350 km gleichbleibende Einheitsätze enthielt und nur eine einzige Staffel bei 350 km vor sah.

Bezüglich der Tarifgebarung der preußischen Staatsbahn über die östlichen Uebergänge Myslowitz bis Oderberg seit dem Jahre 1884 gelten die gleichen Ausführungen wie unter 2 und 3.

Ueber Troppau und die westlich davon gelegenen Uebergänge stellte die preußische Staatsbahn in der Regel ihre verbilligte Normalkohlentarifklasse und ab 1897 den Rohstofftarif mit 5 Pfg. Verschlebegebühr zur Verfügung. Jedoch wurden vielfach Ausnahmeregelungen mit den betreffenden österreichischen Bahnen vereinbart, welche der Erleichterung und Förderung der Ausfuhr bzw. Kampfwegen gegen die Tarifgebarung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn dienten.

Im Zusammenhang hiermit sei noch auf die besonderen Ausnahmefrachtsätze für den Verkehr über Ebersbach und Warnsdorf, sowie über Mittelwalde (Jahresmindestversandmenge 2500 t nach Böhmen) und nach Adler-Kosteletz (Jahresmindestversandmenge 5000 t) hingewiesen, die bereits im Jahre 1884 eingeführt wurden. Dem Tarif für Adler-Kosteletz lag preußischerseits ein Streckensatz von 2,06 Pfg. für das tkm ohne Abfertigungsgebühr und dem für Warnsdorf, Ebersbach und Mittelwalde ein solcher von 2,2 Pfg. für das tkm ebenfalls ohne Abfertigungsgebühr zu Grunde. Im Verkehr mit Jägerndorf-Olmütz wurde gleichfalls ein ermäßigter Tarif herausgegeben, der preußischerseits einen Streckensatz von 2,4 Pfg. für das tkm vorsah.

Diese verwickelten Verhältnisse wurden nach der mehrfach erwähnten Verstaatlichung der österreichischen Bahnen einheitlich geregelt, indem deutscherseits über die Uebergänge Oderberg und westlich davon die um 10 Pfg. für die Tonne gekürzten Sätze des Rohstofftarifs allgemein zur Verfügung gestellt wurden. Als Ausnahme hiervon wurden bei Jägerndorf (für das Olmützer Gebiet), bei Mittelwalde (für das Gebiet von Senftenberg und Wildenschwerdt sowie jenseits davon) und über Reichenberg die Rohstoffsätze zuzüglich der Verschlebegebühr um die halbe Abfertigungsgebühr, also um 3,5 Pfg. für 100 kg gekürzt. In den Jahren 1903—1910 bestand außerdem die weitere Verbilligung, daß die Tarifentfernungen für die sächsisch-böhmischen Uebergänge über die kürzesten österreichischen Wege errechnet und der Bildung der deutschen Einrechnungsanteile unterlegt wurden, sobald sich dadurch Entfer-

nungsabkürzungen gegenüber dem rein deutschen Wege bis zu diesen Uebergängen ergaben.

Die böhmischen Privatbahnen hatten ebenso wie die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn besondere Privilegien. Diese konnten aber nicht so willkürlich wie bei der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn ausgenutzt werden, weil die einzelnen Bahnen einschließlich der österreichischen Staatsbahn sich gegenseitig konkurrenzten und bestrebt waren, einen möglichst starken Verkehr an sich zu reißen. Die Folge hiervon waren vielfach Sonderregelungen, die verkehrsfördernd wirkten.

Im allgemeinen schlossen sich die böhmischen Privatbahnen dem Tariffsystem der österreichischen Staatsbahn bereits vor Herausgabe des österreichischen Generaltarifs in größerem Ausmaß als die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn an. Wegen der späteren Tarifbildung kann auf die Ausführungen über die Tarifgebarung der österreichischen Staatsbahnen (vgl. Abschnitt 3) verwiesen werden. Lediglich die böhmische Braunkohle erhielt eine weitergehende Unterstützung durch die Einstellung besonders niedriger Ausnahmetarife, sodaß die Frachtpannung für die deutsche Steinkohle hier noch ungünstiger als gegenüber der österreichischen war.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist, daß die preußische und teilweise auch die sächsische Staatsbahn bemüht waren, die Ausfuhr oberchlesischer Kohle nach Böhmen und Mähren zu fördern. Die tarifarijche Unterstützung war aber insbesondere im Verkehr mit Mittel- und Südböhmen nicht wirksam genug, denn hier gelang es der oberchlesischen Kohle trotz weitgehender Preisermäßigung nur in unzulänglichem Ausmaß ganz allmählich Fuß zu fassen. Gerade in diesen Gebieten aber machte sich weniger die Konkurrenz der Ostrauer und niederchlesischen Steinkohle als vielmehr die der böhmischen Braunkohle geltend.

Die Ausfuhr entwickelte sich deshalb trotz des hohen industriellen Kulturstandes Böhmens ziffernmäßig nicht so günstig wie im Verkehr mit dem Verkehrsbezirk 55. Die Versandziffern der oberchlesischen Steinkohle und von oberchlesischem Koks waren:

im Jahre	1884	336 000 t,
" "	1887	342 000 t,
" "	1890	435 000 t,
" "	1893	415 000 t,
" "	1897	446 000 t,
" "	1903	484 000 t,
" "	1907	594 000 t,
" "	1910	674 000 t,
" "	1911	745 000 t,
" "	1913	853 000 t (darunter rund 16 000 t Koks)

Der prozentuale Anteil der deutschgebliebenen oberchlesischen Gruben an diesen Versandziffern ist wegen ihrer günstigen Lage zu Böhmen größer anzusetzen als bei den übrigen österreichischen und ungarischen Verkehrsbezirken. Wenn schätzungsweise 40 bis 50 Prozent angenommen werden, so würde der Anteil vom Jahre 1913 etwa 380 000 t ausmachen.

In der Nachkriegszeit wurden die oberchlesischen Kohlentarife nach Böhmen und Mähren aufgehoben. Deutscherseits trat die Frachtberechnung nach dem ungekürzten Ausnahmetarif 6. tschechischerseits nach dem allgemeinen Kohlenausnahmetarif ein. Der

tischeoslowakische Tarif sieht eine größere Spannung zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Steinkohle sowie insbesondere zwischen der deutschen Steinkohle und der böhmischen Braunkohle vor. Seit dem 1. Oktober 1925 besteht wieder ein direkter Kohlentarif mit ausgerechneten Frachtsätzen ab Deutsch-Oberschlesien, in den die deutsche Reichsbahn den Ausnahmetarif 6 und die Tschechoslowakei ihren um ein Geringes gekürzten allgemeinen Ausnahmetarif einrechnet. Die Bestrebungen, nach denen die Tschechoslowakei für die deutsche Kohle die jeweilig für Ostrauer Kohle gültigen Frachtsätze einrechnen sollte, haben nicht zu einem vollen Erfolg geführt, obwohl die Deutsche Reichsbahn für böhmische Braunkohle usw. anstelle der um die Verkehrssteuer gekürzten Normalklasse E entgegenkommender Weise den Ausnahmetarif 6 zur Verfügung gestellt hat. Immerhin ist dadurch eine gewisse Erleichterung in der deutschen Kohlenausfuhr eingetreten, welche die Einfuhr der von der Tschechoslowakei zugelassenen Menge in etwa ermöglichte. Hingewiesen sei noch darauf, daß die Höchstmenge der nach der Tschechoslowakei einzuführenden deutschen Steinkohle ebenso wie die nach Deutschland zur Einfuhr zugelassene böhmische Braunkohle durch besondere Verhandlungen zwischen den beiden Staaten von Zeit zu Zeit festgelegt wird. Die Versandziffern geben somit kein klares Bild über die Auswirkung der Tarife auf den Kohlenverkehr. Nach dem heutigen Verkehrsbezirk 54 (Tschechoslowakei), der Teile der früheren Verkehrsbezirke 53 (Ungarn) und 55 (Österreich) umfaßt, wurden im Jahre 1925 587 000 t, darunter 32 000 t Koks, aus Deutsch-Oberschlesien ausgeführt.

5. Kohlenausfuhr nach Rumänien, Italien und der Schweiz.

In der Vorkriegszeit war der Kohlenverkehr nach diesen Ländern im allgemeinen schwach. Er betrug in 1000 t:

nach	1903	1907	1910	1911	1913	1925
Rumänien	6	4	3	4	44	1
Italien	—	—	—	—	—	3
Schweiz	1	—	1	—	2	3

Von einem regelmäßigen Kohlenversand kann so mit keine Rede sein. Die geographische Lage Deutsch-Oberschlesiens zu diesen Ländern ist für Kohle eine so ungünstige, daß diese Verkehrsbeziehungen an Bedeutung weit zurücktreten mit alleiniger Ausnahme der Gebietsteile, die nach dem Weltkriege an Italien gefallen sind und früher zum Teil von Oberschlesien aus mit Kohle beliefert wurden. Für diese Bezirke treffen im allgemeinen die Ausführungen über den Absatz nach dem Verkehrsbezirk 55 zu.

Wesentlich anders hingegen muß die Absatzmöglichkeit von Koks nach diesen Gebieten beurteilt werden. Schon relativ geringe Verfrachtungen sind für die Kokereibetriebe von wirtschaftlicher Bedeutung. Ueberdies muß für die infolge der Diktate von Versailles und Genf abgetrennten und verloren gegangenen Absatzgebiete, die gerade für den deutsch-oberschlesischen Koksabsatz im Vordergrund standen, Ersatz geschaffen werden. Die Tarife nach den obengenannten Ländern würden sich über Oderberg und Ruffstein bilden.

V. Schlußbetrachtung über die gegenwärtigen eisenbahntarifarischen Verhältnisse des deutsch-oberschlesischen Bergbaus im Vergleich zu denen anderer deutscher Bergbaugebiete und denen der ausländischen Einfuhrkohle.

Aus der Darstellung der wichtigsten eisenbahntarifarischen Faktoren, welche die Absatzverhältnisse des deutsch-oberschlesischen Bergbaureviere beeinflussen, dürfte das Gesamtergebnis zu ziehen sein, daß die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn in der Gegenwart bezüglich des deutsch-oberschlesischen Bergbaus weder beim innerdeutschen, noch beim ausländischen Absatz als glücklich bezeichnet werden kann. Es wird keineswegs verkannt, daß die Reichsbahn aus dem Dawesabkommen eine für die Reichsbahn selbst wie für das deutsche Wirtschaftsleben auf die Dauer nicht tragbare Belastung erfahren hat, die bei ihren Tarifmaßnahmen zu einer gewissen Zurückhaltung zwingt, solange ihr ein nennenswerter Teil dieser Lasten nicht auf irgendeine Weise abgenommen wird. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Reichsbahn in übergroßer Vorsicht lebenswichtige Tarifmaßnahmen unterläßt oder verzögert oder gar den Absatz deutscher Erzeugnisse durch ihre Tarife drosselt. Die Reichsbahn ist in ihren Einnahmen von dem Blühen der Wirtschaft abhängig. Aus Gründen der Selbsterhaltung sollte sie deshalb nicht in Rücksicht auf die ihr aus dem Dawes-Plan auferlegten Verpflichtungen ihre Einnahmen durch möglichste Hochhaltung der Tarife zu steigern, sondern vielmehr durch niedrige Tarife das Wirtschaftsleben zu befruchten und dadurch selbst auf ihre Rechnung zu kommen suchen. In Verfeinerung der obererschlesischen Verhältnisse hat die Reichsbahnngesellschaft in den Nachkriegsjahren die Rückfichtnahme auf die Ungunst der geographischen Lage des deutsch-oberschlesischen Bergbaus vielfach vermissen lassen. Sie hat vielmehr in verkehrswichtigen Relationen, mit alleiniger Ausnahme des Verkehrs mit dem Stettiner Küstengebiet, nicht nur die allgemeinen, durch die Weltteuerung bedingten Tarifierhöhungen bestehen lassen, sondern darüber hinaus durch Wegfall der Errechnung der Tarifierntfernungen über fremde Strecken Verteuerungen eingeführt, die der obererschlesische Bergbau nicht tragen konnte. Es sei hier nur auf die Ausführungen beim Verkehr mit Bayern, Österreich-Ungarn und der Tschechoslowakei verwiesen. Die Folge dieses Tarifgebarens war, daß sich im östlichen Bayern die tschechoslowakische Braunkohle, die der deutschen Reichsbahn nur verhältnismäßig geringe Frachten für die Tonne einbringt, festsetzen und in Österreich und Ungarn die Ostrauer, Jamorznoer, Dombrowaer und vor allem die polnisch-oberschlesische Kohle, die der Reichsbahn so gut wie gar keine Frachten bringen, Fuß fassen und damit die deutsch-oberschlesische Kohle verdrängen konnten. Die geringen Mengen polnisch-oberschlesischer Kohle, die im Jahre 1925 wegen Ueberlastung des Weges über Petrowitz über deutsche Strecken nach dem Gebiet der vormaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gefahren worden sind, sind dabei nicht von besonderer Bedeutung, weil die Reichsbahn bei diesen Transporten neben vielfach niedrigeren Durchschnittsstreckensätzen aus der Einwirkung der Staffeln in jedem Falle nur die halbe Abfertigungsgebühr, d. h. 5,50 Mark für 10 t erhält.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Kohlenversorgung von Groß-Berlin, der Ostseeküste, von Ost-

preußen und der nordischen Länder. Die Kohlenausfuhr nach den nordischen Ländern auf dem kombinierten Bahn- und Wasserwege hat gegen früher abgenommen, weil die Frachten gegenüber dem Seewege von England zu hoch waren. Das lag aber keineswegs an den Frachten des Oderwasserweges, denn diese werden im Durchschnitt etwa in der Höhe der Vorkriegsfrachten gehalten. Die Verkehrsabnahme liegt vielmehr lediglich in den zu hohen Zubringertarifen nach den Oderumschlagsstellen und in der oft unzulänglichen Ausnutzung der Wasserverhältnisse auf der Oder durch Verweigerung der Frachtparität für Oppeln-Häfen gegen Cosel-Häfen begründet.

In die natürlichen Absatzgebiete der Ostseeküste und von Groß-Berlin ist englische Kohle in Mengen eingeführt worden, die mit dem Stande der deutschen Allgemeinwirtschaft nicht in Einklang gebracht werden können. Ein Land wie Deutschland, das infolge Absatzwierigkeiten vielfach zu Stilllegungen von Grubenbetrieben, zu Arbeiterentlassungen und zu Festschichten schreiten muß, muß die Einfuhr ausländischer Kohle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern oder wenigstens einzuschränken versuchen. Das aber hat die Reichsbahn, abgesehen von dem unzulänglichen Ausnahmetarif 6 f, nicht genügend berücksichtigt, sondern im Gegenteil alle Anträge auf Verbilligung der Kohlentarife zur Begegnung des ausländischen Wettbewerbs und insbesondere die Zubringertarife für die Oderumschlagsplätze wiederholt abgelehnt.

Wenn wir untersuchen, ob die Tarifpolitik der Reichsbahn auch den anderen Bergbaugebieten gegenüber die gleiche war, so kann hier mit einem glatten Nein geantwortet werden. Der westdeutsche Bergbau beispielsweise hat trotz ausgezeichneter Wasserwege und trotz eines Frachtvorsprungs bis zu 8 M für 10 t gegenüber Oberschlesien den Ausnahmetarif 6 u ab den Rhein- und Mainhäfen für den Verkehr mit Süddeutschland erhalten. Diese Begünstigung ist, was noch besonders hervorgehoben werden soll, ohne eine die Reichsbahn vor Einnahmeausfällen schützende Garantienmenge und ohne jeglichen Ausgleich der Härten und Nachteile, welche die durch den A. T. 6 u gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit des Ruhrreviers für den deutsch-oberschlesischen Bergbau im Gefolge hatte, eingeführt worden. Weiter ist für den westdeutschen Kohlenverkehr der A. T. 6 a nach den Niederlanden erstellt worden, der bei zunehmenden Mengen wachsende Frachverbilligungen vorsieht, also verkehrssteigernd wirkt und der Bahn Nutzen bringt. Die vom deutsch-oberschlesischen Bergbau dagegen wiederholt beantragten ähnlichen Tarifmaßnahmen sind immer noch nicht eingeführt worden.

Die Einfuhr ausländischer Kohle, soweit sie auf deutschen Bahnstrecken verfrachtet wird, ist im Gegensatz zur Behandlung der deutschen Kohle im Ausland

durch keinerlei tarifarische Maßnahmen erschwert. Die böhmische Braunkohle genießt, wie bereits erwähnt, auf den deutschen Strecken, wenn auch unter Kompensation, den Ausnahmetarif 6; der englischen, belgischen, französischen und niederländischen Kohle steht der Ausnahmetarif 6 ohne Kompensation zur Verfügung. Bei polnisch-oberschlesischer Kohle wird sogar nach dem Genfer Diktat der deutsche Ausnahmetarif ab den polnisch-oberschlesischen Gewinnungsstätten nach Deutschland durchgerechnet. Die gleiche Durchrechnung findet auf Grund freier Vereinbarungen für polnisch-oberschlesische Kohle im Durchgangsverkehr durch Deutschland statt. Gerade diese Tarifmaßnahme ist bei dem jetzigen britischen Bergarbeiterstreik und bei der Unzulänglichkeit der Häfen in Danzig und Gdingen für die polnisch-oberschlesische Kohle von ganz besonderem Vorteil gewesen. Es wäre nur eine gerechte und billige Forderung, wenn zum Ausgleich hierfür die Reichsbahn für den Versand deutsch-oberschlesischer Kohle nach Polen und darüber hinaus ebenfalls die Durchrechnung des jeweilig für polnisch-oberschlesische Kohle in diesen Verkehrsbeziehungen gültigen Ausnahmetarifs durch Verhandlungen zu erreichen versuchen würde. Von solchen Ausgleichsbestrebungen ist aber leider bis heute nichts bekannt geworden. Die Reichsbahn hat sich also an dem Vorgehen der früheren preußischen Staatsbahn beispielsweise beim Tarifkampfe gegen die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn ein Vorbild nicht genommen.

Die durch den verlorenen Krieg völlig umgestoßene Tariflage des deutsch-oberschlesischen Bergbaus, die gegenüber den bevorzugten Landesteilen in der Nachkriegszeit nur wenig Beachtung zu finden scheint, erheischt Rücksichtnahme durch die Reichsbahn an allererster Stelle. Die bisherige allzu vorsichtige Zurückhaltung der Reichsbahn Deutsch-Oberschlesien gegenüber erzeugt Mißstimmung und untergräbt das Vertrauen zur Bahn auf eine gleichmäßige und gerechte Tarifpolitik. Gerade Deutsch-Oberschlesien, auf dem die Folgen der neuen Grenzziehung und der sonstigen Bestimmungen der Diktate von Versailles und Genf mit einer Schwere wie auf keiner anderen Provinz lasten, bedarf auf dem Gebiete des Verkehrs wesens jeder nur möglichen Erleichterung und kann die Unterstützung der Reichsbahn durch Ausnahmetarife nicht entzagen. Die Aufgabe ist groß, und die Wege zu ihrer Lösung sind vielgestaltig. Im Vordergrund aber steht wie immer im Laufe der Geschichte Oberschlesiens die Notwendigkeit, Deutsch-Oberschlesien in den großen internationalen Verkehr einzuschalten und es instand zu setzen, seine Kräfte nach allen Richtungen hin zur Geltung zu bringen.

Die Tarifverhältnisse auf der oberchlesischen Schmalspurbahn, die eigentlich in diesem Zusammenhang mit erörtert werden müßten, sollen Gegenstand einer besonderen Betrachtung sein.

Das internationale Eisenkontingentsabkommen.

Von Dr. E. Buchmann, Berlin.

Am 4. November 1926 ist in Luxemburg zwischen den Eisenindustriellen Deutschlands, Frankreichs und Luxemburgs, — also ohne Belgien —, ein Internationales Eisenkontingentsabkommen unterzeichnet worden, das mit der am 30. September 1926 in Brüssel abgeschlossenen Internationalen Rohstahlgemeinschaft*) in engstem Zusammenhang steht und sich auf die Einfuhr französisch-luxemburgischer Walzwerkserzeugnisse bezieht. Das Abkommen sollte eigentlich gleichzeitig mit dem Abkommen über die Internationale Rohstahlgemeinschaft abgeschlossen und in Kraft gesetzt werden. Seine Unterzeichnung verzögerte sich jedoch, weil noch einige Punkte zu klären waren.

Nach dem Kontingentsabkommen werden etwa 6½% des deutschen Inlandsabsatzes an Walzwerkserzeugnissen, berechnet nach dem Absatz im ersten Vierteljahr 1926, von den deutschen Eisenverbänden zu den deutschen Inlandspreisen übernommen und an die Verbraucher weitergegeben. An diesen 6½% ist Frankreich mit 3¾% und Luxemburg mit 2¾% beteiligt. Als Inlandsabsatz gilt die deutsche Walzwerksleistung nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller abzüglich der Ausfuhr nach der amtlichen Handelsstatistik. Als Inland gilt das deutsche Zollgebiet einschließlich der Freihäfen.

Von dem Abkommen werden folgende Walzwerkserzeugnisse betroffen: Rohblöcke und anderes Halbzeug, Eisenbahnoberbaumaterial, Formeisen, Stab- und Bandstahl, Walzdraht, Grobbleche, Mittel- und Feinbleche sowie Weißbleche. Die Unterteilung der Gesamt mengen auf die einzelnen Walzwerkserzeugnisse erfolgt nach einem bestimmten mengenmäßigen und prozentualen Schlüssel. Bei der Kontingentsbemessung für Frankreich ist man von einer Menge von 268 700 t, bei der für Luxemburg von einer Menge von 197 000 t ausgegangen, zusammen also von 465 700 t. Die Unterteilung stellt sich mengenmäßig für Frankreich und Luxemburg zusammen wie folgt:

1. Halbzeug	115 000 t
2. Oberbaumaterial	10 000 t
3. Formeisen	96 000 t
4. Stabeisen	201 000 t
5. Univerfaleisen	4 800 t
6. Bandstahl	12 000 t
7. Walzdraht	15 700 t
8. Grob-, Mittel-, Fein- und Weißbleche	11 200 t

zusammen 465 700 t.

Die Unterteilung der Bleche auf die einzelnen Erzeugnisgruppen soll noch erfolgen.

Wenn der Stahlwerksverband über die Halbzeugkontingentsmenge hinaus noch weiteres Halbzeug von Frankreich und Luxemburg zukaufen sollte, so werden diese Mengen dem Kontingent nicht angerechnet. Sämt-

liche Kontingente für die einzelnen Walzwerkserzeugnisse werden von den deutschen Eisenverbänden franko verzollt Wasserbillig (für Luxemburg) bzw. Sierck (für Lothringen) übernommen und an die deutschen Verbraucher weitergegeben und zwar durch die bisherigen Bezugskanäle, damit der Eisenhandel nicht ausgeschaltet wird. Die Verbraucher können also wie bisher die Walzwerkserzeugnisse vom Handel beziehen. Eine Zollbergünstigung kommt nicht in Frage; es ist der volle Zoll zu entrichten. Unter gewissen Voraussetzungen kann ein Austausch oder die Abtretung von Anteilen oder Teilen derselben erfolgen, wenn nämlich ein Werk sowohl in Frankreich als auch in Luxemburg Erzeugungstätten besitzt. Hierdurch soll manchen Werken die Möglichkeit rationeller Erzeugung gegeben werden.

Ueber die festgesetzten Kontingentsmengen hinaus dürfen weder Frankreich noch Luxemburg Walzwerkserzeugnisse nach Deutschland einführen. Wenn eine solche Einfuhr dennoch von dritter Seite vorgenommen werden sollte, werden diese Mengen der französischen bzw. lothringischen Quote angerechnet. Wenn umgekehrt Deutschland Walzwerkserzeugnisse nach dem französischen Zollgebiet liefert, so fallen diese Mengen der französischen Quote zu. Was unter französischem Zollgebiet zu verstehen ist, ist besonders festgelegt. Es ist also ein gegenseitiger Heimatschutz vereinbart worden. Auch über die Vorverhandlungsgeschäfte sind Abmachungen getroffen; ebenso über das Berechnungsverfahren.

Das Internationale Kontingentsabkommen läuft 4½ Jahre, bis zum 1. April 1931, hat also dieselbe Dauer wie die Internationale Rohstahlgemeinschaft. Auch die Kündigungsmöglichkeiten sind denen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft angeglichen. Das Abkommen kann ab 1. April 1927 mit Dreimonatsfrist gekündigt werden, wenn kein endgültiger Handelsvertrag mit Frankreich zustandekommt oder wenn ein bestehender Handelsvertrag mit Frankreich bzw. der in Geltung befindliche Handelsvertrag mit Belgien aus irgendeinem Grunde vorzeitig gekündigt werden sollte. Weitere Kündigungsmöglichkeiten bestehen, wenn eine Erhöhung der deutschen Walzwerksszölle erfolgt oder wenn in Frankreich bzw. in Luxemburg ein neuer Wettbewerb entsteht, der den Vertragspartnern die Belastung auf ihre Quote nicht tragbar erscheinen läßt.

Die Ausfuhr saarländischer Walzwerkserzeugnisse nach Frankreich ist auf 500 000 t jährlich bemessen worden. Der Rest der saarländischen Walzwerksproduktion kann nach Deutschland eingeführt werden. Die Einfuhr saarländischer Walzwerkserzeugnisse nach Deutschland ist durch das am 6. November 1926 zwischen der deutschen und der französischen Regierung abgeschlossene staatliche neue Saarabkommen geregelt worden. Nach diesem Abkommen, das mit dem Internationalen Kontingentsabkommen im engsten Zusammenhang steht, werden bestimmte Kontingentsmengen an Walzwerksprodukten und zwar etwa

*) Vgl. den Aufsatz desselben Verfassers „Die Internationale Rohstahlgemeinschaft“, Heft 11, November 1926, Seite 532 ff.

1,5 Millionen t neben anderen Eisenerzeugnissen zollfrei nach Deutschland hereingelassen. Darüber hinaus sind einzelnen Saarwerken noch besondere Kontingente zugewilligt worden. Auch diese Mengen kommen über die deutschen Eisenverbände in den deutschen Inlandsverbrauch. Die Saarwerke, auch diejenigen, die sich finanziell überwiegend in französischer Hand befinden, treten den deutschen Eisenverbänden bei.

Das Internationale Kontingentsabkommen bedeutet ein weiteres großes Entgegenkommen der deutschen Eisenindustrie und bietet besonders für Frankreich und Luxemburg außerordentliche Vorteile. Diese Länder sind nunmehr in der Lage, einen Teil ihres Eisenüberschlusses alljährlich gesichert in Deutschland abzusetzen und können mit größerer Ruhe als bisher ihre Auslandsmärkte wahrnehmen. Für Frankreich kommt noch der Vorteil hinzu, daß der größte Teil des Saareisens, der sonst auf den französischen Inlandsmarkt drücken würde, gleichfalls nach Deutschland abgesetzt werden kann. Der Vorteil für Deutschland besteht in einer Beruhigung des Eiseninlandsmarktes, der durch die Dumpingeinfuhr der untermalutarischen westlichen Frankländer bisher dauernd in Unruhe gehalten wurde. Deutschland weiß nunmehr, mit welchen Einfuhrmengen an Walzeisen es jährlich zu rechnen hat.

Das Dumping ist von jetzt ab ausgeschaltet. Da die französisch-luxemburgischen Walzeisenmengen über die deutschen Eisenverbände gehen und deutsche Inlandspreise hierfür erlöst werden, haben die westlichen Frankländer, die an dem Abkommen beteiligt sind, kein Interesse mehr an einem Dumping. Wenn Belgien französisches oder luxemburgisches Walzeisen nach Deutschland einführen sollte, so werden diese Mengen dem französischen bzw. luxemburgischen Kontingent angerechnet; mithin hat auch Belgien kein Interesse an derartigen Einfuhren.

Darüber hinaus wird die französisch-luxemburgische Eisenindustrie gewissermaßen an dem Wohlergehen der deutschen Eisen schaffenden und verarbeitenden Industrie mit interessiert, denn je größer der deutsche Inlandsabsatz ist, je mehr also die deutsche Eisenverarbeitung der Eisen schaffenden Industrie Walzeisen abnimmt, umso größer ist der französisch-luxemburgische Anteil an der Einfuhr nach Deutschland. Zeigt der deutsche Inlandsmarkt aber eine rückgängige Bewegung, so vermindern sich die Einfuhrkontingente automatisch. Diese Regelung ist somit geeignet, krisenmildernd zu wirken und die mit einem plötzlichen Konjunktumschwung verbundene Beunruhigung des Eisenmarktes abzuschwächen. Für Frankreich, dessen Währung früher oder später stabilisiert werden muß, bedeutet das Abkommen ferner eine Milderung der mit der Stabilisierung naturgemäß eintretenden Deflationskrisis.

Das Internationale Eisenkontingentsabkommen ist der Schlüsselstein langwieriger Verhandlungen, die bis in den Winter 1924 zurückgehen. Bekanntlich hatte die damals im Zusammenhang mit den staatlichen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen begonnene Aussprache Mitte 1925 zu dem ersten sogenannten Luxemburger Kontingentsabkommen geführt, das die zollbegünstigte Einfuhr von 1,75 Millionen t Eisen- und Stahlerzeugnissen nach Deutsch-

land vorsah und zwar unter der französischen Gegenleistung entsprechender Zollermäßigungen für die deutsche Eisenverarbeitung bei der Einfuhr ihrer Fertigfabrikate nach Frankreich. Dieses Abkommen trat damals aber nicht in Kraft, denn es wurde nicht ratifiziert, weil ein Handelsvertrag mit Frankreich, der durch das Abkommen erleichtert werden sollte, nicht zustande kam, weil ferner Frankreich damals ein Einfuhrverbot auf deutsche Kohlen erließ, was einer Diskriminierung Deutschlands gleichkam und ein wirtschaftlich unfreundlicher Akt gewesen war und weil die privaten Eisenabmachungen durch ein staatliches gleichfalls nicht in Kraft getretenes Saarhandelsabkommen durchkreuzt wurden, das unerfüllbare Forderungen Frankreichs enthielt. Neben übermäßig hohen Einfuhrkontingenten verlangte damals Frankreich, daß die saarländische Eisenindustrie für jede Tonne nach Deutschland eingeführten Eisens eine Abgabe an die Lothringer Werke zahlen sollte. Hierzu waren aber die Saarwerke finanziell nicht in der Lage. Die Zahlung der Abgabe hätte auch nichts weiter bedeutet als die Finanzierung der an sich schon zollbegünstigt vorgesehenen Einfuhr lothringischen Eisens nach Deutschland durch die Saareisenindustrie. Außerdem hatte sich Frankreich zu keinerlei Zugeständnissen für die Erleichterung der Einfuhr der deutschen Eisen verarbeitenden Industrie nach Frankreich bereit finden lassen.

In dem jetzigen Kontingentsabkommen im Verein mit dem neuen Saarabkommen sind diese Nachteile zum großen Teil ausgeräumt worden: Die Kontingentsmenge ist nicht unwesentlich herabgesetzt worden. Eine Zollbegünstigung findet nicht mehr statt, der Zoll wird vielmehr voll bezahlt. Die Zahlung einer Abgabe durch die Saarwerke an die lothringischen Eisenhüttenwerke kommt nicht mehr in Frage. Für die Einfuhr von Erzeugnissen der deutschen Eisen verarbeitenden Industrie nach dem Saargebiet sind durch Gewährung des Minimaltarifs für bestimmte Erzeugnisgruppen bzw. durch eine Verbesserung der sogenannten Maschinenklausel größere Erleichterungen als bisher von Frankreich zugewilligt worden. Das Saarproblem, das in den bisherigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen außerordentliche Schwierigkeiten bereitete, hat somit viel an Schärfe verloren. Hierdurch werden hoffentlich auch die weiteren Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich erleichtert und im Sinne der Gewährung französischer Zugeständnisse günstig beeinflusst werden.

Außer dem Kontingentsabkommen hinsichtlich der Einfuhr von Walzwerkserzeugnissen und dem staatlichen neuen Saarabkommen soll noch eine Verständigung über die Einfuhr lothringischer luxemburgischer Roheisen nach Deutschland und die Verteilung des Roheisenmarktes im Saargebiet zustande kommen. Dieses Roheisenabkommen zwischen dem deutschen Roheisenverband sowie den französischen und luxemburgischen Roheiseninteressenten ist zwar in seinen Grundzügen fertig, aber noch nicht unterschrieben.

Durch die abgeschlossenen internationalen Eisenvereinbarungen ist ein weiterer Schritt zur Beruhigung der deutschen und damit der europäischen Eisenwirtschaft getan worden.

Der Entwurf eines Städtebaugesetzes. Eine Entrechtung des Privateigentums.

Von Regierungsbaumeister a. D. S c h r o e t e r-Bochum

Im Mai 1925 trat der preußische Minister für Volkswohlfahrt erstmalig mit dem Entwurf eines Städtebaugesetzes an die Öffentlichkeit. Gegen diesen ersten Referentenentwurf erhob sich aus allen Kreisen der Wirtschaft, aus den Kreisen der Landes- und Kommunalbehörden und aus den Fachkreisen der Architekten und Ingenieure aus verschiedensten Gründen heftiger Widerspruch. Die Ablehnung des Gesetzes richtete sich sowohl gegen Form wie Inhalt des Entwurfs, jedoch nicht eigentlich gegen das Ziel des Gesetzes, den erweiterten und veränderten Aufgaben des neuzeitlichen Städtebaues durch eine gesetzliche Regelung die Möglichkeit der Durchführung zu sichern.

Diese Stellungnahme der Öffentlichkeit zu dem Gesetz fand ihren Niederschlag in einer Reihe bedeutender Abänderungsvorschläge zu dem Referentenentwurf und sie veranlaßte das Ministerium für Volkswohlfahrt, den Entwurf zurückzuziehen und einen zweiten Referentenentwurf im Mai 1926 fertigzustellen. Trotz der allgemeinen Ablehnung, die der erste Entwurf gefunden hatte, wurde der zweite Referentenentwurf der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht, sondern bereits am 11. Juni 1926 mit geringen Abänderungen als Vorlage des Preussischen Staatsministeriums dem Staatsrat zur gutachtlichen Stellungnahme zugeleitet.

Die Taktik des Ministeriums für Volkswohlfahrt hatte ihren guten Grund. Zwar war im neuen Entwurf die Form des Gesetzes verändert und zweifellos auch verbessert, jedoch waren gerade die aus den verschiedenen Kreisen der Wirtschaft erhobenen Einwände gegen die besitz- und wirtschaftsfeindliche Tendenz des Gesetzes gar nicht oder nur unvollkommen beachtet worden.

Die Wirtschaft mußte nunmehr durch ihre amtlichen Berufsvertretungen ihre Forderungen zum Gesetz an den Staatsrat richten. Trotzdem die Gegenvorschläge durchweg von dem Gedanken geleitet waren, die eigentliche Aufgabe eines Städtebaugesetzes in keinem Punkte zu behindern, vielmehr lediglich das Ziel verfolgten, das Gesetz mit den Grundsätzen der Wirtschaft in Einklang zu bringen, fanden diese Vorschläge nur zu einem Teil Beachtung und Aufnahme in dem Gutachten des Staatsrates.

Dieser kurze Ueberblick über den Werdegang des Gesetzes zeigt und erklärt aus der Einstellung des Ministeriums für Volkswohlfahrt heraus den scharfen Gegensatz in der Auffassung über die Ziele des Gesetzes, der zwischen Ministerium und Wirtschaftskreisen besteht. Dieser Gegensatz verdient besonders festgestellt zu werden, da die im Abschnitt „Allgemeines VIII“ der Begründung zum Gesetz gegebene Darstellung geeignet ist, den Eindruck zu erwecken, daß die Forderungen und Gegenvorschläge der Wirtschaft durch die gründlichen Vorarbeiten im Entwurf verarbeitet worden seien.

Tatsächlich hat sich das Ministerium für Volkswohlfahrt den grundlegenden Wünschen der Wirtschaft gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Diese Haltung des Ministeriums muß befremden, wenn man ihr

den in Fachkreisen aufgestellten Grundsatz gegenüberstellt, daß die Forderungen der Wirtschaft die Grundlage jeden Städtebaues bilden müssen (Deutsche Bauzeitung 1925 Nr. 47), sie wird erklärt durch die Feststellung, daß der Gesetzesentwurf neben der Erfüllung technischer Aufgaben die Sozialisierung von Grund und Boden bezweckt.

In der nachfolgenden Besprechung der einzelnen Gesetzabschnitte wird das eigentliche Ziel des Gesetzesentwurfes, eine Bodenpolitik der Sozialisierung von Grundeigentum zu betreiben, deutlich verfolgt werden können:

Abschnitt I. Flächenaufteilungspläne.

Der Abschnitt bringt die bedeutendste Neuerung in der bisherigen Gesetzgebung. Durch einen Flächenaufteilungsplan, den die Einzelgemeinde, unter Berufung eines besonderen Flächenaufteilungsausschusses mehrere Gemeinden, Regierungsbezirke oder Provinzen gemeinsam im Bedürfnisfalle aufzustellen haben, werden Grünflächen, Verkehrsflächen, Bergbauflächen und Wohnflächen festgelegt.

Insoweit hier der Gedanke verfolgt wird, planloses Bauen zu verhindern und späteren Entwicklungsmöglichkeiten freien Raum zu erhalten, muß der vom Gesetz gewählte Weg als zweckmäßig bezeichnet werden; fast durchweg abzulehnen sind jedoch die Mittel des Verfahrens.

Die gleichgeordnete Einreihung der Verkehrsflächen in die Reihe der obengenannten Flächenarten ist nicht zweckmäßig, wenn, wie der Entwurf dies vorsieht, die Einzelgemeinde für sich Flächenaufteilungspläne aufstellen kann. Jede Landes- und Städteplanung wird von den Forderungen des Verkehrs beherrscht, die Verkehrsbänder bilden das Gerippe der Planung. Es ist ohne weiteres klar, daß die Einzelgemeinde Verkehrsflächen für Durchgangsstraßen, Eisenbahn- und Wasserstraßen, Flughäfen usw. selbständig nicht festlegen kann. Will man also die Festlegung der Verkehrsflächen gesetzlich nicht gesondert regeln, muß der gemeindliche Flächenaufteilungsplan fallen oder zumindest an das gleiche Verfahren wie der zwischengemeindliche Flächenaufteilungsplan, gebunden werden. Der Aufteilungsplan der Einzelgemeinde muß also auch durch einen Ausschuss aufgestellt werden, so daß Reichs- und Landesbehörden sowie die anwesenden Berufsvertretungen von Industrie und Landwirtschaft neben der Gemeindevertretung die Möglichkeit der stimmberechtigten Mitwirkung haben. Eine derartige Behandlung der Pläne ist schon notwendig, um den Bedürfnisfall im ersten Stadium ernsthaft prüfen zu können. Aus der Stellungnahme der Ausschussmitglieder wird die Beschlußbehörde ein Urteil über das Bedürfnis gewinnen. Sie muß daher nicht nur die Aufstellung eines Planes erzwingen, sondern auch die Genehmigung zur Aufstellung eines Planes versagen können. Es besteht sonst die Gefahr, daß jede ländliche Gemeinde ganz unnötige und unwirtschaftliche Aufteilungspläne aufstellt.

Bedauerlicherweise fordert der Staatsrat in seinem Gutachten bei der Aufstellung der Aufteilungspläne sogar eine wesentlich größere Selbständigkeit der Städte, als sie der Gesetzentwurf vorsieht. Bei aller Würdigung der Belange kommunaler Selbstverwaltung kann die stimmberechtigte Mitwirkung der amtlichen Wirtschaftsvertretungen sowie die Aufsichtspflicht des Bezirksausschusses bezw. des Regierungspräsidenten gar nicht entbehrt werden, wenn die Gewähr gegeben sein soll, daß der Wettbewerb der Städte nicht zu ungesunden Auswüchsen führen wird und daß die Planungen bei der wechselnden politischen Zusammenfassung der Stadtparlamente nicht zu einer unsteten und zu einer der Wirtschaftslage gegensätzlichen Bodenpolitik benutzt werden können.

Ihrer Art nach, nehmen weiter die Bergbauflächen eine besondere Stellung unter den verschiedenen Flächenarten ein. Man wird auch hier dem gesunden Gedanken zustimmen, durch Festsetzung solcher Flächen den ungehinderten Abbau von Mineralien ohne Gefährdung wertvoller Bauwerke sicherzustellen und damit bedeutende Teile des Volksvermögens zu schützen. Der Gesetzentwurf schreibt für die Feststellung im Verfahren vor, daß die Bergbehörde gehört werden und diese bei dem zwischengemeindlichen Aufteilungsplan auch dem Flächenaufteilungsausschuß angehören muß. Diese Bestimmung genügt nicht, um den Bergbautreibenden in seiner Betriebsführung vor willkürlicher Belastung zu schützen. Fordert man grundsätzlich die Entschädigungspflicht für die Einschränkung der Bau- und Benutzungsfreiheit zu Lasten des Nutznießers, eine Forderung, über die weiter unten noch ausführlich zu sprechen sein wird, so muß auch der Bergbautreibende selbst entscheiden können, welche Belastungen sein Betrieb ertragen kann. Bergbauflächen dürfen zu solchen also nicht bei Widerspruch des Bergbautreibenden erklärt werden. In den Fällen, in denen ein Abbaurecht noch nicht verliehen ist, muß naturgemäß der Bergbehörde dieses Zustimmungsrecht zu der Feststellung gegeben werden.

Eine Schwäche des Entwurfs bildet ferner die gewisse Starrheit der Flächenaufteilungspläne, die unter Umständen zur Hemmung der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes führen kann. Zum mindesten mußten derartige Auswirkungen durch die ergänzenden Bestimmungen abgemildert werden, daß dem Eigentümer das Recht gegeben wird, in begründeten Fällen eine Aenderung der Flächenaufteilung im geordneten Verfahren zu beantragen. In den Fällen, in denen es sich nicht um eine Umgruppierung von Flächen handelt, muß außerdem auf Antrag Dispens von der Bau- und Nutzungsbeschränkung erteilt werden können.

Weit ernster in seinen Auswirkungen als die vorstehend skizzierten Mängel des Gesetzentwurfs ist der schutz- und entschädigungslose Eingriff in das Privateigentum. In seinen Bestimmungen über Einspruchsrecht der Betroffenen und über Entschädigungspflicht für die Einschränkung der Bau- und Benutzungsfreiheit auf dem betroffenen Grundeigentum stellt sich der Gesetzentwurf in offenem Widerspruch mit den bestehenden Rechtsanschauungen.

Bezüglich des Einspruches bestimmt § 5 lediglich, daß bei den gemeindlichen Flächenaufteilungsplänen den amtlichen Vertretungen von Industrie und Land-

wirtschaft bis zur Genehmigung durch die Beschlußbehörde ein Einspruchsrecht zusteht. Nach § 12 (4) unterliegen die durch den Flächenaufteilungsausschuß aufgestellten Pläne „keiner Anfechtung“. Diese Lücke wird auch nicht durch das Einspruchsrecht des Fluchtlinienverfahrens ausgeglichen, wenn auch bestimmt wird, daß der Flächenaufteilungsplan die Grundlage für die Fluchtlinienpläne zu bilden hat. In das Fluchtlinienverfahren kann der größere Teil der Verkehrsflächen (Verkehrsbänder der Reichsverkehrsanstalten, Flughäfen usw.) und der Nutzgrünflächen gar nicht einbezogen werden, so daß praktisch kein Einspruchsrecht gerade bei den Flächen besteht, bei denen infolge der auf lange Sicht aufzustellenden Planungen die Grundstücke auf Jahre einer dauernden Nutzungsbeschränkung unterworfen werden.

Eine dauernde Nutzungsbeschränkung unterliegt auch zweifellos nach bestehendem Recht einer Entschädigungspflicht nach den Grundsätzen des Enteignungsgesetzes von 1874. In Abschnitt VI der Begründung zum Gesetzentwurf wird dagegen auszuführen versucht, daß die Voraussetzungen des Enteignungsgesetzes auf die durch den Flächenaufteilungsplan eintretende Nutzungsbeschränkung nicht zutreffen. Dieser Versuch zeigt eine bedenkliche und stark anzuzweifelnde Auslegung der Rechtsverhältnisse aus Artikel 153 der Reichsverfassung sowie aus dem Enteignungsgesetz von 1874. Abschnitt VI „Entschädigungen“ des Gesetzentwurfes bestimmt daher in § 119 ausdrücklich, daß Entschädigung für die Einschränkung der Bau- und Benutzungsfreiheit nur insoweit gewährt wird, als sie im Gesetz vorgesehen ist, und beraubt somit den Eigentümer seiner bisherigen Rechte.

Es bedarf keiner besonderen Darlegung, daß diese Bestimmungen eine starke Rechtsunsicherheit im Grundstücksverkehr und damit eine allgemeine Wertminderung von Grund und Boden zur Folge haben müsse. Das Verfahren der Flächenaufteilungspläne ist nur dann annehmbar, wenn dem Gesetz folgende Bestimmungen eingefügt werden: (Aus den Vorschlägen des Arbeitsausschusses der vom Landesauschuß der preußischen Handelskammern berufenen Kommission).

„Der Flächenaufteilungsplan muß vor Beschlußfassung durch den Flächenaufteilungsausschuß zur Kenntnisnahme aller Beteiligten offengelegt werden.“

„Gegen den Beschluß der Flächenaufteilungsausschüsse bezw. den den Beschluß ersekenden Verwaltungsbehörden haben die Betroffenen, Gemeinden, Behörden und amtlichen Vertretungen von Industrie und Landwirtschaft ein Einspruchsrecht. Ueber den Einspruch ist auf Antrag mündlich zu verhandeln. Der Einspruch ist zu richten an den Bezirksausschuß bei Festsetzung durch den Bezirksausschuß an den Provinzialrat, im Falle des § 13 an das Staatsministerium.“

„Für die nach § 7—9 durch Festsetzung des Flächenaufteilungsplanes dem Grundeigentümer auferlegte Einschränkung der Bau- und Benutzungsfreiheit seines Grundstückes steht ihm volle Entschädigung zu, sofern durch diese Einschränkung eine Wertminderung des Grundstücks oder eine Herabsetzung des Grundstücksertrages eintritt. Die Entschädigungspflicht umfaßt auch eine durch die Festsetzung des Flächenaufteilungs-

planes verursachte Wertminderung und Ertrags-herabsetzung des übrigen Grundbesitzes des gleichen Eigentümers. Das Gesetz über die Enteignung von Grundstücken vom 11. Juni 1874 findet sinngemäß Anwendung.

Entschädigungspflichtig ist diejenige Gemeinde, in der der betroffene Grundbesitz liegt. Liegt der Besitz in mehreren Gemeinden, so sind diese als Gesamtschuldner entschädigungspflichtig. Die entschädigungspflichtige Gemeinde hat ein Rückgriffsrecht auf denjenigen, zu dessen Gunsten die Einschränkung erfolgt ist."

In diesem Zusammenhang muß

A b s c h n i t t IV. A. U m l e g u n g

vorweg besprochen werden, da er in logischer Folge das mittels Flächenaufteilungsverfahren vom Gesetzentwurf verfolgte Ziel der Entrechtung von Privateigentum weiter ausbaut und wesentliche Teile des in Privathand befindlichen Grund und Bodens ohne Entschädigung in die öffentliche Hand überführt.

Hier gibt die Begründung zu Abschnitt IV unverhüllt zu, daß das Umlegungsverfahren im Gesetzentwurf einer Enteignung gleichkommt, jedoch den Rechtsweg für den Enteigneten ausschließt. Die Begründung sagt hierzu weiter:

"Nun schreibt Artikel 153 der Reichsverfassung vor, daß wegen der Höhe der Enteignungsentschädigung der Rechtsweg offengehalten werden müsse und daß nur ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmen könne. Die Staatsregierung wird sich daher bei der Reichsregierung dafür einzusetzen haben, daß der § 9 des auf Grund der Anträge des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ vorgelegten Reichsgesetzes bis dahin Gesetz wird, der bei Umlegungen den Ausschluß des Rechtsweges vorsieht. Ist eine derartige Gesetzesbestimmung bis zur Entscheidung des Landtages über diesen Entwurf nicht ergangen, wird der Staatsregierung nichts übrig bleiben, als den Abschnitt IV zurückzuziehen, da er bei Ausschluß des Rechtsweges mit Artikel 153 der Reichsverfassung nicht vereinbar sein würde."

Nach dieser Erklärung würde sich ein weiteres Eingehen auf das Umlegungsverfahren erübrigen, da das Bodenreformgesetz noch nicht an den Reichstag gelangt ist und in der vorliegenden Entwurfsform hoffentlich niemals zur Annahme gelangen wird, wenn nicht der Gedanke nahe läge, daß das Städtebaugesetz dazu dienen soll, unter dem Deckmantel technisch wirtschaftlicher Ziele die erste Bresche in die bestehende Rechtsauffassung zu legen und dem Bodenreformgesetz die Bahn zu ebnen. Die Umlegung von Grundstücken kann an sich für die Verwirklichung von Flächenaufteilungs- und Bebauungsplänen erhebliche technische Vorteile bieten, sie kann auch durchaus im Interesse des Grundeigentümers liegen, wenn er, statt seinen Landbesitz aufgeben zu müssen, diesen lieber durch Austausch sich erhalten will.

Um die gefährliche Tendenz des Gesetzentwurfs wirksam zu bekämpfen, ist es daher vielleicht nützlicher, die für unsere Bodenvirtschaft verderblichen Auswirkungen des im Gesetzentwurf vorliegenden Umlegungsverfahrens, klar herauszustellen und eine nach bestehendem Recht gültige und nach wirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaute Umlegung in das Gesetz aufzunehmen als die Umlegung ganz zu beseitigen.

In einem früheren Aufsatz des Verfassers (Deutsche Bergwerkszeitung 1926 Nr. 148, Seite 12) ist hierzu folgendes gesagt:

"Die Umlegung nach Wert rechnet ohne weiteres mit einer durch die Umlegung selbst sofort eintretenden Werterhöhung der beteiligten Grundstücke, die dazu benutzt wird, den Gemeinden die für ihre Bauzwecke (die Anlage von Verkehrswegen und Erholungsflächen) erforderlichen Geländeteile kostenlos zu übereignen und zum Teil auch die Baukosten der Gemeinden zu decken. Da die Werterhöhung in den weitaus meisten Fällen erst bei Verwertung des Grundstücks durch Bebauung oder Verkauf dem Eigentümer die geschätzte Werterhöhung bringen wird und diese unter Umständen gänzlich ausbleiben kann, so tritt tatsächlich eine Vermögensminderung für den Eigentümer durch die Umlegung ein, die unbedingt zu einer schweren Schädigung der Privatwirtschaft und zur Vernichtung des Bodenkredits führen muß. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß bei einer derartigen Bodenvirtschaft, wie sie das Umlegungsverfahren betreibt, alle Beteiligten also auch die Gemeinden gleichmäßig an den Kosten dieses Unternehmens beteiligt werden und das Risiko ihrer Kalkulation tragen müssen. Dem Eigentümer durch die Umlegung zufallende Vermögensvorteile dürfen erst bei Eintritt der Werterhöhung nach ihrem tatsächlichen Bestande erfasst werden. Die Umlegung bietet für die Durchführung der Planungen zweifellos erhebliche technische Vorteile, sie läßt sich wiederum, ohne ihren technischen Zweck zu vereiteln, unschwer abändern indem

1. das Verfahren nach den Grundsätzen der Enteignung gestaltet wird, wobei die Entschädigung grundsätzlich in Land stattfinden und dem Eigentümer nur auf Antrag bei Nachweis wirtschaftlicher Schädigung Entschädigung in Geld gewährt werden muß,

2. der durch Umlegung entstehende Wertzuwachs nach den Grundsätzen der Wertzuwachssteuer erfasst und dem Gemeindehaushalt zugeführt wird."

Demnach müssen insbesondere in Abschnitt IV die Bestimmungen der §§ 77 (3), 81, 82, 84, 85 und 94 des Gesetzentwurfs beseitigt werden, soweit sie bei der Schadensfestsetzung oder bei Einwendungen gegen den Umlegungsplan den Rechtsweg ausdrücklich ausschließen und die Gemeinden von den Kosten für Erwerb und Ausbau der Verkehrs- und Erholungsflächen, sowie von den Umlegungsbeträgen ausnehmen. Die wichtigsten §§ 81, 85 und 94 (2) würden etwa folgende Fassung erhalten müssen: (Aus den Vorschlägen des vorerwähnten Arbeitsausschusses).

"Die Wertermittlung der eingeworfenen Verkehrs- und Erholungsflächen erfolgt nach den Grundsätzen des Enteignungsverfahrens. Die Grundstücke werden den Gemeinden zur Last gelegt. Bleibt der Wert der Entschädigungen (Grundstücke und Geldentschädigungen) der Eigentümer hinter einer angemessenen Entschädigung zurück, so ist der Wert der Erholungsflächen bis zur Errechnung einer angemessenen Entschädigung der Gemeinde insoweit zur Last zu rechnen, als deren Flächeninhalt den der eingeworfenen Erholungsflächen übersteigt."

"Soweit Forderungen an die Kasse und Kosten ungedeckt bleiben, sind sie von den Eigentümern der eingeworfenen Grundstücke nach dem Verhältnis des Wertes dieser Grundstücke aufzubringen (Umlegungsbeitrag), jedoch nur insoweit, als die Eigentümer durch die Umlegung einen höheren Wert erhalten, als sie angelegt haben; andernfalls hat die Gemeinde dafür aufzukommen.

Der Umlegungsplan ist aber grundsätzlich stets

so aufzustellen, daß keine anderen als nur geringfügige Kostenbeiträge aufzubringen sind.“

„Sind Einwendungen erhoben worden, und durch gütliche Verhandlungen nicht zu erledigen, so bleiben den Beteiligten die Rechtsmittel des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 gewahrt.“

Die Ausgestaltung der Wertzuwachssteuer ist anderweitig gesetzlich zu regeln. Bei entsprechendem Ausbau dieser Steuer kann der ungesunden Bodenspekulation ebenso wirksam und in gerechter Weise entgegengetreten werden. Jedoch wäre es durchaus verkehrt, die private Bodenwirtschaft von Terrain- und Baugesellschaften durch zu starke Anspannung dieser Steuer zu unterbinden. Es wird leicht vergessen, daß die Privatbodenwirtschaft zu Erschließung von Bauland und zum Bau von Wohnungen auf die Dauer gar nicht zu entbehren ist, wenn die Wohnungszwangswirtschaft erst ihre Berechtigung verloren haben wird.

Für eine Umlegung nach der Fläche (§§ 86 u. 87) ist nach vorstehenden Ausführungen kein Raum, da mit der Flächenumlegung eine angemessene Entschädigung der betroffenen Grundeigentümer nicht erreicht werden kann.

Abchnitt V. Enteignungen.

Der Gesetzentwurf läßt neben der Enteignungsmöglichkeit der durch Fluchtlinien begrenzten Verkehrs- und Erholungsflächen die Zwangsanpachtung von Kleingartenland bestehen, gibt dem Eigentümer jedoch nicht das Recht, seinerseits in den Fällen Enteignung zu verlangen, in denen er durch die Nutzungsbeschränkung seines Grundstückes in seiner Existenzfähigkeit bedroht ist.

Die Kleingarten- und Kleinpachtordnung vom 31. Juli 1919 muß als ein Notgesetz der Nachkriegsverhältnisse angesehen werden, das bei Einführung eines endgültigen Gesetzes über Bodenwirtschaft überflüssig werden muß.

Das Recht, Enteignung zu fordern, wird man dem Eigentümer dann geben müssen, wenn Bauland durch den Flächenaufteilungsplan zur Grünfläche erklärt wird. Ohne Einfügung einer entsprechenden Bestimmung in dem Gesetz besteht sonst die Gefahr, daß dem Betroffenen die Ausführung eigener Pläne (Erweiterungsbauten industrieller Unternehmungen, Ausbau von Bauland der Terrain- und Baugesellschaften usw.) unmöglich gemacht wird. Die hiermit verbundene Schwächung des Privatkapitals ist in unserer kapitalarmen Zeit im Interesse unserer Volkswirtschaft unter allen Umständen zu vermeiden.

Das Recht, enteignen zu können, darf nur den Gemeinden auf Antrag gegeben werden, da nur diese die Bebauungspläne aufzustellen haben. Die Verleihung des Enteignungsrechtes auch an gemeinnützige Unternehmungen ist verkehrt, da diese Gesellschaften sonst die Pläne der Gemeinde durch ihre Enteignungen zu durchkreuzen vermögen.

Abchnitt VI. Entschädigungen.

Die wesentlichsten Bedenken gegen die Regelung der Entschädigungsfrage sind bereits bei Besprechung zu Abschnitt I, Flächenaufteilungspläne, genannt worden. In Abänderung des maßgebenden § 119 (Vergleiche Absatz 9 dieser Abhandlung zu Abschnitt I) muß

Entschädigung nach den gesetzlichen Vorschriften gewährt werden, soweit durch das Gesetz eine Einschränkung der Bau- und Benutzungsfreiheit sowie eine Enteignung des Eigentums eintritt.

Der § 120 bringt schwerwiegende Abweichungen von den Entschädigungsgrundsätzen des Enteignungsgesetzes. Nach der Begründung zum Gesetz soll durch diese Abweichungen eine fühlbare Lücke der bisherigen Gesetzgebung beseitigt werden. Welche schädlichen Auswirkungen diese angebliche Lücke gebracht hat, wird nicht gesagt. Die vom Gesetzentwurf vorgeschriebene Ermittlung der Entschädigungssumme nach dem Reichsbewertungsgesetz oder nach dem Steuerwert kann nur den Zweck haben, die Grundstücke unter ihrem Tageswert der öffentlichen Hand zuzuführen. Diese wiederholte Schwächung des Privatkapitals ist aus schon vorher genannten Gründen für die Wirtschaft nicht tragbar und muß eine bedenkliche Verminderung der Steuerkraft zur Folge haben. Die Abweichungen zum Enteignungsgesetz des § 120 sind daher zu beseitigen.

Die im § 121 vom Gesetzentwurf gebrachten Ergänzungen zu den gewährten Entschädigungen treffen nicht alle Fälle besonderer wirtschaftlicher Schädigung des Betroffenen. Die Bestimmungen sind dahingehend zu ergänzen, daß die Entziehung von Grundflächen, die vor Aufstellung von Flächenaufteilungsplänen und vor Umlegung im Eigentum von gewerblichen Unternehmungen standen und bestimmt waren, in Zukunft den Zwecken dieser Unternehmungen dauernd zu dienen, durch die Gemeinde besonders zu entschädigen ist, wenn durch die eintretenden Beschränkungen der Wert gewerblicher Werksanlagen beeinträchtigt wird.

Es bleibt noch übrig, die beiden Abschnitte

Abchnitt II. Fluchtlinienpläne

Abchnitt III. Bauvorschriften

in der Besprechung nachzuholen, da diese Abschnitte mit Rücksicht auf eine einheitliche Betrachtung übergangen worden sind.

Abchnitt II übernimmt im großen und ganzen die Vorschriften des Baufluchtliniengesetzes von 1875. Einwände wesentlicher Art sind nicht zu erheben, es bedarf hier nur der ergänzenden Bestimmungen, daß bei überlangen Bausperren, wie sie § 33 vorsieht, Entschädigung gewährt werden muß.

Abchnitt III bringt in Teil D die Einführung der Baulastenbücher. Die Einrichtung besonderer Bücher zur Aufnahme der infolge Anwendung des Städtebaugesetzes den Grundstücken auferlegten Beschränkungen muß als unpraktisch und als unwirtschaftlich bezeichnet werden. Die Belastung eines Grundstückes würde je nach ihrer Art einmal in das Grundbuch und einmal in das Baulastenbuch aufzunehmen sein. Die Führung von zwei Lastenbüchern an verschiedenen Stellen schafft unübersichtliche Zustände. Hinzu kommt, daß die Gemeinden zur Führung dieser Bücher einer Vermehrung ihres Beamtenapparates bedürfen, die bei unserer derzeitigen Wirtschaftslage zu vermeiden sein wird. Die einheitliche Aufnahme neuer Baulasten und sonstiger Belastungen des Grundstückes (Lasten aus dem Dawesgutachten, Hypothekenbelastung usw.) ist dagegen durchaus erwünscht und sollte durch entsprechende Ausgestaltung des Grundbuchrechts erreicht werden.

Die letzten Abschnitte des Gesetzentwurfs sind von geringerer Bedeutung. In

Abschnitt VII. Anliegerbeiträge
ist die vorschußweise Entrichtung dieser Beiträge für ein unbebautes Grundstück zu mildern durch die Bestimmung, daß die Beiträge nur dann zu entrichten sind, wenn die gewerbliche Benutzung des Grundstückes auf Jahre hinaus festgelegt ist und das Grundstück dem Ertrage nach als annähernd voll ausgenutzt anzusehen ist.

Abschnitt III. Allgemeine Vorschriften, Zuständigkeiten und Verfahren
muß entsprechend den Forderungen zu Abschnitt I sinngemäß ergänzt werden.

Abschnitt IX

bringt nur Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

Zusammengefaßt läßt sich sagen: Die vom preussischen Staatsministerium eingebrachte Vorlage über den Entwurf eines Städtebaugesetzes bringt eine Reihe Bestimmungen, die im Widerspruch mit bestehendem Recht stehen und das Privateigentum gefährden. Die vom Gesetzentwurf vertretene Bodenpolitik bedeutet eine versteckte Sozialisierung von Grund und Boden, die zur Schädigung der Privatwirtschaft, zur Vernichtung des Bodenkredits und zur Verminderung der Steuerkraft für Land und Reich führen muß. Die angewandten Mittel des Verfahrens sind daher abzuändern, sie lassen sich durchweg nach wirtschaftlichen Grundsätzen umgestalten, ohne die technischen und sozialen Aufgaben eines Städtebaugesetzes zu gefährden.

Wettbewerbsprobleme im Einzelhandel.

Von Oberreg.-Rat Dr. Joachim Tiburtius,
Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Der Einzelhandel hat Anfang August d. J. zum ersten Male auf einer großen öffentlichen Tagung seines Reichsspitzenverbandes der Allgemeinheit einen Ueberblick über die ihn bewegenden Aufgaben, die Wege zur Lösung und die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu geben unternommen. Eine Reihe von Referaten, die in gegenseitiger Ergänzung teils von verantwortlichen Vertretern des Einzelhandels selber, teils von außenstehenden Sachverständigen gehalten wurden, zeigten die Stellung dieses Berufsstandes gegenüber dem Staat und den anderen Wirtschaftsgruppen, sowie die Fülle der internen Probleme auf dem Gebiete des Einkaufs, der Kundenbedienung, der Reklame und der Organisation. Die Ergebnisse der Tagung haben erfreulicherweise in den Verbänden und der Fachpresse des Einzelhandels selber wie auch bei den benachbarten Wirtschaftsgruppen und den Behörden mannigfachen Anlaß zu weiterem Nachdenken und zur Fortsetzung der in Düsseldorf gezeigten Anfänge gegeben. Es ist erklärlich, daß diese Arbeit nicht rein theoretisch, sozusagen „absolut“ geleistet werden kann, sondern daß eine Reihe teilweise recht schwieriger und ernsthafter konkreter Zweifels- und Streitfragen dabei mit zu lösen ist. Die wirtschaftliche Krise und Depression, aus der wir uns erst jetzt sehr langsam zu befreien beginnen, sind eben in derart starkem Grade durch Absatzschwierigkeiten bedingt, daß naturgemäß die Gestaltung der Absatzmethoden besonders wichtig und leicht dem Streit der Konkurrenten ausgesetzt ist. Diese Schwierigkeiten zeigen sich beim Einzelhandel in um so heftigerem Maße, als der Absatz der Ware an den letzten Verbraucher bei der jetzigen Schwächung der Kaufkraft weitergehende Bemühungen erfordert, als in anderen Wirtschaftsstadien, bei dem als Lieferanten und Abnehmer beiderseits nur Kaufleute beteiligt sind. Jedenfalls drängen sich die Probleme der Reklame jeder Art in diesem Wirtschaftsstadium am deutlichsten auf.

In der Absatzkrise der deutschen Wirtschaft, insbesondere also seit dem Herbst 1925 sind in den Mittelpunkt des Interessentrentes die Fragen der Verkaufs-

propaganda, darunter in erster Linie die der Sonderveranstaltungen und Zugaben getreten. Der allgemeine Kampf der Warenlieferanten um den Kunden hat die Erfindungskraft aller Wirtschaftsgruppen auf das Schärfste angespannt. Jedermann kennt z. B. die Ausbreitung des direkten Warenverkaufes von Verjandgeschäften der Industrie an letzte Verbraucher. Am deutlichsten tritt die gesteigerte Propaganda der Einzelhandelsgeschäfte in den Formen der Inserate, Plakate und Schaufensterdekorationen zutage. Wer nun über Beunruhigungen und „Amerikanisierungen“ des Straßenbildes durch diese etwas lebhaften Kundgebungen mancher Ladengeschäfte aus Gründen der guten Verkehrssitte oder gar des Geschmacks Klage führt, sollte allerdings bedenken, daß diese etwas drastischen Lebensäußerungen des Einzelhandels zum Zwecke der Kundenwerbung nicht spontan entstanden sind, sondern eine gewisse Abwehr im legitim wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sind. Wenn der Einzelhandel durch verstärkte Propaganda auf sich aufmerksam macht, so will er damit den Verbraucher für sich gewinnen, der heute unter doppelten konkurrierenden Einwirkungen steht: Auf der einen Seite eine Fülle von direkten Angeboten der Warenhersteller, auf der anderen Seite die stark angewachsenen Konsumgenossenschaften, darunter insbesondere die der Beamten. Diesen Bemühungen um das Interesse der Käufer steht leider eine sehr geschwächte Kaufkraft und Kauflust gegenüber. Ein verständlicher psychologischer Grund für die etwas zu heftige Ausdehnung der Reklame ist somit wohl zuzubilligen. Mit aller Strenge muß jedoch verlangt werden, daß die Form der Reklame nicht nur dem formellen Gesetzesrecht, sondern auch der guten kaufmännischen Sitte und Übung entspreche. Daß dieser Maßstab bei einigen Erscheinungen der Gegenwart nicht immer innegehalten worden ist, kann kein ehrlicher Beurteiler bestreiten. Die Hauptsorge auf diesem Gebiete wird zur Zeit der Entwicklung der Sonderverkäufe gelten müssen. In großen und kleinen Orten

unseres Vaterlandes sind die Geschäftsstraßen erfüllt von nicht zu übersehenden Hinweisen auf besonders vorteilhafte „Ausnahmegelegenheiten“, „billige Wochen“ in weißer oder anderer Farbe und ähnliche Reizmittel mehr. Zwar hat die Rechtseentwicklung den vom Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb festgesetzten Begriff der *Ausverkäufe* klar und befriedigend entwickelt. Ueber die Begriffe der Saison- und der Inventurausverkäufe ist der grundsätzliche Streit in feste Bahnen gelenkt worden. Es gilt jetzt für die einzelnen Branchen und Orte, die auf diesen Gebieten bestehende praktische *Uebung* festzustellen, deren Ueberwachung bei den Industrie- und Handelskammern und den mit ihnen gemeinsam arbeitenden freien Verbänden in den richtigen Händen liegt. Streitfragen gelten hier und da noch der *Ueblichkeit* der Saisonausverkäufe in einzelnen Branchen; der Klärung bedarf auch noch die Frage einer Festsetzung von *Fristen* für die an die Handelsvertretungen gemäß § 7, 2 des U. W. G. zu erstattenden Anzeigen, aus denen der Grund und der Zeitpunkt des Ausverkaufs sowie die auszuverkaufenden Waren ersichtlich sein müssen. Dieser gesetzliche Schutz gegen Mißbräuche der Wirtschaftsfreiheit hat aber seine Grenze am Vorliegen eines „*Ausverkaufs*“. So streng darauf zu halten ist, daß Verkäufe von Waren nur dann als Ausverkauf angezeigt werden dürfen, wenn der Verkäufer wirklich die Absicht der Räumung, des Abstoßens eines Vorrates hat, so kann in Konsequenz dieser Rechtsauffassung eine Verkaufsveranstaltung, bei der diese Absicht nicht obwaltet, auch nicht unter die *Beschränkungen* des § 7 U. W. G. gestellt werden. Aus diesem Grunde wird seit längerer Zeit in der Fachpresse, in den Einzelhandelsverbänden und den Handelskammern auf das Eingehendste erörtert, ob es Rechtsbehelfe gegen „zu weit gehende“ Sonderveranstaltungen gibt, ob auch *Weiße Wochen* und „*Ausnahmetage*“ gesetzlich zu regeln sind. Die Schwierigkeit dieser Frage liegt in ihrer engen Verknüpfung mit dem gesamten Absatz- und Kalkulationsproblem des Einzelhandels begründet. In einer Zeit, in der es oberstes Gebot ist, den Warenabsatz im Interesse der Käufer wie der Händler und Produzenten *flüssiger* zu machen, bestehen Bedenken gegen die Einschaltung von Tendenzen, die einer Preislenkung entgegenwirken können. Ebenso stark aber ist das Bedenken, willkürliche Preisschwankungen und unsolide *Schleuderpolitik* zu begünstigen, die eine stetige Kalkulation, eine volkswirtschaftlich richtige Anpassung der Warenpreise an Gestehungskosten und Nachfrage durchkreuzen. Es ist auch hier wie in allen Fragen der Wirtschaftspolitik schwer, „den falschen Weg zu meiden, es liegt in ihr so viel verborgenes Gift, und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden...“ Bei der Tagung des Einzelhandels Anfang August in Düsseldorf ist eine Formulierung für Ergänzung des Wettbewerbsgesetzes in dieser Richtung noch nicht gelungen, die Bemühungen hierum werden vom Industrie- und Handelstag und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels fortgesetzt. Inzwischen muß man wünschen, daß die Fach- und Bezirksverbände im Zusammenwirken mit den Industrie- und Handelskammern örtliche und fachliche *Verständigungen* der Beteiligten herbeiführen, die sich über Anzahl und Zeitpunkte von Sonderveranstaltungen erstrecken und die Preisfestsetzung im Interesse der Wirtschaft wie der Verbraucher zu

größerer Stetigkeit überleiten sollten. Soweit in diesen Sonderverkäufen unlautere oder unfaire Methoden in Erscheinung treten, muß es durch Vereinbarung innerhalb der Verbände und durch die Vermittlung der bei den Industrie- und Handelskammern bestehenden Schiedsstellen möglich sein, Abhilfe zu schaffen. Vielleicht ergibt sich hieraus allmählich eine gewisse *Sprachpraxis*, die auf die Verkehrssitte einen ähnlich günstigen Einfluß gewinnt, wie es in anderen Berufskreisen möglich gewesen ist. In allen grundsätzlich wichtigen Fragen stellt die *Hauptgemeinschaft* des Deutschen Einzelhandels ihre zentrale Einigungsstelle den streitenden Parteien zur Verfügung.

Auf dem gleichen Wege der Verständigung und autonomen Gerichtsbarkeit des Berufsstandes muß es auch gelingen, Mißstände zu beseitigen, die in den Angaben über *Beschaffenheit* oder *Herstellung* von Waren hie und da zutage treten. So beschäftigt sich die Schiedstätigkeit in letzter Zeit wiederholt mit der Streitfrage, in welcher Form fehlerhafte Waren, namentlich Porzellan-Geschirre angezeigt werden dürfen. Die Beschwerden gehen hier bekanntlich in zwei entgegengesetzten Richtungen. Es ist vorgekommen, daß Händler oder Fabrikanten eine mit Fehlern behaftete Ware unter ungenügender Kennzeichnung dieses Mangels angeboten haben, ebenso aber haben andere Firmen einen wertvolleren Stoff unter einer geringeren Etikette verkauft, um damit zur Erleichterung des Absatzes eine *Preiserabsetzung* zu verschleiern, z. B. ein Zephirhemd unter der Bezeichnung *Percal* angeboten. Derartige Erscheinungen sind Symptome großer Abzahnnot, sie werden mit Besserung der Kaufkraft zurückgehen. Solange sie aber bestehen, muß ihnen der Berufsstand *entgegentreten*, möglichst mit seiner vereinbarten Schiedsgerichtsbarkeit ohne Inanspruchnahme des ordentlichen Gerichts, um aus eigener Kraft dahin zu wirken, daß *Deutlichkeit* und *Wahrhaftigkeit* in der Warenbezeichnung, diese unerläßlichen Voraussetzungen gesunder Wirtschaftsentwicklung gegen Irrtum und Mißbrauch nachdrücklich geschützt werden. Gegen offensündige Böswilligkeit muß natürlich auch der Strafrichter mit den Mitteln des § 4 U. W. G. in Anspruch genommen werden.

Eine besondere Natur wohnt der *Zugabenfrage* inne. Zugaben sind wirksame Reklamemittel und müssen im Gesamtzusammenhange dieses Gebietes gewürdigt werden. Ihr Sondercharakter liegt aber wohl darin begründet, daß bei der Zugabe im Unterschied von anderen Propagandamitteln der Kaufmann *Waren* unentgeltlich abgibt, also einen Teil seiner Berufstätigkeit verschenkt. Inwieweit auch die Zugaben wie die übrige Reklame in den Warenpreis einberechnet werden können, mag an dieser Stelle dahinstehen, jedenfalls wird die Zugabe von der großen Mehrzahl der Käufer als Geschenk empfunden und *joll* auch nach der zugrunde liegenden Absicht so empfunden werden, um den Käufer weiter an das Geschäft zu fetten. Hieraus haben sich in Kreisen des Einzelhandels grundsätzliche Bedenken ergeben. Namhafte Vertreter des Berufsstandes wünschten eine deutliche Beschränkung der Zugaben auf ihren Reklamecharakter und größere Zurückhaltung in ihrer Verteilung. Nach langen Vorarbeiten ist eine übereinstimmende Entschliebung des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Haupt-

gemeinschaft dahin zustande gekommen, daß Zugaben jeder Art nicht mehr öffentlich angekündigt werden sollen; außerdem wird verlangt, daß solche Zugaben, die nur bei einem Einkauf von Waren in bestimmter Höhe gewährt werden, deutlicher als Reklamegegenstände gekennzeichnet werden, also sollen z. B. Notizbücher den Namen der sie ausgebenden Firma tragen. Beide Körperschaften sind beim Reichsjustizministerium für eine entsprechende Ergänzung des Wettbewerbsgesetzes eingetreten.

Auf diesen Gebieten ist die schwierige Aufgabe zu lösen, Mißbräuchen, die gegen Recht und gute kaufmännische Sitte verstoßen, entgegenzutreten, ohne die berechnete Selbsthilfe und Regsamkeit des tüchtigen und damit den wirtschaftlichen Fortschritt zu hemmen. Der laudable Kaufmann soll gegen gewissenlose Konkurrenten geschützt werden, nicht aber der faule und unintelligente gegen den begabteren Berufsgenossen. Diese Problemlage muß ernsthaft gewürdigt werden, nur aus ihr heraus ist zu verstehen, warum es so schwer ist, für alle brennenden Wettbewerbsfragen mit den Mitteln der Gesetzestchnik die richtige Lösung zu finden. In jedem

Falle hat auf diesem Gebiete die geistige Arbeit der Berufsvertretungen noch große Aufgaben im Interesse des Berufsstandes wie der Allgemeinheit zu lösen. Ein bedauerlicher Irrtum ist es, wenn eine betriebssame Presse sich dauernd darum bemüht, die Konflikte auf dem Wettbewerbsgebiete ausschließlich oder doch überwiegend als einen Konkurrenzkampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb, zwischen Warenhäusern und „Mittelstand“ darzustellen. Wie in der großen Politik, so ist auch im Wirtschaftskampf die Frage nach dem schuldigen Urheber eines Krieges kaum objektiv zu entscheiden. Gegenwärtig wird aber in allen Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößen des Einzelhandels Erlaubtes und Unerlaubtes in der Propaganda gemischt, ohne daß man der einen oder anderen Gruppe mehr oder weniger Sünden zurechnen könnte. Sehr viel wesentlicher als dieser unnötige aber nicht ungefährliche Streit ist die Frage, wie sich große, mittlere und kleine Betriebe des Einzelhandels in ihren Fach- und Bezirksverbänden fester zu gegenseitiger Hilfe und Unterrichtung über den wirtschaftlich besten Weg des Einkaufes und des Absatzes ihrer Waren zusammen schließen können.

Wirtschaftsberichte

Belieferung des Inlandsmarktes mit ober-schlesischer Kohle.

In letzter Zeit sind mehrfach gegen den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau Vorwürfe in der Richtung erhoben worden, daß Deutsch-Oberschlesien nicht genügend für die Belieferung des Inlandsmarktes Sorge trage, indem es einmal nicht eine mögliche Produktionssteigerung vornehme, zum anderen das Auslandsgeschäft bevorzuge.

Zu dem ersten dieser Vorwürfe, der sich hauptsächlich darauf stützt, daß durch Einstellung von Erwerbslosen die Kohlenproduktion gesteigert werden könnte, ist folgendes zu bemerken:

Jede Steinkohlengrube hat nach ihren Fördereinrichtungen eine bestimmte Produktionsfähigkeit, die nicht ohne weiteres überschritten werden kann. Insbesondere die Schachtförderung wie die Kohlenseparation sind für eine bestimmte Höchstförderung gebaut, die zu überschreiten im allgemeinen nicht möglich ist. Aus diesem Grunde muß die untertägige Produktion sich nach der Leistungsfähigkeit der maschinellen Einrichtungen richten. Es kommt hinzu, daß im Bergbau nicht wie in einer Sandgrube oder auf einem Müllacker einfach ohne weiteres eine größere Anzahl Arbeitskräfte angestellt und hierdurch eine entsprechende Vermehrung der Produktion erreicht werden kann. Ebensovienig wie jemand von einer Maschinenfabrik verlangen wird, daß sie eine große Anzahl Erwerbslose aufnimmt, um ihre Leistung zu erhöhen, ist dies beim Bergbau möglich. Jedem Laien ist klar, daß nicht ein Erwerbsloser ohne weiteres an eine Drehbank gestellt werden kann, daß auch die Zahl der Drehbänke nicht beliebig vermehrbar ist, daß vielmehr eine gewisse Zeit dazu gehört, um die Kapazität der Anlage zu vermehren, daß eventuell sogar Erweiterungsbauten notwendig sind. Für die dem Laien ferner liegenden Verhältnisse des Bergbaus besteht in dieser Beziehung jedoch vielfach eine irrtümliche Auffassung, die dazu Veranlassung gibt, die Einstellung Erwerbsloser zu verlangen. Hierzu ist aber nach vorstehendem die Schaffung neuer Angriffspunkte in der Grube und die Anlernung neuer Arbeitskräfte erforderlich. Wo aber die maschinelle Leistungsfähigkeit der Anlage erschöpft ist, helfen auch diese auf lange Sicht wirkenden Mittel nicht. Hier kann nur eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, d. h. die Einlegung von Uberschichten, eine Fördersteigerung bewirken.

Die Zahl der Arbeiter im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau ist von 42 910 im Mai 1925 im Laufe des Jahres 1925 bis auf 47 378 gesteigert worden. Bei dem Abzahnangel

im April und Mai 1926 fiel die Zahl wieder auf 46 998 und hat sich im vergangenen Monat bis auf 49 865 erhöht. Damit dürfte bei dem gegenwärtigen Ausbau der Gruben die Höchstzahl der zur Zeit anlegbaren Arbeitskräfte erreicht sein.

Was den zweiten gegen den ober-schlesischen Bergbau erhobenen Vorwurf anbetrifft, so hat hierzu das Oberschlesische Steinkohlen-Syndikat Ende November in einer der Presse übergebenen Erklärung eingehend Stellung genommen, die der weiteren Ausführung kaum bedarf. Wir bringen dieselbe daher nachstehend im Wortlaut:

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 22. Oktober 1926, die verspätet in unsere Hände gelangte, ist ein Artikel „Die Kohle, der Träger und Gradmesser des Wirtschaftslebens“ enthalten, welcher u. a. gegen Deutsch-Oberschlesien den Vorwurf erhebt, Oberschlesien vernachlässige den Inlandsmarkt zu Gunsten des lukrativeren Auslandsgeschäftes, die Ruhr dagegen verfolge höhere Ziele und müsse die Löcher stopfen, welche durch Nichtlieferungen aus Oberschlesien entstünden. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Verhältnisse gerade umgekehrt liegen. Seit Mitte September liefert Deutsch-Oberschlesien nach England und den nordischen Ländern praktisch überhaupt keine Kohle mehr. Das vom Reichskohlentommisssar am 12. Oktober erlassene Ausfuhrverbot ist unter Zustimmung Oberschlesiens erfolgt. Es hat nur eine schon bestehende Tatsache zur Beruhigung der Bevölkerung amtlich bestätigt.

Oberschlesien hat in dem Versand nach Süddeutschland, wo durch die Einschränkung der Saarlieferungen, vorübergehenden schlechten Wasserstand des Rheins sowie Beschränkung der Ruhrlieferungen auf die Höhe der Bezüge in den Sommermonaten die Kohlenknappheit am größten sein dürfte, gerade in den Monaten nach Beginn des englischen Streikes die Mengen des Vorjahres fast durchgängig überschritten. Die Ruhr, welche bisher den Kohlenhändlern in Süddeutschland den Verkauf anderer, insbesondere ober-schlesischer Kohle bei Zahlung einer Konventionalstrafe verboten hat, hat nunmehr diese Strafbestimmung vorübergehend aufgehoben. Vielleicht erblickt der Verfasser des Artikels hierin „die hohen Ziele“ des Ruhrkohlenhandels und die besondere Bevorzugung des Inlandsmarktes durch die Ruhr.

Die ober-schlesische Ausfuhr des laufenden Jahres gibt folgende Tabelle wieder, die bereits mehrfach in der Presse erschienen ist:

	Ausfuhr nach Süden Norden alles in 1000 Tonnen	
Januar	85,3	0,6
Februar	53	0,3
März	50,8	0,3
April	47,8	0,05
Mai	49,1	0,8
Juni	69,6	96,7
Juli	68,1	294,7
August	63,8	135,2
September	63,1	72,9
Oktober	63,5	8,8

Hieraus ergibt sich, daß Deutsch-Oberschlesien unter Verzicht auf den eigenen geldlichen Vorteil aus dem Auslands-geschäft mit allen Mitteln die genügende Versorgung des Inlandsmarktes erstrebt und daß die in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aufgestellten Behauptungen unwahr sind und nur von unreellen Konkurrenzabsichten diktiert sein können. Es wäre interessant, die Ausfuhrziffern des Ruhrbezirks zu erfahren, die bisher noch nirgends veröffentlicht wurden. Beachtlich ist außerdem, daß der ungerechtfertigte Hinweis auf Deutsch-Oberschlesien in einem Zeitpunkt erfolgt ist, in dem endlich beträchtlich höhere Preise für viele Auslandsfendungen eingesetzt hatten.

Der westoberischlesische Steinkohlenmarkt im Oktober/November 1926.

Die Förderung betrug bei je 26 Arbeitstagen im September 1 523 379 To. oder arbeitstäglich 58 592 To., im Oktober dagegen 1 603 990 To. oder arbeitstäglich 61 692 To. Für November stellte sich die Tagesleistung bis zum Abschluß dieses Berichts auf rund 65 000 To., die Gesamtförderung wird also bei 24 Arbeitstagen nahe an 1 570 000 To. herankommen.

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

	September	Oktober	November (geschätzt)
	To.	To.	To.
nach dem Inland	1 335 711	1 454 740	1 440 000
nach dem Ausland	136 027	79 179	70 000
insgesamt:	1 471 738	1 533 919	1 510 000
Davon wurden mit der Hauptbahn befördert:	1 272 357	1 314 113	1 290 000

Die außerordentlich starke Nachfrage nach sämtlichen Kohlenarten hat noch angehalten. Insbesondere stellten die Provinzen Schlesien und Ostpreußen, sowie der Platz Groß-Berlin große Ansprüche in oberischlesischen Steinkohlen. Der Abruf aus Süddeutschland hielt sich etwa auf dem bisherigen Stand.

Obwohl Oberschlesien die inländischen Verbraucher aus-gezeichnet belieft und nur verhältnismäßig geringe Mengen an die alten Abnehmer in den österreichischen Nachfolgestaaten ausgeführt hat, war es trotz der starken Steigerung der Förderung infolge der plötzlich eingesetzten Ab-rufe doch nicht immer möglich, alle Aufträge fristgemäß zu erledigen. Die Lieferungen nach Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakei konnten nicht ausgeführt werden, weil es sich um ein natürliches Absatzgebiet der west-oberisch-lesischen Steinkohle handelt. Diese Länder sind die einzigen, die während des ganzen Jahres — auch während der für den Absatz im allgemainen unruhigeren Sommermonate — ein bestimmtes Quantum Kohle abnehmen und damit u. a. auch zur Stärkung der deutschen Außenhandelsbilanz bei-tragen. Es wäre im wirtschaftlichen Interesse Oberschle-siens nicht zu verantworten gewesen, dieses einzige aus-ländische Absatzgebiet jetzt aufzugeben.

Die Verladungen waren in den Berichtsmonaten an einigen Tagen auch durch Wagenmangel behindert. In Anbetracht des erheblich gesteigerten Herbstverkehrs muß jedoch anerkannt werden, daß es der Reichsbahn gelungen ist, den Wagenzulauf so reibungslos wie möglich zu gestalten. Da inzwischen die Kartoffel- und Rübenenernte nahezu be-endet ist, kann man annehmen, daß die Zeit der Wagenknappheit überwunden ist.

Der im Oktober durch Hochwasser und Raumraumangel hervorgerufene starke Rückgang der Wasserverladungen hat zur Verschlechterung der Verkehrslage nicht unwesentlich bei-getragen. Im Oktober wurden nur 151 257 To. verschifft gegenüber 180 588 To. im September. Im November hat sich der Wasserstand etwas gebessert, so daß man mit einem Umschlag von etwa 170 000 To. wird rechnen können.

Die Belegschaft wurde im September um rund 650 Ar-beiter vermehrt und ist im Oktober um weitere 180 Köpfe gestiegen. Auch im November ist noch eine geringe Zu-nahme zu verzeichnen. Die Anlegung weiterer Arbeiter dürfte allerdings kaum mehr möglich sein, da die augen-blickliche Belegschaft von rund 50 000 Köpfen nahezu die Höchstaahl der Arbeitskräfte darstellt, die bei dem gegen-wärtigen Ausbau der Gruben eine wirtschaftliche Betriebs-führung gewährleistet.

Nachdem die im September eingeleiteten Lohnverhand-lungen dadurch zum Abschluß gekommen waren, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des am 24. September gefällten Schiedsspruches unter dem 15. Ok-tober abgelehnt hatte, nahmen die Gewerkschaften ihren ursprünglichen Antrag, durch den eine 15prozentige Lohn-erhöhung gefordert wurde, wieder auf. Nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fanden am 12. November unter Vorsitz des vom Reichs-arbeitsminister bestellten Schlichters Lohnverhandlungen statt, die ebenfalls ergebnislos verlaufen sind. Die im An-schluß hieran gebildete Schlichterkammer fällt nach lang-wierigen Verhandlungen einen Schiedsspruch, wonach die bisherigen Löhne um durchschnittlich 20 Pfg. je Schicht = 3,8 Prozent erhöht werden sollen. Diese neue Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Mai 1927 gekündigt werden. Der Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt, von den Gewerkschaften dagegen angenommen worden. Diese haben nunmehr die Verbindlichkeitserklärung beim Ministerium beantragt, worüber am 26. November in Berlin Verhandlungen stattfanden, deren Ergebnis bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt war.

Die Besserung der Absatzlage für Koks hat in den Berichtsmonaten angehalten, so daß die Produktion endlich etwas gesteigert werden konnte. Da jedoch die bessere Absatzlage in der Hauptsache auf den augenblicklich stärkeren Bedarf an Hausbrandkoks und die infolge des englischen Streiks gestiegene Nachfrage des Auslandes zu-rückzuführen ist, wird man mit einer nachhaltigen Besserung der Marktlage nicht rechnen können.

Die Koksproduktion belief sich im Oktober auf 89 824 To. oder arbeitstäglich 2 898 To. gegen 82 783 To. bzw. 2759 To. im September. Für November wird man mit etwas über 90 000 To. rechnen können, da die Tagesleistung 3000 To. bereits überschritten hat. Der Absatz stellte sich im Sep-tember auf 115 521 To., im Oktober dagegen auf 129 145 To. und dürfte im November über 130 000 To. betragen. Aus-geführt wurden im September 39 547 To. und im Oktober 39 506 To., im November wird sich die Ausfuhr voraus-sichtlich auf 47 000 To. stellen. Die Halbenbestände, die Ende September noch 128 219 To. betragen, sind bis Ende Oktober auf 88 058 To. zurückgegangen. Falls sich der Rückgang in dem bisherigen Umfang fortsetzt, dürften Ende November nur noch wenig über 50 000 To. auf Halbe liegen.

Auch am Bricketmarkt ist die Nachfrage rege. Erzeugt wurden bei je 26 Arbeitstagen im September 40 116 To. oder arbeitstäglich 1543 To. und im Oktober 39 490 To. oder arbeitstäglich 1519 To. Der November wird bei 24 Ar-beitstagen mit etwa 36 000 To. abschließen, da die Tages-leistung sich ungefähr auf der Höhe des Vormonats hält. Die gesamte Produktion wurde glatt untergebracht. Die Lagerbestände sind geräumt.

Von der westoberischlesischen Eisenindustrie.

Erze: Die scharfe Verknappung des Schiffsraumes als Folge des englischen Streiks, die zu sprunghaften Er-höhungen der Frachtraten führte, sowie die erfreulicherweise anhaltende Besserung in der Eisen- und Stahlindustrie haben eine ausgesprochene Knappheit in prompt erhältlichen Erzen zur Folge gehabt. Die Preise für Erze sind daher weiter angezogen und zwar auch für spätere Sichten.

Schrott: Auf dem Schrottmarkt trat etwa im Mitte Oktober eine vom Westen ausgehende Belebung ein, welche die Gefahr einer Abwanderung von Schrott aus den ober-schlesischen Versorgungsgebieten zeitigte und die Versorgung der ober-schlesischen Schrottverbraucher in Frage zu stellen drohte. Um dem vorzubeugen, wurden die Schrottpreise im Oktober mehrfach erhöht und auch Lieferprämien für prompt zur Ablieferung gelangende Mengen eingeräumt. Die Um-sätze haben sich dadurch gebessert, können jedoch noch nicht als ausreichend bezeichnet werden. Um eine unnötige Forcierung des Einkaufs in den für ober-schlesische Zwecke zunächst in Frage kommenden Versorgungsgebieten zu vermeiden, mußte man sich zu Einfäufen auch in entfernteren Bezugsgebieten entschließen. Die Preise für Auslandschrott haben, wohl unter dem Einfluß tschechischer Käufe, gleichfalls eine Er-höhung erfahren. Die Marktlage scheint auch weiterhin fest bleiben zu wollen. Bei einer Ueberspannung der Preise, die bereits wieder ein für die Schrott verbrauchenden Werke kaum tragbares Niveau erreicht haben, sind Rückschläge nicht ausgeschlossen.

Roheisen: Der Roheisenmarkt hat sich gebessert. Zu-nächst konnte der Roheisen-Verband, vor allem infolge des englischen Bergarbeiterstreiks, sehr bedeutende Auslandsauf-träge buchen, so daß der Ausfall der Verkäufe nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der eine Folge der amerikanischen Zollgesetzgebung ist, wett gemacht wurde. Auch im Inland war die Nachfrage besser. Die ober-schlesischen Hochofenwerke konnten deshalb erheblich größere Mengen in den Gießereiroheisensorten zur Ablieferung bringen als in den vorangegangenen Monaten. In Juli-enhütte ist ein dritter Hochofen in Betrieb genommen worden. Da die englische Konkurrenz im Monat Oktober vollkommen ausfiel, und die kontinentalen westeuropäischen Hochofen-industrien in Ueberssee-Export erheblich höhere Preise für Roheisen erzielten, als bei der Ausfuhr nach Deutschland, so war die Konkurrenz des französischen und luxemburgischen Roheisens im Absatzgebiet der ober-schlesischen Eisenindustrie bereits im Oktober kaum mehr bemerkbar. Inzwischen ist, im Zusammenhang mit der Begründung der internationalen Rohstahlgemeinschaft, grundsätzlich das Roheisenfontingents-abkommen mit Frankreich und Luxemburg vereinbart wor-den, so daß auch in Zukunft von dort her eine Beunruhigung des deutschen Roheisenmarktes nicht mehr zu erwarten ist.

Fertigeisen: Auch an den Märkten für Fertigeisen ist, wenn auch im einzelnen mit starken Unterschieden, eine Besserung bemerkbar geworden. Der Auftragsengang in Stab- und Band-eisen war auch ziemlich lebhaft. In-folge des ungünstigen Wasserstandes der Oder mußten jedoch erhebliche Mengen, die zu Schiff verfrachtet werden sollten, bis zum Eintritt besserer Wasserhältnisse liegen bleiben. Der Monat Oktober war wieder einmal ein typisches Beispiel für die Unzuverlässigkeit der Oder als Schiffsfahrtsstraße, da in der ersten Monatshälfte die Schifffahrt durch zu geringen Wasserstand behindert war; während in der 2. Hälfte in-folge des plötzlich eingetretenen Hochwassers keine Rähne gestellt werden konnten. Das Geschäft in kaltgewal-ztem Band-eisen hat sich infolge der stärkeren Nachfrage von Seiten der Papier-Kabelindustrie ebenfalls gebessert. Die bisher sehr gedrückten Preise haben etwas angezogen. Auch eine Besserung der Lage des Blechmarktes ist festzustellen, was sich zunächst allerdings mehr in einer Zu-nahme der Anfragen als in der erhöhten Erteilung von Auf-trägen äußert hat. Von einer durchgreifenden Belebung rar im Gegensatz zum Westen bisher noch nicht viel zu spüren. Nach wie vor kann das ober-schlesische Blechwalz-werk nur in einfacher Schicht beschäftigt werden. Die Liefe-rtermine betragen weiterhin nur wenige Tage. Auch preis-lieh hat sich nichts geändert. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der Grobbleche und der nicht-induzierten Fein- und Mittelbleche besteht unvermindert fort. Die Beschäf-tigung der Stahlröhrenwerke war nicht unbefriedigend. Auch das Geschäft in gußeisernen Röhren muß im Hinblick auf die vorgeschrittene Jahreszeit als zufriedenstellend bezeichnet werden. Mit Eintritt des Frostwetters, das die Erarbeiten behindert, ist jedoch in allernächster Zeit die übliche Geschäfts-stille zu erwarten. Eine gewisse Belebung erfährt das Draht-geschäft, insbesondere in manchen Bauartikeln. Die Ban-dagenwerke hatten einen vorübergehenden Bestellsun-gang aufzuweisen. Ebenso hat die Nachfrage der Auto-mobilfabriken nach Schmiedestücken etwas zugenommen. Die Beschäftigung im Stahlguß ist befriedigend. In

der Rad-fahrradherstellung herrscht jedoch nach wie vor Mangel an Arbeit, da nennenswerte Bestellungen des Eisenbahnzentralamts ausblieben. Die anhaltend gute Beschäf-tigung der Gruben veranlaßte eine bessere Nachfrage sowohl nach Eisenkonstruktionen als auch nach Erzeugnissen der Kesselschmiede und der Maschinenbauanstal-ten. Von einer vollen Beschäftigung kann allerdings noch lange keine Rede sein. Dagegen ruht infolge Fehlens jeg-licher Aufträge der Waggonbau vollständig. Im Weichenbau hat sich der Beschäftigungsgrad nicht ge-ändert. Die ober-schlesische Fabrikation wird vom Eisenbahn-zentralamt zur Deckung des östlichen Weichenbedarfs leider nicht in dem Umfange herangezogen, wie es im Interesse ihrer vollen Beschäftigung erwünscht wäre. In Feldbahn-material war es trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit mög-lich, noch einige verhältnismäßig nicht ungünstige Aufträge, allerdings zu gedrückten Preisen, hereinzubekommen.

Was den Export anbelangt, so hat die Befestigung der Weltmarktpreise weitere Fortschritte gemacht, obwohl das inzwischen abgeschlossene internationale Rohstahlabkommen an und für sich keinerlei Preisbindungen brachte. Trotz der offensichtlichen Tendenz nach oben sind die Exportpreise in-folge der hohen Exportfrachten für die ober-schlesischen Werke immer noch größtenteils verlustbringend. Eine Betätigung der ober-schlesischen Industrie am Exportmarkt war daher kaum möglich.

Die neue „Vereinigte Ober-schlesische Hüttenwerke A.-G.“ in Gleiwitz ist nach wochenlangen Verhandlungen mit den Düsseldorfer Verbänden mit Wirkung vom 1. November in die Rohstahlgemeinschaft, ferner in den A-Produkten- und Stabeisenverband, sowie in die Band-eisenvereinigung ein-getreten. Einzelne Detailfragen bedürfen jedoch noch beson-derer Vereinbarungen. Die Mitgliedschaft der Rechtsvor-gängerinnen der Gesellschaft (Oberbedarf, Linke-Hofmann, Lauchhammer Abt. Ober-schlesische Werke (Obereisen), Don-nersmarchhütte) bei anderen Verbänden, wie z. B. Draht-verband, Röhrenverband usw. ist bereits auf sie über-gegangen.

Die Lage der ober-schlesischen Zinkindustrie.

Die Abschwächung der Marktlage, die sich bereits im September ankündigte, hat sich fortgesetzt. Die von dem in-ländischen Konsum neu getätigten Zinkblechabschlüsse sind erheblich zurückgegangen, so daß die Zinkblechproduktion der deutschen Walzwerke wohl größer als der Bedarf ist. Dieser Konjunkturrückgang ist zwar z. B. für die Betriebsführung der Walzwerke noch nicht spürbar, weil aus den Vormonaten noch ein nicht unbedeutender Auftragsbestand zur Erledigung zurückgeblieben ist. Bei dem leider zu befürchtenden weiteren Rückgang der Zinkblechnachfrage auf dem Inlandsmarkt ist aber damit zu rechnen, daß nach Aufarbeitung der rückstän-digen Aufträge der gegenwärtige Betriebsumfang der deut-schen Zinkwalzwerke während des kommenden Winters bis zum Wiederaufleben des Zinkblechmarktes durch die nächst-jährige Bau-saison immer stärker wird eingeschränkt werden müssen. Wünschenswert wäre, daß der Zinkblechhandel nicht wieder, wie im Vorjahre, die Auffüllung der auch jetzt noch fast durchweg ausverkauften Handelslager unterläßt, damit der Zinkblechbedarf der nächstjährigen Bauten nicht wieder allein aus der laufenden Produktion gedeckt zu werden braucht.

Die Verkehrslage im Reichsbahndirektionsbezirk Oppeln im Oktober 1926.

Der Personenverkehr ist gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen, weil der Wallfahrerverkehr fehlte und die Sonntagsausflüge infolge kälterer Witterung nachgelassen haben. Der Gepäck-, Express- und Güterverkehr ist un-ändert. Der Frachttiefgutverkehr hat erheblich zugenommen bei Kartoffeln, Saatgut und Hackfrüchten. Der Wagen-ladungsverkehr ist im allgemeinen ebenfalls gestiegen. Der Versand war stärker bei Eisenwaren, Eisen- und Stahl-schrott, Baumaterialien, Kartoffeln, Kraut und Zuckerrüben. Zurückgegangen ist er bei Bau- und Düngesack, Zement, Lang- und Grubenholz. Der Kohlenverkehr nach den See-häfen zur Ausfuhr hielt infolge Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks an.

Es wurden Kohlen verfrachtet:

nach	Von Deutsch-Ober- schlesien	von Polnisch-Ober- schlesien	von der Tschecho- wakei
	Menge in Tonnen		
Gr. Hamburg	17 749	88 174	76 369
Stettin u. Goglow über Brodau	54 311	18 596	32 819
Stettin u. Goglow über Lubliniz	—	63 783	—
Bremen	35	41 286	3 870
Wismar	2 087	8 248	6 266
Rostock	3 254	1 025	12 360
Rendsburg	—	4 618	—
Saßnitz	—	1 898	427
Lübeck	65	15 268	15 609
Warnemünde	90	1 911	280
Kiel	60	—	490
Euchsdorf bei Kiel	—	5 551	—
Flensburg	—	2 657	—
Stralsund	3 290	—	—
Königsberg	—	—	10 904
Antwerpen	—	—	950
Insgesamt	80 941	253 015	160 344

insgesamt 494 300 To.
gegenüber 1 134 543 To. im Vormonat

Der Rückgang im Kohlenverband nach den Seehäfen um 640 243 To. gegenüber dem Vormonat verteilt sich auf Deutsch-Oberschlesien mit 44 656 To., auf Polnisch-Oberschlesien mit 547 317 To. und die Tschechoslowakei mit 48 270 To. Er ist auf die Sperren und Einschränkungen der Verladungen infolge des Hafenarbeiterstreiks in Hamburg, der durch die Sturmfluten verursachten Schäden an den Entladeeinrichtungen der Seehäfen und auf die Wagengestellungs-schwierigkeiten in den benachbarten ausländischen Kohlenrevieren zurückzuführen.

Der Verkehr wickelte sich glatt ab. Der Personenwagenpark wurde nicht besonders beansprucht.

Im Güterverkehr war an allen Wagengattungen starker Bedarf. G.-Wagen wurden hauptsächlich für Kartoffeln und Zucker, D.-Wagen für Kohle stark beansprucht. Zur Rübenverladung sind gegen 800 Pendelwagen eingestellt, die aus Wagen mit kleinen Schäden, ausmusterungsreifen und unter suchungspflichtigen Wagen hergerichtet sind. Hiermit wird der Wagenbedarf für die Rüben- und Schnitzelverladung innerhalb des Bezirks gedeckt. Der Wagenbedarf konnte trotz des hohen Bedarfs fast an allen Gattungen gestellt werden. Die vom Eisenbahn-Zentralamt bekanntgegebenen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wagenumschlages sind durchgeführt.

Die Wagengestellung betrug:

Oktober 1926 26 Arbeitstage	O für Kohle, Koks u. Briketts	O für andere Güter	G davon für Zement	Sonstige Wagen	davon für Kalk
a) insgesamt					
angefordert	150230	37 946	15 981	2 812	11 484
gestellt	149471	37 904	15 977	2 812	11 460
mithin gefehlt	759	42	4	—	24
vom Hundert	0,5	0,1	0,02	—	0,2
b) arbeitstäglich im Durchschnitt					
angefordert	5778	1 459	615	108	442
gestellt	5719	1 457	615	108	441
mithin gefehlt	29	2	—	—	1
vom Hundert	0,5	0,1	—	—	0,2

Die Stationen Ratibor und Bentzen D.-S. Hbf. wurden als Versandstationen in den Ausnahmefahrt 1 k für Brettchen zur Herstellung von Packmitteln aufgenommen; ferner wurden die Stationen Kleinwiz und Zawadzki in den Ausnahmefahrt 80 für ausländische Fahrzeuge einbezogen, die zwecks Instandsetzung an eine deutsche Lokomotiv- oder Wagenbauanstalt eingeführt oder nach Instandsetzung von einer deutschen Lokomotiv- oder Wagenbauanstalt ausgeführt werden.

Vom 20. Oktober 1926 bis auf Widerruf, längstens bis 31. 8. 1927, sind folgende Frachtsätze für Kohlen pp. nach Station (Tarbis) eingefügt:

	Frachtsätze für 100 kg in Reichspfennig
von Guido-grube	202 *)
von Königin Luise-Brikettfabrik	198**)
von Königin Luise-grube-Ostfeld	
von Königin Luise-grube-Westfeld	
von Königin Luise-Delbrückschächte	201 *) 197**)

Der Wasserumschlag betrug:

Von Bahn zu Schiff in Tonnen:

in	davon insgef.	Kohle u. Koks	Eisen	Getreide	Salz	Zucker	Holz	sonstige Güter
Coselhafen	189 399,5	176104	1787	83	3918,5	6396,5	170	—
Oppeln- hafen	3 688	—	320	—	—	400	—	80

Von Schiff zur Bahn in Tonnen:

in	insgesamt	Erze	unver- arbeitete Eisen- abfälle	Phosph.	Altkleien	Kohlen	Salz	Getreide	sonstige Güter
Coselhafen	56 735,5	42 372,5	—	615	2 052,5	45	—	—	—
Oppeln- hafen	4 526	3 478	—	—	—	—	—	—	—

Uebrigte Güter: Coselhafen 11 649,5, Oppelnhafen 1 048.

Der Wasserumschlag ist im Talverkehr auf rund 60 000 To., im Bergverkehr um rund 25 000 To. gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Der Rückgang ist im Talverkehr auf geringeren Kohlenumschlag infolge Raummangel zurückzuführen, im Bergverkehr war der Eingang von schwedischen Erzen schwächer, da die Seefrachten infolge Inanspruchnahme des Schiffsraumes für die Kohlenbeförderung gestiegen sind, die Hütten mit dem Abruf der Erze daher zurückhalten, und ihren Bedarf hauptsächlich aus den Lagerbeständen deckten. Die Steigerung des Zuckerumschlages im Talverkehr um rund 6200 To. gegenüber dem Vormonat ist auf Verladungen aus der neuen Rübenenernte zurückzuführen. (Aus dem Bericht der Reichsbahndirektion Oppeln).

Geschäftsaufsichten und Konturfe im 1. Halbjahr 1926

Die für Ende 1925 in Nr. 8 der Oberschlesischen Wirtschaft (S. 421) nachgewiesene Steigerung der Geschäftsaufsichten in Oberschlesien hat sich im 1. Vierteljahr 1926, wie aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht, in geradezu katastrophaler Weise fortgesetzt. Die Zahl der neuen Geschäftsaufsichten ist in diesem Vierteljahr mit insgesamt 124 fast so hoch wie im ganzen Jahre 1925. Demgegenüber brachte das 2. Vierteljahr einen ganz wesentlichen Rückgang auf insgesamt 44, d. h. auf wenig mehr als ein Drittel des 1. Vierteljahres.

*) Nur gültig bei gleichzeitiger Auflieferung von mindestens 700 To. netto als Frachtgut für geschlossene Züge und bei Frachtzahlung für mindestens das Ladegewicht des verwendeten Wagens für den Frachtbrief und Wagen.

**) Nur gültig im Rückvergütungswege für die nach den vorstehenden Bedingungen abfertigten Sendungen bei Auflieferung einer Mindestmenge von je 18 000 Tonnen innerhalb eines Kalendermonats.

Die Zahl der Geschäftsaufsichten betrug im:

	Geschäftsaufsichten						Von d. neuen Ge- schäftsauff. betr.			
	angeordnet	abgelehnt	aufgenommen	beendete			natürliche Personen	Nachlässe	Einzelfirmen	Gesellschaften
				durch Ueber- führg. in den Konkurs	durch Zwangs- vergleich	aus sonstigen Gründen				
1. Halbjahr 1925	42	4	46	4	23	1	17	—	22	7
2. Halbjahr 1925	88	10	98	10	24	11	31	1	53	13
1925 insgesamt:	130	14	144	14	47	12	48	1	75	20
1. Vierteljahr 1926	118	6	124	4	22	3	58	—	55	11
1. Vierteljahr 1926	42	2	44	17	75	2	22	—	17	5
1. Halbjahr 1926	60	8	68	21	97	5	80	—	72	16

Das gleiche Bild zeigen die Konkursziffern für Ober-
schlesien.

Die Zahl der Konkurse betrug im:

	Neue Konkurse			Von d. neuen Konkurs. betrafen						
	eröffnete	man- g.- abgelehnt	Einzel- firmen	natür- liche Personen	Nachlässe	Einzel- firmen	Gesell- schaften	Genossen- schaften	andere Schuldn.	
1. Halbjahr 1925	82	10	92	51	4	28	9	—	—	
2. Halbjahr 1925	130	11	141	63	7	44	27	—	—	
1925 insgesamt:	212	21	233	114	11	72	36	—	—	
1. Vierteljahr 1926	90	18	108	64	3	35	6	—	—	
2. Vierteljahr 1926	72	6	78	49	—	17	10	1	1	
1. Halbjahr 1926	162	24	186	113	3	52	16	1	1	

Auch die Zahl der Konkurse hat in Oberschlesien im ersten Vierteljahr 1926 ihren Höhepunkt erreicht. Allerdings ist der Rückgang im 2. Vierteljahr bei den Konkursen nicht so stark wie bei den Geschäftsaufsichten. Eine Besserung ist jedoch auch hier festzustellen. Das 1. Vierteljahr 1926 muß demnach als das schwärzeste im Ablauf der Krise bezeichnet werden. Die spätere Entwicklung der Geschäftsaufsichts- und Konkursziffer läßt jedoch hoffen, daß damit auch in Oberschlesien der Reinigungsprozeß seinen Höhepunkt überschritten hat.

Starker Rückgang des ostoberschlesischen Steinkohlenexportes im Oktober.

Der Export Polnisch-Oberschlesiens an Steinkohlen ist im Monat Oktober um fast 500 000 To. niedriger als im September. Er beträgt 900 000 To. gegen 1 487 000 To. im Vormonat. Nicht ganz so stark ist die Förderung zurückgegangen, die sich nur um ca. 200 000 To. verringerte und von 2 681 000 To. im September auf 2 478 000 To. im Oktober zurückging. Damit ist die Förderung wieder unter den Rekord der Monate August und September, von denen der letztere bereits die durchschnittliche Monatsziffer von 1913 überstieg, zurückgegangen. Der Inlandsabsatz allerdings ist im Hinblick auf den nahenden Winter gestiegen und zwar auf 1 333 000 To. (gegen 1 193 000 im September). Der Gesamtabsatz ist demnach nur um ca. 450 000 To. zurückgegangen. Angesichts der Fortdauer der großen Streikkonjunktur, der allgemeinen Kohlenknappheit in Europa und des vor der Tür stehenden Winters ist dies ein sehr betrübliches Ergebnis für Polnisch-Oberschlesien. Die Halbenbestände sind im Oktober wieder um ca. 47 Prozent auf 831 000 To. gewachsen. Die Erklärung dieser ungünstigen Entwicklung des Kohlenabsatzes, insbesondere des Exportes, bietet natürlich die Lage der Verhältnisse, die vollständig verlagert hat. Die Wagenstellung im Monat Oktober ein Manko von 106 000 Waggons (förderfähig 4077) = 39,3 Prozent, auf, während das Manko im September 17,3, im August 14,9 betrug.

Der polnische Verkehrsminister Komoski beklagte kürzlich bitter, daß die polnische Eisenbahn, nicht so wie die deutsche die Inflationszeit benutzt habe, um den polnischen Wagenpark entsprechend zu ergänzen. Der Eigenbesitz Polens an Kohlenwaggons betrug am 1. Juli 58 750. Außerdem bestellte das Verkehrsministerium in einheimischen Fabriken 2525 Waggons, von denen bisher nur 360 geliefert wurden. Sodann schloß das Ministerium 5 Verträge mit Privatgesellschaften mehrerer europäischer Staaten, durch die die Lieferung von 4600 Waggons zu einem durchschnittlichen Mietsatz von 1,20 Schweizer Franken täglich sichergestellt wurde. Aber auch diese Gesamtmenge ist zu klein. Gegenwärtig wird mit einer englischen Gesellschaft wegen weiterer Entleihungen verhandelt.

Zu der Vermehrung der Schwierigkeiten trug noch im Oktober besonders der vom 1. bis 8. Oktober währende Hamburger Hafenarbeiterstreik bei, von ihm wurde hauptsächlich die Ausfuhr nach England betroffen, die besonders stark zurückging. Da die gleichen Erscheinungen wie in Polen — allerdings in vermindertem Grade — auch in anderen Ländern Europas, besonders in der Tschechoslowakei und Österreich auftraten, so zog das Ausland vielfach die geliehenen oder zur Disposition gestellten Waggons zum eigenen Gebrauche zurück. Bis Ende September erhielt Polnisch-Oberschlesien täglich 2000 Waggons, für die durch Deutschland gehenden Transporte. Im Oktober aber ging die Zahl auf 400 Waggons täglich zurück. Deutschland brauchte seine Waggons selbst, zum Teil für die Kohle, — die Transporte auf dem Wasserwege wurden durch das Fallen des Rheinspiegels behindert —, zum Teil für den Zuckerrübentransport. Aus denselben Gründen zogen die Tschechoslowakei und Österreich ihre Waggons aus Polen zurück.

In Polen selbst ist infolge der Kartoffel- und Zuckerrübentransporte die Zuteilungsmenge der Waggons für alle Güter für die Direktion Kattowitz im Monat Oktober auf 3800 Waggons täglich (gegen 4500 im Vormonat) zurückgegangen. Eine Besserung in der Waggonzuteilung dürfte erst nach Beendigung der Kartoffel- und Zuckerrübenkampagne erfolgen, aber dann ist der englische Streik jedenfalls beendet und die Konjunktur im Abflauen begriffen.

Das nahende Ende des englischen Streiks machte sich im Oktober in den Kohlenaufträgen aus dem Auslande noch nicht bemerkbar. England selbst allerdings hat für Importkohle im wesentlichen nur noch Abschlüsse für November-Dezember getätigt, während Interesse für weitere Termine nicht vorhanden ist. Polnische Kohle ist auf dem Kohlenmarkt von Newcastle zurzeit nicht zu haben. Das Ausland, das früher von England die Kohle bezog, hat jedoch zum Teil langfristige Verträge mit der polnischen Kohlenindustrie geschlossen. Mit Schweden laufen Kontrakte bis zum 1. Februar 1927 über 200 000 To. Die norwegischen Eisenbahnen hingegen bestellten ihren Bedarf bis zum März in Westfalen. Die Belieferung von Rußland mit monatlich 60 000 To. dürfte für längere Zeit gesichert sein. Frankreich erteilte Aufträge für mehrere Monate. Die volle Wirkung des Ausfalls der englischen Konjunktur wird sich jedenfalls erst im nächsten Frühjahr, etwa von April 1927 ab, geltend machen. Jedoch ist anzunehmen, daß die Wirtschaft automatisch einen Ausgleich findet, der in einem weiteren Sinken des Preisniveaus bis zu diesem Termin bestehen dürfte. Auf diese Weise wird die Exportprämie erhöht und ein gewisser Ausgleich geschaffen. Selbstverständlich wird nach Aufhören des Streikes die Konkurrenz der englischen Gruben mit voller Schärfe und mit Kampfpreisen einsetzen. Bereits jetzt werden von den englischen Gruben, die ja bereits ein Drittel der Arbeiterkraft wieder beschäftigen, Lieferungsverträge über englische Kohle für die ersten 6 Monate 1927 zu einem FOB-Preis von 25 Schilling abgeschlossen, während ober-schlesische Grobkohle cis Hafen Südwales Anfang Oktober 54 bis 55 sh. kostete und Anfang November in Glasgow sogar 85 bis 90 sh. erreichte.

Ganz besonders machten sich die Folgen der Transport-schwierigkeiten für das polnische Inland bemerkbar. In allen größeren Städten und Industriebezirken Polens trat im Laufe des Oktober ein außerordentlicher Kohlenmangel ein, der von Ende des Monats ab durch scharfe Maßnahmen bekämpft wurde. Im Zusammenhang mit der Kohlenknappheit trat ein starkes Steigen der In-

landspreise ein. Der in Polen unausrottbare Kettenhandel trug zu einer bedeutenden Verteuerung der Kohle bei. Als Normalpreis wurde endlich 48 Zloty für Dombrowaer Kohle und 50 Zloty für obereschlesische frei Güterbahnhof Warchau vom Warschauer Regierungskommissariat festgesetzt. Besonders stark waren die Klagen der Lodzger Industrie über ausbleibende Kohlenlieferungen. Die Kohlenvorräte der meisten Fabriken waren vollständig erschöpft, es mußten Reduktionen aus diesem Grunde stattfinden. Der Verband der Textilindustrie in Polen unternahm ernsthafte Schritte beim Verkehrs- und Handelsministerium, um diesem Zustand ein Ende zu machen, desgleichen der Lodzger Wojewode. Die Lodzger Industriellen fordern die Belieferung mit wöchentlich 5 Kohlenzügen. Erst zu Ende Oktober besserte sich die Lage, es langten mehrere tausend Tonnen Kohlen an, der Kettenhandel wurde etwas schwächer und die Preise fielen. Auch aus Krakau wurde Kohlenmangel gemeldet, obgleich die Stadt Krakau Kommunalgruben in Jaworzno in Galizien besitzt. Die Maßnahmen zur Versorgung des Binnenmarktes setzten in der letzten Oktoberwoche ein. Es wurde für 3 Tage der Export über die Nordgrenze und für die anderen 3 Tage der Export über die Südgrenze eingestellt, die Transporte über Deutschland wurden vollständig suspendiert. Ebenso wurde für die ersten fünf Tage des November ein besonderer Transportplan aufgestellt, der vor allem die Versorgung des Inlandes sichert, und den Export nur in ausländischen Waggons stattfinden läßt. Auch die Sonntage sind für die Kohlenverladung freigegeben und zwar ausschließlich für das Inland. Die Berechtigung für derartig einschneidende Maßnahmen erhielt der polnische Verkehrsminister durch eine am 6. November veröffentlichte Verordnung des Staatspräsidenten über die Regulierung der Eisenbahntransporte von Kohle, Koks und Steinkohlenbriketts. Eine weitere Verordnung, die etwas später erschien, beschäftigt sich mit der Reihenfolge der Verladungen auf der Eisenbahn und stellt eine Liste der verschiedenen Frachten auf. Die Kohlentransporte stehen hier an erster Stelle, abgesehen von den Ladungen für Militärzwecke und für den Eigenbedarf der Eisenbahn und Post. Innerhalb der Kohlensendungen stehen wieder an erster Stelle die Eisenbahnkohlen, sodann die Kohlen für die Eisenhütten, dann die für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, für die Regierung, die Magistrate, endlich für die in dauerndem Betrieb befindlichen Industrieanstalten. Erst hinter diesen Sendungen folgen die Exportmengen nach Anweisung des Handelsministers, hierauf die Kohle für alle anderen inländischen Abnehmer, sodann für alle ausländischen Abnehmer, die nicht besonders vom Handelsminister bezeichnet sind. Auf Grund dieser Transportliste setzt das Verkehrsministerium, entsprechend den Anträgen einer interministeriellen Kommission die durchschnittlichen Tagesladungen für je einen Monat für jede dieser Waren fest.

Die außergewöhnlich große Exportkonjunktur, die durch den englischen Streik gegeben wurde, im Verein mit den ungewöhnlichen Transportschwierigkeiten, hat in den mit polnischer Kohle belieferten Gebieten zu eigenartigen Zuständen geführt. Es ist nämlich in ungewöhnlichem Grade ein Kohlenmangel in den belieferten Gebieten eingetreten, der sich nicht ohne weiteres selbst bei voller Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten, erklären läßt. Es müssen hier offenbar auch noch Spekulationen des Kohlenhandels vorliegen, der die von den Kohlenkonzernen erworbenen Mengen aufspeichert in der Erwartung, später noch höhere Preise zu erzielen.

Durch den englischen Streik sind auf dem Weltmarkte monatlich 4,4 Millionen Tonnen Kohle, die aus England exportiert wurden, ausgefallen. 3,8 Millionen T. davon entfielen auf Europa. Diese Menge muß durch die Produktion der anderen europäischen Reviere ersetzt werden. Dazu kommt noch der eigene Bedarf Englands, der von den Kohlenlieferanten an erster Stelle gedeckt wird, weil die Preise äußerst günstig sind und stets steigende Tendenz aufweisen. Selbst in Deutschland haben sich in gewissen Gebieten Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung gezeigt, die allerdings nicht den Umfang angenommen haben, wie in den von Polen belieferten Gebieten.

Kohlenmangel herrscht zunächst in Danzig, und zwar fehlt die Hausbrandkohle und die Druskohle für die Landwirtschaft. Man ist in Danzig der Ansicht, daß der Bedarf

Danzigs von den Lieferanten deshalb vernachlässigt wird, weil das Ausland höhere Preise zahlt. Nun weist aber die polnische Exportstatistik für den September eine Ausfuhr von 41 000 T. Steinkohle und für die erste Hälfte des Oktober von 21 000 T. als nach Danzig exportiert auf. Diese Mengen müßten offenbar für den Verbrauch Danzigs genügen, denn in der ersten Jahreshälfte 1926 betrug der durchschnittliche Kohlenverbrauch Polens nach Danzig monatlich 37 000 T., in der zweiten Hälfte 1925 aber 42 000 T. Der Export nach Danzig hat also gegenwärtig einen vollständig normalen Umfang. Wenn trotzdem Kohlenmangel in Danzig herrscht, so dürfte die Schuld bei den Danziger Händlern liegen, die offenbar unter Nichtachtung des Danziger Eigenbedarfs die aus Polen bezogene Kohle weiter nach Schweden, Dänemark oder England liefern, wo sie erheblich mehr verdienen. Die Folge ist natürlich eine starke Steigerung der Kohlenpreise in Danzig.

Sehr stark wirkte der Waggonmangel auf den Export zurück, der in der ersten Oktoberhälfte für ganz Polen nur 688 000 T. betrug, gegen 1 872 000 im September. Da in der zweiten Oktoberhälfte wahrscheinlich ein noch stärkerer Rückgang eingetreten ist, so dürfte sich der Export des Oktober wohl nur auf etwa $\frac{1}{2}$ der Septemberausfuhr stellen. Gerade die alten Abnehmer Polens klagen über Kohlenmangel, so vor allem Oesterreich, dessen Vorräte bedenklich zur Neige gehen. Am Wiener Nordbahnhof, der am meisten für die Kohlenversorgung Wiens in Betracht kommt, lagen am 24. Oktober nur noch 40 000 T. in Reserve. Daher steht es in Frage, ob das Gas- und Elektrizitätswerk von Wien, die österreichischen Bundesbahnen und die Industrie genügend beliefert werden können, oder ob es zu Drosselungen kommen muß. Um eine vermehrte Zufuhr zu ermöglichen, hat die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen sämtliche verfügbaren österreichischen Waggons unter Aufhub der nicht dringenden notwendigen Reparaturen nach Polnisch-Oberschlesien und nach dem Mährisch-Osttrauer Revier entsandt. Da man in Oesterreich auch annimmt, daß zum Teil der Kohlenmangel von dem Wunsche der polnischen Lieferanten in England höhere Preise zu erzielen, herrührt, so beschloß der niederösterreichische Gewerbeverein die österreichische Regierung zu einer Intervention bei der polnischen Regierung zu veranlassen, um die Belieferung des alten Kunden Oesterreich und zwar mit monatlich 250 000 T. sicherzustellen.

Andere Länder, die über Kohlenmangel klagen, sind Ungarn und Italien. Zum Teil sind hier die von der Tschechoslowakei gemachten Transportschwierigkeiten maßgebend, die sogar zu der Ansicht geführt haben, die Durchfuhr ganz zu sperren. Polnischerseits beklagt man sich, daß die Tschechoslowakei, die mit polnischer Kohle anlangenden Waggons zurückhält und nach der Entladung zu eigenen Zwecken verwendet.

Die Exportziffern weisen auch für England einen großen Rückgang auf. In der ersten Oktoberhälfte gingen nur 178 000 T. nach England, gegen 816 000 im Monat September. Hier waren wieder die Transportschwierigkeiten in Deutschland maßgebend, insbesondere der Hamburger Hafenarbeiterstreik vom 1. bis 8. Oktober.

So scheiterte die vollkommene Ausnutzung der großartigen Konjunktur an der mangelnden Waggonbestellung. Das Interesse für die polnische Kohle ist sehr groß, es zeigt sich in der Anwesenheit zahlreicher ausländischer Großhändler in Polen. U. a. erschien in der letzten Zeit in Polnisch-Oberschlesien der Generalinspektor der Kohlengruben Frankreichs, Leprince Kungin, Mitglied des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten, um den Kohlenexport nach Frankreich intensiver zu gestalten. In Paris fand eine Konferenz der Vertreter des in der Kohlenindustrie Polens engagierten Kapitals statt. Besonders die Transportfrage wurde dabei behandelt und man beschloß an Deutschland mit dem Wunsche einer Frachtermäßigung heranzutreten. Auch ein großer englischer Grubenbesitzer Sir Charles Markham besuchte die polnischen Kohlenbeden. Außer diesen Kohlenpotenzen weist in Rattowitz noch ein Schwarm von kleineren Kohlenhändlern, die mit allen nur denkbaren Mitteln Kohle und vor allem Waggons zu bekommen suchen, wobei diese Elemente vor Befestigungen und ähnlichen Praktiken nicht zurückschrecken. In einem Rattowitzer Kaffeehaus hat sich eine regelrechte Waggonbörse der

ausländischen Kohlenhändler gebildet. Ein Zehn-Tonnen-Wagon kostet 10 Floty, ein Fünfzehn-Tonnen-Wagon 15 Floty. Mit Vorliebe werden die für die Lieferungen an ausländische Regierungen zusammengestellten Waggonen auf diese Weise unter der Hand verschoben.

Die englische Kohlenkonjunktur hat der polnischen Wirtschaft einen ungeheuren Nutzen gebracht. Aber dieser Nutzen hätte weit größer sein können, wenn nicht die Verkehrsschwierigkeiten die Ausnutzung der Konjunktur unmöglich gemacht hätten. Jedenfalls ist die polnische Währung nur auf Grund des Kohlenexportes stabilisiert worden. Die von der ostoberschlesischen Kohlenindustrie an die Bank Polsti abgelieferte Devisenmenge hatte sich bereits im Juli gegenüber dem Mai verdoppelt und war im September auf 140 Prozent gegenüber dem Mai gestiegen. Der Oktober brachte dann wieder einen Rückgang und die polnische Handelsbilanz wird im Zusammenhang mit der Transportbesorganisation auch dadurch noch ungünstig beeinflusst, daß die polnischen Gasanstalten gezwungen sind, ihren Koks aus der Tschechoslowakei zu beziehen. Für den Verkehr über die Häfen Danzja und Gdingen werden demnächst eine Reihe von Erleichterungen wirksam werden. Zunächst ist jetzt die Eisenbahn Stahlhammer-Wilhelmsbrück beendigt. Dadurch kann an der Fracht gespart werden und die kongreßpolnischen Linien, die über Sosnowice führen, werden entlastet. Außerdem wurden 5 Handelsdampfer aus französischer Hand gekauft. Der Preis beträgt 30 000 Rfb. Sterling, in 5 Jahren zahlbar. Jedes dieser speziell für den Kohlenexport bestimmten Schiffe hat Maschinen von 1200 Pferdekraften und 10 Knoten Stunden-Geschwindigkeit. Das Kontingent der polnischen Häfen für Kohle beträgt jetzt monatlich für Oberschlesien 240 000 To.

Dr. M.

Fernbleiben Polens vom internationalen Stahlkartell.

Zwischen der polnischen Eisenindustrie und dem internationalen Rohstahlkartell haben bisher noch keine Verhandlungen über den Anschluß der polnischen Eisenindustrie an das Kartell stattgefunden, und es sind auch für die nächste Zeit derartige Verhandlungen nicht in Aussicht genommen.

Die Krefe in Polen, der Tschechoslowakei und Oesterreich befaßte sich nach Abschluß der internationalen Rohstahlgemeinschaft eine Zeitlang sehr eifrig mit der Haltung, die die Eisenindustrien der östlichen Staaten zu der neuen Gründung einnehmen sollten. Es wurde selbstverständlich besonders die Frage eines eventuellen Anschlusses der tschechoslowakischen, österreichischen, ungarischen und auch der polnischen Eisenindustrie an das Kartell erörtert. Abgesehen von der österreichischen Eisenindustrie hat sich jedoch bisher noch keiner dieser Staaten dem Eisenkartell angeschlossen oder es unterstützt. Bei der österreichischen Eisenindustrie, die im wesentlichen nur aus der Alpinen Montangesellschaft besteht, ist schon durch die Kapitalverhältnisse das Mitgehen mit dem westlichen Kartell bedingt. 56 Prozent der Aktien gehören dem großen Stahltrust des Ruhrgebietes, und die übrigen 44 Prozent einer französischen Gruppe. Demnach ist also die Alpine-Montan ganz von selbst vollständig in den Händen der Mächte des westlichen Eisenkartells. Ganz anders aber steht es in der Tschechoslowakei. Hier ist einerseits französisch-belgisches Kapital in der Eisenindustrie investiert, andererseits aber besitzt die Finanzgruppe Rothschild-Gutmann einen großen Einfluß, die vor allem die Wladowicer Eisenwerke beherrscht, und deren Interessen auch die Firma Albert Hahn in Obergberg unterstützt. Die ersten Verhandlungen des Stahlkartells mit den tschechoslowakischen Eisenwerken haben mit einem Mißerfolg geendet.

Nach den neuesten Meldungen soll die Frage des Beitritts inzwischen geregelt sein und man hält es in Prager Kreisen für wahrscheinlich, daß die tschechoslowakischen Werke, die sich nunmehr miteinander über die Quoten ihrer Produktion verständigt haben, zugleich mit der Alpinen Montangesellschaft demnächst offiziell in das internationale Eisenkartell aufgenommen werden. Nach einer Wiener Meldung sollen die Verhandlungen mit der österreichischen und tschechoslowakischen Hüttenindustrie am 10. Dezember in Paris aufgenommen werden.

Wenn diese Nachrichten zutreffen, dann wäre ein Gegenplan zu Grabe getragen, der in der letzten Zeit

ebenfalls, u. a. auch in der polnischen Wirtschaftspresse, erörtert wurde. Dieser Plan, der einen geradezu sensationellen Anstrich hat, war vielleicht nicht ganz ernst gemeint, sondern sollte nur ein gewisses Druckmittel oder taktisches Manöver gegenüber den westlichen Eisenindustrien darstellen. Dies Projekt dessen Träger vor allem die Finanzgruppe Rothschild-Gutmann ist oder war, ging auf die Gründung eines besonderen osteuropäischen Stahlkartells. Zu diesem sollten auch die Eisenhütten Deutsch-Oberschlesiens gehören, außerdem die Polnisch-Oberschlesiens, Polens, der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Ungarns. Der Inhalt dieses osteuropäischen Kartells sollte die Aufteilung der Absatzmärkte Südosteuropas, d. i. Ungarns, Oesterreichs, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und der Türkei sein.

Von Seiten der polnischen Eisenindustrie ist niemals ernstlich auf diesen Plan eingegangen worden, vielmehr fand man gegenüber den tschechoslowakischen Absichten starkes Mißtrauen. Die Tschechen haben Konventionen über den Absatz ihrer Hüttenprodukte mit Oesterreich, mit Ungarn, mit Jugoslawien und mit Rumänien. Auf all diesen Märkten empfinden die Tschechen seit etwa vier Monaten eine weit schärfere Konkurrenz Polens als früher. Dies beruht auf der Wirksamkeit des polnischen Eisenhütten-indikats. Die polnische Eisenindustrie hat dadurch in den genannten Ländern eine Reihe von ständigen Abnehmern erworben, so daß dem tschechoslowakischen Konkurrenten etwa die Hälfte seines bisherigen Besitzstandes verloren gegangen ist. Polnischerseits nahm man an, daß die Tschechoslowakei bei etwaigen osteuropäischen Verhandlungen diesen Umschwung nicht anerkennen und ihr Kontingent auf Grund der früheren Verhältnisse festsetzen wollte. Aus diesem Grunde zeigte man wenig Interesse für den Rothschild'schen Plan, in dem man sogar gewisse Gefahren für die polnischen Hütten erblickt.

Aber auch dem westeuropäischen Stahlkartell steht Polen vorläufig mit ziemlich geringem Interesse gegenüber. Das Stahlkartell ist ein Produktionsregelungskartell, während die Preise vollständig offen bleiben. Bekanntlich wird für die Teilnehmer die Ueberproduktion mit einer Strafgebühr von 4 Dollar pro Tonne, die Unterproduktion bis zu 10 Prozent der Vierteljahrsquote mit einer Prämie von 2 Dollar pro Tonne bedacht. Es ist wohl verständlich, daß Polen bei seinem gegenwärtig doch noch sehr unregelmäßigen Wirtschaftsverhältnissen keine Lust hat, auf irgendeine Kontingentsbindung seiner Produktion einzugehen. Vor allem besitzt Polen noch kein geregeltes Handels- und Zollverhältnis mit Deutschland, das bis zum Juni 1925 Hauptabnehmer seiner Hüttenprodukte war. Infolge des Zollkrieges hat Polen den größten Teil seines Eisenabzuges in Deutschland verloren und muß natürlich auf eine Regelung dieser Frage bedacht sein. Die polnischen Hütten können erst dann in vorteilhafter Weise einem internationalen Eisenkartell beitreten, wenn ein Handelsvertrag mit Deutschland geschlossen ist. Eine Einschränkung der Produktion kann für Polen jetzt offenbar nicht in Frage kommen. Noch komplizierter würde die Frage des Beitritts und des Kontingentes sein, wenn gleichzeitig die Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien in das Kartell eintreten würden. Die polnische Eisenindustrie stellt drei Forderungen auf, die vor dem Beitritt zum internationalen Kartell geregelt sein müßten:

1. der Handelsvertrag und das Zollverhältnis zu Deutschland;
2. die Bewilligung entsprechender Absatzkontingente für Stahlzeugnisse nach Deutschland;
3. die Festsetzung und Zuerkennung anüßigen der Absatzkontingente für Polen nach der Tschechoslowakei, Oesterreich, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien.

Auf Grund der großen Schwierigkeiten, die diese Bedingungen aufwerfen, ist denn auch in Polen der Beitrittsgedanke ernsthaft noch nicht erwogen worden, und auch seitens des internationalen Eisenkartells bisher noch keine Einladung geschickt worden.

Nach der Gründung des westlichen Eisenkartells am 30. September d. J. ist sehr schnell die Wirkung eingetreten, daß die Preise sich erhöhten. Sie weisen noch immer steigende Tendenz auf. Polnischerseits wird betont, daß — bei einer entsprechenden Anpassung der Hütten an die neue Sachlage — die polnische Eisenindustrie bedeutenden Vorteil

von dieser steigenden Preisbewegung haben könnte. Wenn man dies theoretisch zugeibt, so muß doch bei einer solchen Rechnung beachtet werden, daß die Anpassung eben faktisch bis jetzt noch nicht vollzogen ist und daß zurzeit die polnischen Hütten von dieser Preiserhöhung auf dem Weltmarkte noch so gut wie gar keinen Nutzen haben. Schon vor dem Abschluß der Rohstahlgemeinschaft haben die polnischen Hütten Abschlüsse auf mehrere Monate zu Konkurrenzpreisen getätigt und, wie man hört, fahren sie sogar fort, nach diesem System auch heute noch jede beliebige Menge von Stahl und Eisen zu den bisherigen Preisen auf dem Auslandsmarkte unterzubringen. Einige polnisch-oberschlesische Hütten sollen ihre ganze Exportproduktion bis tief in das nächste Jahr hinein zu ungewöhnlich niedrigen Preisen verkauft haben. Demgegenüber wird der Vorwurf erhoben, daß bei einem derartigen Export im Vergleich zum Weltmarkte für die polnische Eisenindustrie große Verluste, mindestens von 1 Pfd. Sterling pro Tonne — soviel sind ja die Eisenpreise auf dem Weltmarkte gestiegen — eintreten. Es wird auf das Beispiel der französischen und deutschen Hütten hingewiesen, die jetzt alle langfristigen Lieferungsverträge vermeiden.

Zurzeit herrscht für die Hüttenindustrie Polnisch-Oberschlesiens eine Absatzkonjunktur, die man als gut bezeichnen kann. Regierungsbestellungen, vor allem des Eisenbahnministeriums, liegen, wie schon in früheren Berichten erwähnt, in ansehnlicher Höhe vor und geben Beschäftigung für mehrere Monate. Im Inlande ist besonders der Bedarf der weiterverarbeitenden Industrie gesteigert worden, vor allem durch die Kohlenkrise allerlei Neuanschaffungen, technische Verbesserungen usw. vornehmen. Auch der Auslandsexport ist stark belebt. Polen versorgt den Eisenmarkt der Balkenstaaten und Finnland fast allein. Von Lettland liefen erhebliche Bestellungen ein, Finnland braucht bedeutende Mengen von Walzdraht, ebenso im fernen Osten China. Der Export nach den genannten Ländern wird allerdings durch teure Tarife belastet. Ueber das Vordringen der polnischen Eisenindustrie in Südosteuropa wurde schon gesprochen. Die Königs- und Laurahütte hat bekanntlich in Bukarest eine gemischte Gesellschaft unter der Firma „Laura Romana“ zum Eisenverkauf in Rumänien gegründet. Auch die Bismarckhütte liefert große Mengen von Bohrröhren für die Petroleumindustrie Rumäniens. Auch verzinkte Eisenbleche, die etwa nur halb so teuer sind als massives Zinkblech, gehen infolge der Konkurrenzpreise in großen Mengen auf die südosteuropäischen Märkte, besonders nach Jugoslawien. Eisenbleche werden u. a. nach Oesterreich ausgeführt, Konstruktionsmaterial, Träger usw., sowie Stabeisen findet Absatz in Ungarn. Auch Italien ist Abnehmer von Feinblechen zum Flugzeugbau und von Edelstahl für die Automobilindustrie. Abgesehen von den langfristigen Lieferungsverträgen, die im Sommer geschlossen wurden, erzielen die polnischen Hütten jetzt durchschnittlich um 10 Prozent höhere Preise als im August. Der Beschäftigungsstand der Hütten ist zurzeit so gut, daß die Lieferung bestimmter Eisengattungen nur in längeren Fristen möglich ist.

Die Produktion der oberchlesischen Hütten ist bezüglich der Walzerzeugnisse im September um ca. 4700 To. gewachsen, für Gußstahl etwas zurückgegangen (aber immer noch bedeutend höher als der Monatsdurchschnitt des Vorjahres) und für Roheisen ganz unbedeutend gestiegen. In Kongreßpolen ist die Erzeugung von Walzeisen und hier auch von Gußstahl gestiegen, hingegen die von Roheisen zurückgegangen. Die Roheisenproduktion Kongreßpolens steht sehr stark hinter dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres zurück und beträgt jetzt weniger als die Hälfte desselben. In Oberschlesien hingegen ist sie um 6000 To. höher als im Vorjahre. Die kongreßpolnischen Hütten verwenden viel oberchlesisches Roheisen. Die starke Walzeisenproduktion dient vorwiegend dem Bedarf des Inlandes.

Gegenwärtig wird die Bildung eines Syndikates der Draht- und Nagelfabriken vorbereitet, auf diesem Gebiete herrscht ein großes Preischao und eine wilde Konkurrenz. In Galizien wurde ein solches Teilsyndikat bereits gegründet.

Die polnischen Eisenhütten beabsichtigen die Bildung einer Einkaufszentrale für Alteisen. Der Sitz der Organisation soll Warschau oder Kattowitz sein. Auf alle Fälle soll jedoch in Kattowitz eine selbständige Filiale ein-

gerichtet werden. Die Verhandlungen unter Leitung von Direktor Dr. Malcher von Oberbedarf, Gleiwitz, sind in Kattowitz im Gange.

Die Friedenshütte ist bemüht, auf Grund ihrer Beziehungen zu dem Westkonzern (Peter Westen in Wien) eine Reihe von weiterverarbeitenden Metallfirmen in Polen um sich zu konzentrieren. Es handelt sich um die Maschinen- und Waggonfabrik Zieleniewski in Krakau, das Röhrenwerk Ferrum bei Kattowitz und die Metallfabriken von Ossusz und Wolbrom in Kongreßpolen. Die Zusammenarbeit mit dem Westkonzern sichert der Friedenshütte auch Absatz bei den Industriewerken „Medias“ in Rumänien und den Fabriken in Cilli in Jugoslawien, die ebenfalls von dem Westkonzern abhängig sind.

Dr. Meister.

Die Zinkindustrie Polens 1925 und bis August 1926.

Produktionssteigerung im Jahre 1925. — Das Zinkgesetz Harriman und Giesche.

(Fortsetzung aus Nr. 11.)

Für die erste Hälfte des Jahres 1926

Ist auf Grund der monatlichen Durchschnittsziffern, die im Przemyśl Handel Heft 41 angegeben werden, eine Gesamtförderung an Zink- und Bleierz zusammen gerechnet in Ostoberschlesien von 539 184 To. zu errechnen. Für die Zink- und Bleierzgruben in Wojewodschaft Kielce beträgt die Menge 32 874, für Wojewodschaft Krakau nur 228 To., für ganz Polen also mehr als 572 000 To. In den Monaten Juli und August ist die Zink- und Bleierzförderung noch über den Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres hinaus gestiegen. Der Durchschnitt im ersten Halbjahr betrug für Oberschlesien 89 800, im Juli wurden aber 95 700, im August 91 100 To. gefördert. Die Arbeiterzahl auf den Zink- und Bleierzgruben für beide Metalle betrug im August 8182 in Polnisch-Oberschlesien. Neben den Gruben mit Förderung beider Erze gibt es noch eine Anzahl reiner Bleigruben. Diese förderten in der Wojewodschaft Schlesien im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1926 374 To., im Juli 434 To., im August 456 To. Die Arbeiterzahl in diesen Gruben betrug nach den letzten Feststellungen 260.

Die Zahl der in Polen tätigen Zink- und Bleierzgruben ist von der Ziffer 11 (Anfang Mai) im August auf 15 gestiegen. Es sind inzwischen 4 neue Gruben hinzugekommen: in Schlesien „Olga“ und „Ernstfreude“, (beide bei Scharleh, der Hohenlohe A.-G. gehörig), in der Wojewodschaft Kielce die Grube „Bory“, (Kreis Ostus), endlich die Bleigrube (Ołków Łag). (Kreis Opatów). Die letztere ist seit Juli, Olga und Ernstfreude sind seit August tätig. Das Zinkzerg der Grube „Bory“ wird nach Oberschlesien zur Verarbeitung gebracht. Zurzeit ist man noch beschäftigt, die Bleigrube „Mathilde“ bei Chrzanów (Giesche gehörig), die seit längerer Zeit erschlossen ist, trocken zu legen. Zu diesem Zwecke wurden zwei neue Dampfkessel mit einer Heizfläche von je 450 Quadratmeter aufgestellt. Die Pumparbeiten haben bereits begonnen.

Neben den einheimischen Erzen wurden auch 1926 größere Mengen von importierten ausländischen Zink- und Bleierzen verwendet. Was die Zinkerze anbetrifft, so hat sich die Einfuhr seit dem Vorjahre erheblich gesteigert. Der Monatsdurchschnitt der Zinkerzeinfuhr betrug 1925 2888 To. im Werte von 384 000 Goldzloty, im ersten Halbjahr 1926 durchschnittlich 5881 To. im Werte von 766 000 Goldzloty. Im Juli stieg die Menge auf 6033 (Wert 1 118 000 Goldzloty), im August aber im riesigen Sprunge fast auf das Dreifache, nämlich 16 568 To. (Wert 3 027 000 Goldzloty). Bei der Einfuhr von Bleierzen wurde im Juli mengenmäßig noch nicht ganz die Tonnenzahl des Monatsdurchschnittes von 1925 erreicht: 873 To. gegen 878. Der Wert in Goldzloty aber hat sich stark gesteigert, auf 334 000 im Juli 1926 (gegen einen Monatsdurchschnitt von 145 000 Goldzloty im Jahre 1925).

Die Produktion der Zink- und Bleihütten erreichte in der Wojewodschaft Schlesien in der ersten Jahreshälfte 1926 den Betrag von 50 880 To. Rohzink, das würde auf das Jahr umgerechnet 101 760 ergeben, also eine Steigerung gegen 1925 mit 98 151. In der Wojewodschaft

Viele wurden im ersten Halbjahr 3802, in Krakau 5706 To. Rohzink hergestellt, das ergibt auch mehr als im Vorjahre. Die Rohbleierzzeugung, die nur in der Wojewodschaft Schlesien ihre Stätte hat (außer den Zinkgesellschaften, die Staatliche Blei- und Silberhütte in Strzeczka), machte im ersten Halbjahr 12 738 To., d. i. monatlich im Durchschnitt 2423 To., aus, d. i. nicht viel mehr als der Monatsdurchschnitt von 1925 (2285). Im August ging die Produktionsmenge erheblich hinter dieser Summe zurück und betrug nur 1756 To.

Im Juli und August war eine geringe Steigerung der Rohzinkerzeugung um einige 100 To. zu verzeichnen. Die Produktion in Oberschlesien betrug im August 9084 To., die in ganz Polen zusammen 10 507. Die Arbeiterzahl in den Zinkhütten Oberschlesiens betrug im August 9289, d. i. etwas weniger als im Jahre 1925. In der Wojewodschaft Krakau wurden 1174, in Pielke 723, in den ober-schlesischen Bleihütten 628 Arbeiter beschäftigt. Im August wurde in Trzebinia ein Zinkblechwalzwerk eröffnet.

Die Ausfuhr von Zink und Zinkerzenen betrug nach den Angaben des statistischen Amtes im ersten Halbjahr 1926 durchschnittlich im Monat 10 036 To., 1925 durchschnittlich 8221. Der durchschnittliche Wert war 7 539 000 Goldzloty (7 339 000). Die Bleiausfuhr erreichte die Höhe von monatlich 1243 To. im Werte von 889 000 Goldzloty (1925 im Monatsdurchschnitt 912 000 To. im Werte von 805 000 Goldzloty). Im Juli sank die Zinkausfuhr ziemlich erheblich, nämlich auf 7899 To. im Werte von 6 177 000 Goldzloty. Im August aber stieg sie über den Monatsdurchschnitt der ersten Jahreshälfte auf 11 459 To. in Höhe von 9 247 000 Goldzloty.

Die Bleiausfuhr zeigte in den beiden letzten Berichtsmonaten ein gleichmäßiges Ansteigen. Sie betrug im Juli 2139 To. im Werte von 1 575 000 Goldzloty und im August 3046 To. im Werte von 2 380 000 Goldzloty, also fast dreimal so viel als der Monatsdurchschnitt der ersten Jahreshälfte.

Die Erzeugung von 50 gradiger Schwefelsäure betrug im August 16 272 To. (im Juli 14 187 To.). An wasserfreier Schwefelsäure wurden 307 To. (222 To.) produziert. Ueber die Absatzverhältnisse der Schwefelsäure wurde bereits gesprochen. Die Produktion war 1925 um etwa 50 000 To. niedriger als 1924. Der Export dieses Produktes ist verhältnismäßig gering, obgleich Deutschland bis in den Juli d. Js. anstandslos die Einfuhrbewilligungen erteilte. Im Inlande kaufen die chemischen Fabriken, Kunstdüngerfabriken usw. ihren Bedarf in Ostoberschlesien. Der Inlandsbedarf hat sich im Zusammenhang mit der letzten Belebung in der Wirtschaft etwas gesteigert.

Die einzelnen Gesellschaften.

Anfang August begann in der Giesche Sp. Afc. die Arbeit der Amerikaner, die im Auftrage der Harrimangruppe in diese Gesellschaft eingetreten waren. Der Verlauf der Realisierung der amerikanischen Beteiligung ist auf polnischer Seite folgender: Nachdem im April das sogenannte Zinkgesetz angenommen worden war, in dem die Regierung das Recht erhielt, denjenigen Industrieunternehmen, die den Zufluß von Auslandskapital zum Aufbau bzw. Umbau ihrer Hüttenanlagen nachweisen, die Vermögenssteuer zu erlassen. Zweitens sieht das Gesetz die zollfreie Einfuhr der Zinkerze und die zollfreie Ausfuhr des Rohzinkes aus Polen für die Dauer von 25 Jahren vor. Das Gesetz war damals speziell für die Giesche Sp. Afc. gemacht worden, an der sich die Harrimangruppe beteiligen wollte. Dem Wortlaut aber nach kann das Gesetz auch für andere Zinkgesellschaften in Anwendung kommen, welche die Beteiligung von Auslandskapital sich verschaffen. Durch den Staatsreich Pilsudski wurde der unmittelbar nach der Veröffentlichung des Zinkgesetzes beabsichtigte Vertrag zwischen der polnischen Regierung und der Harrimangruppe noch einige Zeit hinausgeschoben, da die neugebildete Regierung Bartel eine genaue Überprüfung der Bestimmungen für nötig hielt. Besonders die Frage des Erlasses der Vermögenssteuer erweckte Bedenken. Da jedoch durch die Beteiligung der Harrimangruppe die Giesche Sp. Afc. die Möglichkeit erhielt, ihre Schulden aus anderen Steuern abzuführen und außerdem eine Anzahlung auf die Einkommensteuer der nächsten Jahre in Höhe von 500 000 Dollar von der Firma W. A. Harriman

and Co. geleistet wurde, so unterschrieb die polnische Regierung am 3. Juli den Vertrag. Bei der Unterzeichnung wurde die Firma W. A. Harriman durch Herrn Irving Koffi vertreten. Der Hauptunterschied von dem zuerst genannten Vertrage liegt in der erwähnten Voranzahlung der Einkommensteuer. Die Firma Harriman garantiert für den Zeitraum von 1926 bis Ende 1931 einen Minimalbetrag der Einkommensteuer in Höhe von 1 500 000 Dollar und zahlt ein Drittel der garantierten Summe voraus. Die Firma übernahm die Verpflichtung, bei der Giesche Sp. Afc. Investitionen und technische Verbesserungen vorzunehmen. Das Minimum der Beiträge, die als Investitions- und Umsatzkapital bei Giesche anzulegen sind, wurde auf 10 Millionen Dollar festgesetzt. Die Bedeutung des Harrimanvertrages für den polnischen Staat und seine Industrie und Finanzen dürfte ziemlich bedeutend sein. Zweifelloso wird dadurch in Amerika eine günstigere Stimmung für wirtschaftliche Investitionen in Polen geschaffen. Zugleich wird der Ausbau der Zinkindustrie den Export vergrößern und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Die Finanzierung der ganzen Transaktion der Uebernahme der Werke der Giesche Sp. Afc. durch die Amerikaner vollzog sich laut Vertrag in der Art, daß eine neue amerikanische Gesellschaft sämtliche Aktien von Giesche als Eigentum übernahm. Die Aktienmehrheit dieser neuen Gesellschaft soll sich auf Grund des Vertrages vom 3. Juli in den Händen amerikanischer Bürger befinden. Eine Abtretung des Eigentumsrechtes dieser Aktien zu Gunsten von Nichtamerikanern kann nur mit Genehmigung der polnischen Regierung erfolgen. Auf der Grundlage der übernommenen Aktien sollen auf dem amerikanischen Markte Obligationen emittiert werden, deren Ausgabekurs mit Verzinsung nominell nicht gewisse Grenzen überschreiten darf, die im Vertrage vorgeschrieben sind. Dies ist die auf dem amerikanischen Kapitalmarkt durch die Investment Trusts häufig angewandte Art der Geldbeschaffung. Dem Abschluß des Vertrages folgte am 10. Juli eine außerordentliche Generalversammlung der Giesche Sp. Afc. in Katowitz, auf der das Aktienkapital auf 100 Millionen Zloty erhöht wurde. Als Termin des Eintritts der Amerikaner in die Gesellschaft wurde der 3. August vorgelesen. Im Monat Juli folgte weiter die Bildung der „Silesian American Corporation“, die im Staate Delaware handelsrechtlich eingetragen wurde. Geschäftsführer wurde der Präsident der zur Harrimangruppe gehörenden „Anaconda Copper Co. Cornelius Kelley“. Diese neue Gesellschaft übernahm formell von der Firma Giesches Erben das gesamte Aktienkapital der Giesche Sp. Afc., sowie außerdem 6 Millionen Dollar Hypothekendarlehen von der deutschen Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. Die Finanzierung erfolgte durch Harriman & Co., die Anaconda Copper Co. und das Bankhaus Lee Higginson and Co. Dem Aufsichtsrat der neuen amerikanischen Gesellschaft gehören an: John Ryan, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Anaconda Copper Co., Harriman von W. A. Harriman and Co., Cornelius Kelley der Präsident der Anaconda und George Walker, Präsident von Harriman, sowie 3 Vertreter der Giesche Interessen. Am 29. Juli wurde in New York von der Firma Harriman die Subskription auf 7½prozentige Goldbonds der Silesian American Corporation in Gesamthöhe von 15 Millionen Dollar zum Emissionskurse von 94½ eröffnet. Aus dem Prospekt ist zu ersehen, daß die genannte Gesellschaft wieder kontrolliert wird durch eine gewisse Holding Gesellschaft, in der die Anaconda Gesellschaft die Mehrheit besitzt. Am 31. Juli fand in Katowitz die ordentliche Generalversammlung der Giesche Sp. Afc. statt, bei der Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft in ihrer neuen Form gewählt wurden. In den Aufsichtsrat gelangten folgende Herren: Cornelius K. Kelley aus New York, Elbert D. Sowerwine aus New York, Alfred Bergmann aus Berlin (Vertreter der Anaconda Copper Mining Co.), W. Aberill Harriman aus New York, Irving Koffi aus Berlin (Vertreter der W. A. Harriman u. Co. Inc.), Wilhelm Freiherr von Kottwitz (Vertreter der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben). Den Vorstand der Gesellschaft bilden folgende Herren: Präses und Generaldirektor George Sage Brooks, Vizepräsident und Generaldirektor Josef Dworzanchyk, Mitglieder Ernest Klepetko, Frederic B. Gaethke, E. Walter Schaner, Dr. L. Lo-

wirtschaft. Von den Mitgliedern des bisherigen Vorstandes schieden aus die beiden deutschen Generaldirektoren Hans Schmidt (früher bei der Hohenlohe A.-G.) und Besser. Die Entfernung dieser Herren war, wie erst jetzt bekannt wird, von der polnischen Regierung zur Vorbedingung des Vertragsabschlusses mit Harriman gemacht worden. Nach dem Eintritt der Amerikaner, vor allem der amerikanischen Techniker und Ingenieure ist man sofort an die weitere Modernisierung der Betriebe gegangen. Es wird einerseits die Erzförderung auf der polnischen Bleischarleygrube modernisiert, andererseits die Verhüttung in den Hütten in Rosdzin-Schoppinitz. Der Bau neuer Defen in Schoppinitz hat bereits begonnen und ist gegenwärtig schon im Gange. Dort ist die Giesche Sp. Akc. übrigens schon seit Oktober 1924 mit einer eingehenden Neuorganisation beschäftigt. Beide Arten der Modernisierung, die der Erzförderung und die der Verhüttung verhelfen den Werken zu einer größeren Produktionsmöglichkeit. In der Nähe von Schoppinitz soll im nächsten Jahre eine vollständig neue Hütte nach amerikanischem Muster aufgebaut werden. Dem Unternehmen nach beabsichtigen die Amerikaner auch noch in den Giesche-Werken die Produktion von Chemikalien, synthetischen Farben und Kunstseide aufzunehmen. Auch die Porzellanfabrikation soll in vergrößertem Maßstabe aufgenommen werden. Zurzeit ist bereits die „Giesche Porcelana“ in Katowitz-Bogutschütz unter Direktor Czuday tätig. Die zweite Zink- und Bleierzgrube der Giesche Sp. Akc. ist die sogenannte Mathilbegrube bei Chrzanow in Galizien, deren Entwässerung erst jetzt in Angriff genommen wurde. Außer den bekannten Hüttenanlagen in Rosdzin-Schoppinitz befindet sich noch eine Bleiwerkstätte, Blei- und Zinkhütte der Giesche Sp. Akc. (ehem. Dr. Lowitsch) in Trzebinia in Galizien.

Noch größer als die bisherige Zinkproduktion der Giesche-Gesellschaft ist die der **Hohenlohe-Werke Sp. Akc. in Hohenlohehütte**, die bisher jährlich rund 20 000 To. betrug, und sich im Geschäftsjahr 1925 um ca. 19 Prozent vergrößerte. Die jährliche Produktion von Zinkblechen in Hohenlohehütte betrug 12 000 To. Seit Beginn des Weltkrieges mit Deutschland ist die Zinkblechzufuhr sehr stark zurückgegangen und daher mußte die Produktion stark eingeschränkt werden. Ferner produzierte die Hohenlohe Sp. Akc. 1800 To. Zinkstaub und 24 000 To. Schwefelsäure. Auch bei der Schwefelsäure ging der Absatz nach Deutschland zurück, jedoch wurden kleinere Mengen nach Rumänien verfrachtet. Der Absatz an Rohzink war im letzten Jahre befriedigend.

Am 14. Mai 1926 verstarb Fürst Cristian Hohenlohe-Dehringen auf Slaventz, der Gründer der Hohenlohe Sp. Akc., der ihr seit 1912 als Vorsitzender des Aufsichtsrates angehörte. An seine Stelle trat Herr Jgnaz Betschek aus Auffig. Jgnaz Betschek hatte bereits im August 1913 durch Vermittlung der Deutschen Bank ein Paket von nominal 15 Millionen Mark Hohenlohe-Aktien für 22 Millionen Goldmark erworben. In der letzten Zeit tauschten mehrfach Meldungen auf, daß auch die Hohenlohe-Werke mit dem amerikanischen Kapital über die Aufnahme einer namhaften Anleihe verhandelten. Diese Meldungen wurden jedoch von der Gesellschaft in aller Form demontiert. Trotzdem aber tauschten sie in der letzten Zeit von Neuem auf, u. a. in der amtlichen Zeitschrift „Przemysł i Handel“. Zurzeit ist nichts darüber in Erfahrung zu bringen, doch haben die Gerüchte über Verhandlungen nichts Unwahrscheinliches. Das Zinfacis sichert den Gesellschaften, welche Auslandsanleihen abschließen, gewisse Vergünstigungen, und es ist leicht denkbar, daß eine andere amerikanische Gruppe dem Beispiel Harrimans folgt, oder daß auch evtl. dieser selbst seine Kontrolle über das ober-schlesische Zink auf die Hohenlohe A.-G., die Hauptzinkproduzentin in Polnisch-Oberschlesien ausdehnt. Das Aktienkapital der Hohenlohe A.-G. beträgt 24 250 000 Zloty, die außerordentliche Reserve 6 300 000 Zloty, der Betrag der beiden Anleihen zusammen über 3 Millionen Zloty, der Posten „Gläubiger“ 11 900 000 Zloty (Stand vom 31. März 1926). An Dividende wurde für das Geschäftsjahr 1925-26 5 Prozent gezahlt.

Die **Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb Lipine und Katowitz** (Slaskie Kopalnie i Cynkownie) Sp. Akc. verfügt über 3 Zinkhütten, 2 Zinkblechwalzwerke und 1 Zinkoxydhütte. Vor einigen Wochen verstarb der Vorsitzende des Aufsichtsrates Prinz Murat in Paris, der

immer viel Interesse für die Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Anlagen in Oberschlesien gezeigt hatte. Insbesondere hatte der Prinz schon vor Ausbruch des englischen Streikes einen namhaften Kohlenexport nach Frankreich für die Gruben der Schlesag vermittelt, ebenso auch Absatz für den Zinkstaub. Die Gesellschaft zahlte für das abgelaufene Geschäftsjahr 9 Prozent Dividende. Das Aktienkapital beträgt 27 Millionen Zloty.

Ein weiterer Zinkproduzent sind die Industrieanstalten des **Grafen Hensel von Donnersmark Bentzen-Carlshof** (Karcuszowiec). Auf polnischer Seite befindet sich die Zinkerzgrube „Segeth“, die aber bedeutend kleiner ist, als die beiden in Deutschland gelegenen „Neuhoffgrube“ und „Wilhelmshütte“. Graf Hensel von Donnersmark besitzt 3 Zinkhütten und 1 Zinkblechwalzwerk. Früher wurde etwa ein Viertel der eigenen Zinkproduktion zu Zinkblech verarbeitet. Auch hier führte der Weltkrieg zur Produktionseinschränkung und Schließung der Antonienhütte. Die Schwefelsäureproduktion wurde eingestellt, die früher durchschnittlich 1500 To. monatlich betragen hatte. Auch die Herstellung von Salzsäure war längere Zeit eingestellt worden, wurde aber jüngst infolge Einlaufens von Aufträgen wieder aufgenommen. Früher besaß die Zinkindustrie des Grafen Hensel von Donnersmark Zinkgruben in Rasil, früher in Oesterreich gelegen, im Frieden von Saint Germain an Italien abgetreten. Infolge des Friedens wurden diese Gruben liquidiert und daher ist die Verwaltung gezwungen, 50 Prozent des Erzes aus fremder Hand zu kaufen, wodurch die Rentabilität des Unternehmens in Frage gestellt ist.

Die Zinkproduktion bei der **Fürst von Donnersmarschen Verwaltung** (Guidottohütte) ist ziemlich geringfügig.

In Kongregopolen wird die Zinkförderung und in bescheidenem Maße auch die Zinkverhüttung durch zwei Gesellschaften durchgeführt: durch die „Franko-Rosyjskie Tow. Górn. Sp. Akc.“ und die „Tow. Akc. Kopaln i Zakładów Hutniczych Sosnowieckich“. Die Hüttenwerke in Trzebinia in Galizien sind ein Ableger der Giesche Sp. Akc.

Das Bielitz-Bialaer Industriegebiet im Zeichen der abflauenden Konjunktur.

Dr. F. S. Die letzten zwei Monate, die eine Verschlechterung in der Finanzlage Polens, einen Rückgang in der Handelsbilanz und eine etwas ungünstigere Entwicklung der polnischen Nationalbank brachten, konnten nicht ohne Rückwirkung auf das Bielitz-Bialaer Industriegebiet bleiben. Der scharfe Rückgang der Kohlenförderung und des Gesamtabzuges in der ober-schlesischen Industrie, der naturgemäß zu Arbeiterentlassungen führen mußte, hat sowohl in der Industrie als auch im Handel Polnisch-Schlesiens ein fühlbares Nachlassen der noch vor kurzem bestandenen Konjunktur eintreten lassen. Durch den anhaltenden Wagonmangel haben sich die Halbenbestände in Oberschlesien vergrößert, die einzelnen Gruben mußten mit Arbeiterentlassungen vorgehen, die Arbeitslosigkeit ist dadurch wieder angewachsen und damit geht auch dem Bielitz-Bialaer Industriegebiet ein wichtiger Kundenkreis verloren.

In der Textilindustrie ist nach der guten Winterperiode eine merkliche Stille eingetreten. Die Fabriken sind mit den Arbeiten für die Sommerperiode voll beschäftigt. Aus dem Auslande liegen zwar Aufträge vor, doch läßt das Inlandsgeschäft sehr viel zu wünschen übrig. Obwohl die großen als auch die kleinen Händler in dieser Branche legen sich mit Rücksicht auf die unsicheren Währungsverhältnisse große Zurückhaltung auf. Der Handel deckt sich nur mit den unbedingt notwendigen Waren ein und sucht überdies die alten Vorräte möglichst abzustößen. Große Hoffnungen setzt die Bielitz-Bialaer Textilindustrie auf das Ergebnis der Verhandlungen, die eine vor kurzem nach Amerika abgereiste Delegation mit amerikanischen Konfektionären wegen Belieferung Amerikas mit Bielitzer Textilzeugnissen führt.

Die Maschinenindustrie ist verhältnismäßig gut beschäftigt, da aus dem Auslande reichliche Aufträge vorliegen. Dagegen laßt die Metallindustrie bereits über Rückgang der Bestellungen seitens Oberschlesiens, der im Zusammenhang mit dem Produktions- und Absatzrückgang im Kohlenbergbau steht. Trotzdem zieht sie noch immer aus der allgemeinen Besserung der Lage Vorteile. Die

Vergrößerung der Diskontkredite hat eine bedeutende Zielverlängerung in den Zahlungsbedingungen dieses Industriezweiges zur Folge gehabt. Wechselproteste und Zahlungseinstellungen in dieser Branche gehören zur Seltenheit. Trotz der Erhöhung der Arbeitslöhne um 11 bis 15 Prozent sind die Preise der Erzeugnisse ungefähr auf dem früheren Niveau geblieben und zeigen eher eine sinkende Tendenz.

Die Holzindustrie hat an der allgemeinen Besserung der Lage in dem vergangenen Monat keinen Anteil genommen. Dies hängt vor allem mit der in dieser Branche erfolgten Erhöhung der Arbeitslöhne zusammen, die durchschnittlich 20 Prozent beträgt; dadurch erhöhten sich die Produktionskosten. Dazu kommt die vollkommen unberechtigte Erhöhung der Tarife für Holz, die mit Rücksicht auf die an und für sich ungünstige Konjunktur in dieser Branche eine Verschlechterung der Verkaufsbedingungen bedeutet. Der Export bewegt sich vor allem nach England, Holland, Belgien und Frankreich, doch stellen sich die Preise in der Mehrzahl der Fälle als Verlustpreise dar. Der englische Streik hat den im Bielitz-Bialaer Gebiete stark entwickelten Holzhandel ungünstig beeinflusst, da der englische Kohlenbergbau als Abnehmer dadurch vollständig ausgefallen ist. Der starke Druck der schwedischen, finnländischen und insbesondere der russischen Konkurrenz wirkt gleichfalls überaus nachteilig. Gleichzeitig haben die Seefrachten eine Verteuerung um ca. 15 Prozent erfahren, hauptsächlich infolge der verstärkten Kohlentransporte; all diese Beeinträchtigungen konnten die zeitweilige Belebung des inländischen Marktes nicht wettmachen. Allerdings haben sich in der letzten Zeit die Exportmöglichkeiten ein wenig gebessert und auch die künftigen Ausfuhraussichten werden etwas günstiger beurteilt. Was die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen betrifft, so hat die im Zusammenhang mit dem englischen Streik anhaltende Konjunktur einen Rückgang der Beschäftigungslosigkeit zur Folge gehabt. Im Oktober ist im Bielitz-Bialaer Revier ein Rückgang der Arbeitslosenzahl um ca. 350 zu verzeichnen.

Die Lage auf dem Geldmarkte weist allerdings eine Wendung zum Bessern auf. Der stärkere Puls des wirtschaftlichen Lebens in den vorangegangenen Monaten im Zeichen der erhöhten Ausfuhrkonjunktur hat einen lebhafteren Geldverkehr zur Folge gehabt. Gegenüber der empfindlichen Geldknappheit in den vergangenen Monaten läßt sich gegenwärtig eine größere Geldflüssigkeit konstatieren. Im Zusammenhang damit steht die Zunahme der Einlagen in den Banken. Schon seit Anfang Mai läßt sich ein auffallendes Anwachsen der Einlagen in den größeren Bankinstituten feststellen. Im Laufe der letzten drei Monate hat diese Entwicklung ihren weiteren Lauf genommen. Die amtliche Herabsetzung der Haben- und Debetzinsen hat auf der einen Seite die Krediterteilung beschleunigt, auf der anderen Seite auch auf dem privaten Geldmarkte, der sich langsam den offiziellen Zinssätzen anpassen muß, eine leichte Entspannung hervorgerufen. Der Zinsfuß der Einlagen auf laufende Rechnung wurde von den größeren kapitalkräftigeren Instituten auf 6 bis 10 Prozent, je nach der Liquidität des betreffenden Institutes, herabgesetzt, bei den Debetkonten wurde der Zinsfuß im Sinne der letzten Regierungsverordnung auf 16 Prozent ermäßigt. Die starke Einlagenbewegung kommt allerdings vornehmlich nur den mit Auslandskapital arbeitenden Instituten zugute. Die Mehrzahl der Einlagen erfolgt in Dollar. Die Floteinlagen erreichen nicht einmal den fünften Teil der Gesamteinlagensumme und haben vorwiegend den Charakter vorübergehender Kreditpositionen in laufender Rechnung. Die Gründe für diesen Vorgang sind vor allem in dem noch immer nicht überwundenen Mißtrauen zur Festigkeit der polnischen Währung zu suchen, da die Anleger, die bisher bei Einlagen in Flote immer schwere Verluste erlitten hatten, sich jetzt durch kurzfristige Floteinlagen den Weg offen lassen wollen, ihre Flotebestände jederzeit in fremde Währung konvertieren zu können. Dazu hat insbesondere die anfangs September im Zusammenhang mit der neuen innerpolitischen Krise entstandene Atmosphäre der Unsicherheit beigetragen. Die allgemeine Vertrauenskrise hat auch, im Bielitz-Bialaer Gebiete zu einer pessimistischen Auffassung in der Beurteilung der Börsenlage geführt, die in einem bedeutenden Rückgang der Aktien und Wertpapiere zum Ausdruck kommt. Die gegen Ende des Monats Okto-

ber eingetretene empfindliche Erhöhung des Dollarkurses und die damals aufgetauchten Flotchwankungen scheinen allerdings wieder behoben zu sein. Diese Atempause in den Währungsschwankungen kommt manchen Bielitz-Bialaer Industriezweigen, die vorwiegend auf den Inlandsabjaß orientiert sind, sehr zugute. Dies trifft in erster Linie für die Zuteindustrie zu, die unter den Kursschwankungen des Flote am meisten zu leiden hatte.

Die rein polnischen Bankinstitute im Bielitz-Bialaer Industriegebiet fristen nur noch ein Scheinleben und viele derselben liquidieren. Einen großen Verlust für die breiten Einlegermassen bedeutet der Zusammenbruch der Schlesischen Industriebank in Bielitz mit Filialen in Teschen und Ratowik, gegen die schließlich der Konkursantrag eingebracht wurde. Ursprünglich eine Filiale der Böhmisches Unionbank in Prag, welche die Bielitz-Bialaer und Teschner Industrie mit großen Geldmitteln alimentierte, hat dieses Institut durch seine Interessengemeinschaft mit der polnischen Industriebank, die selbst auf schwachen Füßen steht, ihre Bedeutung für den Bielitzer Platz allmählich eingebüßt. Die Passiven des Institutes betragen ungefähr 150 000 Dollar, während die Aktiva durch die exorbitant hohen Verwaltungskosten größtenteils aufgezehrt sind. Für die Einleger besteht im besten Falle eine Aussicht, 5 bis 10 Prozent ihrer Quote zu erhalten.

Große Bedeutung wird dem letzten Besuch der Danziger Kaufleute beigemessen, der ungefähr Mitte November erfolgte. Eine Danziger Delegation unter Führung eines Vertreters der Danziger Handelskammer besichtigte die Bielitz-Bialaer Industrie, um sich an Ort und Stelle ein anschauliches Bild von der Leistungsfähigkeit, insbesondere der Textilindustrie zu machen, die schon seit ungefähr vier Jahren sich in Danzig ein wertvolles Absatzgebiet erworben hat. Wenn auch die derzeitige wirtschaftlich prekäre Lage Danzigs keine allzu günstigen Perspektiven für die Zukunft eröffnet, so sind doch diese Bestrebungen einer Zusammenarbeit zwischen Danzig und Bielitz-Biala als ein wichtiges Ereignis zu werten. Durch den Besuch können die bereits bestehenden Beziehungen weiter ausgebaut und gefestigt werden. Fast alle Bielitzer Firmen exportieren nach Danzig Kammgarn und Modewaren. Der Danziger Besuch wird zweifelsohne einen Fortschritt in der wirtschaftlichen Kollaboration dieser zwei Gebiete bringen.

Die Frage der Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer.

Wurde in letzter Zeit nicht nur in deutschen, sondern auch in polnischen Exportkreisen eifrig ventiliert. Polnische Exportkreise treten sogar für eine sofortige Gründung dieser Kammer, d. h. noch vor Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges und vor Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland ein. Diese Kreise weisen darauf hin, daß der Umfang des Warenaustausches zwischen beiden Ländern eine sofortige Gründung dieser Kammer im beiderseitigen Interesse rechtfertige. In dem Zeitabschnitt Januar bis Juli führte Polen Waren im Werte von 171 Millionen Goldzloty nach Deutschland aus, während in der gleichen Zeit Waren im Werte von 89,7 Millionen Goldzloty aus Deutschland eingeführt wurden.

Es läßt sich durchaus nicht verkennen, daß die Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer im beiderseitigen Interesse liegt und sicherlich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten fördern würde, indessen läßt es sich über den Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit einer derartigen Kammer streiten. Der Handelsvertrag wäre die einzige feste Grundlage, auf der die Tätigkeit der deutsch-polnischen Handelskammer fußen könnte. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge wäre die Kammer zur Passivität verurteilt, da sie in erster Linie in Polen die unbedingt erforderliche Unterstützung seitens der dortigen Behörden nicht finden würde.

Im übrigen haben die polnischen amtlichen Kreise bereits abgewinkt und durchblicken lassen, daß das Projekt der Gründung der Kammer erst nach Abschluß des Handelsvertrages aktuell werden könne.

Die Wahl des Sitzes der Kammer in Deutschland dürfte keiner Diskussion unterliegen. Es gilt als selbstverständlich

lich, daß dafür nur diejenige Provinz, deren Handelsbeziehungen zu Polen die regsten und umfangreichsten sind, in Frage kommen kann.

me.

Der polnische Außenhandel im Monat September.

Die polnischen Außenhandelsumsätze und auch der Aktivsaldo standen im Monat September, trotz der weiter anhaltenden günstigen Konjunktur für den Absatz von Kohlen auf dem Weltmarkte, im Zeichen einer sinkenden Tendenz. Der Gesamtumsatz ist im Vergleich zum Monat August um 20 606 000 Goldzloty zurückgegangen, wovon auf den Einfuhrrückgang 6 761 000 Goldzloty und auf die Ausfuhrminderung 13 845 000 Goldzloty entfallen. Die Einfuhr umfaßt einen Gesamtwert von 85 373 000 Goldzloty gegen 92 134 000 Goldzloty im Vormonat und die Ausfuhr einen solchen von 114 712 000 Goldzloty gegen 128 557 000 Goldzloty im Vormonat. Der Außenhandel schließt also im September mit einem Aktivsaldo von 29 339 000 Goldzloty gegen 36 423 000 Goldzloty im Vormonat ab.

Der Ausfuhrückgang ist auf eine Verminderung des Kohlenexportes um 5 752 000 Goldzloty, des weiteren auf einen Rückgang des Exportes von Petroleum und Petroleum-Erzeugnissen um 3 309 000 Goldzloty, des Holzexportes um 1 020 000 Goldzloty, der Rohinfuhr um 1 555 000 Goldzloty, der Gieraufuhr um 1 361 000 Goldzloty, der Bleiaufuhr um 1 000 000 Goldzloty und der Ausfuhr von Textil-erzeugnissen um 1 500 000 Goldzloty zurückzuführen. Auf den Rückgang des Einfuhrwertes hat dagegen die Minderung des Imports von Zinkern um 2 100 000 Goldzloty, der Eisenerze um 400 000 Goldzloty, chemischer anorganischer Präparate um 300 000 Goldzloty, Metalle und Metallerzeugnisse um 900 000 Goldzloty, Verkehrsmittel um 600 000 Goldzloty und Maschinen und Apparate um 1 300 000 Goldzloty eingewirkt.

Charakteristisch ist es, daß der Monat September, der sonst als Hauptgetreideausfuhrmonat galt, nur eine ganz unwesentliche Steigerung des Getreideexportes brachte, die nur auf Kosten der Roggenausfuhr erreicht wurde, während die Ausfuhrziffer für Weizen und Hafer, ferner von Roggenmehl um 50% hinter den ohnehin geringen Ausfuhrziffern des Monats August zurückgeblieben sind. Andererseits ist es bezeichnend für den Ausfall der diesjährigen Getreideernte in Polen und gibt Anlaß zu entsprechenden Folgerungen in Bezug auf die kommende Getreideausfuhr, daß Polen bereits im September, d. h. kurz nach Einbringung der Ernte, Weizen für 355 000 Goldzloty und Gerste im Werte von 521 000 Goldzloty eingeführt hat.

Der Rückgang des Ausfuhrwertes und des Aktivsalbos wird von dem größten Teil der polnischen Tagespresse und von den Wirtschaftsfreien sehr pessimistisch beurteilt. Tatsächlich geht aus den Angaben über die Handelsbilanz für den Monat September deutlich hervor, daß die Aktivität der polnischen Außenhandelsbilanz in diesem Monat nur noch dank der im Vergleich zum Monat Mai d. J. verdreifachten Kohlenausfuhr erzielt werden konnte. Die polnische Tagespresse, darunter die „Polonia“, das Organ Korinthos, gesteht in der Nr. vom 27. Oktober d. J. ein, daß die Besserung der polnischen Wirtschaftslage nur eine vorübergehende gewesen ist. Noch besterhe die durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufene günstige Konjunktur für Kohle und die dadurch hervorgerufene Belebung in der Metall- und Textilindustrie, doch handle es sich hierbei um eine vorübergehende Erscheinung. Noch sei die polnische Handelsbilanz aktiv, doch weist die amtliche Statistik der polnischen Außenhandelsumsätze für den Monat September auf die Gefahr einer ungünstigen Gestaltung der Handelsbilanz hin. Mit einer weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz sei zu rechnen. Zieht man in Betracht, daß von einer nennenswerten Getreideausfuhr infolge des bereits erwähnten schlechten Ernteausfalles in Polen im laufenden Jahre nicht die Rede sein kann, ebenso wie an eine weitere Drosselung der Einfuhr nicht zu denken ist, so gewinnt man tatsächlich die Ueberzeugung, daß die polnische Handelsbilanz sich in den kommenden Monaten ungünstiger gestalten wird und mit einer Wiederkehr der Passivität zu rechnen ist. Man darf bei der Beurteilung der polnischen Ausfuhr die zunehmende Teuerung im Inlande als einen den Export ungünstig beeinflussendes Moment nicht außer acht lassen, denn diese Teuerungszunahme ist der Anlaß zu stetigen Lohnforderungen der Arbeiter, die die Produktionskosten für

polnische Erzeugnisse wesentlich verteuern, so daß die vorübergehende Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie für Fertigerzeugnisse wie die der Metall-, Textil- u. a. Industrien in Frage gestellt wird.

Als die hauptsächlichsten Ein- und Ausfuhrposten sind folgende zu benennen:

Einfuhr:			
Insgesamt	251 836 t	85 373 000	Goldzloty
Lebensmittel		11 946 000	"
Lebende Tiere		22 000	"
Tierische Produkte		7 657 000	"
Holz und Holzmaterialien		295 000	"
Pflanzen und Pflanzenteile		582 000	"
Baustoffe und keramische Erzeugnisse		952 000	"
Erze		2 525 000	"
darunter			
Eisenerze		606 000	"
Bleierze		296 000	"
Zinkerze		906 000	"
Brennstoffe, Asphalt und ähnliche		375 000	"
Gummielastikum		745 000	"
Anorganische, chemische Materialien und Präparate		1 862 000	"
Organische, chemische Materialien und Präparate		5 594 000	"
Farben, Lacke und Farbstoffe		772 000	"
Verschiedene chemische Präparate		602 000	"
Metalle und Metallerzeugnisse		3 759 000	"
darunter			
Schrott		765 000	"
Kohleisen		43 000	"
Eisen und Stahl		113 000	"
Schienen		3 000	"
Eisen- und Stahlblech		240 000	"
Rohre		167 000	"
Maschinen und Apparate		3 915 000	"
Elektrotechnische Apparate, Leitungen und anderes Material		2 096 000	"
Verkehrsmittel		1 070 000	"
Papier und Papierwaren		3 676 000	"
Textilrohstoffe und Erzeugnisse		33 613 000	"
Konfektion		1 237 000	"
Galanteriewaren		184 000	"
Präzisionsapparate und Schulgerät		690 000	"
Ausfuhr			
Insgesamt	2 494 001 t	114 712 000	Goldzloty
Lebensmittel		26 177 000	"
darunter			
Roggen		4 620 000	"
Weizen		766 000	"
Gerste		3 566 000	"
Erbsen		1 372 000	"
Lebende Tiere		4 809 000	"
Tierische Produkte		1 140 000	"
Holz und Holzmaterialien		16 974 000	"
darunter			
Papiererschleifholz		2 750 000	"
Grubenholz und Rundholz		1 474 000	"
Langholz und Klöße		1 418 000	"
Schnittmaterial		8 677 000	"
Eisenbahnschwellen		700 000	"
Telegraphensäulen		159 000	"
Pflanzen und Pflanzenteile		2 070 000	"
Baustoffe und keramische Erzeugnisse		478 000	"
Brennstoffe und ähnliche		39 853 000	"
darunter			
Kohle		32 580 000	"
Anorganische, chemische Materialien und Präparate		1 067 000	"
Organische, chemische Materialien und Präparate		797 000	"
Farben, Farbstoffe und Lacke		379 000	"
Verschiedene chemische Präparate		104 000	"
Metalle und Metallerzeugnisse		12 057 000	"
darunter			
Rohstahl		307 000	"
Eisen und Stahl aller Art		410 000	"
Schienen		5 000	"
Eisen und Stahlblech		999 000	"
Eisenrohre		784 000	"

Zink und Zinkstaub	6 790 000	"
Zinkbleche	751 000	"
Maschinen und Apparate	491 000	"
Papier und Papierwaren	424 000	"
Textilrohstoffe und Textilzeugnisse	6 915 000	"
Kleidung und Konfektion	307 000	"
Galanteriewaren	98 000	"
Präzisions- und Meßinstrumente	44 000	"

Günstige Perspektiven für den polnischen Holzexport.

Transaktionen in Holz sind in letzter Zeit nur wenige und über unbedeutende Quanten geschlossen worden. Das aus den Schlägen der abgelauteten Kampagne stammende Material ist aufgebraucht, während die neue Kampagne noch nicht aufgenommen worden ist.

Größere Nachfragen liegen seitens des Auslandes vor. In Deutschland, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen herrscht eine starke Nachfrage sowohl nach hartem als auch nach weichem Holz. Die Lage kristallisiert sich allgemein unter dem Zeichen der verstärkten Nachfrage. Von Seiten deutscher Firmen laufen zahlreiche größere Aufträge auf sogenannte Rundholzblöcke ab- und fehlerfrei ein. Weder die Tschechoslowakei noch Rußland sind in der Lage, dieses Material zu liefern. Die Transaktionen erfolgen in Holz im Stamm bei stark anziehenden Preisen. Während Mitte Oktober Transaktionen noch zu 35 sh per Kubimeter astfreies Rundholz loco deutsche Grenze geschlossen worden sind, zahlen die deutschen Käufer gegenwärtig bereits 45 sh. Seitens der größeren polnischen Holzfirmen wird z. Bt. noch größte Zurückhaltung in Verkäufen geübt.

Von der deutschen Holzhandelswelt wird außerdem Schnitt- und Bauholz stark gefragt und ein Preis von 23 bis 25 sh loco Grenze geboten.

Günstig gestalten sich ebenfalls die Absatzmöglichkeiten für polnisches Schnittmaterial auf dem englischen Markt. Es herrscht im Zusammenhange mit dem Mangel der russischen Holzreichtümer durch englische Unternehmen, starker Mangel an breitem 9—11" Material, von dem in Polen reichliche Vorräte mit günstigen Absatzsichten vorhanden sind. Die Danziger Holzexporteure haben bisher Transaktionen auf Lieferungen aus der neuen Kampagne nicht geschlossen.

Eine Konkurrenz seitens schwedischen, norwegischen und russischen Holzes ist nicht zu erwarten, da in diesen Ländern Hölzer von 5 cm Durchmesser bis einschließlich 10 cm zur Verarbeitung kommen, während die polnischen Hölzer im Durchmesser darüber hinausgehen. Als einziger Konkurrent Polens kommt Finnland in Frage.

Die Arbitrage der Danziger Vermittler dürfte übrigens nach Gründung des polnischen Holzsyndikats bedeutend eingeschränkt werden. Die Gründung des Syndikats wird seitens einer Reihe polnischer Holzindustrieller energisch betrieben und auch seitens der Staatsbanken gefördert. Die für eine Syndizierung in Frage kommenden Firmen produzieren jährlich 10 000 Standard Holz. Es wird der Anfang desselben Quantum von kleineren Besitzern durch das Syndikat nach seiner Gründung vorgesehen.

In der kommenden Kampagne wird sich nicht minder der Inlandskonsum auf der Marktlage auswirken und preisbestimmend sein. Die gegenwärtige Preissteigerung von 120 Prozent bis 160 Prozent ist nicht zuletzt auf die günstigen Perspektiven des Inlandsmarktes zurückzuführen. Die Verdoppelung der Getreidepreise und die weiter steigende Tendenz bietet die beste Gewähr für reichliche Bauinvestitionen der Landwirte selbst. Die Parzellierungstätigkeit erfordert allein 3—4 km Bau- und Nutzholz im kommenden Jahr.

Es ist sogar möglich, daß der verstärkte Export nach dem Auslande trotz der günstigen Konjunktur durch den gesteigerten Inlandsbedarf in Frage gestellt werden wird, besonders werden die schwächeren und kleineren Firmen auf den Export verzichten und vorziehen, ihre Produktion für den Preis von 75—85 Floth auf dem Inlandsmarkt zu verkaufen, umso mehr, da sie dadurch der Schwierigkeiten der Spezialbearbeitung, wie sie für Exportholz vorgesehen ist, überhoben werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Perspektiven der kommenden Holzkampagne sich im Gegensatz zur vorjährigen sowohl im Punkte des Absatzes als auch der Preisbildung günstigere zu werden scheinen.

Die diesjährige polnische Kartoffelernte.

Nach den bisherigen Berechnungen beträgt die diesjährige Kartoffelernte in Polen 246 379 000 Quintals gegenüber einem Ernteertrag von 291 061 378 Quintals im Vorjahre. Man nimmt jedoch allgemein an, daß die vorerwähnten Zahlen über die diesjährigen Ernteergebnisse zu hoch gegriffen sind. Es muß damit gerechnet werden, daß die endgültigen Zahlen ein wesentlich ungünstigeres Bild ergeben werden.

Es ist damit zu rechnen, daß der geringe Ernteertrag zur Deckung des Inlandsbedarfs nicht ausreichen wird.

Besitzwechsel der polnischen Landmaschinenindustrie.

Wie aus Posen berichtet wird, hat die größte polnische Landmaschinenfabrik S. Cegielski in Posen die landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Hohenjalla käuflich erworben. Das Werk in Hohenjalla stand vor dem Zusammenbruch. Durch die käufliche Übernahme des Werkes seitens der Firma Cegielski, Posen, ist es gelungen, einen Vergleich mit den Gläubigern herbeizuführen. Die Gläubiger erhalten im Vergleich 40 bis 60%. Die Abtragung der angebotenen Vergleichssumme hat als Hauptgläubiger die Firma Cegielski in Posen übernommen.

Interessengemeinschaft der Warschauer Lokomotivwerke mit den Ringhofen-Werken in Prag.

Die Warschauer Lokomotivenfabrik hat den Baron Johann von Ringhofen, einen der größten tschechoslowakischen Industriellen, der einen weitgehenden Einfluß auf inländische und ausländische Finanzleute besitzt, einen Sitz in dem Verwaltungsrate angeboten. Man erblickt darin die Ankündigung einer Annäherung zwischen der polnischen und der tschechoslowakischen Schwerindustrie. Die neue Interessengemeinschaft verdient insofern Beachtung, als in letzter Zeit wiederholt Fälle zu verzeichnen waren, welche auf ein Engagement des tschechoslowakischen Kapitals in der polnischen Industrie, besonders in der Schwerindustrie, hindeuten.

Die Wirtschaftsdepression in der Tschechoslowakei.

Die fortschreitende wirtschaftliche Konsolidierung Mitteleuropas hat die Volkswirtschaft der Tschechoslowakei in vieler Hinsicht vor neue Daseinsbedingungen gestellt. Insbesondere war es die Erstarkung des deutschen Konkurrenten, seine Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft, die einen Konjunkturmchwung in dem benachbarten tschechoslowakischen Staate herbeigeführt haben.

Angeachtet dieses Sachverhalts mußte naturgemäß die veränderte Konjunkturlage zuerst bei der Exportindustrie zur Geltung kommen, bei der eine wirtschaftliche Depression, die in manchen Produktionszweigen frienhaften Charakter angenommen hat, seit Ende 1925 beobachtet werden kann. Textil-, Kohlen-, Eisen- und Glasindustrie wurden zunächst betroffen. Da aber die tschechoslowakische Industrie ganz überwiegend Exportcharakter trägt, griff die Wirtschaftsdepression bald auch auf andere Gebiete industrieller Produktion über.

Daß es sich um eine Krise der Ausfuhr, also des Absatzes, handelt, zeigen die Zahlen der Handelsbilanz. Die Abnahme der Ausfuhr während der ersten sieben Monate des Jahres 1925 gegenüber dem Vorjahre beträgt nicht weniger als 1 144 437 147 tschech. Kr. Kohle und Holz sind mit 429 208 622 tschech. Kr., Textilwaren mit 551 510 891 tschech. Kr. beteiligt. Bedeutend ist auch der Rückgang in der Ausfuhr von Glas, Tonwaren, Chemikalien u. a. m.

Die Wirtschaftsdepression hält, trotz anders lautender Beurteilung seitens tschechoslowakischer Regierungskreise, bis zum heutigen Tage in unverminderter Schärfe an und nimmt, wie es den Anschein hat, immer mehr chronischen Charakter an. Erst jetzt machen sich, bei fortschreitender Stabilisierung der mitteleuropäischen Verhältnisse, die Folgen der Herauslösung des Tschechoslowakischen Staates aus dem Rahmen des großen Österreich-Ungarischen Wirtschaftskörpers, der dadurch bedingten Verkleinerung des geopolitisch natürlichen Absatzgebietes für die tschechoslowakische Industrie, insbesondere der Verengung des Binnenmarktes, bemerkbar. Zufallskonjunkturen, aus besonderen politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen Mitteleuropas geboren, treten immer seltener ein, ein neues Kräftegleich-

gewicht, in dem Deutschland eine seiner Bedeutung zukommende Stellung einzunehmen bemüht ist, bahnt sich an. Dieser Sachverhalt aber gibt der tschechoslowakischen Wirtschaftsbepression ein besonders ernstes Gesicht und deutet darauf hin, daß man es hier aller Voraussicht nach mit einer Erscheinung von Dauer zu tun haben dürfte. Jede Industrie trägt eben den Stempel ihrer Vergangenheit mit sich. Auf den Schultern von 13 Millionen Menschen ist eine Produktion in ihrem alten Umfange nicht aufrecht zu erhalten, die auf der Basis von 46 Millionen Menschen entstanden ist, wenn sich das neue Ausland gegen eine wirtschaftliche Expansion mit allen Mitteln einer modernen merkantilistischen Wirtschaftspolitik zu wehren bestrebt ist.

Einige Zahlen seien zur Beleuchtung der Situation angeführt. Gemäß der Statistik über die Unfallversicherung vom Jahre 1913 befinden sich im heutigen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik durchschnittlich 72 Prozent aller früheren österreich-ungarischen Industrien. Von der Baumwollindustrie gingen aus der ehemaligen Monarchie in die Tschechoslowakische Republik ungefähr 80 Prozent, von der Zuckerindustrie 92 Prozent, von der Eisenindustrie 60 Prozent, von der Stahlindustrie 68 Prozent, von der Steinkohlenförderung 87 Prozent über.

Der englische Kohlenstreik hat das Konjunkturbild nicht wesentlich zu verändern vermocht. Erst im August — also verhältnismäßig sehr spät — machte sich in der Steinkohlenindustrie eine gewisse Belebung bemerkbar, die auch auf andere Industriezweige auszustrahlen begann. Der Bürokratismus der Klement, der notwendige Tarifermäßigungen zu lange hinauszögerte, verhinderte ein früheres Ausnützen der Streikkonjunktur. Nunmehr ist die Bewegung der Ernte, die außergewöhnliche Anforderungen an die Transportmittel stellt, ein weiterer Hinderungsgrund. Die Wagonbeistellungen, die zunächst glatt in der geforderten Menge für die Kohlenindustrie erfolgen konnten, stoßen seit einiger Zeit auf Schwierigkeiten. Ein immer stärker eintretender Wagenmangel macht die Ausnützung der guten Kohlenabgabemöglichkeiten zum Teil illusorisch. Inzwischen geht der Kohlenstreik in England seinem Ende entgegen. Wenn auch die industriellen Wirkungen dieses Streiks noch einige Monate spürbar sein werden, dürfte doch die tschechoslowakische Kohlenindustrie binnen kurzem vor den alten Absatzschwierigkeiten stehen.

Das durch die vorstehenden Ausführungen in ganz großen Zügen gewonnene Gesamtkonjunkturbild ist der Rahmen, in den alle in der tschechischen Tagespresse auftauchenden neuen Maßnahmen wirtschafts- und finanzpolitischer Art hineinzustellen sind, wenn man sie in ihrer Bedeutung, Tragweite und Wirkung richtig einschätzen will. Dann erkennt man ohne Schwierigkeit, daß Ziel und Zweck aller Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei Sicherung und Erweiterung des Absatzmarktes für die Industrie — ohne Schädigung der Interessen der Landwirtschaft — sein muß. Dies wird von tschechischen Wirtschaftsführern und Finanzpolitikern auch richtig erkannt. Zwei Wege vornehmlich sollen zu dem genannten Ziel führen: Verminderung der Produktionskosten und vertragliche Einigung mit den Auslandskonkurrenten der Industrie.

Maßnahmen verschiedenster Art sind geeignet, die Erzeugungskosten herabzumindern, und damit die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt zu steigern und den Binnenmarkt zu vergrößern. Rationalisierung der Produktion steht in der tschechischen Tagespresse an erster Stelle. Tote Kosten des Erzeugungsprozesses auszuschalten, Umwege durch organisatorische Umstellung zu vermeiden, alle neuesten technischen Errungenschaften in den Dienst der Produktion zu stellen, — kurzum, auf höhere Erzeugungsökonomie hinzuwirken, ist in der Tat ein hervorragender geeigneter Prozeß, die Produktivität zu steigern, die Produktion zu verbilligen. Doch vermag dieser Prozeß erst nach längerer Zeit zu dem erstrebten Erfolg zu führen und erfordert außerdem eine gute finanzielle Fundierung.

Schneller wirksam werden Maßnahmen sein, die von der Staatswirtschaft ihren Ausgang nehmen, eine Reduzierung und Stabilisierung der öffentlichen Ausgaben, nötigenfalls eine Verringerung in der Struktur der Einnahmen und Ausgaben in einer durch die Gesamtwirtschaftslage gebotenen Weise, bezwecken. Das Programm des neuen Kabinetts, das bei Eröffnung der diesjährigen Herbstsession in der Nationalversammlung zum Vortrag kam, enthält einige solcher Maßnahmen. Unter ihnen steht die von der Wirtschaft mit Recht geforderte Steuerreform mit an erster Stelle. Daß

sie dringlich ist, wird allgemein anerkannt. Beträgt doch, wie der sehr regsame und tüchtige Finanzminister Dr. Engliš ermittelt haben will, die Gesamtbelastung mit Steuern des Staates und der autonomen Körperschaften rund 26 Prozent des nationalen Einkommens der Tschechoslowaken. Eine Reduzierung dieser Belastung unter besonderer Berücksichtigung der Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie hemmenden Abgaben soll, wie Dr. Engliš versichert, leitende Richtlinie der baldmöglichst zu verwirklichenden Steuerreform sein.

Inzwischen ist in der Nationalversammlung das neue Staatsbudget zur Beratung gekommen und hat neben viel Kritik auch viel Anerkennung gefunden. Es ist hier nicht der Ort, eingehend zu ihm Stellung zu nehmen. Die hervorragende Sachkenntnis des Finanzministers Engliš und die immer wieder von ihm zum Ausdruck gebrachte Einsicht in die Bedeutung der Staatswirtschaft für die gesamte volkswirtschaftliche Konjunktur lassen erwarten, daß bei der Festsetzung der Einnahme- und Ausgabenpositionen des Budgets der Notwendigkeit der Entlastung der Privatwirtschaft durch Sparsamkeit in der Staatswirtschaft gebührend Beachtung geschenkt worden ist. Soziale Rücksichten mit den Forderungen der Produktivität des Landes richtig in Einklang zu bringen, dürfte die größte Schwierigkeit sein bei Verwirklichung dieser richtig erkannten Notwendigkeit.

Ein zweiter Weg, der Industrie Absatzgebiete zu sichern bzw. zu erobern, ist vertragliche Einigung mit den ausländischen Konkurrenten, entweder von Staat zu Staat oder direkt zwischen industriellen Verbänden verschiedener Länder. Daß man auch diese Möglichkeit sehr ernsthaft im Auge hat, zeigt das Interesse, das die Tschechoslowakei für den Anschluß an das westeuropäische Eisenkartell bekundet. Schon vor der deutsch-französisch-belgischen Verständigung in der Eisenfrage wurden gerade seitens tschechoslowakischer Wirtschaftskreise Zusammenfassungsbestrebungen innerhalb Mitteleuropas mit viel Geschick gefördert. Es erscheint daher nicht verwunderlich, daß die Tschechen als wirtschaftsorganisatorisch hervorragend begabtes Volk die ersten waren, die die Notwendigkeit des Anschlusses an die westeuropäische Rohstahlgemeinschaft erkannten und ihre Position für die bevorstehenden Anschlußverhandlungen durch Schaffung eines österreichisch-tschechisch-ungarischen Eisenkartells, dem auch Südslawien beizutreten wünscht, gestärkt haben.

Der Abschluß von Handelsverträgen mit den wichtigsten ausländischen Konkurrenten der Tschechoslowakei, der gleichfalls in die Reihe der hier zu beachtenden Maßnahmen gehört, stößt auf sehr große Schwierigkeiten. Besonders schwer dürfte eine Einigung mit Deutschland sein, worüber seit Anfang Oktober dieses Jahres in Berlin Verhandlungen schweben. Beide Seiten sind jedoch bemüht, baldmöglichst zu einem Abschluß zu gelangen. Die handelspolitischen Beziehungen der Tschechoslowakei mit Ungarn bedürfen gleichfalls noch einer vertraglichen Grundlage. In den vertraglichen Beziehungen der tschechoslowakischen Republik zu Österreich sind neuerdings Schwierigkeiten eingetreten, da Wien nach Kündigung des Handelsvertrages eine Einigung auf neuer Grundlage zu erreichen bestrebt ist. Die ungünstige Wirtschaftskonjunktur in der Tschechoslowakei hat ohne Zweifel ihre Position gegenüber ihren Handelsvertragskontrahenten geschwächt und die Schwierigkeiten, die einem Abschluß entgegenstehen, potenziert. Sieht man die Situation mit tschechischen Augen an, so wird man den zuständigen Prager Instanzen den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie zu spät ernsthaft Bemühungen an den Tag gelegt haben, mit den aller nächsten und allerwichtigsten Nachbarn und Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu vertraglicher Regelung ihrer Handelsbeziehungen zu gelangen.

Osteuropa-Institut, Breslau.

Die Lage im Ostrau-Karwiner Montanrevier.

Dr. F. S. Die Besserung der Lage im Kohlenbergbau hat im Monat Oktober angehalten. Sowohl die Kohlenförderung als auch der Absatz haben alle an die Fortdauer des enalischen Streiks geknüpften Hoffnungen noch weit übertroffen. Bei einigen Betrieben im Ostrau-Karwiner Revier betrug die Steigerung der Kohlenförderung bis 80 Prozent. Dagegen weist die Lage der Eisenindustrie trotz Besserung der Lage im Bergbau und trotz des Saisonbeginns in den anderen Industriezweigen

keine Belebung auf. In den meisten Eisenwerken war eher ein weiteres Sinken des ohnehin schon schwachen Beschäftigungsgrades zu konstatieren.

Die Oktober-Produktion des Ostrau-Karwiner Revieres weist gegen die Förderung im Monat September 1926 eine Steigerung um 129 337 Tonnen, d. i. 12,87 Prozent der Förderung vom September 1926 auf und beträgt 1 134 356 Tonnen gegen 1 005 019 Tonnen im September 1926. Die Roßproduktion beläuft sich im Berichtsmonat einschließlich Eisenwerk Trzynitz und Witkowiz auf 154 532 Tonnen gegen 141 757 Tonnen im September 1926, d. i. eine Steigerung um 12 775 Tonnen oder 9,01 Prozent der Septemberproduktion. Die Bricketterzeugung bei der Karolinenzeche und bei der Roßanstalt Dreifaltigkeit beträgt 12 650 Tonnen gegen 11 330 Tonnen im September 1926. Von der Gesamtförderung an Kohle bzw. Roß entfallen auf (in Tonnen): Berg- und Hüttenwerksgesellschaft 387 430 Kohle bzw. 52 754 Tonnen Roß, Witkowitzer Steinkohlengruben 208 400 bzw. 36 913, Ferdinands-Nordbahn-Gruben 135 500 bzw. 27 300, Steinkohlenbergbau Orlau-Laziz 150 700 bzw. 14 510, Larisch-Männische Gruben 149 400 bzw. 9 155, Johann Wilczesche Gruben 53 630 bzw. 6 300, Ostrau-Karwiner Montangesellschaft 28 410, Staatliche Bergdirektion Poruba 14 000 bzw. 7 600, Zwierzinsche Gewerkschaft 7 986. Die Lagerbestände betrugen am Ende des Monats Oktober 1926 58 665 Tonnen Kohle und 208 084 Tonnen Roß gegen 64 655 Tonnen Kohle bzw. 233 526 Tonnen Roß im September 1926. Der Arbeiterstand betrug im Berichtsmonate bei den Grubenbetrieben 33 993, bei den Roßanstalten 4117, d. i. eine Steigerung bei den Grubenbetrieben um 5,91 Prozent, bei den Roßanstalten ein Rückgang um 1,17 Prozent gegen den Monat September 1926. Das Mährisch-Osttrauer Revier hatte also im Oktober eine Zunahme der Förderung gegen den September zu verzeichnen, die nicht nur die Hochtziffer der gegenwärtigen Förderung darstellt, sondern auch der Vorkriegsförderung vollkommen gleichkommt. Mit der Steigerung der Kohlenförderung erwies sich natürlich auch eine fortgesetzte Neuaufnahme von Arbeitern als unumgänglich notwendig. Bei diesen Neuaufnahmen konnte allerdings nur soweit gegangen werden, als dies die Kapazität der einzelnen Grubenbetriebe zuließ. Nur Gruben mit einem ausgedehnten Grubenfelde und großen Aufschüffen konnten sich in kürzester Zeit der plötzlich hereingebrochenen Konjunktur anpassen. Entsprechend dieser Kapazität konnten die einzelnen Gruben des Ostrau-Karwiner Reviers in den letzten beiden Monaten 50—400, in einzelnen Fällen auch bis zu 500 Arbeitern aufnehmen, so daß sich der Arbeiterstand des Reviers, der vor dem Streik auf rund 42 000 herabgesunken war, wieder dem früheren normalen Durchschnitt mit 50 000 vorübergehend näherte. Da aber die Waggonbeistellung für das Ostrau-Karwiner Revier sich in letzter Zeit von Tag zu Tag trostloser gestaltet, weil die Bahnverwaltung auch nicht annähernd eine genügende Anzahl der angeforderten Waggon zur Verfügung stellen konnte, sind die Grubenunternehmungen gezwungen, wieder die Betriebe einzuschränken und drohen sogar mit Arbeiterentlassungen vorzugehen. Ob es zu diesen beabsichtigten Massenentlassungen kommen wird, hängt davon ab, wie sich die Waggonverhältnisse schon in nächster Zeit gestalten werden. Wie weit die Bahnverwaltung mit den Waggonbeistellungen im Rückstande geblieben ist illustriert wohl am besten die Tatsache, daß von den Anfang November in 3 Tagen angeforderten 9000 Waggon bloß 4 200, also kaum 47 Prozent beigelegt wurden. Ueber das Ausmaß der zur Entlassung kommenden Bergleute hüllen sich die Grubenbesitzer noch in Schweigen, doch ist aus Andeutungen zu entnehmen, daß sie jene 8000 Mann betreffen soll, die gegenüber dem Sommer jetzt im Bergbau beschäftigt sind. Diese Maßnahme wird von den Grubenverwaltungen als umso notwendiger bezeichnet, weil eine regelmäßige Belieferung die erste Vorbedingung zur Erhaltung der Auslandslieferungen ist und das Ausland wegen der Unregelmäßigkeiten in der Kohlenzustellung bereits vielfach mit Stornierung vorgegangen ist, wie sich dies besonders in den letzten Tagen vonseiten Polens gezeigt hat. Eine Reduktion der Betriebe müsse — nach der Darstellung der Grubenverwaltungen — schon deshalb erfolgen, weil die Kohlenhalben, die immer den ersten Puffer bei Betriebs- oder Waggonstörungen abgeben müssen, derzeit bereits weit überfüllt sind und an eine weitere Ablagerung umso weniger gedacht werden könne, als für die übermäßigen Roß-

vorräte, die heute noch immer an 18 000 Waggon betragen, ein Absatz nicht zu finden ist. Allerdings trifft die Eisenbahnverwaltung in der letzten Zeit alle möglichen Anordnungen, um dem Waggonmangel wirksam zu begegnen. So wurde beschloffen, alle nicht gedeckten Waggon, auf die sonst Brennholz, Ziegel und Schotter verladen werden, in das Kohlenrevier zu dirigieren, um auf diese Weise für die Kohlentransporte nach und nach einige tausend Waggon frei zu machen. Außerdem sollen Vorkehrungen getroffen werden, daß Waggon, die aus Italien und Oesterreich zurückkehren, sofort in die Reviere geleitet werden. Weiters wurde im Einvernehmen mit österreichischen und polnischen Eisenbahndelegierten beschloffen, die international festgelegte dreijährige Revision der Waggon um ein Jahr zu verlängern, so daß im Einverständnis zwischen der Tschechoslowakei, Oesterreich und Polen Waggon auch ohne Beglaubigung in den Grenzen übernommen werden. Die tägliche Disponierung von 70 Waggon in das Osttrauer Revier zur Anfuhr der bestellten Kohle soll unverändert bleiben.

Was die Preise betrifft, die das Osttrauer Revier für seine Exportlieferungen erzielt, so bewegen sich dieselben auf normaler Höhe und erreichen im Durchschnitt kaum die Höhe der Inlandspreise. Diese Preispolitik bezweckt, die neugewonnenen Absatzgebiete möglichst zu erhalten. Für die nächste Zeit wird jedenfalls die Konjunktur des Reviers auch für den Fall, daß der englische Bergarbeiterstreik in kurzer Zeit liquidiert werden sollte, noch lange Zeit anhalten, weil die vernachlässigten englischen Gruben nicht sofort ihren vollen Betrieb werden aufnehmen können, andererseits aber bekanntlich nicht nur in England, sondern auch in den anderen weniger kohlenreichen Staaten ein großer Kohlenmangel vorhanden ist. Dazu kommt der normale Wintermehrerbrauch, der ja auch ohne den englischen Streik, wie alljährlich, eine kleine Besserung des Absatzmarktes mit sich bringt. Es läßt sich allerdings erwarten, daß das Osttrauer-Karwiner Revier auch nach der Liquidierung des englischen Streikes einige neugewonnene Absatzgebiete behaupten wird; denn die in jenen Gebieten bisher für die englische Kohle beobachtete Voreingenommenheit dürfte jetzt durch die Erfahrung, die mit fremder und auch mit der Osttrauer Kohle gemacht wurde, nunmehr gebrochen sein. Die englische Kohle, die zwar als gute Dualitätskohle angesprochen werden kann, hat gegen die Kohle des Ostrau-Karwiner Reviers den Nachteil, daß sie nur in zwei Sorten, nämlich in Förder- und Grobkohle, zur Verschiffung gelangt, da die Obertageeinrichtungen der englischen Kohlenbetriebe sehr primitiv sind und bei der allgemeinen Nachfrage nach englischer Kohle für die dortigen Grubenbesitzer kein Anlaß bestand, Einrichtungen zur Gewinnung von Sortenkohlen zu investieren. Das Ostrau-Karwiner Revier kann aber in dieser Hinsicht mit den deutschen Revieren voll konkurrieren, so daß der Kohlenkonsument versichert sein kann, die ihm am besten zuzugende Sorte (Kohlenaröße) zu erhalten, was bei großen Abnehmern und Industrien, die ihre Feuerung besonderen Kohlen sorten angepaßt haben, von ausschlaggebender Bedeutung ist. In dieser Hinsicht dürfte besonders das norditalienische Industriegebiet, insoweit es nicht allzu nahe dem Meere liegt, für das Ostrau-Karwiner Revier auch in Zukunft ein fester Abnehmer werden.

In der tschechoslowakischen Eisenindustrie brachte der Berichtsmonat nicht viel Neues. Das Inlandsgeschäft blieb weit hinter den Vorjahren zurück und auch die Verhältnisse im Exportgeschäft sind nicht als besser anzusehen. Infolge Preiserhöhung auf dem internationalen Eisenmarkt und der allgemein festeren Tendenz, welche ein Ergebnis der Gründung des westeuropäischen Eisentartells ist, erhoffte man eine bessere Konjunktur, weil man schließlich damit rechnete, daß nach der guten Konjunktur der deutschen und der polnischen Eisenwerke nun auch nach die tschechischen an die Reihe kommen werden. Die Geschäftsluft der Hauptabnehmer tschechoslowakischer Eisenerzeugnisse — der Balkanstaaten — stößt aber weiterhin auf die dortigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse.

Die Beschäftigung in den einzelnen Werken war auch im Berichtsmonate schwach. Die Witkowitzer Eisenwerke hatten unter einem Rückgang des Auftragsbestandes zu leiden, so daß etwa 150 Arbeiter im Berichtsmonate zur Entlassung kamen. Es war allerdings den Werken gelungen, größere Bestellungen aus Sowjetrußland, England, Deutschland und anderen Ländern zu erhalten, so daß mit einer Besserung der Beschäfti-

gungsfrage gerechnet wird. Die Folgewirkungen des projektierten Eisentartells haben sich bei den Wittowitzer Werken bis jetzt noch nicht geltend gemacht. Im Drahtwerke der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Oberberg-Pudlau wurde in allen Abteilungen voll gearbeitet. Der Export aller Erzeugnisse war bedeutend, allerdings noch zu niedrigen Preisen. Der Inlandsabsatz stockte jedoch. In dem derselben Gesellschaft gehörigen Eisenwerke in Karlsbütte wurde gleichfalls voll gearbeitet. Besonders das Feinblechwalzwerk und die Verzinkerei waren mit überseeischen Bestellungen gut versorgt, so daß einige Arbeiter aufgenommen werden konnten. Im Trzynieher Eisenwerke ging die Beschäftigung etwas zurück. Besonders die Walzwerke waren nur sehr schwach beschäftigt. Die Hochöfen erzeugten wie im Vormonate. Die Vorräte an Roheisen haben sich wiederum etwas vergrößert. Im Eisenwerke der Wittowitzer Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Freistadt war die Beschäftigung des Bandwalzwerkes etwas besser als im Vormonate, während die Situation im Blechwalzwerk unverändert blieb. Die übrigen Betriebe der Eisenindustrie wiesen keine nennenswerten Veränderungen auf. Andauernd schlecht war die Lage in der Maschinenfabrikation, die vielfach mit Arbeiterreduzierungen vorgehen mußte.

Ueber die Brennstoffversorgung Rußlands.

Von Professor Dr. von Bubnoff-Breslau.

Wenn auch heute noch die endgültigen Zahlen für die Brennstoffverhältnisse im abgelaufenen Geschäftsjahre 1925/26 nicht vorliegen, so genügen doch die vorhandenen summarischen Angaben, um die gegenwärtige Lage dieser wichtigsten Grundindustrie zu erkennen. Es zeigt sich hierbei, daß die Gewinnung gegen das Vorjahr beträchtlich zugenommen hat, daß aber die geplanten Ergebnisse nur zum Teil erreicht wurden. Die folgenden Zahlen mögen das verdeutlichen:

	Gewinnung 1924/25	Gewinnung 1925/26	gegenüber dem Vorschlag 1925/26
Holz	38,3 Mill. cbm	43,6 Mill. cbm	89%
Torf	3,1 Mill. t	4,5 Mill. t	104%
Steinkohle	16,4 Mill. t	25,6 Mill. t	103%
Erdöl	7,1 Mill. t	8,4 Mill. t	99%

Es ist also auch bei der Steinkohle und dem Torf gelungen, dem Vorschlag gerecht zu werden und zwar durch ungeheure Anspannung aller verfügbaren Kräfte. Bei dem Erdöl gelang es nicht ganz, dem Plan zu genügen, wie es heißt, weil die Produktivität der alten Bohrungen schneller sank, die der neuen langsamer stieg, als man erwartet hatte. Die starke Abnutzung aller Fördergeräte mag hier auch wesentlich ins Gewicht fallen. Gänzlich ungenügend war die Holzbeschaffung, und es scheint überhaupt, daß auf diesem vielleicht wichtigsten Gebiete, eine baldige Besserung kaum zu erwarten ist.

Wenn daher auch die angeführten Zahlen eine beträchtliche Steigerung der Produktion aufweisen, so geht doch die Wiederherstellung der gesamten Industrie langsamer, als man gedacht hat, und Rückschlüsse vor allem infolge der sehr mangelhaften Transportverhältnisse sind durchaus möglich.

Daß das Erreichte durchaus ungenügend ist, ergibt sich besonders deutlich, wenn man die genannten Förderzahlen mit dem Verbrauch und seinem Wachstum vergleicht.

Verbrauch.

	1924/25	1925/26	Ueberschuß gegen den Plan 1925/26
Holz	40,1 Mill. cbm	47,5 Mill. cbm	105,5%
Torf	2,6 " t	3,6 " t	109,1%
Steinkohle	13,9 " t	21,8 " t	101,9%
Erdöl	3,6 " t	4,4 " t	109,2%

Die Steigerung des Verbrauches ist also ganz enorm, und ganz allgemein zeigt sich, daß derselbe wesentlich größer war, als der Vorschlag annahm. Im Durchschnitt wurde dieser um 4,6 Prozent überschritten, beim Erdöl und Holz ist aber der Ueberschuß sogar höher und erscheint bedenklich, wenn man die maximale Intensität berücksichtigt, mit der die Förderung arbeitet. In dem starken Brennstoffhunger des vergangenen Jahres, in der Zunahme der Schwierigkeiten der Belieferung bekam dieses ungünstige Verhältnis einen sehr greifbaren Ausdruck. Noch ernster und klarer wird die zweifelhafte Notlage, wenn man die vorhandenen Vorräte betrachtet:

	Vorrat 1. X. 1925	Vorrat 1. X. 1926	Monatszahl d. Versorgung
Holz	39,2 Mill. cbm	35,5 Mill. cbm	9,0
Torf	3,6 " t	4,5 " t	11,0
Steinkohle	4,5 " t	5,6 " t	2,4
Erdöl	2,6 " t	2,1 " t	6,1

Auch hier zeigt sich wieder, daß bei Erdöl und Holz die Vorräte beträchtlich abgenommen haben. Relativ günstiger liegen die Verhältnisse bei der Steinkohle, doch ist zu berücksichtigen, daß diese Zahl auch nur erreicht worden ist, indem man die nunmehr erlaubte Auslandseinfuhr berücksichtigte. Die Versorgung auf zwei, vier Monate erscheint minimal, wenn man die etwas unregelmäßigen Transportbedingungen berücksichtigt. Bei den anderen Brennstoffen ist die Lage ausgesprochen schwer. Da die Holzvorräte nur auf neun Monate reichen, ist man gezwungen, frisch geschlagenes Holz der gegenwärtigen Periode zu verwenden, was an die ungünstigsten Zeiten erinnert. Noch schlechter steht es bei dem Erdöl, dessen normale Abfuhr bekanntlich an bestimmte Jahreszeiten gebunden ist; da die Versorgung aber nur auf sechs Monate reicht, so wird man dort zu dem teureren und wirtschaftlich durchaus ungerechtfertigten Landtransport greifen müssen.

Diese zum Teil katastrophale Abnahme der Vorräte würde nur durch eine wesentliche Produktionssteigerung im kommenden Jahre vermieden werden können. Die bisher veröffentlichten Vorschläge, welche wiederum mit einer starken Zunahme des Bedarfs rechnen müssen, zeigen dafür keinen rechten Weg. Bedarf und mögliche Produktion auf einen einheitlichen Brennstoff (7000 Kalorien) umgerechnet, ergeben für das kommende Jahr ein Defizit von zwei Millionen Tonnen. Wenn man nun den Ursachen des Ueberschusses und der Ueberschreitung der Pläne nachgeht, so ergibt sich, daß dieselben zum Teil in der Erhöhung des Bahnverkehrs und im rauen Winter 1926 wurzeln. Der wichtigste Posten entfällt aber auf die Industrie. Hier zeigt es sich, daß die meisten Industriezweige ihr Programm kaum erfüllt haben, daß ihr Brennstoffbedarf aber durchweg höher war, als im Plan angenommen wurde. Mit anderen Worten: der Verbrauch aller Industriezweige ist abnorm hoch und noch wesentlich höher, als vor dem Kriege, obwohl auch damals nicht gerade sparsam gewirtschaftet wurde. Zwar ist in den letzten Jahren der relative Brennstoffverbrauch der Industrie (auf die Einheit der Produktion umgerechnet) dauernd gefallen, aber ein einigermaßen befriedigender Zustand ist noch keineswegs erreicht und das alte Uebel der russischen Industrie — zu teure Arbeit durch unrationellen Verbrauch — tritt fraß in Erscheinung.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die Brennstoffbilanz Rußlands auch im kommenden Jahre mit einem Defizit, d. h. mit einer sehr bedenklichen Verkleinerung der Vorräte enden muß. Wenn auch einerseits intensive Sparsamkeit der Industrie dieses Defizit verkleinern kann, so ist doch andererseits zu betonen, daß die Vorschläge sich bisher stets als zu optimistisch erwiesen haben.

Daraus folgt, daß Rußland zunächst noch auf eine Auslandseinfuhr von Brennstoffen angewiesen sein wird und daß diese Einfuhr im kommenden Jahre eine unbedingte Notwendigkeit sein wird. Da hierbei der Ueberschuß des Bedarfs über die Produktionskraft eher steigt, so wird auch die Einfuhr zunächst eine Steigerung erfahren müssen. Es dürfte auch für unsere Kohlenwirtschaft wichtig sein, diese einer Zusammenstellung des gut unterrichteten „Gorny Journal“ entnommenen Angaben zu berücksichtigen.

Der russische Außenhandel im Monat August

schließt trotz des bereits aufgenommenen Getreideexports neuer Ernte mit einem Passivsaldo von 2,6 Millionen Rubel gegenüber einer Passivität von 3,6 Millionen Rubel im Monat Juli ab. Der Gesamtumsatz des Außenhandels der Union der S. S. R. über die europäische Grenze erreichte im Monat August einen Wert von 101,2 Millionen Rubel. Davon entfielen auf den Import 51,9 Millionen Rubel und auf den Export 49,3 Millionen Rubel gegenüber 49,5 Millionen bzw. 45,9 Millionen Rubel im Vormonat. Die Lebensmittelausfuhr umfaßt einen Gesamtwert von 17,4 Millionen Rubel, darunter den Weizenexport mit 5 791 000 Rubel, Gerste mit 2 103 000 Rubel, Delfuchen mit 2 831 000 Rubel, Butter mit 4 670 000 Rubel, Eier mit 560 000 Rubel. Der Export in Rohstoffen und Halbfabrikaten repräsentierte einen Wert von 31 291 000 Rubel oder ist im Vergleich zum Juli um 6 622 000 Rubel gestiegen. Rohholz und Schnit-

material wurden im Werte von 7 209 000 Rubel, Rauchwaren für 8 130 000 Rubel und Borsten für 1 212 000 Rubel ausgeführt.

Unter den eingeführten Waren stehen Textilrohstoffe an erster Stelle im Werte von 20 535 000 Rubel, darunter Baumwolle für 18 395 000 Rubel. Es folgen Metalle und Metallherzeugnisse mit 15 752 000 Rubel, ferner kleinere Posten wie Papier und Papierwaren im Werte von 2 599 000 Rubel, Lebensmittel im Werte von 2 067 000 Rubel, darunter Reis für 1 759 000 Rubel, Heizmaterial, Asphalt und Teerprodukte für 2 100 000 Rubel.

Der Hauptanteil am russischen Außenhandelsumsatz in den abgelaufenen 10 Monaten des Wirtschaftsjahres 1925/26 entfällt auf England mit 259,1 Millionen Rubel, davon umfaßt der Export nach England einen Wert von 149,6 Millionen Rubel und der Import aus England nach Rußland 190,5 Millionen Rubel. An zweiter Stelle steht Deutschland mit einem Gesamtumsatz von 242,4 Millionen. Es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 109,1 Millionen gegen 187,7 Millionen für die gleiche Zeit des Vorjahres. Auf den Export Rußlands nach Amerika entfallen davon 23,5 Millionen und auf den Import aus Amerika 85,6 Millionen. Die Anteile der übrigen Länder an den russischen Außenhandelsumsätzen sind bedeutend geringer. So umfassen die Umsätze Frankreichs 52,9 Millionen, Dänemarks 61,6 Millionen, Belgiens 19,1 Millionen und der Tschechoslowakei 18 Millionen. Von den Umsätzen über die asiatische Grenze entfällt auf Persien in den ersten neun Monaten eine Summe von 59,3 Millionen, China 22 Millionen, Japan 6,3 Millionen und die Mongolei 4,7 Millionen und Afghanistan 3,7 Millionen Rubel.

Rußlands Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen im Jahre 1925/26.

Der Hauptanteil an der Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen nach Rußland im Jahre 1925/26 entfällt auf die Vereinigten Staaten von Amerika mit 10 440 000 Rubel oder 41,58% des Gesamtimports. Deutschland steht an zweiter Stelle mit 6 453 000 Rubel oder 25,79%. Es folgt die Tschechoslowakei mit 3 140 000 Rubel oder 12,5%, Schweden mit 2 874 000 Rubel oder 11,45%, Österreich mit 1 682 000

Rubel oder 6,7%, Finnland mit 220 000 Rubel oder 0,88%, Dänemark mit 103 000 Rubel oder 0,41%, England mit 83 000 Rubel oder 0,3%, Italien mit 54 000 Rubel oder 0,21%, Polen mit 58 000 Rubel oder 0,23%. Die Beträge verteilen sich auf die einzelnen Maschinen und Geräte wie folgt: Raupenschlepper 7 376 000 Rubel oder 29,38% des Gesamtimports; Pflüge für die Raupenschlepper 1 158 000 Rubel, Pfluggeräte 3 900 000 Rubel, Getreideereinigungsmaschinen 1 566 000 Rubel, Aussaatgeräte 785 000 Rubel, Erntemaschinen 4 Millionen Rubel, Sensen 800 000 Rubel, Dreschmaschinen für Kleidrusch 546 000 Rubel, Maschinen zur Bearbeitung der Ernte 196 000 Rubel, Separatoren 1 560 000 Rubel und verschiedenes landwirtschaftliches totcs Inventar 3 220 000 Rubel.

Raupenschlepper und auch zum Teil Erntemaschinen sind vorwiegend aus den Vereinigten Staaten von Amerika eingeführt worden, während sich die übrigen Maschinen und Geräte auf die einzelnen Länder verteilen.

Rußland stellt nach wie vor ein günstiges Absatzgebiet für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte dar. Wenn es sich auch heute noch durchweg um langfristige Kreditgeschäfte handelt, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß Rußland als vorwiegend landwirtschaftlicher Staat ein umfangreiches Absatzgebiet für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte darstellt und der aufnahme- und ausbaufähige russische Markt daher keinesfalls unterschätzt werden darf. Es empfiehlt sich, die Beziehungen zu dem russischen landwirtschaftlichen Maschinenmarkt aufrecht zu erhalten und die weitgehenden Absatzmöglichkeiten dieses Marktes mehr denn je zu pflegen. Amerika hat Deutschland im Export landwirtschaftlicher Maschinen nach Rußland überflügelt, obgleich es Rußland bisher weder de jure anerkannt, noch einen Handelsvertrag oder sonstige Verträge mit Rußland abgeschlossen hat. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Rußland keinesfalls so günstige Kreditbedingungen einräumen wie Deutschland.

Erfreulicherweise sind auch Generalabkommen russischerseits mit den deutschen Firmen Saab, Krupp, Lang, Wolff und den Deutschen Werken geschlossen worden. Von den Abchlüssen mit anderen Ländern verdienen die Geschäfte mit schwedischen Firmen in Separatoren usw. hervorgehoben zu werden.

Mitteilungen

Ernennung zum Handelsgerichtsrat und Handelsrichter.

Der Herr Justizminister hat durch Erlaß vom 9. d. Mts. — I a 4411 — auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer, Doppeln den Direktor Johannes Robert zum Handelsgerichtsrat und den Kaufmann Eugen Philipp zum Handelsrichter für den Landgerichtsbezirk Beuthen und für die Zeit vom 1. Januar 1927 bis dahin 1930 wiederernannt.

Der Direktor der oberschlesischen Hauptstelle für das Grubenrettungswesen an der Versuchsstrecke Beuthen, Bergdirektor, Bergassessor Woltersdorf, hat sich an der Technischen Hochschule Breslau als Privatdozent für Bergbaukunde, Fachgebiete, Gewinnung, Wetterführung und Grubenrettungswesen, habilitiert. Er hält seine Vorlesungen und Übungen in Form eines geschlossenen Kurses am Anfang

oder Schluß des Semesters auf der Versuchsstrecke in Beuthen ab, womit eine praktische Ausbildung der Studierenden im Umgang mit Rettungsgerät sowie in Schießtechnik und Sprengstoffwesen verbunden ist.

Herr Hielscher jr. von der Fa. Dr. Hielscher & Jentsch, Beuthen O/S., Gymnasialstraße 2/3, Fabrik äther. Öle, konz. Aromastoffe, Essenzen und Farben, Fruchtpresserei, unternimmt Mitte Februar 1927 geschäftlich eine Reise nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Herr Hielscher besitzt gute Beziehungen zum dortigen Großhandel und ist bereit, bei dieser Gelegenheit die Interessenvertretung deutscher Industrie- und Handelskämmer zu übernehmen. Besonders interessiert ist er an dem Vertrieb einer nicht-gefrierenden Flüssigkeit für Benzinmotore. Etwaigen Interessenten wird empfohlen, sich mit dem Vorgenannten direkt ins Benehmen zu setzen.

Steuerwesen

Mehreinnahmen aus den Realsteuern insbesondere der Gewerbesteuer.

In einem Runderlaß vom 27. Oktober 1926 ordnen die beteiligten Minister folgendes an:

Die Veranlagung der Realsteuer, insbesondere der Gewerbesteuer vom Ertrage, hat für zahlreiche Gemeinden erhebliche, über das Etatsoll hinausgehende Mehreinnahmen ergeben. Die Notwendigkeit der Schonung der Wirtschaft gegen jede vermeidbare steuerliche Belastung erfordert es,

daß das unerwartete Mehraufkommen, soweit irgend möglich, zu einer Entlastung der Steuerpflichtigen, verwendet wird. Dies gilt in erster Linie für die Fälle, in denen das Mehraufkommen nicht oder nicht in voller Höhe zur Deckung bereits im Haushaltsplan ungedeckt gebliebener oder im Laufe des Rechnungsjahres neue entstandener Fehlbeträge gebraucht wird. Aber auch soweit solche Fehlbeträge noch zu decken sind, werden die Gemeinden zu prüfen haben, ob das den Anschlag übersteigende Aufkommen aus der Grundvermögens- oder

Gewerbesteuer eine andere Verteilung in der Beanspruchung der Einnahmequellen als im ursprünglichen Steuerverteilungsbeschuß notwendig macht. Bei dieser Prüfung werden mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit die Berufsvertretungen auch dann zu hören sein, wenn ihnen ein formeller Rechtsanspruch hierauf gemäß § 45 der Gewerbesteuerverordnung nicht zusteht. — Im Hinblick auf die vielfach zutage getretenen Härten sollten die Gemeinden ferner, wenn es ihre Finanzlage nur irgend gestattet, von der durch § 50 der Gewerbesteuerverordnung gegebenen Möglichkeit, Steuerbeträge zu stunden, zu ermäßigen oder zu erlassen, möglichst weitgehenden Gebrauch machen. Hierbei werden insbesondere die Betriebe zu berücksichtigen sein, die infolge der Zurechnung der Miet- oder Pacht- und Schuldzinsen zum Gewerbeertrage besonders belastet worden sind, und solche, die im Jahre 1926 erheblich geringere Erträge haben als im Jahre 1925.

Die Aufsichtsbehörden werden ersucht, auch ihrerseits auf die Beachtung vorstehender Hinweise mit Nachdruck hinzuwirken.

Neunte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung (Industriebelastungsgesetz) vom 20. August 1924. Vom 6. Oktober 1926.

Auf Grund des § 71 Abs. 1 des Industriebelastungsgesetzes vom 30. August 1924 wird hiermit verordnet:

§ 1.

Die achte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung vom 27. April 1926 wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 1 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Soweit Grundstücke, auf denen die öffentliche Last ruht, in der Zeit zwischen dem 1. September 1924 und dem 30. April 1926 veräußert worden sind, hat dies der Veräußerer der Bank bis zum 30. November 1926 anzuzeigen und dabei die von der Bank zu bezeichnenden Angaben zu machen; auf Anfordern der Bank ist jeder belastete Unternehmer verpflichtet, bis zum 30. November 1926 anzuzeigen, ob er ein Grundstück, auf dem die öffentliche Last ruht, in der Zeit zwischen dem 1. September 1924 und dem 30. April 1926 veräußert hat.

2. § 5 erhält folgende Fassung:

Als Kalenderjahr, in dem die erste Neuumlegung erfolgt, wird das Kalenderjahr 1927 bestimmt. Für spätere Neuumlegungen wird das Kalenderjahr durch die Reichsregierung bekanntgemacht.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. September 1926 in Kraft.

Wegfall der Verzugszuschläge.

Der Reichsminister der Finanzen hat am 8. November 1926 eine Verordnung über Verzugszuschläge und Verzugszinsen erlassen, die für die Zeit vom 1. Dezember 1926 ab anordnet, daß auf dem Gebiete der Reichssteuern Verzugszuschläge, die zur Zeit halbmonatlich $\frac{1}{4}$ v. H. betragen, nicht mehr erhoben werden. Infolge dieser Anordnung wird vom 1. Dezember 1926 ab die bisher bestehende Ungleichmäßigkeit aufhören, daß für die wichtigsten Steuerarten (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Obligationensteuer) Verzugszuschläge mit einer Schonfrist von einer Woche in Ansatz kamen, während für die übrigen Steuerarten Verzugszinsen ohne Schonfrist berechnet wurden. In Zukunft werden für alle Reichssteuern Verzugszinsen nach dem Jahresfuß von 10 v. H. zur Anwendung gelangen. Eine Schonfrist gibt es nicht mehr. Wer also Verzugszinsen entgehen will, hat, z. B. die nächste fällige Einkommensteuervorauszahlung bis zum 10. Januar 1927 (nicht mehr 17. Januar) zu leisten. Bei gestundeten Steuerbeträgen beläuft sich der Zinsfuß, sofern nicht zinslose Stundung bewilligt ist, nach wie vor auf höchstens 6 v. H. jährlich.

Verordnung über Verzugszuschläge und Verzugszinsen. Vom 8. November 1926.

Auf Grund des Artikels XVIII §§ 1, 2 der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 wird folgendes verordnet:

§ 1.

Die Vorschriften, nach denen bisher bei nicht rechtzeitiger Zahlung von Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Obligationensteuer Verzugszuschläge erhoben wurden (Artikel XVIII § 1 der Zweiten Steuernotverordnung, § 21 der Durchführungsbestimmungen zum Geldbewertungsausgleich bei Schuldverschreibungen — Obligationensteuer), treten mitsamt den Bestimmungen über die Schonfrist außer Kraft.

§ 2.

(1) Wird eine Zahlung, die nach den Steuergeetzen zu leisten ist, nicht rechtzeitig entrichtet, so sind von der Fälligkeit an Verzugszinsen zu zehn vom Hundert jährlich zu zahlen.

(2) Die Steuerzinsverordnung vom 6. März 1924, 8. April 1926, 15. Juli 1926 wird wie folgt geändert:

Im § 1 werden die Worte: „neun vom Hundert jährlich“ ersetzt durch die Worte: „zehn vom Hundert jährlich“.

§ 3.

(1) Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1926 in Kraft.

(2) Für die Zeit vom 1. Dezember 1926 ab findet der Zinsfuß von zehn vom Hundert jährlich auch bei Verzugszinsen von solchen Beträgen Anwendung, die vor dem 1. Dezember 1926 fällig geworden sind.

(3) Ist vor dem 1. Dezember 1926 eine Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszuschlägen entstanden, so werden die Verzugszuschläge nur noch insoweit erhoben, als die halben Monate, auf die die Verzugszuschläge entfallen, vor dem 1. Dezember 1926 abgelaufen sind. Soweit hiernach Verzugszuschläge nicht zur Erhebung gelangen, werden Verzugszinsen erhoben.

Neue Fassung der Steuerzinsordnung.

§ 1.

Für Verzugszinsen, die auf Grund des § 104 der Reichs-abgabenordnung oder auf Grund anderer Vorschriften der Reichsteuergesetze dem Reiche geschuldet werden, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres zehn vom Hundert jährlich.

§ 2.

Soweit bei Zahlungsausschub Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres sechs vom Hundert jährlich.

§ 3.

(1) Die Finanzbehörde, die zur Bewilligung von Stundung zuständig ist, bestimmt, wenn sie nicht zinslose Stundung gewährt, bei Bewilligung der Stundung den Zinsfuß, zu dem der gestundete Betrag zu verzinsen ist.

(2) Der Zinsfuß beträgt bis auf weiteres mindestens fünf vom Hundert und höchstens sechs vom Hundert jährlich. Wie hoch innerhalb dieses Rahmens der Zinsfuß zu bemessen ist, richtet sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den besonderen Umständen des einzelnen Falles.

(3) In der Verfügung, durch die Stundung gegen Verzinsung bewilligt wird, ist, wenn nicht der Zinsfuß auf sechs vom Hundert jährlich bestimmt wird, die Heraushebung des Zinsfußes für die Zukunft vorzubehalten.

§ 4.

Die Zinssätze, die sich aus den Bestimmungen der §§ 1 bis 3 ergeben, treten für die Geltungsdauer dieser Verordnung an die Stelle der Zinssätze, die im § 104 Abs. 1 Satz 1 der Reichsabgabenordnung, im § 4 Abs. 1 der Stundungsordnung vom 29. Januar 1923 und in anderen Vorschriften der Steuergesetze für Verzugszinsen, Aufschubzinsen und Stundungszinsen bestimmt sind.

Reichsbewertungsgesetz. Bewertung der Apothekenrechte.

I. Arten der Apothekenrechte.

Die Heranziehung der Apothekenrechte zur Vermögensteuer hat bei der Veranlagung für 1924 eine viel umstrittene Frage gebildet. Inzwischen ist durch die Entscheidungen des Reichsfinanzhofs (insbesondere die Entscheidung Band 18 S. 120) eine gewisse Klärung eingetreten. Für die Feststellung der Einheitswerte wird man hiernach zu unterscheiden haben:

a) Subjektiv dingliche Apothekenrechte, d. h. dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks zustehende Apothekenrechte. Diese sind gemäß § 96 BGB. als Bestandteile des Grundstücks anzusehen; sie bilden also kein selbständiges Bewertungs- und Steuerobjekt, sondern teilen das steuerliche Schicksal des Grundstücks, zu dem sie gehören, indem sie mit diesem zusammen bewertet und der Vermögenssteuer unterworfen werden.

b) Subjektiv persönliche Apothekenrechte.

Hier ist zu unterscheiden zwischen

1. unveräußerlichen und unvererblichen Rechten. Diese, z. B. in Preußen die nach 1894 verliehenen Konzessionen, haben bei der Feststellung der Einheitswerte außer Betracht zu bleiben;
2. veräußerlichen und vererblichen Apothekenrechten. Diese bilden einen selbständig verwertbaren Teil des Betriebsvermögens und sind demgemäß als besonders zu bewertende Gegenstände des Anlagekapitals zu behandeln. Zweifelhaft kann allerdings sein, welche Apothekenrechte als veräußerlich und vererblich anzusehen sind. Nach der obenerwähnten Entscheidung des Reichsfinanzhofs ist für die Beurteilung dieser Frage nicht darauf abzustellen, ob das Apothekenrecht seiner rechtlichen Natur nach ein rein persönliches Recht bildet; maßgebend ist vielmehr, ob es wirtschaftlich betrachtet als veräußerlich und vererblich anzusehen ist. So sind z. B. in Preußen die vor 1894 verliehenen Apothekenkonzessionen nach dem Gesetz weder veräußerlich noch vererblich. Durch die Verwaltungsübung ist ihnen aber praktisch die Natur der Veräußerlichkeit und Vererblichkeit dadurch beigelegt worden, daß dem Konzessionsinhaber bzw. dessen Erben ein maßgebender Einfluß auf die Wahl des Nachfolgers eingeräumt wurde. Mit Rücksicht darauf hat der Reichsfinanzhof diese Apothekenkonzessionen den veräußerlichen und vererblichen Apothekenrechten zugerechnet. Die Entscheidung des Reichsfinanzhofs bezieht sich zwar auf die Vermögenssteuer 1924, es bestehen aber keine Bedenken dagegen, auch bei der Feststellung der Einheitswerte auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes danach zu verfahren.

II. Bewertung der Apothekenrechte.

a) Die subjektiv dinglichen Apothekenrechte bilden, wie bereits erwähnt, einen Teil des Grundstücks und sind mit diesem zu bewerten. Dabei ist wiederum zu unterscheiden, ob es sich um ein zwangsbewirtschaftetes Grundstück im Sinne des § 20 ABew. VSt. DB. handelt oder nicht. Ein zwangsbewirtschaftetes Grundstück ist, wenn das Apothekenrecht im Wehrbeitragswert bereits enthalten ist, mit dem vorgeschriebenen Hundertsatz des Wehrbeitragswerts zu bewerten, ohne daß es noch einer besonderen Berücksichtigung des Apothekenrechts bedarf; ist jedoch das Apothekenrecht in dem Wehrbeitragswert nicht inbegriffen, so ist der Wehrbeitragswert unter Berücksichtigung des Apothekenrechts gemäß § 22 Abs. 3 ABew. VSt. DB. neu zu ermitteln und das Grundstück einschließlich des Apothekenrechts mit dem vorgeschriebenen Hundertsatz des neu ermittelten Wehrbeitragswerts anzusehen. Handelt es sich um ein nicht zwangsbewirtschaftetes Grundstück, so ist das Grundstück gemäß § 31 ABew. VSt. DB. einschließlich des Apothekenrechts mit dem Ertragswert zu bewerten, wobei der Ertrag zugrunde zu legen ist, den das Grundstück samt dem Apothekenrecht abwirft.

b) Die persönlichen veräußerlichen und vererblichen Apothekenrechte sind gemäß § 31 ABewG. mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Hat der Berechtigte das Recht nach dem 31. Dezember 1923 erworben, so ist gemäß § 12 ABew. VSt. DB. der Anschaffungswert dem gemeinen Wert gleichzustellen, es sei denn, daß der Berechtigte nachweist, daß der gemeine Wert niedriger sei; im letzten Fall ist der tatsächliche gemeine Wert zugrunde zu legen. Ist jedoch der Erwerb des Apothekenrechts vor dem 31. Dezember 1923, sei es in der Inflationszeit, sei es vorher erfolgt, so wird der Anschaffungspreis als Anhaltspunkt vielfach versagen. In diesen Fällen wird daher wiederum der Wehrbeitragswert den Ausgangspunkt bilden müssen. Grundsätzlich wird man davon ausgehen können, daß der gemeine Wert der Apothekenrechte am 1. Januar 1925 den Vorkriegswert noch nicht erreicht hat. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Werte gegenüber dem 31. Dezember 1923, dem Stichtag der

Vermögenssteuerveranlagung 1924, eine zum Teil nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. Daraus ergibt sich, daß für die Ermittlung des gemeinen Wertes keinesfalls Abschläge vom Vorkriegswert in der Höhe in Frage kommen können, in der sie bei der Vermögenssteuerveranlagung 1924 aus Billigkeitsgründen zugelassen wurden. Im allgemeinen kann angenommen werden, daß sich der gemeine Wert, wenn regelmäßige Verhältnisse vorliegen, in Höhe von 60 bis 70 v. H. des Wehrbeitragswerts bewegt. Liegen die Verhältnisse besonders günstig, so wird bis zu 75 v. H. des Wehrbeitragswerts heraufgegangen werden können. Ist dagegen gegenüber der Vorkriegszeit nachweisbar eine besonders starke Wertminderung eingetreten (z. B. weil in der Nähe der Apotheke eine oder mehrere neue Konzessionen bewilligt worden sind oder weil das Hauptabgabengebiet etwa infolge der Stilllegung eines Werkes verloren gegangen ist), so wird man bei der Bewertung des Apothekenrechts bis auf 45 v. H. des Wehrbeitragswerts herabgehen können.

Auf Ersuchen des Reichsfinanzministers ist dafür Sorge zu tragen, daß in den Fällen, in denen entsprechend dem Runderlaß vom 24. August 1926 — III v 3570 — die Feststellung der Einheitswerte und die Veranlagung zur Vermögenssteuer nur vorläufig erfolgt ist, die endgültige Veranlagung nunmehr unter Beachtung der obigen Grundsätze beschleunigt durchgeführt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die vorstehend bezeichneten Hundertsätze lediglich als Anhaltspunkte für die Ermittlung des gemeinen Wertes dienen sollen und daher ihre Anwendung im Gegensatz zu der Vornahme der bei der Vermögenssteuerveranlagung 1924 zugelassenen Abschläge der Nachprüfung im Rechtsmittelverfahren nicht entzogen ist.

Erweiterung der Zuständigkeiten der Landesfinanzämter und Finanzämter für den Erlaß von Besitz- und Verbrauchssteuern.

Der Reichsminister der Finanzen hat am 13. Oktober 1926 nachstehende Anordnung getroffen:

Mit Rücksicht darauf, daß die Anträge auf Erlaß von Steuern sich dauernd mehren und eine Vereinfachung des Verfahrens zur Ersparrung von Arbeitskräften dringend erforderlich ist, will ich den Wünschen der Landesfinanzämter nach Erweiterung der Zuständigkeiten entgegenkommen. Ich lege dabei voraus, daß eine jahrelange Praxis den nachgeordneten Behörden erkennbar gemacht haben wird, nach welchen Gesichtspunkten Erlasanträge zu entscheiden sind. Insbesondere weise ich noch einmal auf die oft von mir betonten Grundsätze, nämlich die Behandlung der Anträge mit wirtschaftlichem Verständnis und das Erfordernis der Gleichmäßigkeit, hin. Bei dem Erlaß von Steuerrückständen aus der Inflations- und Ubergangszeit ist die Anlegung eines besonders wohlwollenden Maßstabes angebracht, da diese Steuern vielfach auf äußeren Umständen beruhen, die der wahren Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen nicht immer entsprachen und nach der Rückkehr zu geordneten Wirtschaftsverhältnissen sich häufig viel härter auswirken, als dies seinerzeit beabsichtigt war; es sind deshalb die Erlasanträge bei diesen Steuern auch besonders zahlreich gewesen. Dadurch, daß die Steuern vom Einkommen und Vermögen nunmehr wieder veranlagt werden, wird der Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerpflichtigen schon innerhalb der Veranlagung unmittelbar Rechnung getragen, so daß mit einem allmählichen Rückgang der Erlasanträge gerechnet werden kann und der § 108 der Abgabenordnung wieder mehr die Ausnahme bilden, also die Bedeutung erlangen wird, die ihm an sich zukommt.

Die Erweiterung der Zuständigkeiten erfolgt zunächst versuchsweise. Keinesfalls darf dieser Versuch dazu führen, daß die Veranlagungsbehörden nach anderen Grundsätzen als den bisher vom Ministerium innegehaltenen Richtlinien verfahren und insbesondere etwa auf diese Weise Schwierigkeiten, die sich bei der Veranlagung bieten, aus dem Wege räumen. Es sind deshalb Entscheidungen, durch die Steuern vom Finanzamt erlassen werden sollen, dem Finanzamtsvorsteher oder seinem ständigen Vertreter zur abschließenden Zeichnung vorzulegen. Weiter mache ich es den Herren Präsidenten der Landesfinanzämter zur besonderen Pflicht, die Tätigkeit der Finanzämter auf diesem Gebiete dauernd zu überwachen und den Finanzämtern, bei denen sich ergibt, daß Entscheidungen über Steuererlasse nicht mit der gebotenen Grundsätzlichkeit und Sachlichkeit erledigt werden, die erweiterte Zuständigkeit wieder zu entziehen. Ich werde schließlich auch durch meine Kommissare

gelegentlich von Geschäftsrevisionen diesen Zweig der Verwaltungsarbeit besonders nachprüfen lassen.

Dies vorausgeschickt, bestimme ich auf Grund von § 108 Abs. 1 Satz 2, § 443 Abs. 1 Satz 2 der Reichsabgabenordnung folgendes:

I. Steuern vom Einkommen und Vermögen außer Erbschaftsteuer.

1. Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer.
 - a) Die Finanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages für die einzelne Steuerart keinen höheren Wert als 200 RM. hat;
 - b) die Präsidenten der Landesfinanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages für die einzelne Steuerart mehr als 200 RM., aber nicht mehr als 1000 RM. wert ist.
2. Brotverorgungsabgabe, Rhein-Ruhr-Abgabe, Arbeitgeberabgabe und Landabgabe.
Es gilt dasgleiche wie zu 1.
3. Aufbringungslasten und Rentenbankzinsen.
Auch hier gilt das gleiche wie zu 1, jedoch mit der Maßgabe, daß der Jahresbetrag maßgebend ist und daß für die Aufbringungslasten nicht Erlaß, sondern nur Stundung in Frage kommt.

II. Erbschaftsteuer

1. Die Finanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages keinen höheren Wert als 100 RM. hat;
2. die Präsidenten der Landesfinanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages mehr als 100 RM., aber nicht mehr als 500 RM. wert ist.

III. Umsatzsteuer.

1. Die Finanzämter sind zuständig, wenn der Wert des Gegenstandes keinen höheren Wert als 100 RM. hat;
2. die Präsidenten der Landesfinanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages mehr als 100 RM., aber nicht mehr als 500 RM. wert ist.

IV. Kapitalverkehrssteuer, Wechselsteuer, Obligationensteuer, Grunderwerbsteuer.

1. Die Finanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages für die einzelne Steuerart keinen höheren Wert als 500 RM. hat;
2. die Präsidenten der Landesfinanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages für die einzelne Steuerart mehr als 500 RM., aber nicht mehr als 2000 RM. wert ist.

Die Sonderdelegation bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von Erbgrundstücken durch aus den abgetretenen Gebieten Verdrängte gemäß Rundverlaß vom 18. Juni 1926 — III Ry 18090 — bleibt unberührt.

V. Geldstrafen, Ordnungsstrafen, Ersatzstrafen, Kosten des Strafverfahrens, auf die durch Strafbefcheid oder im Unterwerfungsverfahren erkannt worden ist, und Erzwingungsstrafen.

Die Präsidenten der Landesfinanzämter sind zuständig, wenn der Gegenstand des Antrages keinen höheren Wert als 1000 RM. hat.

VI. Allgemeines.

Für die Durchführung gelten, soweit sich aus diesem Erlaß nichts anderes ergibt, die Bestimmungen der allgemeinen Verfügung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf die Landesfinanzämter und Finanzämter vom 29. November 1923 und des dazu ergangenen Begleitschreibens vom gleichen Tage III D. 2938 II St. 8635, und zwar nicht nur bei den unter I, sondern auch bei den unter II bis V genannten Steuern, Strafen ufm.

Hervorgehoben sei aus der genannten Verfügung folgendes:

1. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für Steuerzuschläge im Sinne des § 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung, Zinsen und Kosten.
2. Für die Feststellung, wie hoch der Wert des Antrages ist, ist im einzelnen maßgebend:
 - a) wenn sich der Antrag auf Steuern und Steuerzuschläge (im Sinne des § 170 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung) erstreckt, der Wert des Gesamtbetrages, der aus den Steuern und Steuerzuschlägen errechnet wird;
 - b) wenn sich der Antrag auf Steuern (Steuerzuschläge) und Zinsen erstreckt, der Wert der Steuern der Steuerzuschläge;

c) wenn der Erlaß einer Geldstrafe und der Kosten des Strafverfahrens begehrt wird, der Wert der Geldstrafe.

3. Zur Ablehnung von Erlasanträgen sind die Präsidenten der Landesfinanzämter, soweit nicht nach I—IV die Zuständigkeit der Finanzämter begründet ist ohne Rücksicht auf den Wert des Antrages und ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe zuständig.

Die Umsatzsteuerumrechnungsätze auf Reichsmark für den Monat Oktober 1926

werden auf Grund von § 8 Abs. 8 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Mai 1926 (R.G.Bl. I S. 218) in Verbindung mit § 45 der Durchführungsvorschriften zum Umsatzsteuergesetz vom 25. Juni 1926 (R.G.Bl. I S. 323) wie folgt festgesetzt:

Ld. Nr.	Staat	Einheit	Reichsmark
1	Belgien	100 Francs (1.-26. Okt.) 100 Belga (27.-30. Okt.)	11,70 58,51
2	Bulgarien	100 Lewa	3,04
3	Dänemark	100 Kronen	111,71
4	Danzig	100 Gulden	81,50
5	England	1 Pf. Sterling	20,38
6	Finnland	100 finnische Mark	10,57
7	Frankreich	100 Francs	12,35
8	Griechenland	100 Drachmen	5,16
9	Holland	100 Gulden	168,08
10	Italien	100 Lire	17,33
11	Japan	100 Dinar	7,43
12	Norwegen	100 Kronen	98,88
13	Deutsch-Österreich	100 Schilling	59,29
14	Portugal	100 Escudo	21,51
15	Rumänien	100 Lei (Noten)	2,26
16	Schweden	100 Kronen	112,28
17	Schweiz	100 Francs	81,11
18	Spanien	100 Peseta	63,33
19	Tschechoslowakei	100 Kronen	12,44
20	Türkei	1 türkisches Pfund	2,16
21	Ungarn	100 000 Kronen	5,88
22	Argentinien	100 Papierpeso	171,21
23	Brasilien	100 Milreis	58,65
24	Kanada	1 Kan. Dollar	4,20
25	Uruguay	1 Goldpeso	4,20
26	Vereinigte Staaten v. Nordamerika	1 Dollar	4,20
27	Japan	100 Yen	204,43
28	Ägypten	1 ägyptisches Pfund	20,91

Die Umsatzsteuerumrechnungsätze auf Reichsmark für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen Zahlungsmittel.

für den Monat Oktober 1926

Ld. Nr.	Staat	Einheit	Reichsmark
1	Estland	100 estnische Mark	1,12
2	Lettland	100 Lat 100 lettische Rubel	80,78 1,62
3	Litauen	100 Litas	41,64
4	Luxemburg	100 Francs	11,70
5	Polen	100 Zloty	46,50
6	Rußland	1 Tschernwonez	21,65
7	Britisch Ostindien	100 Rupien	151,97
8	Britisch Straits Settlements	100 Dollar	236,94
9	Britisch Hongkong	100 Dollar	202,21
10	China Schanghai	100 Tael (Silber)	254,43
11	Argentinien	100 Goldpeso	389,68
12	Chile	100 Peso	51,71
13	Mexiko	100 Peso	202,70
14	Peru	1 peruanisches Pf.	15,41
15	Uruguay	1 Peso	4,20

Verkehrswesen

Eisenbahn.

Beschlüsse der ständigen Tariffkommission.

Am 10. und 11. November 1926 wurde in Dortmund die 144. Sitzung der ständigen Tariffkommission abgehalten. Es wurden die nachstehend abgedruckten Tarifmaßnahmen zur Durchführung empfohlen. Bindende Kraft erhalten die Beschlüsse erst, wenn von den maßgebenden Stellen kein Widerspruch erhoben wird. Infolgedessen kann ein Zeitpunkt für die Durchführung der Beschlüsse in den Tarifen nicht angegeben werden.

Jedoch sollen die Beschlüsse zu den nachstehenden Punkten 2, 3, 8, 11a, 12d, 13a und b, 14, 22 und 30 als äußerst dringlich beschleunigt durchgeführt werden.

A. Expressgutverkehr.

1. In Anlehnung an die geänderte Gebühr im Abschnitt XII B des Nebengebührentarifs des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, Teil I, Abteilung B wurde beschlossen, die Gebühr in Ziffer 20 des Nebengebührentarifs zum Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil I, gleichfalls von 0,40 Mark auf 0,70 Mark zu erhöhen und der Ziffer 20 folgende Fassung zu geben:

„20. Gebühr für Benachrichtigung des Absenders von Ablieferungshindernissen (Unbestellbarkeitsmeldungen) außer den Post-,*) Fernsprech- und Telegrammgebühren 0,70 RM.“

2. Nach Ausführungsbestimmung 4 zu § 43 E. V. D. darf Expressgut bei Ablieferungshindernissen nicht ohne ausdrückliches Einverständnis des Absenders zurückgeschickt werden. Den mehrfachen Anregungen der Geschäftswelt entsprechend, dem Absender die Möglichkeit zu geben, in der Expressgutfarte vorzuschreiben, daß ihm das Gut bei Eintritt eines Ablieferungshindernisses sofort ohne vorherige Benachrichtigung zurückgeschickt werde, wurde beschlossen, in der Allgemeinen Ausführungsbestimmung 4 zu § 43 E. V. D. an Stelle des zweiten Satzes zu setzen:

„Der Absender kann jedoch in der Expressgutfarte vorschreiben, daß ihm das Gut bei Eintritt eines Ablieferungshindernisses ohne vorherige Benachrichtigung zurückgeschickt werde.“ Dieser Antrag ist wie folgt zu stellen:

„Bei Ablieferungshindernis Rücksendung ohne vorherige Benachrichtigung.“

„Sonst darf das Gut ohne Anweisung des Absenders nicht zurückgeschickt werden.“

3. Der Antrag, Schnittblumen allgemein aus dem Verzeichnis der sperrigen Expressgüter herauszunehmen, wurde dahin entschieden, daß künftighin nur Blumen, Gesträuche und Pflanzen, lebende oder künstliche, in Körben, Kisten oder Kartons oder in dieser Verpackung mit Gestellen aufgeliefert, als sperriges Expressgut angesehen werden sollen. Blumen in Risten oder Pflanzen mit Erdballen werden nicht als sperriges Expressgut angesehen.

4. Der Antrag, die Auslieferung beliebig vieler Stücke auf eine Expressgutfarte zuzulassen, wurde abgelehnt. Es dürfen also nach wie vor nur höchstens 5 Stück mit ein und derselben Expressgutfarte aufgeliefert werden.

B. Güterverkehr.

5. Gilfrachtbrief (Muster der Anlage E zu § 55 (1) E. V. D.). Es wurde beschlossen, der Hauptverwaltung zu empfehlen, beim Reichsverkehrsministerium zu beantragen, auf dem Frachtbrief für Gilgut den roten Streifen auf der Rückseite, oben und unten am Rande, wegzulassen zu lassen.
6. Die im § 43 (1) der Allgemeinen Tarifvorschriften vorgesehene Frachtermäßigung für Saatgetreide und Hülsen-

früchte soll auf den Inlandsverkehr beschränkt bleiben; für die Ausfuhr sollen bei Aufgabe als Wagenladung die Frachtsätze der Klassen D, D10 bzw. D5 berechnet werden. Desgleichen soll die für Saatkartoffeln (Pflanzkartoffeln) bei Aufgabe als Frachstückgut vorgesehene Frachtermäßigung (halbes wirkliches Gewicht nach Klasse II) nur bei Verwendung des Gutes als Saatgut im Deutschen Reich gelten. Die Ziffer (1) und (2) des § 43 der Allgemeinen Tarifvorschriften sollen hiernach wie folgt gefaßt werden:

- (1) Für Getreide, nämlich: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Spelz und für Hülsenfrüchte, nämlich: Bohnen, (Fisolen), Erbsen, auch Beluschten, Linsen, Wicken, sämtlich zur Verwendung als Saatgut im Deutschen Reich bestimmt, wird die Fracht usw. wie bisher.“

- (2) Unter den gleichen Voraussetzungen wird

- a) für Saatkartoffeln (Pflanzkartoffeln), zur Verwendung als Saatgut im Deutschen Reich bestimmt, in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai und vom 20. September bis 20. November die Fracht bei Auflieferung als Frachstückgut für das halbe wirkliche Gewicht der Sendung nach den Sätzen der Klasse II,

- b) für Getreide und Hülsenfrüchte, wie in Ziffer (1) genannt, im Falle der Ausfuhr, die Fracht bei Aufgabe als Wagenladung nach den Sätzen der Klassen D, D10 oder D5 berechnet. Der Eingang der Ziffer (1) des § 16 der Allgemeinen Tarifvorschriften soll wie folgt geändert werden:

„(1) Die in den Allgemeinen Tarifvorschriften und in der Gütereinteilung im Falle der Ausfuhr vorgesehenen Ermäßigungen gelten nur usw. wie bisher.“

Der Antrag, die in § 43 (2) der Allgemeinen Tarifvorschriften für anerkannte Saatkartoffeln gewährte Frachtermäßigung nicht nur auf Stückgutsendungen zu beschränken, sondern auch auf den Wagenladungsverkehr in der Weise auszudehnen, daß die Fracht zu den um 10 v. H. ermäßigten Sätzen der Klasse F berechnet wird, wurde zurückgestellt, da zur Zeit noch der Ausnahmetarif 16a diese Vergünstigung gewährt.

7. Im § 44 der Allgemeinen Tarifvorschriften — Verladen und Ausladen der Güter — wird folgende neue Ziffer (3) aufgenommen:

„(3) Der Empfänger hat Stückgüter, die der Absender nach Vereinbarung mit der Eisenbahn als Stückgut verladen hat (§ 59 (1) E. V. D.), auf Verlangen der Eisenbahn auszuladen.“

Der Antrag auf Fassungsänderung der Ziffer (2) des § 44 wurde abgelehnt.

8. Die Stellen der ermäßigten Stückgutklasse (Ziff. 3) und der Klasse C erhalten folgende geänderte Fassung:

„Bereifungen von Kraftwagen und Anhängerwagen (Stahlbänder mit Vollgummi) alte abgenutzte.“

9. Es wurde beschlossen, die Ziffer 6h) der ermäßigten Güterklasse wie folgt zu fassen:

„h.) marinierte Fische, auch eingelegt in Tunken, auch mit Zusätzen von Gewürzen usw., auch gefärbt, in der Zeit vom 1. April bis 30. September.“

Am Schluß der Tarifstelle „Fische“ der Klasse B soll hinter „marinierte Fische“ ein Komma gesetzt und nachgetragen werden: „auch eingelegt in Tunken, auch mit Zusätzen von Gewürzen usw., auch gefärbt.“

Durch diese neuen Fassungen soll möglichst allen von der deutschen Fischindustrie hergestellten Marinaden, insbesondere auch den in Remouladen-, Mayonaisen-, Bouillion-, Senf-, Tomaten- oder Delfunken eingelegten Fischzubereitungen und den gefärbten Fischwaren, geräucherten Seelachs, in Scheiben oder Schnitzeln, (leicht gefärbt und in Del eingelegt), die bisher nur für bestimmte marinierte Fische (Halbkonserven) vorgesehene Frachtermäßigung gewährt werden.

10. Sperrigkeitsverzeichnis.

In der Ziffer 4 b) soll folgende neue Position aufgenommen werden:

*) Bei Ubersendung der Benachrichtigung durch die Post wird das Postgeld nur insoweit erhoben, als dieses den Betrag der einfachen Inlandsbriefe übersteigt.

„Handwagen mit Kasten aus Korbgeflecht, verpackt oder in Papier oder Verchlägen verpackt, folgende: Kinderwagen, Korblastwagen (Marktwagen) und Stubenwagen.“

Die Ziffer 12 soll wie folgt neu gefaßt werden:

„Damenhüte und Herrenstiefhüte, auch Hutformen hierzu, Mützen sowie Stiefhutformen (steife Hutstumpen) ausgenommen in verchnürten Ballen oder in Risten.“

Anmerkung: Unter den Begriff „Herrenstiefhüte“ fallen auch steife Stroh Hüte.“

Zur Klarstellung des Begriffs: „Stiefhutstumpen“ soll zu dieser Ziffer folgende Erläuterung aufgenommen werden:

„Bei Stiefhutstumpen hat der Kopf und gegebenenfalls auch der Rand steife Form im Gegensatz zu den gestreiften Hutstumpen, die lediglich mit einer Steifmasse getränkt sind, aber noch weiche Form haben. Letztere sind nicht mit dem Sperrigkeitszuschlag zu belegen.“

11. Frachtberechnung bei Privatwagen.

a) Eilgutmäßige Beförderung leerer Privatwagen.

Es wurde beschloffen, für alle leeren Privatgüter- und Privatierwagen, die in den Park einer Eisenbahnverwaltung eingestellt sind, die eilgutmäßige Beförderung zuzulassen. Der Frachtberechnung sollen 2000 kg nach den Stückgutätzen der ermäßigten Eilgutklasse zu Grunde gelegt werden. Die Mindestfracht soll 50 Mark betragen. Für gewöhnliche Leerläufe (Frachtgut) wird bis auf weiteres an dem Betrage von 5 Mark nichts geändert. Die Abänderung dieser Gebühren bleibt späterer Prüfung vorbehalten.

b) Kraftentnahme von der Wagenachse.

Für Privatwagen, die mit einer besonderen Einrichtung für die Kraftentnahme von der Wagenachse während der Fahrt versehen sind, soll folgende Bestimmung in den § 53 der Allgemeinen Tarifvorschriften aufgenommen werden:

„Wird bei Privatwagen, die für Kraftentnahme von der Wagenachse eingerichtet sind, Kraftabnahme verlangt, so ist in Spalte „Inhalt des Frachtbriefes der Vermerk aufzunehmen“: „Kraftabnahme von der Wagenachse beantragt.“ Für die Kraftentnahme von den Achsen wird für jeden Privatwagen für den ganzen Lauf der Sendung eine Vergütung von 2 Pfg. für das Tarifkilometer erhoben.“

c) Frachtberechnung für Sauerstoffflaschen in Privatfischwagen.

Der § 53 der Allgemeinen Tarifvorschriften soll folgende Fassung erhalten:

„In das Eigengewicht der Privatwagen ist alles einzurechnen, was zur vollständigen Einrichtung des Wagens gehört.“

Sauerstoffflaschen in Privatfischwagen gehören zur vollständigen Einrichtung des Wagens. Die Sauerstoffflaschen sind in der von der Eisenbahn festgesetzten Anzahl mit einem einheitlichen Gewicht von 70 kg für die leere Flasche in das Eigengewicht der Wagen einzurechnen. Die Sauerstoffflaschen müssen bei jedem Lastlauf und bei jedem Leerlauf zur Beladestation und von der Entladestation vollzählig in den Privatfischwagen mitgeführt werden. Der Absender hat die Flaschen zugleich mit dem Eigengewicht des Privatfischwagens im Frachtbrief in der Spalte „Ladegewicht des Wagens“ einzutragen. Der Sauerstoff in den Flaschen der beladenen und leeren Privatfischwagen wird frachtfrei befördert, wenn der Absender in der Spalte „Inhalt“ des Frachtbriefes die Zahl der gefüllten Sauerstoffflaschen, das Gewicht des Sauerstoffs und den Vermerk „Zur Speisung des Wassers während der Beförderung“ Frachtfrei zu befördern, bei beladenen Wagen auch das Gewicht des Sauerstoffs, angegeben hat.“

d) Neuregelung der Grundsätze für die Frachtberechnung für Fischsendungen in Privatfischwagen:

Es wurde beschloffen, den § 41 der Allgemeinen Tarifvorschriften, wie folgt zu fassen:

§ 41. (1) Für Fische, Krabben und Krabbenfleisch, wie in der Klasse IIe genannt, wird bei Aufgabe als beschleunigtes Eilgut (vergl. §§ 11 und 12) folgende Fracht erhoben:

Für Stückgut zu den Sätzen der Klasse Ie (§ 8

(1)), für Wagenladungen zu den Sätzen der Klasse A, A 10 oder A 5 für das doppelte Gewicht (§ 9 (1)).

(2) a) Die Beförderung von lebenden Fischen im Wasser als Eilstückgut zu den Sätzen der Klasse IIe sowie ihre Beförderung als beschleunigtes Eilstückgut nach Maßgabe des vorigen Absatzes ist von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig:

1. Die Fische müssen in geeichten oder eichamtlich gestempelten Gefäßen verladen sein. Für jedes angefangene Liter des durch den Eichstempel nachgewiesenen Raumgehalts des Gefäßes wird der Frachtberechnung 0,6 kg zu Grunde gelegt, gleichviel, ob das Gefäß vollständig gefüllt ist oder nicht.

Ausnahmsweise werden jedoch auch Fische in nicht geeichten oder nicht eichamtlich gestempelten Blechgefäßen zur Beförderung unter Berechnung der Fracht nach dem wirklichen Rohgewicht zugelassen, sofern dieses für jedes Gefäß nicht mehr als 25 kg beträgt.

2. Der Raumgehalt der einzelnen Kübel oder Fässer darf bei Eilgutsendungen nicht mehr als 350 Liter, bei Sendungen beschleunigten Eilguts nicht mehr als 150 Liter betragen. Die Gefäße müssen mit Handhaben versehen sein, und zwar die bis 100 Liter Inhalt mit solchen, die zwei Personen, die größeren mit solchen, die vier Personen das ungehinderte Anfassen mit beiden Händen ermöglichen. Fässer von kreisrundem Querschnitt müssen Einrichtungen haben, die geeignet sind, das Rollen während der Fahrt auszuschließen.

3. Die Kübel oder Fässer müssen zur Verhütung des Ausprißens von Wasser einen passenden, durch Schloß oder Blei gegen unbefugtes Öffnen gesicherten Verschluss besitzen. Dieser ist entweder durch einen gelochten Deckel oder durch einen in das Füllloch eingelezten und im mittleren Teile mit einem durchlochten Deckel versehenen Trichter herzustellen.

4. Für Sendungen im Gewicht von mindestens 1500 kg oder bei Frachtabzahlung für dieses Gewicht gelten die Beschränkungen unter 2 und 3 nicht.

b) Als Wagenladungen werden lebende Fische sowohl in geeichten oder eichamtlich gestempelten Gefäßen oder Behältern als auch in nicht geeichten oder nicht eichamtlich gestempelten Gefäßen oder Behältern, auch Planen, zur Beförderung zugelassen. Sind die lebenden Fische in geeichten oder eichamtlich gestempelten Gefäßen oder Behältern verladen und ist im Frachtbrief die Literzahl des durch den Eichstempel nachgewiesenen Raumgehalts der Gefäße oder Behälter angegeben, so wird für jedes angefangene Liter der Frachtberechnung 0,6 kg nach den Grundsätzen der Frachtberechnung für Wagenladungen zu Grunde gelegt, gleichviel, ob die Gefäße oder Behälter vollständig gefüllt sind oder nicht. Ist im Frachtbrief die Literzahl des durch den Eichstempel nachgewiesenen Raumgehalts der Gefäße oder Behälter nicht angegeben oder sind die lebenden Fische in nicht geeichten oder nicht eichamtlich gestempelten Gefäßen oder Behältern, auch Planen, verladen, so werden der Frachtberechnung 75 Prozent des wirklichen Gewichts der Sendung nach den Grundsätzen der Frachtberechnung für Wagenladungen zu Grunde gelegt.

Zu a) und b) Vorrichtungen und Betriebsstoff zur Speisung des Wassers mit Sauerstoff während der Beförderung werden frachtfrei befördert.

Wird zur Aufnahme oder Ergänzung des Wasservorrats aus bahneigenen Wasserkränen, Hydranten oder sonstigen Vorstellen Wasser entnommen, so werden hierfür 3 Mark für den Wagen und, wenn für die Wasserentnahme eine Verschiebung erforderlich ist, weitere 3 Mark für den Wagen erhoben.

(3) Die Beförderung von Fischabfällen und zerfleierten frischen Fischen, sämtlich beim unmittelbaren Versand an Fischzuchtanstalten zur Verfütterung, zu den Sätzen der Klasse IIe sowie ihre Beförderung als beschleunigtes Eilgut nach Maßgabe des Abs. (1) ist davon abhängig, daß sie in festen, dicht verschlossenen Fässern verpackt sind.“

Der Antrag, die Fracht für Fischsendungen in Privatfischwagen nach einem Durchschnittsgewicht zu berechnen, wurde abgelehnt. (Schluß folgt)

Zugtelephonie.

Die Industrie- und Handelskammer ist erneut wegen der Einrichtung der Zugtelephonie auf der Strecke Oberschlesien—Berlin bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden. Leider steht, wie aus den eingegangenen Bescheiden zu entnehmen ist, die Ausrüstung der ober-schlesischen Eisenbahnstrecke mit Zugtelephonie noch weit im Felde. Gegenwärtig wird die Strecke Berlin—München ausgebaut und nach deren Vollendung soll aus wirtschaftlichen Gründen der Zusatzpunkt auf der Strecke Berlin—Frankfurt a. M. eingerichtet werden, da für diese Strecke ein erheblicher Teil der Strecke Berlin—München verwendet werden kann. Ueber die weitere Ausrüstung der Eisenbahnlinien kann aber nach Mitteilung der Zugtelephonie-Aktiengesellschaft in Berlin kein bestimmter Zeitpunkt in Aussicht gestellt werden.

Frachtfundung.

Mit Wirkung vom 1. November d. Js. hat die Deutsche Verkehrskredit-Bank die Provision für das halbmönatliche Frachtfundungsverfahren von 2 ‰ auf 1½ ‰ = ½ Prozent herabgesetzt. Die Ermäßigung ist erstmalig für den Stundungszeitraum vom 1. bis 15. November in Kraft getreten. Während die bisherige Stundungsgebühr von 2 ‰ unter Berücksichtigung des durchschnittlich acht-tägigen Zahlungszieles einen Zahreszins von 9,6 Prozent entsprach, stellt die heutige Gebühr von ½ Prozent umgerechnet einen Zahreszins von 6 Prozent dar, der mit dem jetzigen Reichsbankdiskont übereinstimmt.

Mitteilungen.

I. Mit Gültigkeit vom 1. November d. Js. sind in Kraft getreten:

- a) Der Nachtrag VI zum Deutschen Eisenbahn-Ver-sionen- und Gepäcktarif, Teil I vom 1. August 1926. Der Nachtrag enthält Änderungen und Ergänzungen der allgemeinen Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahn-Verkehrsordnung und Änderung der Anlagen.
- b) Nachtrag III zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abteilung A, gültig vom 15. März 1926. Der Nachtrag enthält Änderungen des Inhaltsverzeichnis, Änderungen und Ergänzungen der Eisenbahn-Verkehrsordnung und der allgemeinen Ausführungsbestimmungen, Änderungen der Anlage C, Änderungen und Ergänzungen der Anlagen sowie Berichtigungen.
- c) Das Berichtigungsblatt 3 zum Anhang des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, Teil I Abteilung A. Es enthält die seit Ausgabe des 2. Berichtigungsblattes bis einschließl. 11. September 1926 eingetretenen Änderungen und Ergänzungen im alphabetischen Verzeichnis.
- d) Nachtrag V zum Deutschen Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abteilung B, gültig vom 1. August 1925. Er enthält Änderungen des Inhaltsverzeichnis, Änderungen und Ergänzungen der Allgemeinen Tarifvorschriften, der Gütereinteilung, des Nebengebührentarifs und des Sachverzeichnis sowie Berichtigungen.

Tarifierhöhungen und sonstige Erschwerungen der Beför-derungsbedingungen in den Nachträgen treten gemäß § 6 (5) EBN. erst am 1. Januar 1927 in Kraft.

II. Der Schlafwagen Breslau—Wien (Breslau Hbf. ab 9,30 Uhr abends, Wien Ostbahnhof an 6,15 morgens) und zurück (Wien Ostbf. ab 11 Uhr abends, Breslau Hbf. an 8,32 Uhr morgens) in Zügen D 37/D 57/117/100 und D 99/118/D 50/D 30 ist wegen Sparmaßnahmen auf den österreichischen Bundesbahnen bis auf weiteres weggefallen.

Ergänzung des polnischen Gütertarifs.

Am 1. November d. Js. ist die fällige Ergänzung des polnischen Gütertarifs in Kraft getreten, welche eine Reihe von Ausnahmetarifvergünstigungen einführt und zwar einen Ausnahmetarif für die Ausfuhr von Mehl nach dem Aus-lande mit einer Ermäßigung der Fracht bei weiteren Ent-fernungen von Klasse 5 auf Klasse 4; die 10%ige Ermäßigung

bei der Ausfuhr von Kohlen sowie Schwefelsäure nach dem Auslande, bei vollen Zugladungen; Ermäßigung des Schemas der Klasse 5, beginnend von der Entfernung von 250 km, welches für den Transport der hauptsächlichsten Lebensmittel wie Mehl, Früchte, Fische und Milchwaren in Frage kommt. Außerdem ist in der Ergänzung eine Wen-derung der Tarifierung von Mele vorgesehen. Mit Rücksicht auf die verstärkte Meleausfuhr nach dem Auslande unter Benachteiligung der Interessen der inländischen Viehzüchter sowie der Ausfuhr von minderwertigem Mehl unter der Bezeichnung Mele, findet der auf Klasse 8 ermäßigte Aus-nahmetarif nur für Melesendungen mit einem Mehlgehalt von 20% und nur im Inlandsverkehr Anwendung. Alle anderen Melesendungen fallen unter die Tariffklasse 6.

Angesichts der im letzten Ansehenblick festgestellten Erach-nisse der Prüfungen des Ministeriums für Landwirtschaft, die einen empfindlichen Mangel an Brotgetreide und Hack-früchten in verschiedenen Provinzen ergaben, ist ein Aus-nahmetarif mit einer 25%igen Frachtermäßigung für Roggen-, Weizen- und Kartoffeltransporte nach der Woiwod-schaft Wilno, einige Kreise der Woiwodschaften Warschau und Lublin eingeführt worden.

Diesen Frachtermäßigungen steht allerdings die vom Ministerrat beschlossene allgemeine 8%ige Erhöhung der polnischen Gütertarife, die am 1. Dezember in Kraft treten soll, gegenüber. Der Verkehrsminister hat jedoch die Ein-führung von Vergünstigungen für verschiedene durch die Er-höhung betroffenen Güter in Aussicht gestellt.

Post.

Wohlfahrtsbriefmarken.

Am 1. Dezember beginnt der Vertrieb der Wohlfahrts-briefmarken zu Gunsten der Deutschen Nothilfe. Zur Aus-gabe gelangen 5-, 10-, 25- und 50-Mennig-Marken zum doppelten Nennwert. Die Wohlfahrtsbriefmarken können sowohl von der Post wie auch von den Kreis- und Ortsaus-schüssen der Deutschen Nothilfe (Landrat und Magistrat) oder von den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege bezogen werden. Die Verwendung der Wohlfahrtsbrief-marken (zum einfachen Nennwert sowohl für Inlands- wie für Auslandsendungen) ist mit Rücksicht auf den guten Zweck Pflicht eines jeden. Insbesondere sollten die grö-ßeren Markenverbraucher (Handel, Gewerbe und Industrie) wenigstens eine Woche lang zur Frankierung ihrer Post Wohlfahrtsbriefmarken verwenden. Dabei wird es sich jedoch dringend empfehlen, die Marken nicht von der Post, sondern von den anderen oben genannten Stellen zu beziehen, weil dadurch 60 Prozent des Wohlfahrtsauf-schlages der Wohlfahrtspflege in Ober-schlesien gesichert werden, während dieser Auf-schlag unverkürzt den Zentralstellen der Deutschen Nothilfe zufließt, wenn die Mar-ken bei der Post gekauft werden.

Stundung der Postgebühren.

Der Deutsche Industrie- und Handelsktag hat sich bei der Reichspostverwaltung für eine Ermäßigung der gegen-wärtigen Poststundungsgebühren eingesetzt. Das Reichspost-ministerium äußerte sich daraufhin, daß von der Postgebüh-renstundung nach kürzlich vorgenommener Feststellung nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht werde, im allge-meinen nur von solchen Postbenutzern, denen aus irgend-welchen Gründen daran liegt, die sofortige Entrichtung der Gebühren in bar zu vermeiden oder die Ausgabe an Ge-bühren zu überwachen. Ein allgemeines Bedürfnis zur Verbehalten und Förderung dieser Einrichtung bestehe hiernach nicht. Zudem sei eine Annahme der Postgebühren-stundung vom Standpunkt der Reichspost nicht erwünscht. Das Stundungsverfahren bei der Post bedinge im Gegen-satz zur Frachtfundung bei der Reichsbahn meist zahlreiche Einzelbuchungen über geringfügige Beträge. Die Buchungen in den Stundungsbüchern der Postanstalten und in den Stundungsgegenbüchern der Kunden, das Freimachen der Sendungen u. w. störe und hemme den Schalterverkehr und sei für die Post und Postbenutzer in gleicher Weise nachteilig.

Gleichwohl hat das Reichspostministerium in Aussicht ge-nommen, in Übereinstimmung mit der Telegraphen-

gebührenstundung die Stundungsgebühr für Postsendungen von 5 auf 2 Pfg. für jede volle und angebrochene Reichsmark unter Beibehaltung der Mindestgebühr von 50 Pfg. monatlich zu ermäßigen. Die Verringerung bedarf jedoch noch der Zustimmung des Verwaltungsrats.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichspost.

Von den 8½ Millionen RM., die nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichspost als auf Schlesien und die Lausitz entfallend berechnet worden sind, kommen nach Mitteilung der Ober-Postdirektion Oppeln für die Industrie- und Gewerbebezirke Oberschlesiens allein 2¼ Millionen RM. in Betracht. Davon entfallen

1 152 000 RM.	auf das Baugewerbe und die verwandten Gewerbebezirke,
220 000 RM.	auf das Tiefbaugewerbe,
22 000 RM.	auf die Kabel- und elektrotechnische Industrie,
35 000 RM.	auf die Industrie der Steine und Erden,
23 000 RM.	auf Wagenbau,
90 000 RM.	auf das Holz- und Schnitstoffgewerbe,
258 000 RM.	auf den Bergbau (Heizstoffe),
410 000 RM.	auf Baudarlehen.

Fernsprechgebührentarif.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte sich beim Reichspostministerium dafür verwandt, daß bei der Neubildung des Fernsprechgebührentarifs zwischen den jetzigen Zonen eine Gebührenstufe von 75 km eingefügt werde, um den zu großen Sprung von 50 zu 100 km in der Gebührenstaffel zu überbrücken. Der Herr Reichspostminister äußerte sich, daß in Aussicht genommen sei, dem Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats bei den bevorstehenden Erörterungen die Einfügung einer Entfernungsstufe von 75 km in den jetzigen Tarif vorzuschlagen. Auch wird eine günstigere Staffelung der Gebührensätze in den Entfernungsstufen geplant.

Mitteilungen.

1. Infolge der Einführung der neuen Auslandswährung in Belgien sind vom 15. November an die Beträge der Postanweisungen und Postaufträge nach Belgien und der Postanweisungen nach Belgisch Kongo nicht mehr in belgischen Franken, sondern in Belga und Centime (1 Belga = 100 Centimes) anzugeben; Mindestbetrag 200 Belga. Die Auszahlung der Postanweisungen in Belgien findet auch künftig in belgischen Franken statt. Die belgischen Bestimmungen-Postanstalten werden die Belga-Beträge nach dem festen Satz 1 Belga = 5 belgische Franken in belgische Franken umrechnen.

Seit dem 15. November können im Verkehr mit Lettland **Nachnahmebeträge** bei Briefsendungen und Paketen auf ein Postcheckkonto im Bestimmungsland der Sendung aufgeschrieben werden. Die Nachnahmebeträge sind in diesen Fällen bei Sendungen nach Lettland nicht in Reichsmark, sondern in Latz, Mindestbetrag 1000 Latz, anzugeben. Unter der Angabe des Betrags ist auf den Sendungen selbst, bei Paketen auch auf den Paketkarten zu vermerken: Zur Unterschrift auf das Postcheckkonto

(Ort des Postcheckamts)
Nr. des
(Nr. des Kontos) (Namen des Postcheckkunden)
in
(Wohnort des Postcheckkunden)

Nachnahme-Postanweisungen sind nicht beizufügen.

2. Die Oberpostdirektion Dresden hat im Auftrage des Reichspostministeriums ein **Verzeichnis der Postanstalten in Jugoslawien (Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen)** herausgegeben. Das Ortsverzeichnis enthält in Abc-Folge sämtliche Postanstalten von Jugoslawien mit ihren jetzigen und früheren Benennungen, sowie die Namen der Postanstalten im Küstenland und in Dalmatien, die vom ehemaligen Österreich-Ungarn an Italien abgetreten worden sind. Das Verzeichnis, das allen Benutzern im Verkehr mit Jugoslawien eine wertvolle und sichere Unterlage für die richtige Bezeichnung der Postorte bietet, kann zum Preise von 7,50 RM. für das Stück durch Vermittelung der Postanstalten bezogen werden.

3. Seit etwa 1½ Jahren sind aufschristlose unverschlossene Massendrucksachen (Wurfsendungen), die an beliebige Gattungen von Empfängern, z. B. sämtliche Haushaltungen, sämtliche offenen Geschäfte, bestimmte Berufsclassen usw. ausgehändigt werden sollen, zur Beförderung und Verteilung durch die Post zugelassen. Die Mindestzahl einer Auslieferung beträgt 500 Stück, wenn die Drucksachen aber nur im Einlieferungsort verteilt werden sollen, 100 Stück. Gewicht des Einzelstücks bis zu 20 g. Für Wurfsendungen besteht ein Ausnahmetarif; die Gebühr beträgt nur ¼ der tarifmäßigen Drucksachengebühr.

4. **Fahrplan der Flugstrecke Gleiwitz-Berlin.** Die Strecke nach Berlin wird den ganzen Winter mit folgenden An- und Abflugzeiten durchgeführt:

10,05 ab	Gleiwitz	an 14,15 Uhr
11,25 an	Breslau	ab 13,00 Uhr
11,45 ab	Breslau	an 12,40 Uhr
14,15 an	Berlin	ab 10,10 Uhr

Die herabgesetzten Flugpreise betragen:

Für Personen: Gleiwitz-Breslau 20 RM., Gleiwitz-Berlin 60 RM.

Für Frachten: Gleiwitz-Breslau 0,30 per kg, Gleiwitz-Berlin 0,65 per kg.

Zölle und Außenhandel

Die Bestimmungen für die Betätigungsmöglichkeit deutscher Handlungsreisender in Polen.

Die Betätigung deutscher Handlungsreisender in Polen hat bisher, da ein Handelsvertrag mit Polen noch nicht geschlossen worden ist, eine vertragliche Regelung nicht erfahren. Vorherhand wird einem Handlungsreisenden einer deutschen Firma die Ausübung seiner Tätigkeit in Polen dadurch stark erschwert, daß die Einreiseerlaubnis nur mit größten Schwierigkeiten zu erlangen ist und sehr oft seitens der polnischen Inlands- und auch der Auslands-Konsularbehörden verjagt wird.

Ist der deutsche Handlungsreisende einmal in dem Besitz der Einreiseerlaubnis nach Polen, so unterliegt seine Tätigkeit in Polen, abgesehen von der Notwendigkeit der ordnungsgemäßen Lösung eines Gewerbebescheines, keinen weiteren Einschränkungen, und er genießt die gleiche Behandlung wie die Handlungsreisenden anderer Staaten.

Die Frage der steuerlichen Behandlung ausländischer Handelsreisender in Polen findet ihre Regelung in dem

Gewerbesteuer-Gesetz vom 15. Juli 1925 Dz. U. R. R. Nr. 79 Pos. 550 und der zu diesem Gesetz erlassenen Ausführungsverordnung vom 8. August 1925. Gemäß § 103 dieser Ausführungsverordnung können als Handelsreisende, die berechtigt sind, einen billigen Gewerbebeschein D IV zum Preise von 100 Ploth zu lösen, nur solche behandelt werden, die für Firmen tätig sind, die ihrerseits wiederum einen Gewerbebeschein im Gebiete der Republik Polen gelöst haben. Hieraus folgt, daß ein Handelsreisender, der für eine ausländische Firma tätig ist, die im polnischen Inlande keinen Gewerbebeschein gelöst hat, einen sogenannten Handelsvermittler-Gewerbebeschein D II b lösen muß. Dieser Gewerbebeschein kostet, wenn Reisende in Orten der ersten Gewerbesteuerklasse tätig sein wollen, zu denen die wichtigsten Orte Polens, wie Bromberg, Ratowitz, Krakau, Königshütte, Lublin, Lemberg, Lodz, Posen, Sosnowitz und selbstverständlich Warschau gehören, 150 Ploth, wozu an Zuschlägen für Kommunalverbände etc. im Jahre 1926 55 Prozent und im Jahre 1927 für geschäftliche Tätigkeit in Polnisch-Oberschlesien 58 Prozent und in den übrigen Teilen der Republik 60 Prozent hinzukommen.

Für Reisende, deren Tätigkeit in Polen nur für eine kürzere Dauer berechnet ist, besteht die Möglichkeit, Gewerbe-scheine mit Gültigkeit für $\frac{1}{2}$ Jahr zum halben Preise zu lösen.

Dringend empfohlen wird den deutschen Handlungsreisenden, denen die Einreisegenehmigung nach Polen erteilt worden ist, gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit einen entsprechenden Gewerbeschein zu lösen, da in einzelnen Teilen Polens eine ganz besonders scharfe Kontrolle ausgeübt wird, und die Ausübung der Tätigkeit der Handlungsreisenden ohne vorherige Lösung eines Gewerbescheines außerordentlich hohe Strafen nach sich zieht.

Berechtigung zur Ausstellung von Tryptiks und Sammelheften.

Zur Ausstellung von Tryptiks und Sammelheften mit Passierscheinen für die Abfertigung von Automobilen und Motorrädern im Touristenverkehr ohne Hinterlegung des Einfuhrzollses nach Polen ist gemäß Rundschreiben des polnischen Finanzministers vom 12. 10. d. J. in Deutschland der Automobil-Club von Deutschland ermächtigt worden.

Inkrafttreten des polnisch-tschechischen Handelsvertrages.

Am 6. November ist der zwischen Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossene Handelsvertrag vom 23. April 1925 mit den Zulassungsprotokollen vom 3. 7. 1925 und 21. 4. 1926 in Kraft getreten. Der Vertrag stützt sich auf die Klausel der allgemeinen Meistbegünstigung. Polen räumt der Tschechoslowakei in dem Verträge insgesamt 235 Zollvergünstigungen für tschechische Waren ein. Mit den polnischerseits Frankreich, Oesterreich, Griechenland und Ungarn einaeräumten Zollvergünstigungen tritt die Tschechoslowakei auf Grund der Meistbegünstigung in den Genuß von insgesamt 514 Zollvergünstigungen in dem Rahmen von 10—91,7 Prozent der autonomen polnischen Zollsätze.

Exportkreditversicherung für russische Geschäfte.

Exportgeschäfte nach Rußland waren bisher von der Exportkreditversicherung ausgeschlossen. Die seitens des Reichs eingerichtete Ausfallbürgschaft wurde nur für die Lieferung gewisser Waren (schwere und leichte Installationen) übernommen. Infolgedessen ergab sich für eine Reihe von Liefergeschäften, die in der Vorkriegszeit im Handel mit Rußland eine erhebliche Rolle spielten, wie z. B. die Versorgung Rußlands mit Wolle und Baumwolle durch Bremen insofern eine schwierige Situation, als die aus diesen Geschäften stammenden Forderungen nicht genügend gesichert und infolgedessen nur schwer finanziert werden konnten.

Um dem abzuwehren, vor allem um den für den deutsch-russischen Handelsverkehr einst so bedeutsamen Export von Erzeugnissen wie Wolle und Baumwolle, aber auch landwirtschaftlicher Erzeugnisse ostpreussischen Ursprungs nach Rußland wieder zu heben, hat es das Reich für notwendig erachtet, das Risiko dieser Exportgeschäfte wenigstens in einem beschränkten Umfange durch die neugeschaffene Exportkreditversicherung (Plan C) zu übernehmen.

Nach diesem Plan C besteht auch die Möglichkeit, gewisse Importgeschäfte, bei denen eine Bevorschussung der betr. russischen Warenlieferungen russischerseits gefordert wird, zu versichern. Insbesondere ist dabei an den Rauchwarenhandel gedacht, der vor dem Kriege 85 Prozent der russischen Ausfuhr an Pelzen aufnehmen konnte, heut aber nur noch 15 bis 20 Prozent. Dieser außerordentliche Rückgang ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß der deutsche Großhandel infolge der durch Krieg und Inflation bedingten

Kapitalarmut nicht in der Lage ist, 40 Prozent der zu erwartenden Lieferung bis auf neun (!) Monate zu bevorzugen, ein Verfahren, durch das die kapitalkräftigen amerikanischen und englischen Firmen den Hauptexport an russischen Pelzen an sich ziehen konnten. Durch die Möglichkeit der Versicherung derartiger langfristiger Importgeschäfte soll nun dem Rauchwarenhandel ermöglicht werden, seine alte Position wenigstens annähernd wieder zu gewinnen.

Ueber das Verfahren bei dieser Versicherung (Plan C) sei kurz erwähnt, daß der Ex- bzw. Importeur zunächst eine Vorauszahlung von 50 Prozent des Versicherungsbetrages zu übernehmen hat. 30 Prozent des Ausfalls von der Versicherungssumme übernehmen je zur Hälfte das Reich und das betr. Land. Für den Rest, also für 20 Prozent übernehmen die beteiligten Versicherungsgesellschaften (wiederum die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. sowie die Hermes) das Risiko. Die Prämie beträgt 3 Prozent für die ersten 3 Monate, und zwar für den Teil der Warenforderung bzw. der Warenschulden, für die das Reich, die Länder und die Versicherungsgesellschaft das Risiko übernehmen, d. i. also 50 Prozent der Versicherungssumme; für je weitere 3 Monate beträgt die Prämie für das gleiche Risiko 1½ Prozent.

Wenn auch die vorhandenen bzw. die von den einzelnen an dieser Versicherung beteiligten Stellen zur Verfügung gestellten Mittel verhältnismäßig gering sind, (die Versicherungsgesellschaften haben für ihre Risikobeteiligung von 20 Prozent nur 5,6 Millionen RM. bereitgestellt), außerdem die Vorauszahlung der Ex- bzw. Importeure mit 50 Prozent als sehr hoch anzusprechen ist, so dürfte doch eine weitere Belebung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch diese Einrichtung zu erwarten sein. Das geht auch schon daraus hervor, daß die Voranmeldungen für die Inanspruchnahme dieser Versicherungsart schon so erheblich sind, daß die bereitgestellten Mittel nahezu erschöpft sind.

Dr. St.

Zatturierung bei Sendungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Einige Fälle, in denen Rechnungen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika trotz der konsularischen Beglaubigung von den amerikanischen Zollbehörden beanstandet wurden, weil sie auf „Reichsmark“ statt auf „Goldmark“ lauteten, sind nach den vom Deutschen Industrie- und Handelsrat daraufhin angestellten Ermittlungen darauf zurückzuführen, daß auf den entsprechenden Konsulatsfakturen die darauf vordruckten Fragen „state whether prices in his invoice are in gold, silver or paper currency“ nicht wörtlich beantwortet waren. Die Rückkehr Deutschlands zur Goldwährung ist, wie von unseren Konsularbehörden mitgeteilt wird, den amerikanischen Zollbehörden durchaus bekannt, und im allgemeinen werden Konsulatsfakturen, die auf Reichsmark lauten, vom Examiner des Appraisers auch anerkannt. Die Kontrollbehörde im Zollamt zu New York hat jedoch in einer Anzahl von Fällen darauf bestanden, daß neben dem Wort „Reichsmark“ auch der Vermerk „Goldmark“ erscheint.

Die Botschaft in Washington hat außerdem mitgeteilt, der Assistant Director of Customs, Nevins, habe sich dahin gehend geäußert, daß es untunlich erscheine, den New Yorker Zollabfertigungsbeamten eine besondere Instruktion zwecks milderer Handhabung der in Rede stehenden Bestimmungen zu geben, weil das Zollgesetz die Angaben der Preise in Gold, Silber oder Papierwährung ausdrücklich vorschreibt.

Unter solchen Umständen müssen die Exporteure den Buchstaben des Gesetzes erfüllen, d. h. sie müssen in jedem einzelnen Falle auf der Konsulatsfaktura den Zusatz „Goldmark“ machen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflegung

Kundgebung gegen die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben.

Zwischen den Spitzenverbänden der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Landwirtschaft und des Handwerks, sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes haben in den letzten Monaten eingehende Erörterungen über die

Gefährdung des Privateigentums und über die Gefahren und Nachteile der steigend zunehmenden gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand stattgefunden, bei denen sich Einigkeit über die nachfolgenden Grundsätze ergab:

1. Dem geschichtlichen Werden unserer Wirtschaft und der Eigenart unseres Volkes, welches das Privateigentum und das Recht des Einzelnen zur freien und selbständigen Be-

tätigung in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu seinen höchsten Gütern zählt, entspricht es, daß Deutschlands Wirtschaft wesentlich Privatwirtschaft ist. Die private Wirtschaft ist demnach auch im wesentlichen die Trägerin der Lasten, aus denen das Reich, die Länder und die Gemeinden die Kosten ihrer Haushalte bestreiten und die darüber hinaus die Erfüllung der von Deutschland dem Auslande gegenüber übernommenen Verpflichtungen ermöglichen sollen.

II. Unter diesen Umständen muß das Privateigentum die unantastbare Grundlage der Wirtschaft bleiben und es darf die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft, deren Erhaltung und Stärkung eines der wichtigsten Interessen der Volksgesamtheit ist, nicht weiter dadurch gefährdet werden, daß Unternehmungen, welche unmittelbar oder mittelbar vom Reich, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden betrieben werden, mit den privaten Gewerbetreibenden des gleichen Erwerbszweiges in Wettbewerb treten.

III. Zwischen Unternehmungen der öffentlichen und solchen der privaten Hand kann es wohl eine sachentsprechende Arbeitsteilung geben (wie z. B. zwischen Reichsbahn und Kleinbahnen oder auf ähnlichen Gebieten), aber nicht einen gesunden Wettbewerb, wie zwischen verschiedenen privaten Unternehmungen des gleichen Berufszweiges. Schon allein der Gedanke, daß ein Gemeinwesen seinen Angehörigen, die durch ihre Steuern und Abgaben zu seinen Lasten beitragen, auf dem Gebiete ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenz macht und so seine eigenen Steuerertragnisse vermindert, ist widersinnig. Darüber hinaus kann diese Konkurrenz um deswillen nicht unbedenklich sein, weil die öffentliche oder halböffentliche Stellung der einen Gruppe der Mitbewerber ihr vor der anderen Gruppe einen mit dem Wesen des fairen Wettbewerbes unvereinbaren Vorsprung gibt. Dieser Vorsprung ist nach den bisher vorliegenden Beobachtungen und Erfahrungen im wesentlichen in Bevorzugungen auf steuerlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Finanzierung und Kapitalbeschaffung mit Hilfe öffentlicher Gelder, der geschäftlichen Förderung durch Behörden und Beamte zutage getreten, und zwar sowohl in dem Sinne, daß privaten Unternehmungen die für sie wertvolle Kundenschaft öffentlicher Stellen entzogen, als auch in dem Sinne, daß Privatpersonen infolge amtlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit zwangsweise den öffentlichen oder halböffentlichen Betrieben als Kunden zugeführt wurden. Namentlich aber äußert sich dieser Vorsprung in der, sei es juristisch bestehenden, sei es tatsächlich vorhandenen oder doch im Publikum vorausgesetzten Haftbarkeit des Gemeinwesens und seiner Steuerzahler für die Verbindlichkeiten und Verluste der öffentlichen oder halböffentlichen Unternehmungen. Denn dieser Umstand kommt nicht allein dem Kredit von Unternehmungen der letztgenannten Art zugute, sondern befähigt sie auch, unter Hintanhaltung von Gesichtspunkten kaufmännischer Rentabilität die angemessenen Preise und Bedingungen der privaten Mitbewerber vorübergehend zu unterbieten.

IV. Die Ueberföhrung einer Reihe von Berufszweigen durch die übergroße Zahl der darin tätigen Betriebe ist durch den Wettbewerb der öffentlichen Hand wesentlich vergrößert worden. Soweit eine Rationalisierung durch Abbau überflüssiger Betriebe geboten ist, muß die öffentliche Hand hierbei den Anfang machen; unter keinen Umständen aber darf die von der Privatwirtschaft aus Rationalisierungsgründen herbeigeführte Betriebsverminderung in ihrem Zwecke dadurch vereitelt werden, daß an die Stelle einzogener privater Unternehmungen oder Betriebsstellen solche der öffentlichen Hand treten.

V. Die Bedenken gegen den Gewerbebetrieb der öffentlichen Hand werden durch den Betrieb in handelsgesetzlicher oder sonstiger privatrechtlicher Form nicht vermindert, sondern unter Umständen in gewisser Richtung vermehrt, da solche Unternehmungen als Aktiengesellschaft usw. nicht bloß der Kontrolle der verfassungsmäßigen Vertretungen, sondern auch derjenigen der Versammlung der Anteilseigner entzogen sind; denn sämtliche Anteile sind regelmäßig in der Hand einer oder mehrerer öffentlicher Behörden vereinigt.

VI. Die unterzeichneten Verbände sind sich durchaus darüber klar, daß die hier betrachtete Entwicklung in den verschiedenen Berufszweigen bisher verschieden weit fortgeschritten ist. Das darf aber unter keinen Umständen dazu führen, daß die vorliegende Frage lediglich als eine Anlegenheit einzelner, und zwar der am meisten betroffenen Berufszweige angesehen wird. Es gibt heute keinen Er-

werbszweig, bei dem nicht eine Entwicklung gleicher Art von heute auf morgen einsetzen kann, wenn nicht rechtzeitig vorgebeugt wird. Die Abwehr muß demnach nicht nur eine gemeiname, sondern auch Sache jedes Einzelnen sein.

VII. Die Abwehr gegen die Eingriffe der öffentlichen Hand muß sich insbesondere auch gegen alle Bestrebungen richten, die das Privateigentum an Grund und Boden antasten, den freien Grundstücksverkehr durch ein kommunales Bodenmonopol beseitigen wollen und die Produktivität und Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch staatliche oder kommunale Eingriffe zu gefährden drohen.

VIII. Die Spitzenverbände sind ferner dahin übereingekommen, die vorstehenden Grundsätze den Fraktionen des Reichstages und der Landtage der bürgerlichen Parteien gemeinsam bekannt zu geben. Sie erwarten, daß diese Grundsätze bei allen gesetzgeberischen Beratungen, welche die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zum Gegenstand haben, insbesondere bei der Gestaltung der preussischen Städteordnung und der Landgemeindeordnung, ferner aber auch bei der Beratung des Bodenreformgesetzes und des preussischen Städtebaugesetzes und bei der Beratung des Stats und der Steuergeetze Berücksichtigung finden.

Berlin, den 10. November 1926.

Deutscher Industrie- und Handelsstag. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Reichsassociation der Deutschen Landwirtschaft. Reichsverband der Deutschen Industrie. Reichsverband der Privatversicherung. Reichsverband des Deutschen Handwerks. Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. Zentralverband des Deutschen Großhandels

Die Ueberwachung der Ausverkäufe durch die Industrie- und Handelskammer.

Die Ueberwachung der Ausverkäufe durch die Industrie- und Handelskammern war auf der am 4. August d. J. in Düsseldorf abgehaltenen Tagung des Einzelhandelsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages Gegenstand besonderer Beratung. Das Ergebnis der Beratung wurde damals in einer ausführlichen Entschließung niedergelegt und sämtlichen zuständigen Stellen, insbesondere den Landesregierungen, mit der Bitte um weitestgehende Berücksichtigung der darin zum Ausdruck gebrachten Wünsche übermittelt. Diesen Anträgen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe erfreulicherweise nunmehr in einem Erlaß an sämtliche Regierungspräsidenten in weitgehendem Maße Rechnung getragen.

Der Erlaß hat nachstehenden Wortlaut:

Die gegenwärtige schwierige Lage des Einzelhandels, namentlich die Sorge um die Beschaffung der zur Fortführung des Betriebes notwendigen Geldmittel, hat zu ernststen Mißständen auf dem Gebiete des Wettbewerbs, insbesondere bei Ausverkäufen, geführt. Durch eine den Tatsachen nicht entsprechende Reklame wird vielfach versucht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots zu erwecken und Kunden anzulocken. Diese Erscheinungen bedeuten eine Schädigung des redlichen Kaufmanns und bilden zugleich für das kaufende Publikum die Gefahr einer Irrführung und Benachteiligung. Den Verwaltungsbehörden erwächst hieraus die Pflicht, mit Nachdruck gegen derartige Mißstände im Reklamewesen einzuschreiten. Zur sachgemäßen Handhabung der behördlichen Ueberwachungsmaßnahmen ist eine weitgehende Heranziehung der Industrie- und Handelskammern unentbehrlich.

Für die meisten Arten von Ausverkäufen sind, wie ich annehme, Verordnungen der höheren Verwaltungsbehörden auf Grund von § 7 Abs. 2 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ergangen. Soweit dies nicht oder noch nicht für alle Teile einzelner Regierungsbezirke der Fall sein sollte, wird der Erlaß derartiger Verordnungen nach Anhörung der zuständigen Industrie- und Handelskammer alsbald zu veranlassen sein.

Wegen des Inhalts der Verordnungen nehme ich auf die früher hierüber ergangenen Ministerialerlässe Bezug und weise hier im einzelnen nur auf folgende Punkte zur besonderen Beachtung und zur Nachprüfung der bereits erlassenen Verordnungen hin:

1. Grundsätzlich sind die Industrie- und Handelskammern als Stellen für die Anmeldung des Ausverkaufs und für die

Einreichung des Warenverzeichnis zu bestimmen. Die Polizeibehörde wird als Anmeldestelle im allgemeinen dann in Betracht kommen, wenn am Orte des Ausverkaufs keine amtliche Handelsvertretung vorhanden ist. Anzeige- und Warenverzeichnis sind zweckmäßigerweise in zwei Exemplaren zu verlangen. Ein Exemplar ist, sofern die Kammer Anmeldestellen sind, der Polizeibehörde, sonst der zuständigen Kammer zur Prüfung und Stellungnahme alsbald weiterzugeben. Wo besondere Vertrauensleute der Industrie- und Handelskammern angestellt sind (s. unten) wird es sich empfehlen, ein für diese bestimmtes drittes Exemplar des Warenverzeichnis einzufordern.

2. Die Anzeige muß vor der Ankündigung des Ausverkaufs erstattet werden. Ueber die Frage, ob die Festsetzung einer bestimmten Frist zwischen der Anzeige und dem Beginn des Ausverkaufs zulässig ist, gehen die Ansichten der Gerichte auseinander. Es sollen indessen keine Einwendungen dagegen erhoben werden, wenn in solchen Bezirken, in denen die zuständigen Gerichte bisher derartige Fristbestimmungen nicht beanstandet haben, es bis auf weiteres bei diesen verbleibt, da sich manche praktischen Gründe für eine solche Vorschrift anführen lassen. Nur müssen Fälle, in denen es sich um leicht verderbliche Waren handelt oder sonst Gefahr im Verzuge ist, von der Fristbestimmung ausgenommen werden.

3. Der Zeitpunkt des Beginns des Ausverkaufs ist anzugeben.

4. Der Grund des Ausverkaufs muß angegeben werden. Hierbei sind die Tatsachen anzuführen und gegebenenfalls die Belege beizufügen, aus denen sich ergibt, daß dieser Grund wahr und ernsthaft gemeint ist und nach der Auffassung der beteiligten Geschäftskreise den Ausverkauf rechtfertigt.

5. Die Anzeige muß eine Angabe der Verkaufsstätte, an der die Veranstaltung stattfinden soll, enthalten.

6. Das Warenverzeichnis ist so aufzustellen, daß ohne weiteres die Uebereinstimmung seiner Angaben mit den tatsächlich zum Verkauf gestellten Waren nachgeprüft werden kann. Genaue Angaben über Stückzahl, Mengen, Maß oder Gewicht und Art (Material) sind erforderlich. In Auftrag gegebene, aber im Zeitpunkt der Anmeldung noch nicht eingetroffene Waren sind mit genauer Angabe des Tages der Bestellung gesondert aufzuführen.

7. Die Anzeige und das Verzeichnis müssen von dem Veranstalter oder seinem Vertreter unterschrieben und mit Datum versehen sein.

8. Die Vorschriften sind auch auf die in § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs bezeichneten Veranstaltungen sowie auf die in der Form von Versteigerungen stattfindenden und diejenigen Ausverkäufe, die durch den Konkursverwalter erfolgen, zu erstrecken. Unberührt bleiben die besonderen Bestimmungen für Saison- und Inventurausverkäufe (§ 9 Abs. 2 a. a. O.).

Ausverkäufe, die entgegen den Anordnungen nicht in der vorgeschriebenen Weise angemeldet wurden, oder solche, bei denen der angegebene Grund zur Rechtfertigung des Ausverkaufs nicht genügt, sind nach Benehmen mit der Industrie- und Handelskammer von der Polizeibehörde zu verhindern. Für die Nachprüfung der in der Anzeige und dem Warenverzeichnis enthaltenen Angaben hat sich ein für den Stadtbezirk Berlin seit längerer Zeit eingeführtes und namentlich für große Orte empfehlenswertes Verfahren bewährt, wobei neben den Polizeibeamten besondere von der Industrie- und Handelskammer vorgeschlagene, polizeilich bestätigte Vertrauensmänner hinzugezogen werden.

Wenn der Verdacht des Vor- oder Nachschlebens von Waren vorliegt, so ist der Tatbestand alsbald festzustellen und erforderlichenfalls die Sicherstellung der Beweismittel nach Maßgabe der strafprozessrechtlichen Bestimmungen vorzunehmen. Auch hierbei wird sich regelmäßig eine Beteiligung der Industrie- und Handelskammer (ihrer Vertrauensleute) empfehlen. Der Verdacht des Nachschlebens wird im allgemeinen dann gerechtfertigt sein, wenn bei Teilausverkäufen eine Vermischung der zum Ausverkauf bestimmten Waren erfolgt oder die Ausverkaufsware von der übrigen Ware nicht getrennt gelagert wird. Im Falle des Vor- oder Nachschlebens ist der ganze Ausverkauf, sofern es sich nicht um geringfügige, sofort beseitigte Verstöße handelt, zu verhindern.

Die Entscheidung, ob und in welcher Weise einzuschreiten ist, liegt in allen Fällen selbstverständlich bei der Polizeibehörde. Liegt nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer (ihrer Vertrauensleute) ein Verstoß gegen

die bestehenden Bestimmungen nicht vor, so wird indessen ein polizeiliches Eingreifen nicht in Frage kommen.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung unzulässiger Ausverkäufe sind unbeschadet der weiteren strafrechtlichen Verfolgung des Täters durchzuführen.

Ich erlaube, hiernach das weitere zu veranlassen.

Zulassung des Verkaufs von Butter und Margarine in denselben Räumen.

Nach § 4 des Gesetzes über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln vom 15. Juni 1897 (R. G. Bl. S. 475) ist es Lebensmittelhändlern verboten, Butter und Margarine im gleichen Verkaufsraum zu lagern und zu verkaufen. Diese Vorschrift erwies sich während des Krieges infolge der Zwangsbewirtschaftung von Margarine und Butter als nicht immer durchführbar. Die Landeszentralbehörden wurden daher im Jahre 1916 durch Bundesratsverordnung vom 16. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 751) ermächtigt, Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen. Einige Länder haben von der Ermächtigung Gebrauch gemacht. Preußen hat im Gegensatz dazu Ausnahmen generell nicht zugelassen, hat es vielmehr durch Erlass vom 31. August 1916 nur seinen Oberpräsidenten freigestellt, solche Ausnahmen für ihre Bezirke zuzulassen. Die Oberpräsidenten haben davon jedoch nur zum Teil und in verschiedenem Maße Gebrauch gemacht, insbesondere blieb für Oberschlesien das Verbot des Lagerns und Verkaufens von Margarine und Butter in einem Raum formell bestehen, wenn es auch infolge stillschweigender Duldung von Zuwiderhandlungen praktisch nicht mehr durchgeführt wurde.

Als jedoch die Polizei im Vorjahre auf das Verbot zurückzugreifen drohte, sah sich die Industrie- und Handelskammer veranlaßt, beim Herrn Oberpräsidenten die Zulassung von Ausnahmen zu beantragen. Als Folge dieser Bemühungen und der Tätigkeit des Landesausschusses der preussischen Industrie- und Handelskammern, der die Zulassung von Ausnahmen generell für Preußen anstrebte, haben die beteiligten Ministerien unterm 22. Oktober d. J. die Oberpräsidenten durch Erlass erachtet, die vom Handel geforderten Ausnahmen zuzulassen, soweit dies nicht bereits geschehen sei. Auf Grund dieses Erlasses hat nunmehr auch der Herr Oberpräsident für Oberschlesien den gleichzeitigen Verkauf von Margarine, Kunstpeisefett und Butter in einem Raum unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Die diesbezügliche Anordnung hat nachstehenden Wortlaut:

Anordnung.

Auf Grund der mir von der Landeszentralbehörde erteilten Ermächtigung lasse ich hiermit gemäß § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln vom 16. Juli 1916 — R. G. Bl. S. 751 — für den Umfang der Provinz Oberschlesien folgende Ausnahme von der Vorschrift des § 4 des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln vom 15. Juni — R. G. Bl. S. 475 — zu:

§ 1.

In Räumen, in denen Butter feilgehalten wird, ist das Feilhalten von Margarine oder Kunstpeisefett gestattet, wenn diese Fettarten räumlich derart getrennt aufgestellt werden, daß eine Verwechslung ausgeschlossen ist. Ueber oder an den feilgehaltenen Vorräten sind an auffälligeren Stellen deutlich lesbare Schilder mit der Aufschrift „Verkauf von Butter“, „Verkauf von Margarine“, „Verkauf von Kunstpeisefett“ anzubringen.

Die näheren Anordnungen trifft die Ortspolizeibehörde.

§ 2.

Diese Anordnung tritt mit dem ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt folgenden Tage in Kraft.

Doppel, den 2. November 1926.

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien.

Zur Polizeiverordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Bierdruckvorrichtungen

vom 6. März 1909 (Extrabeilage zu Stück 13 d. Amtsblattes) hat der Herr Regierungspräsident nachstehende Anordnung erlassen:

Auf Grund des § 13 der Polizeiverordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Bierdruckvorrichtungen

vom 6. März 1909 (Extrabeilage zu Stück 13 des Amtsblattes) bestimme ich folgendes:

Von der Plombierung des Sicherheitsventils gemäß § 4 Ziffer a Abs. 2 a. a. O. kann abgesehen werden, wenn die Stellvorrichtung im Innern des Ventilkörpers so angeordnet ist, daß sie auch unter Benutzung gewöhnlicher, handelsüblicher Werkzeuge unzugänglich ist und nur mit besonders ausgebildeten, im Handel nicht erhältlichen Werkzeugen hergestellt werden kann. Den Herstellern und Lieferanten solcher Sicherheitsventile ist unterlagt, den Abnehmern die Spezialwerkzeuge käuflich oder leihweise zu überlassen.

Oppeln, den 17. November 1926.

Der Regierungspräsident.

Verordnung über die Einschränkung öffentlicher Bekanntmachungen vom 14. Februar 1924.

In einer dem Herrn Reichsminister der Justiz und dem Herrn Reichswirtschaftsminister überreichten Eingabe hat der Deutsche Industrie- und Handelstag gebeten, nunmehr auch die §§ 6, 7 und 9 der obigen Verordnung aufzuheben. Die Eingabe lautet:

„Der D. I. u. H. hatte bereits bei den im vergangenen Jahre stattgefundenen Verhandlungen über eine Aenderung der Verordnung über die Einschränkung öffentlicher Bekanntmachungen vom 14. Februar 1924 beantragt, auch die §§ 6 und 7 der Verordnung aufzuheben. Wir hatten damals darauf hingewiesen, daß weite Kreise der Wirtschaft, sowohl die Gläubiger von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien als auch die Käufer von Aktien, angesichts der zahlreichen in der Inflation gegründeten Kapitalgesellschaften und ungesunden Unternehmungen Wert darauf legen, daß die Pflicht zur Veröffentlichung der Bilanz in vollem Umfang wiederhergestellt wird, damit sich die Beteiligten über den Vermögensstand und die Liquidität der Firmen unterrichten können.

Die neuerdings uns zugegangenen Äußerungen zeigen wiederum, daß die fraglichen Bestimmungen, vor allem die des § 6 der Verordnung durch die Zeitverhältnisse überholt sind und ihre Aufhebung notwendig ist. Von den uns beratenden Kammern wird übereinstimmend betont, daß ein besonderer Schutz der Gesellschaften, bei denen die Kosten der Bilanzveröffentlichung in offenbarem Mißverhältnis zu der Vermögenslage der Gesellschaft stehen, heute nicht mehr erforderlich ist, daß im Gegenteil in solchen Fällen für besonders weitgehende Aufklärung der Öffentlichkeit durch Bekanntmachung der Bilanz gesorgt werden müsse.

Die Aufrechterhaltung des § 7 der Verordnung wird von den meisten Kammern ebenfalls nicht mehr befürwortet. Es besteht angesichts der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Erachtens keine Notwendigkeit mehr, der Öffentlichkeit die Mitteilung der Liquidatoren über die Auflösung einer Gesellschaft vorzuenthalten. Wir glauben auch nicht, daß heute noch zahlreiche Anträge auf Befreiung von der Bekanntmachungspflicht im Sinne des § 7 bei den Gerichten gestellt werden; die Bestimmungen haben daher schon jetzt keine große praktische Bedeutung mehr.

Der Außerkraftsetzung des § 9 der Verordnung wird von Seiten der Kammern geringerer Wert beigelegt. Jedoch wird sie zweckmäßigerweise im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen erfolgen können.

Zusammenfassend dürfen wir bemerken, daß wir die Aufhebung der §§ 6, 7 und 9 der Verordnung befürworten. Was den § 2 der Verordnung betrifft, so wird die Notwendigkeit seiner Aufrechterhaltung am besten gelegentlich der Beratungen über die Umgestaltung der Zivilprozeßordnung zu prüfen sein.“ (Ia/S. 210/52/26.)

Geltungsdauer des Gesetzes über Depot- und Depositen-geschäfte vom 26. Juni 1926.

Auf Grund des Ergebnisses einer Rundfrage hat der Deutsche Industrie- und Handelstag folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsminister gerichtet:

Der bevorstehende Ablauf der Gültigkeitsdauer des Reichsgesetzes über Depot- und Depositen-geschäfte hat uns Veranlassung gegeben, die Industrie- und Handelskammern über die Notwendigkeit seiner weiteren Aufrechterhaltung zu befragen. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die grundsätzliche Auffassung, die bei der Beratung des Gesetz-

wurfs im Jahre 1925 zum Ausdruck kam, auch noch heute beibehalten wird. Nach wie vor findet der Beschluß unseres Bankausschusses vom 28. April 1925 Billigung, in dem das Festhalten am Gedanken der uneingeschränkten Gewerbefreiheit betont und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß das Gesetz aufgehoben werden könne, sobald die Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse genügend fortgeschritten sein werde.

Die uns vorliegenden Äußerungen der Industrie- und Handelskammern gelangen aber in weit überwiegender Zahl zu der Feststellung, daß dieser Zeitpunkt gegenwärtig noch nicht gekommen ist. Wir glauben, daß dieses Ergebnis unserer Ermittlungen für die gesetzgebenden Körperschaften von besonderem Interesse sein wird, da die Industrie- und Handelskammern in der Mehrzahl der Länder zur Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes berufen sind: ihre Urteile sind daher das Ergebnis der seit seinem Inkrafttreten gesammelten praktischen Erfahrungen.

Diese Erfahrungen haben fast überall zu der Ueberzeugung geführt, daß die bei Vorlage des Gesetzes an den Reichstag von der Reichsregierung beabsichtigte und von der Wirtschaft gebilligte Aufrechterhaltung des Gesetzes zunächst bis 31. Dezember 1927 durchaus zweckentsprechend war. Demgemäß wird auch jetzt von der überwiegenden Mehrzahl unserer Mitglieder die Verlängerung des Gesetzes, und zwar zunächst um ein weiteres Jahr, für erforderlich gehalten.

Die von dem Gesetz gebotene Möglichkeit, ungeeignete Elemente durch Maßnahmen der Verwaltungsbehörden vom Bankgewerbe fernzuhalten, ist auch unter den heutigen Verhältnissen nicht nur für das Bankgewerbe selbst, sondern vor allem für die Wirtschaftskreise, die mit Banken und Bankiers in geschäftliche Berührung kommen, von großer Bedeutung. Allerdings besteht der besondere Anreiz, den die Inflationszeit für die Betätigung im Bankgewerbe bot, gegenwärtig nicht mehr, es muß aber im Auge behalten werden, daß der Rationalisierungsprozeß innerhalb der Wirtschaft viele bisher als Arbeitnehmer verwendete Kräfte zu selbständiger Betätigung freigegeben hat, und daß hieraus ein verstärkter Zustrom in das Bankgewerbe erwartet werden müßte, sobald der Eröffnung eines Bankbetriebes mit der Möglichkeit der Betätigung in allen Zweigen des Geschäftes keine gesetzlichen Schranken mehr entgegenstehen sollten. Schon jetzt ist eine starke Ueberbesetzung auf dem Gebiet der Kreditvermittlung festzustellen. Ferner ist allgemein bekannt, daß die Verringerung des Personals der Banken einen überaus starken Zustrom zur Börsenmaklerchaft zur Folge gehabt hat. Für diese Kreise muß der Betrieb eines Bankgeschäftes schon deshalb besonders lockend erscheinen, weil ein solches Unternehmen dem Inhaber leicht einen Anschein unbedingter Solidität und Bonität verleihen kann, der in seinen persönlichen und materiellen Verhältnissen keinerlei Begründungen findet.

Das Interesse der am Verkehr mit den Banken beteiligten Wirtschaftskreise erfordert aber nicht nur die Kernhaltung aller ungeeigneten Betriebe von der bankgeschäftlichen Betätigung, unabhängig davon, ob es sich um eine Einzelfirma, um eine Gesellschaft des Privatrechts oder eine öffentliche Bank handelt. Es bedarf darüber hinaus auch noch einer Maßnahme, die die Entfernung aller derjenigen Elemente aus dem Bankgewerbe ermöglicht, deren weitere Betätigung eine Gefahr für die Wirtschaft bedeutet. Für derartige Maßnahmen besteht vorläufig noch eine besondere Notwendigkeit, weil der Aussonderungsprozeß innerhalb derjenigen Personen, die sich insbesondere nach dem Kriege dem Bankgewerbe zugewandt haben, noch nicht als abgeschlossen gelten kann, und eine Beilehnung dieses Prozesses im Interesse der am Bankverkehr beteiligten Wirtschaftskreise sehr wünschenswert erscheint. Hierzu ist aber das Gesetz über Depot- und Depositen-geschäfte ein wertvolles Hilfsmittel, denn einem Unternehmen, das keine Gewähr für die ordnungsmäßige Führung des Depot- und Depositen-geschäftes bietet, kann die Berechtigung zu diesen Geschäften entzogen werden. Die Begründung zum Gesetz hat hervorgehoben, daß als Grund für die Entziehung der Berechtigung zum geschäftsmäßigen Betrieb von Depot- und Depositen-geschäften u. a. die Verzögerung bei der Einlösung ordnungsgemäß gedeckter Schecks in Betracht kommen könnte. Somit bietet das Gesetz eine sehr wirksame Handhabe zur Bekämpfung der leider immer noch nicht behobenen Mißstände im Scheck-

verkehr. Seine Aufrechterhaltung muß daher auch aus diesem Gesichtspunkt heraus gefordert werden.

Aus allen diesen Gründen hält die weit überwiegende Mehrzahl der Industrie- und Handelskammern eine Verlängerung des Gesetzes über Depot- und Depositengeschäfte zum mindesten um ein weiteres Jahr für erforderlich. Man glaubt, die im Gesetz liegende Beschränkung der Gewerbetreibenden schon deshalb in Kauf nehmen zu können, weil die von den Kammern befürworteten Ausnahmen von der Bestimmung des § 4, Abs. 2 Nr. 2 sowie Zulassungen gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 bisher von den zuständigen Behörden durchweg gebilligt worden sind.

Wie der Reichsregierung bekannt ist, sind während der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gelegentlich Wünsche auf Änderung einzelner seiner Bestimmungen geltend gemacht worden. Wir sind aber nicht der Ansicht, daß ein Bedürfnis nach wesentlichen Änderungen in der bisherigen Praxis aufgetreten ist und glauben daher nicht, daß man den gegenwärtigen Anlaß zu einer wesentlichen Umgestaltung des Gesetzes benutzen sollte. Immerhin wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß eine Reihe unserer Mitglieder die Bestimmungen über die Zulassung von eingetragenen Genossenschaften zum Depot- und Depositengeschäft für reformbedürftig hält. Wir gestatten uns, in diesem Zusammenhang auf unser Schreiben vom 12. Juni d. J. — VIII/740/26 — zu verweisen, dessen Erörterung uns bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Verlängerung in Aussicht gestellt wurde.

Höhe der Verzugszinsen.

Die Freie Vereinigung der Vorsitzenden der Kammern für Handelsachen bei den drei Landgerichten in Berlin berichtete über ihre Verhandlungen bezüglich der zu gewährenden Verzugszinsen folgendes:

„Die Gesetzgebung hat für Wechselsachen insofern eine Erleichterung herbeigeführt, als sie in Abständen bekannt gibt, wie hoch der Reichsbankdiskontsatz ist. Alsdann sind in Wechselsachen 2 Prozent über diesen Satz zuzusprechen. Da der Reichsbankdiskontsatz in letzter Zeit wiederholt gewechselt hat, stößt die Tenorierung in Wechselsachen auf Schwierigkeiten. Es wurde deshalb beschlossen, die Vorsitzenden sollten bei den Anwälten anregen, daß sie bei den Klageanträgen in Wechselsachen die Fassung wählen, wonach 2 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz seit dem . . . beansprucht werden. Diese Anregung hat einen nennenswerten Erfolg herbeigeführt. In der überwiegenden Zahl der Anwaltsbüros werden die Klageanträge in Wechselsachen nunmehr in der angegebenen Weise abgefaßt. Der Einwand, daß die Vollstreckung solcher Urteile bei den Gerichtsvollziehern auf Schwierigkeiten stoßen könnte, ist unbeachtlich. Einmal muß der Gerichtsvollzieher die Reichsbankdiskontsätze kennen, und er kann sie auch leicht nachträglich feststellen, wenn sie ihm für die Vergangenheit nicht bekannt sein sollten. Andererseits kann es den Anwälten überlassen bleiben, in die Vollstreckungsaufträge an den Gerichtsvollzieher die Zinsbeträge, die vollstreckt werden sollen, genau unter Berücksichtigung der Höhe und der Zeit der jeweilig geltenden Reichsbankdiskontsätze seit Fälligkeit bis zur Vollstreckung einzufügen.“

Eine Einigung über die Höhe der Verzugszinsen in anderen Sachen als in Wechselsachen war in der Freien Vereinigung der Vorsitzenden der Kammern für Handelsachen nur schwer zu erzielen. Einige Mitglieder wollten nicht über die Höhe der Wechselsinzen hinausgehen, andere wollten sogar darunter bleiben, während der überwiegende Teil einen höheren Zinssatz als in Wechselsachen zuzusprechen für angemessen hielt. Es wurde schließlich — allerdings nur mit knapper Mehrheit — eine Übereinstimmung dahin herbeigeführt, daß den Vorsitzenden empfohlen wird, 3 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zuzubilligen.“ (Mitteilungen des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Preussischen Richtervereins 1926, Nr. 8.)

Kammergericht.

Wann liegt vorgängige Bestellung vor?

Nachdruck verboten.

Mit Zigarren und Zigaretten war B. aus Hannover in einem Auto nach dem Kreise Burgwedel gefahren und hatte dort verschiedene Gastwirte aufgesucht, um Zigarren

und Zigaretten zu verkaufen. Er händigte, wie festgestellt wurde, sofort an Gastwirte Zigaretten aus, die er in seinem Auto mit sich führte. Einen Gewerbebeschein führte B. nicht bei sich; er wurde daher zur Verantwortung gezogen und auf Grund des Hausiersteuergesetzes und der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er außerhalb seines Wohnortes ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung Waren (Zigarren und Zigaretten) feilgeboten habe, ohne einen Gewerbebeschein oder eine Legitimationskarte bei sich zu führen. Gegen seine Verurteilung legte B. Revision beim Kammergericht ein und betonte, er habe die Zigarren und Zigaretten auf Bestellung geliefert; eine Verurteilung sowohl aus dem Hausiersteuergesetz als auch aus der Gewerbeordnung sei gesetzlich nicht zulässig. Der I. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurück und führte u. a. aus, aus § 148 der Gewerbeordnung ergebe sich, daß eine Verurteilung aus dem Hausiersteuergesetz und der Gewerbeordnung nicht gleichzeitig erfolgen könne; es sei in Fällen dieser Art nur eine Verurteilung aus dem Hausiersteuergesetz zulässig. Anscheinend habe der Vorderrichter auch den Begriff der vorgängigen Bestellung verkannt; eine vorgängige Bestellung liege schon vor, wenn eine Person bestellt werde, Ware zu liefern; es sei nicht erforderlich, daß eine bestimmte Menge Waren bestellt werde. (I. S. 815. 26.)

Auffuchen von Warenbestellungen durch Ausstellungen.

(Nachdruck verboten.)

Im Auftrage des Direktors W. einer Bekleidungs-Gesellschaft war J. nach Limburg a. L. gefahren, um dort in einem Gasthause eine Ausstellung von Bekleidungsgegenständen zu veranstalten; gleichzeitig wurden in viele Büros Druckschriften gesandt, durch welche die Büroangestellten aufgefordert wurden, die Ausstellung zu besuchen, um Waren zu bestellen. Als die Polizeibehörde hiervon Kenntnis erhielt, stellte sie fest, daß J. keinen Gewerbebeschein gelöst hatte. Das Amtsgericht verurteilte J. und W. zu 80 Mark Strafe, da J. im Auftrage von W. Warenbestellungen in Limburg a. L. ohne Gewerbebeschein aufgesucht habe, obgleich Limburg a. L. weder als Wohnort in Betracht komme noch dort eine gewerbliche Niederlassung begründet sei noch eine vorgängige Bestellung in Frage komme. Diese Entscheidung fochten J. und W. durch Revision beim Kammergericht an und behaupteten, eine Auffuchen von Warenbestellungen im Sinne des Hausiersteuergesetzes komme nicht in Betracht, auch sei Verjährung eingetreten. Der I. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision als unbegründet zurück und führte u. a. aus, Verjährung trete in Steuerachen erst in fünf Jahren ein. Gewerbetreibende, die nach vorgängiger Bekanntmachung durch Druckschriften außerhalb ihres Wohnortes den sich auf Grund dieser Bekanntmachung einfindenden Personen behufs Erzielung von Bestellungen Proben, Muster usw. vorlegen, suchen Warenbestellungen auf. Der früher vom Kammergericht vertretene abweichende Standpunkt könne nicht aufrecht erhalten werden. Aus der Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Vorschriften gehe hervor, daß der Gesetzgeber nicht nur die persönliche Belästigung des Publikums, sondern auch die Schädigung der ortsanfässigen Gewerbetreibenden durch auswärtige Gewerbetreibende abwehren wollte.

Gesefuchen auf Wochenmärkten.

Der Bäckermeister D. war auf Grund der §§ 66, 69 der Gewerbeordnung und der Marktordnung für Buer vom 28. März 1924 zur Verantwortung gezogen worden, weil er Geseplätschen mit Cremeaufstrich und Gesefuchen mit Cremeinlage auf dem Wochenmarkt feilgehalten habe und der Aufforderung eines Polizeibeamten nicht nachgekommen sei, welcher ihm den Verkauf der Geseplätschen und Gesefuchen auf dem Wochenmarkt untersagt hatte. Das Amtsgericht in Buer verurteilte D. zu einer Geldstrafe, da der Angeklagte gegen die Marktordnung für Buer vom 28. März 1924 verstoßen habe, welche ihre Grundlage in §§ 66, 69 ff. der Gewerbeordnung finde; hiernach gehören zu den Gegenständen des Wochenmarkts u. a. frische Lebensmittel aller Art. Zu den frischen Lebensmitteln seien Gesefuchen und andere Konditorwaren nicht zu rechnen. Diese Entscheidung focht D. durch Revision beim Kammergericht an und behauptete, die

Marktordnung gehe über die §§ 66, 69 der Gewerbeordnung hinaus und sei unwirksam. Der I. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrtum ergangen. Die Marktordnung des Oberbürgermeisters finde ihre Grundlage in §§ 66, 69 der Gewerbeordnung, §§ 5, 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes und §§ 143, 144 der Gewerbeordnung und habe die Zustimmung des Gemeindevorstandes gefunden. Nach der Marktordnung dürfen auf den Wochenmärkten gemäß §§ 66 ff. der Gewerbeordnung frische Lebensmittel aller Art verkauft werden. Zu den frischen Lebensmitteln im Sinne der §§ 66 ff. gehören nicht Genussmittel, letztere seien nicht unbedingt zur Ernährung der Bevölkerung erforderlich und dienen auch zur Befriedigung anderer Bedürfnisse. Zu den Lebensmitteln seien nur solche Nahrungsmittel zu rechnen, welche zur Erhaltung des menschlichen Lebens allgemein erforderlich seien oder in der betreffenden Gegend als zur Erhaltung des Lebens dienende Mittel angesehen werden. Genussmittel sollten nicht als Gegenstände des Wochenmarktverkehrs zugelassen werden. Zu den Genussmitteln gehören nicht nur Pfefferkuchen, sondern auch Konditor- und Luxusbäckwaren aller Art, wie z. B. Zuckerstangen, Honigkuchen, Hefekuchen mit Cremeeinlage, Hefepfätzchen mit Cremeaufstrich etc.

Wann liegen Fehlmengen vor?

Nachdruck verboten.

Als im Herstellungsbetriebe von B. am 23. März 1925 eine Bestandsaufnahme vorgenommen wurde, wurde an ausländischem Rohtabak der Sollbestand auf 569,360 kg, der Istbestand auf 506,950 kg und mithin eine Fehlmenge von 62,410 kg festgestellt. Bei dem Vergleichen des Betriebsbuches A. mit dem Steuerzeichenbuch ergab sich, daß bei den Zigarren zu 7 Pfg. das Stück 21 750 Stück abgeschrieben, aber nur für 19 250 Stück Steuerzeichen bezogen waren, demnach waren 2500 Stück ohne Steuerzeichen abgeschrieben worden. Von B. waren 287 Mark Tabaksteuer gefordert worden und zwar für die aus den 62,41 kg als hergestellt errechneten Mengen von 8320 Zigarren zu 15 Pfg. das Stück

und 12 kg Pfeifentabak zu 1 Mark pro kg ein Steuerbetrag von 252 Mark, ferner für 2500 Zigarren zu 7 Pfg. das Stück ein solcher von 35 Mark, d. h. zusammen 287 Mark. Die Vorentscheidung hatte zu Ungunsten von B. entschieden. Der Reichsfinanzhof hob die Vorentscheidungen auf und führte u. a. aus, § 42 (2) des Tabaksteuergesetzes sei von der Vorinstanz verletzt. Wenn § 42 (2) des Tabaksteuergesetzes die Besteuerung von Fehlmengen, die sich bei der Bestandsaufnahme gegenüber den Abschreibungen ergeben, vorschreibe, so bringe er dadurch zum Ausdruck, daß die Fehlmengen sich gegenüber den Anschreibungen ergeben müssen, d. h. daß der Istbestand geringer sein müsse als der Sollbestand, wie er aus den Anschreibungen zu ermitteln sei. Bei der Bestandsaufnahme war eine Fehlmenge in diesem Sinne an ausländischem Rohtabak festgestellt worden. Dies würde eine Versteuerung des Rohtabaks nach § 34 des Tabaksteuergesetzes und zwar von 150 Mark für einen Doppelentner gerechtfertigt haben. In dem von der Vorentscheidung gebilligten Steuerbescheid sei aber errechnet worden, wie viel Zigarren aus dem Rohtabak hergestellt seien, und nach dem Ergebnis dieser Umrechnung sei die Steuer berechnet worden. Eine solche Umrechnung finde in § 42 (2) des Tabaksteuergesetzes keine Grundlage. Sei die Feststellung gerechtfertigt, daß B. die 62,41 kg Rohtabak in seinem Betriebe verarbeitet habe und daß 8320 Zigarren und 12 kg Pfeifentabak aus seinem Herstellungsbetrieb entfernt worden seien, so habe die Versteuerung nicht nach § 42 (2), sondern nach §§ 9, 10, 6 des Tabaksteuergesetzes zu erfolgen. Insbesondere komme dann für die Ermittlung des Kleinverkaufspreises nicht § 42 (2) Satz 4 des Tabaksteuergesetzes, sondern evtl. der Weg der Schätzung nach § 210 der Reichsabgabenordnung in Betracht. Die Voraussetzungen für die Anwendung der §§ 9, 10, 6 des Tabaksteuergesetzes seien aber dann festzustellen, ohne daß sie auf die Vermutung des § 42 (2) des Tabaksteuergesetzes gestützt werden dürfe. Bei den 2500 Zigarren handle es sich nicht um Fehlmengen in dem oben erwähnten Sinne. Auf sie könne § 42 (2) des Tabaksteuergesetzes überhaupt keine Anwendung finden; es kommen hier nur die Vorschriften der §§ 9, 10, 6 des Tabaksteuergesetzes in Frage. (IV. A. 26. 26.)

Sozialpolitik

Der Reichsarbeitsminister zur Ueberstundenarbeit

Der Reichsarbeitsminister hat in letzter Zeit in zwei Erlassen sich über die Zulässigkeit der Ueberstundenarbeit und die Strafverfolgung von Ueberschreitung der Arbeitszeitbestimmungen geäußert. Es handelt sich einmal um das Rundschreiben an die Sozialministerien der Länder, III B 7153/26. IV 13 605/26 vom 9. November betr. Ueberstundenarbeit und das Schreiben an den Reichsjustizminister III B 7205/26 vom 10. November betr. Durchführung der Arbeitszeitvorschriften.

Beide Äußerungen des Reichsarbeitsministers beruhen auf denselben irrigen Erwägungen. Der Reichsarbeitsminister ist anscheinend mit einem gewissen Teil der Öffentlichkeit der Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit zum Teil dadurch behoben werden könnte, daß man möglichst jede Ueberstunde vermeidet und dafür für die Arbeit, die in Ueberstunden geleistet werden sollte, Erwerbslose heranzieht. Er hat deshalb in dem oben erwähnten 1. Erlasse die Gewerbe- und Vergaßichtsbeamten anweisen lassen, bei der Bewilligung von Arbeitszeitverlängerungen mit äußerster Vorsicht vorzugehen und bei der Prüfung, ob solche aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten sind, die gegenwärtige ungünstige Lage des Arbeitsmarktes mit zu berücksichtigen. Weiter hat er durch den 2. oben erwähnten Erlaß durch den Reichsjustizminister auf die Staatsanwaltschaften einwirken lassen, daß sie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften über die Arbeitszeit mit aller Strenge vorgehen. Die außerordentlich große Arbeitslosigkeit gebiete es, nicht nur bei der behördlichen Bewilligung von Ueberstunden äußerst vorsichtig zu sein, sondern die Ungunst des Arbeitsmarktes stelle auch einen erschwerenden Umstand für das Verschulden eines Arbeitgebers dar, der unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften seine Arbeit-

nehmer zur Mehrarbeit veranlaßt. Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß durch die Bestimmung in § 11 Abs. 3 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, wonach der Arbeitgeber bei Duldung der Annahme freiwilliger Mehrarbeit nicht strafbar ist, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und keine dauernde ist, und wenn sie weder durch Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeitnehmers von dem Arbeitgeber erwirkt wird noch auch offensichtlich eine gesundheitliche Gefährdung mit sich bringt, eine gewisse Rechtsunsicherheit eingetreten sei, da diese Bestimmungen dem freien Ermessen einen zu großen Spielraum geben. Er sieht in dieser Vorschrift eine gewisse Gefahr für die Sicherung der Durchführung des gesetzlichen Arbeitsschutzes und bittet deshalb auf eine genaue Befolgung der Schutzvorschriften zu sehen.

In diesen Gedankengängen kommt die irriige Auffassung zum Ausdruck, daß man durch Verringerung der Arbeitszeit und besonders der Ueberstunden der Arbeitslosigkeit steuern könnte. Wäre dies tatsächlich der Fall und könnte auf diese Weise wirksam dem großen Elend der Arbeitslosigkeit tatkräftig begegnet werden, dann müßte unbedingt dieser Weg sofort beschritten werden. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen aber wesentlich anders. Es ist zunächst grundfalsch, zu behaupten, durch Verkürzung der Arbeitszeit könne man die Arbeitslosigkeit beseitigen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Die Arbeitszeit ist dort verlängert worden, wo die Wirtschaftslage und die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit eine Verbilligung der Produktion fordert, die mit durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht wird. Wird eine Verlängerung der Arbeitszeit unterbunden, und damit auch die Verbilligung der Produktion, so muß die Konkurrenzfähigkeit darunter leiden. Infolgedessen wird der Absatz erschwert und es kommt zu Einschränkungen, wenn

nicht gar zu Stilllegungen. Dadurch werden aber nicht nur nicht mehr Arbeiter angelegt, sondern es werden im Gegenteil Entlassungen erfolgen müssen.

Vor allem ist es aber bedenklich, in Bausch und Bogen die Ueberstunden verbieten zu wollen und auch dafür die Einstellung von Erwerbslosen zu fordern. Die durch Ueberstunden erreichte Mehrarbeit läßt sich nicht überall durch Neueinstellungen ersetzen. Vor allem ist dies aber im Bergbau nicht möglich. Die Arbeitsmöglichkeit läßt sich in einer Kohlengrube nicht beliebig vermehren wie z. B. vielleicht in einer Sandgrube. Die Einrichtungen einer Grube sind auf eine bestimmte Fördermenge eingestellt. Soll die Förderung erhöht werden, so ist es nicht nur notwendig, neue Arbeiter anzulegen, sondern man müßte vor allem neue Angriffspunkte unter Tage schaffen, die Fördereinrichtungen bis zum Schacht vermehren und vor allem die Leistungsfähigkeit der Schachtförderung wesentlich steigern. Das letztere ist aber praktisch meist entweder überhaupt nicht oder nur durch sehr teure und langwierige Umbauten zu erreichen. Auf diese Weise erklärt es sich, daß in der Praxis bei voller Ausnutzung der Förderfähigkeit einer Grube eine weitere Steigerung der Produktion nicht durch Vermehrung der Belegschaft erreicht werden kann, sondern daß dies im Notfalle lediglich durch längere Dauer der Arbeitszeit, d. h. durch Ueberstunden unter vorübergehender Einschränkung der sogenannten Reparationschicht, die im Anschluß an die beiden Förderschichten regelmäßig verfahren wird, möglich ist. Wenn man also in einer Zeit einer gewissen Kohlenverknappung, die ja stets zu Beginn des Winters auch in sonst normalen Zeiten eintreten pflegt, den Wünschen der Öffentlichkeit durch erhöhte Produktion entgegenkommen will, so ist dies nur möglich unter Einlegung von einigen Ueberstunden.

Die oben erwähnten Erlasse des Reichsarbeitsministers müssen deshalb unbedingt zurückgewiesen werden, da sie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten durchaus nicht gerecht werden.

Forderung der Wohnungszwangswirtschaft.

Den Anfang mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft hat Preußen mit der Verordnung vom 12. Dezember 1924 (G. S. S. 760) gemacht, durch welche die Beschlagnahme von Teilen übergroßer Wohnungen beseitigt und möblierte Einzelzimmer der freien Gewirtschaftung überlassen wurden. Einen weiteren Schritt auf diesem Wege bedeutet die nachstehend wiedergegebene Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers über die „Forderung der Wohnungszwangswirtschaft“ vom 11. November 1924.

§ 1. Auf Wohnungen mit einer Jahresfriedensmiete von
a) 3000 Mk. und mehr in Berlin,
b) 2400 Mk. und mehr in den übrigen Orten der Sonderklassen,
c) 1500 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse A,
d) 1300 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse B,
e) 800 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse C,
f) 500 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse D,
finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes mit Ausnahme der §§ 2 und 8 keine Anwendung. Jedoch ist im Falle des § 8 die Genehmigung der beteiligten Gemeindebehörden nicht erforderlich.

§ 2. Auf Geschäftsräume finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes keine Anwendung.

§ 3. Geschäftsräume werden von den Vorschriften des ersten Abschnittes (§§ 1—36) des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter ausgenommen.

Die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes gilt nicht für Geschäftsräume, die Teile einer Wohnung bilden, oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen zugleich mit letzteren vermietet sind. Die Aufhebung des Mieterschutzes gilt ferner nicht für Kündigungen, die zu einem früheren Zeitpunkt als dem 3. März 1927 wirksam werden.

§ 4. Geschäftsräume werden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen. Die Befreiung gilt nicht für die in § 3 Abs. 2 bezeichneten Geschäftsräume. Eine Änderung der für das Vertragsverhältnis geltenden Mietzinsregelung vor dem 1. April 1927 kann nicht verlangt werden.

§ 5. Soweit bis zum Inkrafttreten dieser Regelung die Inanspruchnahme von Wohnungen der im § 1 bezeichneten Art oder von Geschäftsräumen rechtskräftig ausgesprochen oder durchgeführt worden ist, behält es bei den bisherigen

Bestimmungen und dem durch die Inanspruchnahme geschaffenen Zustande sein Bewenden. Ein vor dem Inkrafttreten dieser Regelung anhängig gewordener Rechtsstreit, der die Herausgabe eines vermieteten oder sonst zum Gebrauch überlassenen Geschäftsraumes zum Gegenstand hat, ist nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen.

§ 6. Als Geschäftsraum im Sinne dieser Verordnung gilt, was zur Zeit ihres Inkrafttretens nicht Wohnraum ist.

§ 7. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1926 in Kraft.

Durch diese Verordnung werden die sogenannten „teueren“ Wohnungen den Zugriffen der Wohnungsämter entzogen, d. h. sie können im Falle eines Freiwerdens weder beschlagnahmt noch einem Wohnungsuchenden zugewiesen werden. Der Hauswirt ist vielmehr berechtigt, sie in diesem Falle an einen beliebigen Bewerber, also frei zu vermieten. Verbieten bleibt jedoch nach wie vor, die Umwandlung solcher Wohnungen in Geschäftsräume wie der Abbruch von Wohngebäuden. Der Tausch solcher Wohnungen bedarf nicht mehr der Genehmigung des Wohnungsamtes. Widerspricht der Hauswirt der Tauschabsicht des Inhabers einer solchen Wohnung, so kann seine Zustimmung jedoch durch einen Beschluß des Mietscheinungsamtes erlangt werden, auf Grund dessen der zuziehende Mieter ohne weiteres in den Mietvertrag seines abziehenden Tauschpartners eintritt.

Da für die „teueren“ Wohnungen nach § 1 der V. D. nur die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes mit Ausnahme der §§ 2 und 8 aufgehoben werden, bleiben die Mieterschutzbestimmungen für sie in vollem Umfange weiter in Geltung. Insbesondere bleibt das freie Kündigungsrecht des Vermieters auch für diese Wohnungen sowohl dem derzeitigen wie dem künftigen Mieter gegenüber weiter ausgeschlossen, d. h. die Beendigung eines Mietverhältnisses ist auch in Zukunft nur im Wege der Aufhebungsfrage unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen möglich.

Während die V. D. demnach für teure Wohnungen nur insoweit eine Forderung der Wohnungszwangswirtschaft bringt, als sie sie den Zugriffen der Wohnungsämter entzieht, geht sie bei den gewerblichen Räumen weiter und nimmt sie, soweit sie nicht Teile einer Wohnung sind oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen zugleich mit letzteren vermietet sind, aus der Wohnungszwangswirtschaft überhaupt heraus. Nach Ablauf der Übergangsbestimmungen, d. h. vom 1. April 1927 ab stehen Mieter und Vermieter einander wieder wie vor Einführung der Zwangswirtschaft als völlig freie Vertragsparteien gegenüber, deren Beziehungen sich nur nach den Vorschriften des B.G.B. regeln. Aufrecht erhalten bleibt jedoch auch für diese gewerblichen Räume der § 49 a des Mieterschutzgesetzes, der unangemessene Mietforderungen der Vermieter als Wucher mit Strafe bedroht.

Für gewerbliche Räume, die Teile einer Wohnung sind oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Beiträge für erkrankte höher bezahlte Angestellte zur Erwerbslosenfürsorge.

Artikel 1 und 2 der siebenten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 21. Januar 1926.

Im Bescheide vom 19. Mai 1926 — IV 5966/26 (Reichsarbeitsblatt S. 174) hatte der Reichsarbeitsminister die Auffassung vertreten, daß bei der Beschäftigung eines Angestellten, der der Pflichtversicherung nach dem Angestelltenversicherungsgesetz unterliegt, während einer Krankheit des Arbeitnehmers Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu entrichten sind, und zwar unabhängig davon, ob der Angestellte sein Gehalt weiter bezieht oder nicht. Gegen diesen Bescheid waren Bedenken erhoben worden. Der Reichsarbeitsminister hat die Frage daher einer nochmaligen Prüfung unterzogen, auf Grund deren nachstehender erneuter Bescheid ergangen ist:

„Soweit gemäß § 168 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes Beiträge zur Angestelltenversicherung auch in Krankheitszeiten zu entrichten sind, in denen die Angestellten das Gehalt weiterbeziehen, muß ich an meinem Standpunkt festhalten, daß für solche Zeiten auch Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen sind, denn Krankheitszeiten, während

deren das Gehalt fortbezogen wird, sind unbestritten „echte versicherungspflichtige Beitragszeiten“ (Dersch, Das neue Angestelltenversicherungsgezet, 3. Aufl. 1926, Anm. 3b zu § 168 S. 590). Beziehen dagegen die erkrankten Angestellten kein Gehalt, so unterliegen sie nicht der Versicherungspflicht nach dem Angestelltenversicherungsgezet. Gemäß Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 1 der Siebenten Ausführungs-

verordnung zur Verordnung über Erwerbslozenfürsorge vom 21. Januar 1926 (Reichsgezetbl. 1, S. 96) besteht dann auch keine Beitragspflicht zur Erwerbslozenfürsorge. Inwieweit ist mein Bescheid vom 19. Mai 1926 IV 5966/26 zu berichtigen.“

(Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 14. Oktober 1926 — IV 12 160/26.

Messen und Ausstellungen

Termine der Leipziger Frühjahrsmesse 1927.

Die Leipziger Mustermesse findet im Frühjahr 1927 vom 6. bis 12. März statt. Die Technische Messe mit Baumesse dauert einen Tag länger, also bis einschließlich Sonntag, den 13. März, die Betriebstechnische Messe (Werkzeugmaschinen-schau) wird noch darüber hinaus bis zum 20. März geöffnet sein. Die im Rahmen der Mustermesse abgehaltene Textil-messe und die Schuh- und Ledermesse bleiben wie bisher auf 4 Tage, und zwar vom 6. bis 9. März, beschränkt.

Die D. L. G.-Wanderausstellung 1927 und 1928.

Die Beschlüsse der Casseler Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft haben für die Wanderausstellungen der nächsten beiden Jahre Klarheit geschaffen. Für die Wanderausstellung Dortmund 1927 (24. bis 29. Mai) steht im Südosten der Stadt ein sehr geeignetes Gelände in einem Umfange von 28 ha zur Verfügung, das hart an die Gartenstadt grenzt und mit der Stadt durch den Westfalendamm, eine breite Ausfallstraße mit zweigleisiger Straßenbahn, verbunden ist. Die großen Züchtervereinigungen haben eine reiche Beischickung der „Abteilung Tiere“ in Aussicht gestellt, und es ist besonders zu begrüßen, daß neben der auch im letzten Sommer sehr gut besichtigten Gruppe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Dortmund nach den Beschlüssen des maßgebenden Verbandes im Gegensatz zu „Breslau“ wieder mit einer vollgültigen Vertretung der Deutschen Landmaschinen-Industrie zu rechnen ist. Dem Charakter des Ausstellungsortes als hervorragender Industriestadt will die D. L. G. durch Schaffung einer besonderen Anlage: „Der Industriearbeiter als Landwirt“ gerecht werden, an der sich sowohl die Landwirtschaftskammer für Westfalen als auch die Gartenbauverwaltung der Stadt beteiligen werden. In der Gruppe des Maschinen- und Bauwesens wird eine Schöpfung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen von besonderer Bedeutung sein, die eine zweckmäßige Bauweise und die vielseitige Verwendung elektrischer Energie als Kraft- und Wärmequelle veranschaulichen wird.

Die Wanderausstellung des Jahres 1928 soll dem Ausstellungsgau „Provinz Sachsen“ gelten; doch zwingt der Mangel an geeigneten Quartieren in den größeren Städten der Provinz sowie die Notwendigkeit möglicher Ausnutzung vorhandener Bauten auf den Ausstellungsplätzen dazu, die Schau außerhalb des Gaues in die Messe-

stadt Leipzig zu verlegen, die mit ihren großen Ausstellungsanlagen und ihren Einrichtungen zur Aufnahme eines starken Fremdenzustromes besonders günstige Grundlagen für das Unternehmen bietet. Wenn die D. L. G.-Schau im Jahre 1928 also gewissermaßen den Ausstellungsort von einem anderen Gau entleiht, so ist doch zu hoffen, daß auch die Landwirtschaft des Freistaates Sachsen als Nachbargau sich stark beteiligt und das Unternehmen ebenso fördert wie die wohlgelungene, große Schau im Jahre 1921 und die nächste für den Freistaat selbst Anfang der dreißiger Jahre in Aussicht genommene Wanderausstellung.

Termin der Kölner Frühjahrsmesse.

Die Kölner Frühjahrsmesse 1927 wird in den Tagen vom 20. bis 25. März stattfinden. Die Allgemeine Messe dauert von Sonntag, 20. März, bis Mittwoch, 23. März einschließlich die Technische Messe vom 20., bis Freitag, 25. März.

Internationale Lyoner Mustermesse.

Von der deutschen Abteilung der Lyoner Messe, die seit Ende Juni d. J. in Weimar (Brennerstr. 18) eingerichtet ist, werden wir auf die günstige Gelegenheit der Bearbeitung des französischen Marktes durch Ausstellung deutscher Erzeugnisse auf der vom 7. bis 20. März 1927 stattfindenden Internationalen Mustermesse in Lyon hingewiesen.

Die Internationale Messe in Lyon spielt im französischen Messewesen genau die gleiche Rolle wie die Leipziger Messe in Deutschland, trotzdem sie entfernt nicht über die Ausstellerzahl wie die Leipziger Messe verfügt. Die Räumlichkeiten sind in jeder Hinsicht als muster-gültig zu betrachten, wenn sie auch nicht so großartig sind wie die Halle 9 der Technischen Messe in Leipzig. Die ausländischen Besucher rekrutieren sich bei der Messe in Lyon im wesentlichen aus den latein-amerikanischen Ländern Südamerika, Spanien.

Für die Besichtigung der Lyoner Messe durch deutsche Firmen würde die Frage entscheidend sein, ob und in welchem Umfange die Möglichkeit zum Verkauf der auszustellenden deutschen Erzeugnisse in Frankreich besteht.

Firmen, die Interesse an der Lyoner Messe haben, sei es als Aussteller oder als Einkäufer, verweisen wir an die oben angegebene Adresse, die bereitwilligst kostenfrei Auskünfte erteilt.

Allgemeines

Internationale Handelskammer.

Die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits eine nicht unbedeutende Mitgliederzahl erreicht. Nach dem gegenwärtigen Stande gehören ihr 108 ordentliche Mitglieder mit 203 Vertretern und 85 außerordentliche Mitglieder an. Sie steht damit hinter den Vereinigten Staaten und Frankreich noch ganz erheblich zurück. Es ist jedoch unbedingt notwendig, daß die deutsche Gruppe über eine Mitgliederzahl, insbesondere an ordentlichen Mitgliedern, verfügt, die gegenüber den stärker vertretenen Staaten ins Gewicht fällt. Ganz unabhängig von dem Erfolge, den die Arbeiten der Internationalen Handelskammer haben werden, scheint es notwendig, durch eine angemessene Beteiligung Deutschlands, ihre Tätigkeit möglichst weitgehend in einer Richtung zu beeinflussen, die eine Berücksichtigung der deutschen Interessen gewährleistet. Auch im Hinblick auf die Gleichstellung der

deutschen Sprache mit der französischen und englischen erscheint eine starke Vertretung Deutschlands wichtig. Zur Erreichung dieser Ziele trägt bei, wer die Mitarbeiterschaft der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer erwirbt. Wer sie zu erwerben wünscht, wende sich wegen näherer Auskunft an die Industrie- und Handelskammer.

Wiederaufbau des Breslauer Zoologischen Gartens in Breslau.

Die Aktiengesellschaft Breslauer Zoologischer Garten, beabsichtigt, den Wiederaufbau des Zoo mit allen Mitteln zu betreiben.

Erforderlich zur Inbetriebnahme im Vorkriegsumfange sind etwa eine halbe Million Reichsmark, während eine weitere halbe Million, falls auch diese gezeichnet werden sollte, zur Errichtung eines Aquariums gedacht ist.

Zur Beschaffung des erforderlichen Kapitals werden Aktien zu 20 und 100 Reichsmark ausgegeben. Eine Dividende darf in Anbetracht der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft gesetzlich nur in Gestalt von Eintrittskarten in Höhe von 5 Prozent gewährt werden, derart, daß z. B. bei einem Eintrittspreis von 1 RM. auf eine Aktie von 100 RM. jährlich 5 Eintrittskarten à 1 RM. oder 10 Eintrittskarten à 0,50 RM. (für billige Sonntage) gewährt werden. Oder es werden bei Lösung einer Dauerkarte 5,— RM. angerechnet.

Zeichnungsscheine können bei sämtlichen Banken und Banqniederlassungen Schlesiens abgegeben werden.

Im Interesse des baldigen Wiederaufbaues bitten wir, der Zeichnungsaufforderung der Aktiengesellschaft Breslauer Zoologischer Garten möglichst bald und zahlreich nachzukommen.

Wer aber nicht in der Lage ist, sofort 20- oder 100-RM.-Aktien anzukaufen, der wende sich an den „Verein der Freunde des Zoologischen Gartens in Breslau“ und erwerbe dessen Mitgliedschaft.

Auch der Verein der Freunde des Zoologischen Gartens in Breslau dient nur dem Interesse des Wiederaufbaues und hat bei Auflösung die Auszahlung seines gesamten Vermögens nur an die Aktien-Gesellschaft Breslauer Zoologischer Garten satzungsgemäß festgelegt.

Hinweis.

Dieser Nummer der D. W. liegt ein Prospekt der Firma Carl Schleicher & Schüll, Düren, Rhld., bei.

Die Achema V, (Ausstellung für chemisches Apparatewesen, vom 7. bis 19. Juni 1927), schreibt uns:

Der Prospekt der Achema V ist erschienen. Er gibt nicht nur ein anschauliches Bild von dem zu erwartenden Umfang und der Bedeutung der kommenden Achema in Essen, sondern auch von der bisherigen Entwicklung dieser gemeinnützigen, in ihrer wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Bedeutung allseitig anerkannten Ausstellung. Interessenten erhalten den Prospekt kostenlos durch die Geschäftsstelle der Achema, Seelze bei Hannover.

Geschäftsaufsichten und Konkurse in Oberschlesien.

Konkurse im Industrie- und Handelskammerbezirk Oppeln für Monat Oktober 1926.

Gosel. Ledige Magdalena Wilczek, Inh. der Fa. Franz Wilczek, Konkursverw. Bankbevollmächtigter Wolfgang Wittich (15. 10. 1926). — Vermögen des Lederhändlers Wilhelm Zielinski, Konkursverw. Bankprokurist Erich Staroste, Gosel OS. (1. 10. 1926).

Hindenburg. Vermögen des Tischlermeisters Ludwig Nawrath, Zaborze, Konkursverw. Kaufmann Ferdinand Polack, Hindenburg OS. (18. 10. 1926). — S. Nebel jr., Inh. Samuel Bengel, Konkursverw. Bücherrevisor Paul Jajadacz, Hindenburg OS. (11. 10. 1926). — Schuhmachermeister Paul Simon, Zaborze, Konkursverw. Kaufmann Ferdinand Polack, Hindenburg OS. (11. 10. 1926).

Kreuzburg. Dalkowski & Kentwich, Baugeschäft und Architekturbüro, Konkursverw. Kaufm. Oskar Seeliger, Kreuzburg OS. (27. 10. 1926).

Reiße. Klein und Werner, Reiße, Inh. Pfefferkühler Paul Werner, Konkursverw. Bankdirektor a. D. Golla, Reiße (19. 10. 1926). — Kozem, Hiller & Co., G. m. b. H., Konkursverw. Kaufm. Karl Vincenz, Reiße, (20. 10. 1926).

Oberglogau. Vermögen des Bäckers, Krämers und Knechtlers Karl Kohlmeier, Dt. Rasselwitz, Konkursverw. Rechtsanwalt Dr. Rosenthal, Oberglogau, (1. 10. 1926).

Ratibor. Vermögen der Fa. Alfred Freund und das persönliche Vermögen der Frau Else Freund und der minderjährigen Annaliese Freund, Konkursverw. Bücherrevisor Ogiermann, Ratibor OS. (28. 10. 1926).

Angeordnete Geschäftsaufsichten im Handelskammerbezirk Oppeln.

Hindenburg. Ww. Alma Goldmann, Schuhwarenhandlung, Aufsichtsperson Bücherrevisor Viktor Kornath, Hindenburg, Scheckestraße.

Aufgehobene Geschäftsaufsichten im Handelskammerbezirk Oppeln.

Benthen. Firma Ferdinand Schlicht, Sächsishe Wollwaren und Trikotagen, Tarnowitzer Str. 39. — Firma Theofil Stodolka, Inh. Kaufmann Max Schwiedernoch.

Gosel. Kaufmann Heinrich Klappholz.

Kandrzin bei Gosel. Kaufmann Wilhelm Ruchler.

Gleiwitz. Schneidermeister Friedrich Löb, Wilhelmstr. 19.

Hindenburg. Kaufmann Isidor Grünpeter, i. Fa. Wagner & Grünpeter, Kronprinzenstr.

Oppeln. Firma Dienstfertig, Inh. Berta Gebauer. — Firma Schüstan & Scherny. — Kaufmann Viktor Pollok. — Firma Albert Heymann.

Bücher und Zeitschriften

75 Jahre Industrie- und Handelskammer Liegnitz.

Die Industrie- und Handelskammer Liegnitz konnte am 21. Oktober 1926 die Feier der Erinnerung an ihre vor 75 Jahren erfolgte Konstituierung festlich begehen. Aus diesem Anlaß hat sie eine Jubiläumsschrift herausgegeben, welche rückblickend ein anschauliches Bild von der in der Zeit ihres Bestehens geleisteten Arbeit und von der Entwicklung der wichtigsten im Kammerbezirk vertretenen Industrien sowie des Handels in fast einem Jahrhundert gibt.

25 Jahre Bank-Archiv

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bank-Archivs, Zeitschrift für Bank- und Börswesen, erscheint deren Nummer vom 1. Oktober 1926 als Sondernummer, eingeleitet von einem Geleitwort des Herausgebers, Geheimrat Rießer, das dem ehrenvollen Gedächtnis an die verstorbenen Schrift-

leiter und Mitarbeiter der Zeitschrift gewidmet ist, unter denen Namen wie die von Richard Koch, Helfferich, Franz Klein, Knapp, Bendixen, Laband, Staub, Herman Weit Simon, Düringer besonders hervorzuheben sind. Es folgen Aufsätze von Max von Schinkel, Hamburg, welcher in der Arbeitsleistung den Maßstab für Gedeih und Verderb einer Nation erblickt und darlegt, daß bei intensiverer Arbeit die Zahl der Arbeitslosen nicht vermehrt, sondern vermindert werden würde, von Geheimrat von Lumm, mit interessanten Einzelheiten zur Geschichte der deutschen Währungsanierung. Prof. Dr. Flechtheim übt Kritik an der Rechtsprechung des Reichsgerichts betreffend Bilanzfähigkeit künftiger Gewinnanteile, Geheimrat Frisch, Direktor der Dresdner Bank, entwickelt Gedanken über Wege der Arbeitstrennung zwischen den verschiedenen Gruppen des Kreditgewerbes, das heißt zur Herbeiführung eines friedlichen Nebeneinanderarbeitens vor allem zwischen Banken und Sparkassen. Professor Gerloff, Frankfurt

a. M., macht die steuerliche Ueberlastung der deutschen Aktiengesellschaften, insbesondere im Vergleich zum Ausland, zum Gegenstand einer bedeutsamen wissenschaftlichen Untersuchung, während der Frankfurter Privatbankier Leopold Merzbach die Bedeutung der internationalen Arbitrage sowohl vom Standpunkte des Bankgeschäfts aus, als auch von dem der allgemeinen Wirtschaft erörtert. Dr. Georg Solmßen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, hat zu der Nummer sein vielbesprochenes Referat auf dem Kölner Juristentag über die Reformbedürftigkeit des Aktienrechts beigegeben, jedoch in wesentlich erweiterter Form, insbesondere unter Berücksichtigung auch der auf dem Juristentag und im Anschluß an denselben stattgehabten Erörterungen. Auf dem gleichen Fragegebiet liegt ein Aufsatz von Dr. Sintonis, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, über in Aktien konvertible Schuldverschreibungen, denen der Verfasser eine Daseinsberechtigung zuerkennt, ohne gesetzgeberische Maßnahmen zur Erleichterung ihrer Ausgabe zu befürworten. Professor Dr. Kalbaram gibt einen gedrängten Ueberblick über die heutige Organisation des amerikanischen Bankwesens. Von den Schriftleitern des Bank-Archivs ist Rechtsanwalt Otto Bernstein in der Nummer mit einem Aufsatz über den uneigentlichen Eigentumsvorbehalt an gelieferten Waren vertreten, worin vom rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus Kritik an den Geschäftsbedingungen verschiedener Großhandelsverbände geübt wird, welche das Risiko der Einräumung ungedeckter Warenkredite auf den Bankier abwälzen suchen; Rechtsanwalt Eugen Brink gibt eine Darstellung der Entwicklung des deutschen Realkredits seit 1923. Den Freunden des Bank-Archivs wird das gleichzeitig erscheinende systematische Gesamtregister der ersten 25 Jahrgänge der Zeitschrift für ihre Studien ein wertvolles Hilfsmittel sein.

Das Wirtschaftliche Europa. Eine Streitschrift gegen „Pan-europa“. Für europäische Wirtschaftsgemeinschaft von Dr. Erik Coerper. Preis broschiert M. 1,30.

Diese Streitschrift, in der zum ersten Male in Deutschland scharf und eindeutig gegen die vom Grafen Coudenhove-Kalergi angeführte Paneuropabewegung Front gemacht wird, ist zeitgemäß, weil sie notwendig ist. Denn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist eine politische Tatsache, die uns von innen und nach außen verpflichtet, uns über Ziel und Richtung, Möglichkeiten und Grenzen unserer internationalen Politik als verantwortliches Mitglied des Völkerbundes klar und immer klarer zu werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit den politischen Ideen und Richtungen, Bewegungen und Systemen, mit denen die Nachkriegszeit auf die im Weltkrieg zum Ausbruch gekommene Weltkrise reagiert hat. Der Verfasser wendet sich gegen die Paneuropabewegung als Beispiel und Typus einer verkehrten, weil allzu direkten und darum unwirksamen Reaktion auf den Tatbestand der Krise, die diesen Tatbestand selbst wiederum verfälscht, indem sie ihn in echt katastrophopolitische Uebertreibung überspißt und so künstlich vereinfacht: Weil Europa vollkommen desorganisiert sei, darum müsse es vollkommen neu organisiert — d. i. überorganisiert — werden! — Dieser Paneuropäismus wird mit dem Marxismus in eine Parallele gestellt, und es wird nachgewiesen, daß und warum diese beiden Internationalismen zusammengehören und zusammengehen. Hierin liegt, abgesehen von der Verunsicherung des europäischen Denkens, die Gefahr der paneuropäischen Bewegung, vor der die deutsche Wirtschaft im besonderen gewarnt wird. Denn wenn auch sie dem lähmenden Banne des Paneuropäismus verfiel, dann wäre der Motor der europäischen Dynamik stillgelegt, zu der das Wirtschaftliche Europa im letzten positiven Teile der Schrift als dem ewig bewegenden Agens europäischer Entwicklung erneut aufgerufen wird, um sie nun, allem Paneuropäismus und Marxismus zum Trotz, auf ihr weltweites, jenseits der Zwangs- und Ueberorganisation „Pan-europa“ liegendes Ziel einer freien gebundenen Gemeinschaft der europäischen Nationen und darüber hinaus eines wahren, freien Bundes der Völker unter europäischer Führung mit wachsender Klarheit zu lenken und auf diesem Wege zu leiten.

„Jugend und Beruf“ will das Bindeglied sein zwischen den Praktikern in der Schule, in der Berufsberatung oder im Arbeitsnachweis, bei der Berufsausbildung in Werkstätten und Kontor oder in Berufs- und Fachschulen, in der Jugendfürsorge und Jugendpflege, an öffentlichen oder privaten

Stellen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder einer wirtschaftlichen Vereinigung, einer kirchlich-religiösen Gemeinschaft oder einer sonstigen Organisation.

„Jugend und Beruf“ will das Sammelbecken bilden für den Erfahrungsaustausch zwischen Praxis und Wissenschaft (d. h. insbesondere Jugendpsychologie, Sozialpädagogik, Berufspsychologie, Gewerbemedizin, Arbeitsrecht) und dabei nicht haltmachen an den Grenzen Deutschlands, sondern getragen von einer deutschen, österreichischen, tschechoslowakischen und schweizerischen Arbeitsgemeinschaft auch die Erfahrungen dieser und anderer Länder im Geiste gegenseitigen Helfens nutzbar machen.

So gestützt auf praktische Erfahrung und wissenschaftliche Forschung glaubt „Jugend und Beruf“ am ehesten dazu beitragen zu können, daß aus unserer werktätigen Jugend die Facharbeiter und Führer hervorgehen, die unserm Volk in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht sein Dasein im Wettbewerb mit den anderen Nationen ermöglichen.

Export-Adreßbuch der Bayerischen Industrie, herausgegeben vom Bayerischen Industriellen-Verband. Verlag F. C. Mayer, G. m. b. H., München, Brienerstraße 9. Fünfte Auflage. 10.— Mark.

Kriegs- und Inflationszeit haben fast alle Geschäftsverbindungen Deutschlands mit dem Ausland zerrissen. Nach Eintritt friedlicher Zeiten und nach Stabilisierung der Währung gilt es nun, die alten Geschäftsbeziehungen wieder anzuknüpfen, neue anzubahnen. Die Ausgabe unseres Export-Adreßbuches in 5. Auflage soll diesem Zwecke dienen.

Es enthält rund 2500 Einträge von bayerischen Firmen, gegliedert in ein alphabetisches Register, in ein Orts- und Firmenregister, einen Bezugsquellen-Nachweis und in ein Warenverzeichnis (Sachregister) jeweils fünfsprachig: deutsch, englisch, französische, spanisch, italienisch.

Das Werk ist unentbehrlich für alle Firmen und Behörden. Im- und Exporteure, die auf ein vollständiges Verzeichnis der bayerischen Exportfirmen Wert legen, bezw. auf den reichhaltig und übersichtlich geordneten Bezugsquellen-Nachweis, spezialisiert nach den einzelnen Artikeln.

Der Rettungsweg aus dem Erfinderelend zum Wirtschaftssieg befaßt sich ein kleines, sehr aufschlußreiches Heft von Heinrich Lebens, dem ersten Vorsitzenden und Begründer der Reichsgewerkschaft Deutscher Erfinder, das im Selbstverlag erschienen ist. Mit klaren, eindringlichen Worten zeigt der Verfasser die Notwendigkeit der Fortentwicklung des Erfindergeistes, gerade in einer Zeit, in der die Verhältnisse für den Erfinder äußerst ungünstig liegen. In dem sehr lesbaren, instruktiven Hauptabschnitt „Die Anmeldezentrale“ will der Verfasser einen praktischen Weg weisen, der aus diesen Verhältnissen herausführt. In diesem Abschnitt schlägt der Verfasser vor, die vielen einzelnen, dem tiefen Zweck des Patentwesens kraftlos gegenüberstehenden Biros in ihrer mannigfachen zersplitterten Gestaltung zu einem gesunden Ganzen zusammenzufügen, um fördernd und reinigend auf den Gang der Dinge zu wirken. Ueberall macht sich die Notwendigkeit der Zentralisierung des Anmeldewesens im gewerblichen Rechtsschutz bemerkbar. Das Heft wird allen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, mancherlei Anregungen und Aufschlüsse geben.

Die französische Staats- und Volkswirtschaft nach dem Kriege.

Der ehemalige württembergische Finanzminister Dr. Schall hat eine Broschüre über die französische Staats- und Volkswirtschaft nach dem Kriege verfaßt. Das Buch gibt in knapper und übersichtlicher Form einen ausgerechneten Ueberblick über die französischen Wirtschaftsverhältnisse der letzten Zeit. Da das Studium der französischen Wirtschaft z. B. nicht nur für die Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch für die Untersuchung der Frage der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung von großer Bedeutung ist, kann der Bezug der Broschüre allen an den deutsch-französischen Beziehungen interessierten Kreisen wärmstens empfohlen werden. Die Broschüre kann zum wesentlich ermäßigten Preise von 2 Mark unmittelbar vom Deutschen Industrie- und Handelstag bezogen werden.

Jubiläumsfirmen des Handelskammerbezirks Chemnitz. Das vorzüglich ausgestattete Werk mit seinem reichen Bildmaterial gibt ein anschauliches Bild von der Bedeutung des Chemnitzer Industriegebiets. Es wird seinen Propagandazweck nicht verfehlen.

„Das neue Polen.“ Oktober-Sonderheft 1926 der Süddeutschen Monatshefte. Aus dem Hauptinhalt:

Noch ist Deutschland nicht verloren. Vorwort der Schriftleitung.

Deutsche und Polen in der Ostmark. Von Dr. Walther von Boeckmann in Breslau.

Verfassungsleben und Verwaltungspraxis. Von Amtsgerichtsrat Ernst Meyer in Stallupönen (Ostpreußen).

Schulpolitik und deutsche Minderheiten. Von Paul Dobbermann in Bromberg.

Die Religion als Kampfmittel. Von Archivrat Dr. Jean Lubès in Charlottenburg.

Die Industrie. Von Dr. Martin Meister, Wirtschaftsredakteur der „Rattowitzer Zeitung“ in Rattowitz.

Das Währungsproblem.

Parteien und Presse. Von Robert Styra, Hauptschriftleiter des „Posener Tagblattes“ in Posen.

Polens geschichtliche Entwicklung. Von Dr. Manfred Laubert, Professor der Geschichte an der Universität Breslau.

Die politische Lage. Von Georg Langguth in Breslau.

Polen und die Westukraine. Von Gilbert von In der Maur in Wien.

Prophetisches aus den S. M.: Polen als Pufferstaat; Kulturpolitik in Polen; Selbstbestimmungsrecht für Polen; Polenraub (Ludwig Thoma); Der Vorwärtz; Ist Polen lebensfähig?

Seit Beginn dieses Jahres erscheint: **Jugend und Beruf**, Monatschrift zur Förderung der Berufsberatung und beruflichen Ausbildung Jugendlicher auf jugendpsychologischer, sozialpädagogischer und volkswirtschaftlicher Grundlage. In Verbindung mit einer deutschen, österreichischen, tschechoslowakischen und schweizerischen Arbeitsgemeinschaft, herausgegeben von Dr. Richard Liebenberg, Direktor des Landesberufsamts Berlin. Carl Heymanns Verlag zu Berlin W. 8. Monatlich ein Heft, Bezugspreis vierteljährlich 4,50 Mark, Einzelheft 1,60 Mark.

Einkommensteuergesetz und Körperschaftsteuergesetz nebst den zugehörigen Aus- und Durchführungsbestimmungen, Verordnungen und Erlassen. Erläutert von Dr. Adolf Holländer, Rechtsanwalt in Berlin. Taschenformat. 697 Seiten. 1926. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig, Guttentagsche Sammlung deutscher Reichsgesetze, Band 151. In Leinen geb. 24 Mk.

Der Wert dieses umfangreichen Kommentars beruht in seiner ganz auf den praktischen Gebrauch abgestellten Ausführlichkeit bei aller wohlbedachten Knappheit und Vermeidung von Wiederholungen, der klaren Gliederung und Uebersichtlichkeit der Erläuterungen und der Fülle von praktischen Beispielen. Von besonderer Bedeutung ist die Herausarbeitung des Grundfälligen, der Grundgedanken und Grundbegriffe. Literatur und Rechtsprechung, sowohl neuere wie ältere, sind weitgehend verarbeitet. Alle Aus- und Durchführungsbestimmungen sowie einschlägigen Erlasse sind soweit notwendig vollständig, sonst wenigstens in ihren wichtigsten Teilen beigegeben. Ein reichhaltiges Sachregister macht das Werk im Gebrauch besonders handlich und empfehlenswert.

Grunderwerbsteuergesetz (neueste Fassung) mit den Ausführungsbestimmungen. Erläutert von Geheimen Oberjustizrat Otto Lindemann, Ministerialdirektor im Preussischen Justizministerium. Zweite, völlig umgearbeitete Auflage. Taschenformat. 186 Seiten. 1926. Verlag von Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig. Gebunden 4.— Mark. (Guttentagsche Sammlung Deutscher Reichsgesetze Band 138.)

Wer beruflich oder geschäftlich mit Grunderwerbsteuern zu tun hat (Haus- und Grundbesitzer, Finanzämter, Steuerberatungsbüros, Anwälte) wird in dem vorliegenden Kommentar, der das Grunderwerbsteuergesetz in seiner neuesten Fassung wiedergibt und unter Verwertung der gesamten Literatur und Rechtsprechung erläutert, das geeignete Nachschlagebuch für die Praxis finden. Die gründliche Be-

handlung des Stoffes, die klare, leicht faßliche Darstellung machen das Werk als stets bereites Auskunftsmittel besonders wertvoll.

Neues RechtsHandbuch. (Kaufmännische Rechtskunde.) Von Dr. E. Solani. Neubearbeitet von Dr. Otto Schag, Diplom-Kaufmann. 1926. Reinhold Reichert, Verlag „Soll und Haben“. Berlin S. W. 61.

Auf juristischer Grundlage aufbauend, werden alle in Betracht kommenden Fragen so dargestellt, daß auch dem juristisch nicht Geschulten die Möglichkeit gegeben ist, selbständig Entscheidungen zu treffen und Entschlüsse zu fassen.

Das „Neue RechtsHandbuch“ beschränkt sich dabei nicht auf das Gebiet des eigentlichen kaufmännischen Rechts, sondern führt von den Grundlagen der Gerichtsverfassung und des Zivilprozesses ausgehend über das Sachen-, Familien- und Erbrecht zu dem für den Kaufmann natürlich besonders wichtigen Handels- und Wechselrecht. Es berücksichtigt dabei vor allen Dingen den neuesten Stand der Rechtsprechung, der Aufwertungs-, Steuer- und Mietgesetzgebung und führt zuletzt in das für den Angestellten so wichtige Arbeits- und Handlungsgehilfenrecht ein.

Mit dieser umfassenden leicht verständlichen Darstellung der gesamten in Betracht kommenden Rechtsgebiete — ohne juristische Formulierung — ist jedermann ein Eindringen in dieselben möglich. So ist das „Neue RechtsHandbuch“ im wahrsten Sinne die „Kaufmännische Rechtskunde“, die in keinem kaufmännischen Büro, auf keines Kaufmanns Schreibtisch fehlen sollte und die besonders in die Hand jedes Angestellten gehört.

„Grubenficherheit.“ Zeitschrift für Aufklärung über die Unfallgefahren des Bergbaues und ihre Bekämpfung. Herausgegeben vom Grubenficherheitsamt im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin W. 8, Taubenstr. 44/45.

Von der von uns bereits früher anzeigten und empfohlenen Zeitschrift ist jetzt das Heft 2 erschienen. Sein reicher und vielseitiger Inhalt, völlig auf die Praxis eingestellt, sichert der Zeitschrift Beachtung und Interesse.

„Aus der Praxis des Kaufmanns.“ Eine Schriftenreihe. Herausgegeben von Dr. H. Gerwig. Verlag W. H. Langguth in Göttingen a. N.

Das 3. Heft der Schriftenreihe: Aus der Praxis des Kaufmanns ist dem Problem der Kapitalbeschaffung in der Unternehmung gewidmet. Bei der herrschenden Kapitalnot ein aktuelles Problem. Die in der Schrift enthaltenen Winke und Hinweise auf Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten aber auch Warnungen werden Kapitalsuchern nicht ohne Nutzen bleiben.

„Geschichte der deutschen Kohlenwirtschaft von 1913—1926.“ Von Dr. Ernst Storm. Rhön-Verlag Carl Siwinna, Berlin SW. 11, Luckenwalder Straße 1.

Das Buch gibt die Möglichkeit, sich in kurzer Zeit mit der neuzeitlichen Geschichte der deutschen Kohlenwirtschaft vertraut zu machen. Diesem Zwecke dient besonders, daß nur das Wesentliche aus dem großen Gebiet der deutschen Kohlenwirtschaft in den Vordergrund gestellt, das weniger Wichtige jedoch nur gestreift oder statitisch wiedergegeben ist. Besonders ausführlich sind die Abschnitte über das Kartellwesen gehalten, eine Maßnahme, die bei der Bedeutung der deutschen Kohlenkartelle für die neuzeitliche deutsche Kohlenwirtschaft dem Buche besonderen Wert verleiht.

„Schlesiens Bedeutung für deutsche Wirtschaft und Kultur.“ Von Dr. Frehmark, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Breslau. Schriften der Industrie- und Handelskammer Breslau, Heft 1.

Die Erfahrung zeigt immer wieder, daß weiteste Kreise Deutschlands die Not Schlesiens, insbesondere auch der Provinz Niederschlesien, nicht kennen. Die beiliegende Schrift ist aus einem Vortrage hervorgegangen, den Syndikus Dr. Frehmark im Rahmen der staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse am 1. September 1926 in Bad Salzbrunn gehalten hat. Er soll nicht nur die breiteste Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Lage Schlesiens aufklären, sondern vor allem auch an alle, die es angeht, eine Mahnung enthalten, der wichtigen Mission, die Schlesien auch jetzt im Interesse des Deutschtums obliegt, stets eingedenk zu sein und dem Deutschtum in der Ostmark jede Kräftigung angedeihen zu lassen. Die Schrift verdient angelegentlichste Beachtung.

Statistisches

Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

I. Förderung bezw. Produktion

Jahr bezw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	förder- täglich	je ver- fahrene Schicht d. Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Ar- beitslag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Ar- beitslag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1.	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1913	11 090 908	37 218	1,139	1 283 916	3 518	1,263	112 170	376	5,296
1923 ¹⁾	8 744 679	29 246	0,625	1 503 661	4 120	1,117	116 812	391	2,715
1924 ¹⁾	10 900 259	36 141	0,933	1 120 803	3 062	1,185	202 500 ²⁾	671	4,301
1925	14 272 687	47 895	1,154	1 075 046	2 945	1,404	356 231	1 195	7,071
Januar 1926	1 458 785	60 783	1,244	93 819	3 026	1,468	43 215	1 801	8,960
Februar "	1 331 077	57 873	1,233	84 161	3 006	1,473	37 463	1 629	8,227
März "	1 515 192	58 277	1,239	86 817	2 801	1,460	35 723	1 374	7,046
April "	1 200 306	50 013	1,193	76 377	2 546	1,360	25 379	1 057	5,477
Mai "	1 208 673	50 361	1,214	78 278	2 525	1,366	25 961	1 082	5,945
Juni "	1 326 690	55 279	1,248	79 841	2 661	1,446	29 266	1 219	6,735
Juli "	1 587 181	58 784	1,313	80 860	2 608	1,463	38 924	1 442	8,335
August "	1 554 978	59 807	1,313	81 402	2 626	1,457	33 422	1 285	7,060
September "	1 523 379	58 592	1,288	82 783	2 759	1,503	40 116	1 543	7,995
Oktober "	1 603 990	61 692	1,312 ²⁾	89 824	2 898	1,527	39 490	1 519	7,199

¹⁾ Juni 1923, Mai und Juni 1924 waren Streifmonate.

²⁾ Vorläufige Zahl

³⁾ Seit April 1924 ist eine zweite Brikettfabrik in Betrieb gesetzt worden.

II. Zechenselbstverbrauch und Deputatkohlen

	1913	1923	1924	1925	I. Vierteljahr 1926	II. Vierteljahr 1926	III. Vierteljahr 1926	Oktober 1926	
	t	t	t	t	t	t	t	t	
Zechenselbstverbrauch	565 685	615 368	566 845	541 156	161 552	134 737	144 348	50 834	
Deputatkohle . . .	148 790	210 496	201 120	200 947	49 334	42 694	44 987	22 258	
im ganzen	714 475	825 864	767 965	742 103	210 886	177 431	189 335	73 092	
% der Förderung	6,44	9,44	7,05	5,20	4,90	4,75	4,06	4,55	

III. Absatz an Steinkohle, Koks und Bricketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bezw. Monat	Nach Deutsch- Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland						Im ganzen
			Polnisch- Oberschlesien	übriges Polen	Tschecho- slowakai	Deutsch- Österreich	Ungarn	übriges Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1913	—	—	—	—	—	—	—	—	10 388 329 ¹
1923	3 521 852	4 324 749	60 326	—	17	—	—	—	7 906 944
1924	3 594 200	6 078 447	45 523	7 456	129 838	57 081	16 396	9 166	9 938 107
1925	4 241 138	8 737 670	23 699	5 761	553 564	121 104	20 488	18 157	13 721 581
Januar 1926	418 803	869 334	—	—	72 509	10 790	2 040	595	1 374 071
Februar "	385 859	784 557	—	—	40 881	9 935	2 185	305	1 223 722
März "	428 881	925 657	—	—	37 452	11 472	1 895	250	1 405 607
April "	336 894	700 806	—	—	37 246	10 452	90	65	1 085 553
Mai "	357 794	745 734	—	—	42 888	6 023	140	775	1 153 354
Juni "	371 609	754 000	—	—	59 235	10 327	55	96 667	1 291 893
Juli "	394 517	850 391	—	—	60 840	7 187	95	294 728	1 607 758
August "	372 619	933 717	—	—	53 574	10 172	90	135 198	1 505 370
September "	402 552	933 159	—	—	52 946	10 063	55	72 963	1 471 738
Oktober "	443 914	1 010 826	—	—	49 793	13 736	30	15 620	1 533 919

¹⁾ Wie sich der Absatz auf die einzelnen Länder verteilt, läßt sich einwandfrei nicht feststellen.

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bezw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m s c h l a g							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleisweg		im ganzen	
					in Cosel		in den übrigen Oberhäfen					
t	°/o	t	°/o	t	°/o	t	°/o	t	°/o	t	°/o	
1	2		3		4		5		6		7	
1913	7 821 990	75,30	2 566 339	24,70	842 457 ¹⁾	8,11	—	—	6 037	0,06	848 494	8,17
1923	5 392 194	68,20	2 514 750	31,80	385 015	4,87	41 249	0,52	6 800	0,09	433 064	5,48
1924	7 630 325	76,78	2 307 782	23,22	828 814	8,34	42 440	0,43	3 313	0,03	874 567	8,80
1925	11 353 433	82,74	2 368 148	17,26	1 373 732	10,01	78 843	0,58	1 845	0,01	1 454 420	10,60
Januar 1926	1 149 885	83,68	224 186	16,32	14 260	1,04	6 445	0,47	160	0,01	20 865	1,52
Februar "	1 030 393	84,20	193 329	15,80	87 455	7,15	29 495	2,41	630	0,05	117 580	9,61
März "	1 188 758	84,57	216 849	15,43	284 051	20,21	10 580	0,75	1 408	0,10	296 039	21,06
April "	912 558	84,06	172 995	15,94	214 418	19,75	1 175	0,11	770	0,07	216 363	19,93
Mai "	977 750	84,77	175 604	15,23	202 827	17,59	225	0,03	290	0,03	203 342	17,65
Juni "	1 115 273	86,33	176 620	13,67	161 503	12,50	2 050	0,16	1 048	0,08	164 601	12,74
Juli "	1 416 225	88,09	191 533	11,91	149 506	9,30	12 985	0,81	300	0,02	162 791	10,13
August "	1 320 441	87,72	184 929	12,28	183 259	12,17	6 085	0,40	630	0,04	189 974	12,61
September "	1 272 357	86,45	199 381	13,55	176 288	11,98	3 570	0,24	730	0,05	180 588	12,27
Oktober "	1 314 113	85,67	219 806	14,33	143 702	9,37	6 820	0,44	735	0,05	151 257	9,86

¹⁾ Dies ist der gesamte Wasserumschlag mit der Hauptbahn, seine Verteilung auf die einzelnen Häfen ist nicht bekannt.

3. Absatz an Roßs

Jahr bezw. Monat						von Spalte 5		von Spalte 6 bzw. 7 Umschlag aufs Schiff		Von Spalte 2 Absatz an die Hütten- industrie
		Deutsch- Oberschlesien	Aebriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalpurs- bahn, Seils- bahn und Landfuhr- werk	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- purs- bahn	
		t	t	t	t	t	t	t	t	
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
1923		447 608	986 432	64 338	1 498 378	1 171 120	327 258	12 688	100	406 766
1924		281 398	600 585	132 816	1 014 799	749 072	265 727	10 809	—	247 644
1925		397 698	522 392	132 121	1 052 211	674 538	377 673	28 969	345	365 000
Januar	1926	32 808	62 179	7 765	102 752	73 015	29 737	—	—	29 013
Februar	"	27 482	45 247	6 637	79 366	55 268	24 098	1 710	—	24 258
März	"	27 179	41 041	4 846	73 066	48 613	24 453	4 355	120	25 014
April	"	23 714	23 122	2 974	49 810	27 641	22 169	3 520	160	22 780
Mai	"	30 659	27 054	3 370	61 083	32 015	29 068	5 652	80	30 217
Juni	"	29 588	48 797	6 341	84 726	56 472	28 254	4 860	—	29 085
Juli	"	27 404	38 690	12 274	78 368	52 826	25 542	6 420	—	25 736
August	"	29 086	45 563	23 314	97 963	70 892	27 071	9 297	—	26 884
September	"	27 056	48 918	39 547	115 521	90 477	25 044	14 273	—	24 578
Oktober	"	28 479	61 160	39 506	129 145	100 726	28 419	13 352	—	24 386

Einwandfreie Zahlen für das Jahr 1913 liegen nicht vor.

4. Absatz an Brifetts

Jahr bezw. Monat						von Spalte 5		Von Spalte 6 bzw. 7 Umschlag aufs Schiff		Von Spalte 5 Eisenbahn- dienst brifetts
		Deutsch- Oberschlesien	Aebriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalpurs- bahn, Seils- bahn und Landfuhr- werk	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- purs- bahn	
		t	t	t	t	t	t	t	t	
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
1923		1 183	115 221	—	116 404	116 282	122	—	—	67 152
1924		24 660	173 885	370	198 915	197 102	1 813	50	132	156 053
1925		40 605	296 089	180 21	354 715	351 360	3 355	435	—	266 121
Januar	1926	6 308	36 434	373	43 115	42 198	917	—	—	34 235
Februar	"	4 755	31 155	170	36 080	35 655	425	—	—	31 228
März	"	3 917	30 509	102	34 528	34 166	362	—	—	31 756
April	"	2 031	24 021	138	26 190	26 134	56	—	—	23 974
Mai	"	1 829	24 389	104	26 322	26 292	30	—	—	23 761
Juni	"	1 312	25 854	75	27 241	27 204	37	—	—	24 746
Juli	"	1 954	34 368	55	36 377	36 288	89	—	—	32 231
August	"	2 291	31 164	85	33 540	33 471	69	—	—	28 925
September	"	1 043	39 640	3 670	44 353	44 248	105	—	10	31 283
Oktober	"	2 131	37 700	180	40 011	39 565	446	—	—	27 328

Einwandfreie Zahlen für das Jahr 1913 liegen nicht vor.

IV. Nebenprodukte der Koksanstalten

Jahr bezw. Monat	P r o d u k t i o n					A b s a t z				
	Roh- teer	Teerpech und Teeröl	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin	Roh- teer	Teerpech und Teeröl	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Roh- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1923	54 462		14 188	18 713	— ¹⁾	54 156		14 255	19 403	— ¹⁾
1924	45 224		13 795	15 531	268	47 058		14 006	15 808	322
1925	47 898	644	15 244	16 374	602	48 665	700	15 296	13 845	657
Jan., Febr., März 1926	12 789	165	3 897	4 332	191	12 703	165	3 899	7 240	193
April	3 634	50	1 167	1 220	59	3 697	45	1 210	705	35
Mai	3 814	45	1 208	1 234	66	3 808	45	1 255	627	53
Juni	3 799	49	1 212	1 257	46	3 710	49	1 237	1 855	55
Juli	3 845	25	1 208	1 254	36	3 815	30	1 221	1 783	19
August	3 821	30	1 224	1 284	44	3 686	30	1 209	1 285	67
September	3 727	30	1 201	1 228	50	3 727	30	1 210	1 057	60
Oktober	4 182	45	1 348	1 391	56	4 011	30	1 299	331	37

¹⁾ Angaben liegen nicht vor.

V. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	S t e i n k o h l e n g r u b e n						K o k s a n s t a l t e n				B r i k e t t f a b r i k e n			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 2-4)	von Spalte 5		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 8-10)	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 12-14)
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1913	28 927	1 685	1 127	31 739	22 115	9 626	2 382	298	106	2 786	51	20	—	71
1923	45 425	1 574	2 029	49 026	35 677	15 349	3 039	142	507	3 688	86	4	54	144
1924	40 835	766	1 133	42 734	30 855	11 879	2 397	42	146	2 585	122	2	32	156
1925	43 121	449	1 124	44 694	32 699	11 995	1 973	20	104	2 097	139	1	29	169
März 1926	46 215	363	1 048	47 626	36 058	11 568	1 805	18	95	1 918	165	1	29	195
April	45 834	341	1 025	47 200	35 665	11 537	1 754	23	95	1 872	163	1	29	193
Mai	45 675	338	987	46 998	35 500	11 498	1 732	24	92	1 848	157	—	25	182
Juni	46 098	335	986	47 417	35 945	11 474	1 732	19	89	1 840	156	—	25	181
Juli	46 749	344	1 098	48 191	36 589	11 602	1 690	11	82	1 783	150	—	25	173
August	47 611	340	1 080	49 031	37 449	11 582	1 709	9	84	1 802	158	1	25	182
September	48 300	317	1 066	49 683	38 172	11 511	1 742	11	83	1 836	173	1	19	193
Oktober	48 507	307	1 051	49 865	38 272	11 593	1 798	9	84	1 891	191	1	19	211

Für die vollen Jahre sind die im Jahresdurchschnitt, für die einzelnen Monate die am viertelsten Arbeitstage beschäftigten Arbeiter angegeben.

Die Hauptbahn-Wagengestellung für den Versand von Steinkohle, Koks und Briquets
Deutsch-Oberschlesiens nach den Übersichten der Reichsbahndirektion Oppeln
(Wagen zu 10 Tonnen)

Jahr bezw. Monat	gestellt	gefehlt		arbeitstäglich im Durchschnitt
			%	
1923	670 871	6 554	1,0	2 244
1924	881 600	1 522	0,2	2 923
1925	1 267 647	—	—	4 254
Januar, Februar, März 1926	372 899	—	—	5 108
April	99 593	—	—	4 150
Mai	104 592	—	—	4 358
Juni	121 942	—	—	5 081
Juli	153 179	—	—	5 673
August	144 769	—	—	5 568
September	143 424	—	—	5 516
Oktober	149 471	759	0,5	5 749

Gliederung des Absatzes an Steinkohlen, Koks und Brifetts Deutsch-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im Monat Septbr. 1926

Verbrauchergruppen	innerhalb des Deutschen Reiches						davon Deutsch-Oberschlesien					
	Steinkohle		Koks		Brifetts		Steinkohle		Koks		Brifetts	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
Platzhandel (d. f. ab Lagerplatz bediente Verbraucher in Hausbrand, Landwirtschaft, Kleingewerbe und sonst. Industrie) und Landwirtschaft . . .	294 547	22,05	38 805	51,08	6 821	16,77	66 266	16,46	992	3,67	743	71,23
Marine- und Militärbedarf	2 940	0,22	—	—	—	—	30	0,01	—	—	—	—
Reichsbahngesellschaft	165 754	12,41	1 126	1,48	31 283	76,89	31 615	7,85	467	1,73	265	25,41
Privatbahnen	11 111	0,83	—	—	627	1,54	828	0,20	—	—	—	—
Schiffahrt	39 474	2,96	—	—	—	—	1 520	0,38	—	—	—	—
Koksanstalten (zur Verkokung)	113 861	8,52	—	—	—	—	113 861	28,28	—	—	—	—
Brifettsfabriken (zur Brifettierung)	39 848	2,98	—	—	—	—	39 848	9,90	—	—	—	—
Wasserwerke (einschl. Kanalisation)	2 262	0,17	20	0,03	—	—	74	0,02	—	—	—	—
Gaswerke	87 765	6,57	—	—	—	—	5 393	1,34	—	—	—	—
Elektrizitätswerke	64 352	4,82	—	—	40	0,10	19 996	4,97	—	—	—	—
Chem. Industrie (einschl. Sprengstoffe, techn. Öle und Fette)	12 819	0,96	1 258	1,65	170	0,42	4 657	1,16	63	0,23	15	1,44
Glas u. Porzellan (einschließlich optische Industrie)	4 994	0,37	91	0,12	—	—	979	0,24	—	—	—	—
Stein, Ton, Chamotte, Ziegel, Mineralmühlen, Schmirgel, Eisenbahnbau, Zement, Kalk und Gips	79 843	5,98	1 904	2,50	100	0,25	36 872	9,16	98	0,36	—	—
Leder, Schuhe, Gerbereien, Gummi	2 748	0,21	13	0,02	—	—	80	0,02	—	—	—	—
Textilindustrie (einschl. Bleicherei und Färberei, Appretur usw.)	12 939	0,97	296	0,39	—	—	1 235	0,31	—	—	—	—
Papier und Zellstoff	40 802	3,05	523	0,69	70	0,17	15 405	3,83	—	—	—	—
Erzgewinnung, Eisen- und Metallerzeugung, sowie -verarbeitung	112 750	8,44	26 027	34,26	390	0,96	41 880	10,40	24 578	90,84	—	—
Zuckerfabriken	76 253	5,71	1 276	1,68	180	0,44	10 341	2,57	341	1,26	—	—
Brennereien, Brauereien und Mälzereien	19 161	1,43	134	0,17	110	0,27	2 960	0,73	—	—	20	1,92
Sonstige Nahrungsmittel	12 141	0,91	273	0,36	230	0,56	1 636	0,41	—	—	—	—
Kali, Salzwerke, Salinen	220	0,02	112	0,15	20	0,05	—	—	—	—	—	—
Sonstige Industrie (einschl. Entwässerung, Hoch- und Tiefbau, Holzbe- und -Verarbeitung, Spedition usw.)	139 127	10,42	4 116	5,42	642	1,58	7 076	1,76	518	1,91	—	—
Summe:	1 335 711	100,00	75 974	100,00	40 683	100,00	402 552	100,00	27 056	100,00	1 043	100,00

**Nachweisung der im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau im Monat September 1926
verfahrenen und entgangenen Schichten**

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten			Vollarbeiter 1)		Durchschnittlich angelegte Arbeiter 2)		Entgangene Schichten infolge					
	insgesamt	auf 1 Schicht Arbeiter	davon Schichten für Ueber- arbeiten	insgesamt	in % von der End- summe	insgesamt	in % von der End- summe	betriebs- technischer Gründe	Krankheit	Feiern	entschädi- gungspflichtige Urlaube	Gesamt- zahl	auf 1 angeleg- ten Arbeiter
a) Hauer	200 594	27,4	10 612	7 308	17,01	8 601	17,18	1	19 917	6 582	7 139	33 639	3,91
b) Schlepper	163 170	27,4	8 078	5 965	13,88	7 167	14,31	3	18 128	11 395	1 735	31 261	4,36
c) Reparaturhauer	167 479	29,5	19 694	5 682	13,22	6 502	12,98	—	10 945	4 184	6 131	21 260	3,27
d) Sonstige Arbeiter	371 781	27,8	24 341	13 364	31,10	15 698	31,35	16	32 936	20 610	7 134	60 696	3,87
Summe: Unter Tage:	903 024	27,9	62 725	32 319	75,21	37 968	75,82	20	81 926	42 771	22 139	146 856	3,87
a) Facharbeiter	98 373	28,3	7 957	3 477	8,09	3 874	7,74	—	4 096	1 986	4 265	10 347	2,67
b) Sonstige Arbeiter	165 736	27,9	11 090	5 947	13,84	6 844	13,67	—	12 860	5 351	5 082	23 293	3,40
c) Jugendl. männl. Ar- beiter v. 14—16 Jahren	7 840	26,0	34	301	0,70	327	0,65	—	484	225	—	709	2,17
d) Weibliche Arbeiter	24 615	26,5	402	930	2,16	1 064	2,12	—	1 647	967	876	3 490	3,28
Summe: Ueber Tage:	296 564	27,8	19 483	10 655	24,79	12 109	24,18	—	19 087	8 529	10 223	37 839	3,12
Gesamtsumme aller Ar- beitergruppen:	1 199 588	27,9	82 208	42 974	100,00	50 077	100,00	20	101 013	51 300	32 362	184 695	3,69
davon in Nebenbetrieben	13 152	29,8	1 646	442	1,03	487	0,97	—	411	229	515	1 155	2,37

1) Die Zahl der Vollarbeiter wird in der Weise ermittelt, daß die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

2) Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

**Im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne
in Reichsmark für den Monat September 1926**

Arbeitergruppen	Leistungs- lohn je verf. Schicht	Soziallohn je vergütete Schicht	Barverdienst des Arbeiters	Wert der wirt- schaftlichen Beihilfen		Bruttolohn		Versicherungs- beiträge je verf. Schicht	
	Mk.	Mk.	Mk.	Deputats- tolhe je vergütete Schicht	Urlaubsent- schädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durch- schnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeit- geber
a) Hauer	7,21	0,27	7,56	0,19	7,08	7,73	187	—	—
b) Schlepper	5,14	0,08	5,28	0,09	5,22	5,37	123	—	—
c) Reparaturhauer	6,21	0,26	6,68	0,15	6,13	6,81	182	—	—
d) Sonstige Arbeiter	4,41	0,13	4,61	0,10	4,76	4,72	114	—	—
Summe: Unter Tage	5,50	0,18	5,77	0,13	5,92	5,90	145	0,82	0,88
a) Facharbeiter	5,83	0,24	6,24	0,15	5,77	6,37	169	—	—
b) Sonstige Arbeiter	4,31	0,15	4,55	0,13	4,47	4,68	117	—	—
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,29	—	1,29	—	—	1,29	31	0,30	0,29
davon unter Tage	1,46	—	1,46	—	—	1,46	36	0,32	0,28
d) Weibliche Arbeiter	2,55	0,06	2,63	0,06	2,65	2,69	64	0,39	0,42
Gesamtsumme aller Ar- beitergruppen	5,27	0,17	5,55	0,13	5,59	5,68	140	0,78	0,85
Davon in Nebenbetrieben	4,80	0,20	5,20	0,10	5,06	5,30	149	0,72	0,79

1. Der Leistungslohn ist der Gehaltslohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

2. Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

3. Barverdienst ist der Leistungslohn, zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten, sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

4. Bruttolohn ist der Leistungslohn zuzüglich aller Zuschläge für Ueberarbeiten, Hausstands- und Kindergeld, sowie Wert der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie Deutsch-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- und Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- und Presswerke, Eisen- und Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat		Roheisen			Rohstahl		Halbzeug zum Verlauf	Fertig- erzeugnisse der Walz- werke einschl. Schmiedes u. Presswerke	Gußwaren II. Schmel- zung
		insgesamt t	davon Gießerei- roheisen t	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferro- mangan und Ferrosilizium t	Rohblöcke t	Stahl- formguß t			
							t	t	t
	1913	381 318	59 489	121 819	345 957	8 908	8 319	234 818	50 504
	1923	368 182	88 322	170 253	379 238	9 107	30 577	245 598	29 949
	1924	262 264	57 421	192 046	261 097	7 026	16 666	186 292	19 452
	1925	288 870	116 790	144 028	346 770	9 719	51 952	235 783	33 105
Januar	1926	19 562	9 536	9 663	24 105	781	6 536	19 256	7 909
Februar	"	16 820	4 900	8 974	26 346	741	6 285	19 729	
März	"	15 784	5 311	6 835	29 470	793	8 273	24 878	
April	"	17 874	4 745	9 614	33 792	700	10 978	19 820	8 421
Mai	"	22 527	4 880	14 752	34 559	614	12 468	22 161	
Juni	"	20 967	5 396	13 756	38 102	683	11 786	25 455	
Juli	"	18 999	4 237	9 965	36 557	810	2 675	25 236	8 490
August	"	18 788	3 237	14 695	36 133	697	3 575	29 103	
September	"	16 433	1 955	14 478	42 599	806	3 439	28 779	
Oktober	"	17 302	3 135	11 320	44 352	996	3 134	32 240	

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat		Hochofenwerke				Stahl- und Walzwerke				Eisen- und Stahlgießereien			
		männliche		Summe der Arbeiter		männliche		Summe der Arbeiter		männliche		Summe der Arbeiter	
		über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1913		1 019	38	1 207		3 676	155	197		4 028	1 695 ¹⁾	196 ¹⁾	37 ¹⁾ 1928 ¹⁾
1923		1 599	15	376	1 990	5 694	116	359	6 169	2 273	140	103	2516
1924		1 071	10	145	1 226	4 391	46	166	4 603	1 421	92	38	1551
1925		1 007	6	130	1 143	3 411	32	78	3 521	1 907	80	62	2049
Januar	1926	931	1	110	1 042	2 482	25	27	2 534	1 817	76	63	1956
Februar	"	787	3	95	885	2 561	23	27	2 611	1 775	71	67	1913
März	"	747	3	94	844	2 543	25	27	2 595	1 820	57	68	1945
April	"	878	10	103	991	2 604	21	30	2 655	1 740	82	68	1890
Mai	"	889	9	105	1 003	2 603	28	27	2 658	1 752	78	65	1895
Juni	"	882	8	101	991	2 731	29	39	2 799	1 684	78	58	1820
Juli	"	763	7	89	859	2 723	30	38	2 791	1 656	75	59	1790
August	"	747	5	80	832	2 875	31	54	2 960	1 639	76	60	1775
September	"	736	4	71	811	3 134	27	54	3 215	1 657	61	63	1781
Oktober	"	572	3	58	633	3 115	21	49	3 185	1 662	56	60	1778

In den vollen Jahren sind die im Jahresdurchschnitt angelegten, in den einzelnen Monaten die am viertletzten Tage des Monats beschäftigten Arbeiter angegeben.

¹⁾ Angaben für 1914.

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.**I. Produktion (einschließl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).**

Jahr	Galmei	Zinkblende	Bleierz	Eisenerze	Schwefel- fies	Zinkstaub	Zinkblech	Blei (Zinkblei)
	t	t	t	t	t	t	t	t
1913	2 736	92 463	15 300	4 225	5 688	528	3 935	163
1923	—	38 132	5 194	1	1 704	86	3 406	45
1924	—	39 107	5 073	460	1 972	39	4 410	56
1925	—	49 753	6 639	—	7 533	8 929	4 547	99
I. Quartal 1926	—	12 164	1 836	—	1 274	2 505	1 518	16
April	—	3 849	642	—	319	841	500	9
Mai	—	4 262	723	—	485	843	584	6
Juni *)	—	6 841	997	—	568	1 126	537	5
Juli	—	11 192	1 376	—	531	1 263	707	10
August	58	11 281	1 330	—	690	862	631	10
September	32	14 903	1 439	—	406	1 102	634	12
Oktober	32	15 205	1 339	—	567	—	654	12

*) Mit Beginn des Monats ist eine neue Grube in Betrieb genommen.

II. Belegschaftszahlen.

Jahr	Zink- und Bleierzgruben						Zinkwalzwerke			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt		männliche		weib- liche	Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
Jahresdurchschnitt 1913	2 644	61	758	3 463	2 042	1 421	107	3	4	114
1923	1 859	46	723	2 628	1 317	1 311	95	4	1	100
1924	1 512	41	553	2 106	1 010	1 096	103	5	1	109
1925	1 743	36	594	2 373	1 190	1 183	123	3	1	127
Januar 1926	1 915	33	618	2 566	1 306	1 260	163	3	1	167
Februar	1 906	34	611	2 551	1 297	1 254	169	4	1	174
März	1 872	34	613	2 519	1 266	1 253	165	4	1	170
April	1 864	34	614	2 512	1 263	1 249	165	4	1	170
Mai	1 863	35	616	2 514	1 266	1 248	165	4	1	170
Juni *)	2 871	36	846	3 753	1 749	2 004	164	5	1	170
Juli	3 024	34	943	4 001	1 830	2 171	166	4	1	171
August	3 078	34	1 006	4 118	1 828	2 290	166	4	1	171
September	3 137	39	992	4 168	1 908	2 260	169	4	1	174
Oktober	3 161	35	1 023	4 219	1 924	2 295	170	2	1	173

*) Mit Beginn des Monats ist eine neue Grube in Betrieb genommen worden.

Steinkohlenförderung und Abjaß Polnisch-Oberschlesiens

Jahr bezw. Monat	Förderung		Abjaß		Belegschaft	
	insgesamt	fördertäglich	insgesamt	davon Hauptbahn- versand	insgesamt	davon unter Tage
	t	t	t	t		
1	2	3	4	5	6	7
Monatsdurchschnitt 1913	2 666 492	107 016	2 447 937	2 063 545	89 581	60 177
1923	2 208 304	89 224	1 925 273	1 570 598	150 856	101 957
1924	1 975 214	79 273	1 711 775	1 431 297	124 450	84 637
1925	1 786 136	72 046	1 557 043	1 275 403	83 536	56 937
Januar 1926	1 777 177	74 049	1 633 668	1 320 733	71 681	48 997
Februar	1 543 995	67 130	1 314 387	1 049 697	71 146	48 268
März	1 619 741	62 298	1 374 120	1 060 394	70 326	48 036
April	1 623 612	67 651	1 486 866	1 213 080	69 105	47 046
Mai	1 661 053	72 220	1 442 103	1 171 079	68 716	47 177
Juni	1 928 638	80 360	2 128 934	1 859 324	69 396	47 835
Juli	2 576 360	95 421	2 385 408	2 070 174	77 312	54 359
August	2 660 018	102 308	2 414 969	2 093 659	80 483	57 153
September	2 681 771	103 145	2 480 937	2 156 460	83 717	59 754
Oktober	2 522 256	97 010	2 028 663	1 670 226	84 555	60 338

Produktion und Absatz der Koksanstalten und Bricketfabriken Polnisch-Oberschlesiens

J a h r bezw. M o n a t	Koks					Bricketts				
	Produktion		Absatz		Beleg- schaft	Produktion		Absatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt t	arbeits- tätlich t	ins- gesamt t	davon Haupt- bahn ver- sand t		ins- gesamt t	arbeits- tätlich t	ins- gesamt t	davon Haupt- bahn ver- sand t	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Monatsdurchschnitt 1913	76 499	2 515	— ¹⁾	— ¹⁾	1 911	26 733	1 073	— ¹⁾	— ¹⁾	313
1923	114 434	3 762	115 015	69 044	4 058	25 715	1 039	25 484	25 481	354
1924	79 198	2 597	79 460	49 421	2 819	28 817	1 157	28 942	28 900	398
1925	80 337	2 641	75 809	50 661	1 948	23 499	948	23 369	23 282	291
Januar 1926	92 384	2 980	87 175	58 573	1 996	16 832	701	14 164	13 929	234
Februar	84 353	3 013	75 861	48 918	2 000	14 438	628	13 105	13 005	196
März	95 353	3 076	83 212	52 310	1 980	12 786	492	12 581	12 478	152
April	88 697	2 957	66 581	42 838	2 004	12 120	505	12 210	12 173	153
M i	91 873	2 964	73 778	48 080	2 029	11 850	515	10 310	10 308	130
Juni	84 043	2 801	70 946	48 880	2 059	17 619	734	19 871	19 726	174
Juli	91 206	2 942	82 999	51 514	2 008	24 394	903	18 466	18 465	234
August	92 600	2 987	96 009	60 562	2 009	19 503	750	20 532	20 457	212
September	90 449	3 015	108 404	74 433	2 114	21 232	817	26 115	26 071	212
Oktober	96 689	3 119	106 545	72 780	2 103	18 700	719	21 648	21 564	213

¹⁾ Diese Zahlen liegen nicht vor.

Deutsche Großhandelsindexziffern

Oktober—November 1926.

(1913=100).

Warengruppen	Oktober			November		
	20.	27.	Durch- schnitt	3.	10.	17.
1. Getreide und Kartoffeln . .	131,6	134,6	*)	*)	*)	*)
2. Fette, Zucker, Fleisch u. Fisch	133,0	134,2				
3. Kolonialwaren, Hopfen . .	176,4	176,4				
4. Häute und Leder	114,4	114,0				
5. Textilien	116,4	136,0				
6. Metalle und Mineralöle . .	126,0	125,5				
7. Kohle und Eisen	119,7	119,7				
Nahrungsmittel	135,0	137,4	133,9	136,3	138,5	
Industriestoffe	123,2	123,0	123,3	122,6	122,8	
Inlandswaren	128,6	130,4	*)	*)	*)	
Einfuhrwaren	142,5	142,2				
Gesamtdurchschnitt	130,9	132,4	130,2	131,5	133,0	

*) Angaben stehen z. Zt. noch aus.

Reichsindexziffer für die Kosten der Lebenshaltung
Januar / Oktober 1926 (1913/14 = 100).

Monat	Gesamt- lebens- haltung ¹⁾	Gesamt- lebens- haltung ohne Wohnung	Er- nährung	Wohnung	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung
Januar	139,8	152,1	143,3	91,1	142,5	171,1	189,1	134,7
Februar	138,8	150,8	141,8	91,4	142,7	169,3	188,8	133,7
März	138,3	150,1	141,0	91,4	142,7	168,1	189,0	133,1
April	139,6	150,3	141,6	97,4	141,7	167,0	188,8	134,6
Mai	139,9	150,4	142,3	98,6	140,4	165,2	188,0	135,0
Juni	140,5	150,8	143,2	99,9	140,3	164,2	187,5	135,7
Juli	142,4	152,0	145,3	104,4	141,1	162,7	186,8	137,8
August	142,5	152,0	145,7	104,9	141,3	160,8	186,3	138,0
September	142,0	151,4	144,9	104,9	142,8	159,6	185,9	137,5
Oktober	142,2	151,7	145,4	104,9	143,5	159,6	185,1	137,8
Abweichung Oktober geg. Sept. 1926 (in v. H.)	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	— 0,4	+ 0,2

¹⁾ Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, „Sonstiger Bedarf“ (ohne Steuern und soziale Abgaben).

Uebersicht über den Londoner Goldpreis.

Gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923
(R. G. Bl. I. S. 482)

Zeitraum		für	
		1 Unze Feingold	1 Gramm Feingold
1926			
vom 1. Juni	bis 7. Juni	84 sh 11 ¹ / ₂ d	32,7777 pence
" 8. "	" 14. "	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 15. "	" 21. "	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 22. "	" 28. "	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 29. "	" 5. Juli	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 6. Juli	" 12. "	84 " 10 ¹ / ₂ "	32,7455 "
" 13. "	" 19. "	84 " 10 ¹ / ₂ "	32,7455 "
" 20. "	" 26. "	84 " 10 ¹ / ₂ "	32,7455 "
" 27. "	" 2. August	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 3. August	" 9. August	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 10. "	" 16. "	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 17. "	" 23. "	84 " 9 ³ / ₄ "	32,7214 "
" 24. "	" 30. "	84 " 10 ¹ / ₄ "	32,7375 "
" 31. "	" 6. Sept.	84 " 10 ¹ / ₂ "	32,7455 "
" 7. Sept.	" 13. "	84 " 10 ¹ / ₂ "	32,7455 "
" 14. "	" 20. "	84 " 11 "	32,7616 "
" 21. "	" 27. "	84 " 11 ¹ / ₂ "	32,7777 "
" 28. "	" 4. Oktbr.	84 " 11 ¹ / ₂ "	32,7777 "
" 5. Oktbr.	" 11. "	84 " 11 ¹ / ₈ "	32,7656 "
" 12. "	" 18. "	84 " 11 ¹ / ₄ "	32,7696 "
" 19. "	" 25. "	84 " 11 ¹ / ₄ "	32,7696 "
" 26. "	" 1. Novbr.	84 " 11 ¹ / ₄ "	32,7696 "
" 2. Novbr.	" 8. "	84 " 11 ¹ / ₂ "	32,7777 "
" 9. "	" 15. "	84 " 11 ¹ / ₄ "	32,7696 "
" 16. "	" 22. "	84 " 9 ³ / ₄ "	32,7214 "
" 23. "	" 29. "	84 " 10 "	32,7294 "

Der Wert

Ihrer Kundenwerbung durch Inserat liegt nicht darin,
daß Sie inserieren, sondern **wo** und **wie** Sie inserieren.
Bei Vergebung

eines Inserates

haben Sie zuerst zu berücksichtigen, mit welchen
Kreisen Sie in Verbindung zu kommen wünschen und
welche Zeitschrift Ihnen die Gewähr bietet, daß Ihr
Inserat auch in diese Kreise kommt;

in der „Oberschlesische Wirtschaft“

inserieren heißt für Sie, sich desjenigen Organes zu
bedienen, das die Zeitschrift der Industrie- und Handels-
kreise der Provinz Oberschlesien ist. Es

ist unbestritten

daß Sie sich eines der besten Werbemittel entgehen
lassen, wenn Sie noch weiterhin in unserer Zeitschrift
mit Ihrem Inserat fehlen.



Die Anzeigenverwaltung

*Verlagsanstalt Kirsch & Müller, G. m. b. H.
Beuthen OS.*

